

A photograph of a young pine tree growing from a mossy tree stump in a forest. The background shows tall, thin trees and a soft, hazy light. The text is overlaid on the image.

Kiliam Kaydo

**Wenn der Saarmen der
Erkenntnis keimt**

Band 1

Aus der Vergangenheit lernen, um in Zukunft das Richtige zu tun

„In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war.“

Franklin D. Roosevelt, amerikanischer Präsident

Dieses Buch ist mein Geschenk an die Menschheit.

Ich fühle mich schon mein ganzes Leben lang der Aufklärung verpflichtet. Und ebenso der Suche nach der Wahrheit. Durch das kostenlose Teilen dieses E-Books erhoffe ich mir, möglichst viele Menschen in kurzer Zeit erreichen zu können. Die jetzigen Zeiten fordern uns auf, die Stimme zu erheben, unsere Menschenrechte einzufordern und uns gegen diktatorische Willkür zu wehren. Es geht hier um nichts Geringeres als die Zukunft der Menschheit!

Ich behaupte nicht, die ganze Wahrheit zu kennen, dafür ist die Welt zu komplex. Ich zeige hier etliche Lügen und Täuschungen auf, sowie Tendenzen, wohin sich die Welt gerade entwickelt. Deshalb fordere ich jeden Leser dazu auf, die Fakten und Behauptungen in diesem Buch **selbst** nachzuprüfen – und das heißt nicht irgendeinen Faktenchecker zu fragen, ob es sich um die Wahrheit handelt!

Eine Demokratie lebt vom Diskurs und deswegen ist es wichtig, kritische Gegenstimmen zu hören, um sich nicht nur gut informiert zu fühlen, sondern wirklich auch gut informiert zu sein!

Meine Arbeit besteht darin, die Puzzleteile der Wahrheit zu einem Gesamtbild zu ordnen.

Was die Lügen- und Lückenpresse hauptsächlich tut, ist: Informationen aus dem Kontext zu reißen, die Zusammenhänge nicht zu erklären. Stattdessen verbreitet sie Lügen und Propaganda, durch die sie die Wahrheit verzerrt.

In einem Land, das in seiner Nationalhymne Einigkeit, Recht und Freiheit besingt, beobachten wir das genaue Gegenteil: Spaltung, Hetze, Rechtsbeugung, Rechtsbruch, Unterdrückung und drakonische Strafen gegen diejenigen, die sich gegen das Unrecht und die Willkür zur Wehr setzen und ihre Freiheiten einfordern.

Damit wir die Gegenwart verstehen, müssen wir wissen, was in der Vergangenheit passiert ist.

Luigi Colani sagte 2013: „Im Viertelstundentakt wird hier Brainwashing gemacht, immer mit den gleichen Nachrichten. Dieses Volk wird veridiotisiert. Wir sind eine Bananenrepublik. [...] Wahrheit ist heute in der Zeit der Lüge ein sehr trauriges, kleines Pflänzchen, das man selbst mit Wasser und Dünger nicht mehr im Stande zu retten ist.“

Tragt bitte dazu bei und teilt die Wahrheit mit eurem Umfeld, sodass Luigi Colani mit seiner letzten Aussage nicht Recht behält.

© **Kiliam K., Johann Z., Jasef D.**

Es ist Ihnen gestattet, Seiten für Ihren eigenen Gebrauch und Dritte zu kopieren.
Verbreitung in jeglicher Art ist ausdrücklich erwünscht!

1. Auflage, Dez. 2020

EINEN GANZ BESONDEREN DANK MÖCHTE ICH DORO UND SUSANNE AUSSPRECHEN, DIE MICH LIEBEVOLL UND UNERMÜDLICH UNTERSTÜTZT HABEN, DIESES PROJEKT ZU VERWIRKLICHEN, SOWIE ALLEN ANONYMEN UND NICHT-ANONYMEN AUTOREN, DIE MIR DURCH IHRE (QUELL) TEXTE HALFEN, DER WAHRHEIT NÄHER ZU KOMMEN. VIELEN LIEBEN DANK!

Hinweis: Die in diesem Werk dargestellten Symbole erfüllen nicht den Straftatbestand gemäß §§ 86 und 86a. Dieses Werk dient der Wissenschaft, der Forschung, der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens bzw. der Geschichte. Ein Zusammenhang zum § 86a (1) und (2) ist somit sinngemäß, als auch vom Rechtsgegenstand her nicht herstellbar, da wir weder Repräsentant sind, noch Projektion einer Partei, einer Vereinigung, einer Organisation oder Ersatzorganisation, einer Regierung oder einer Einrichtung, noch ist dieses Werk ein Propagandamittel.

„Es scheint à la longue, auf lange Sicht, eine Form von Wahrheit zu finden. Der da oben, wie immer man ihn bezeichnet – hier saßen gerade Kuwaitis, die nennen es Allah, wir nennen es Gott, die anderen nennen es Vishnu oder Buddha – die da oben, scheinen diese Welt noch ein bisschen positiv gepolt zu haben. Das scheint noch zu funktionieren, dass die Dreckigen nicht so lange am Ruder bleiben, wie sie es gerne möchten; dass die Besseren es doch gewinnen und der einfachere Mensch Hoffnung schöpfen kann.“¹

¹ Luigi Colani auf der Messe Heimtextil im Jan. 2013, <https://www.youtube.com/watch?v=cnlDgok-3Ho>

Inhalt

Ein wenig Vorgeplänkel.....	7
<i>Wie wäre es, gebildet zu sein?</i>	9
<i>Ein Plädoyer für die eigene Mundart</i>	16
<i>Typisch deutsch?</i>	16
Teil I - Was der Saarländer über sein Land wissen sollte.....	17
<i>Fremdwahrnehmung von 1800 bis 1945</i>	18
<i>Entstehung eines autonomen Staates?</i>	26
<i>Die Landtagswahl von Saarburg, die nicht rechtens war (21.09.1947)</i>	28
<i>Zur saarländischen und deutschen Staatsangehörigkeit.....</i>	31
<i>Autonomie oder Leben unter einem Protektorat der Franzosen?</i>	32
<i>Die nicht-amtliche Volksbefragung zum europäischen Statut (23.10.1955).....</i>	51
<i>Dank Angliederung beschissenerer Sozialleistungen</i>	59
<i>Dank Angliederung Verteuerung des eigenen Lebens</i>	60
<i>Aus der Vergangenheit lernen: Medienpropaganda & Unruhen.....</i>	68
<i>Der Krieg an der Saar ums Narrativ.....</i>	87
<i>Heute autonom, ohne dass es ein Saarländer weiß.....</i>	96
<i>SAARzi-Symbolik?! - Über die Herkunft eines verpönten Symbols</i>	100
Teil II - Arglistige Täuschungen: Die Konstrukte BRD u. EU.....	101
<i>Ungereimtheiten bei der „Abdankung“ des Kaisers und bei der Weimarer Republik.....</i>	101
<i>Reich vs. Deutsches Reich</i>	106
<i>Ist die BRD (nur) eine Verwaltungsstruktur eines Wirtschaftsgebietes?.....</i>	111
<i>Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“</i>	122
<i>Adenauer und die Sache mit DER VERHINDERUNG DER ENTNAZIFIZIERUNG..</i>	127
<i>Trotz Verbot: Übernahme von mehr als 70 Nazi-Gesetzen</i>	133
<i>Der Rechtsbankrott der BRD bei der Thüringer Landtags-wahl 2019/2020.....</i>	137
<i>Der Schein trägt.....</i>	141
<i>Eine Luftnummer - Geld aus dem Nichts.....</i>	143
<i>Die Lügen der jüngeren Vergangenheit, die uns heute noch geißeln</i>	145

Freiwillige Abgabe von Souveränität?!?.....	145
Machthaber und Lobbyismus in der BRD.....	146
Die Subventionierung von Casino-Banken mit Steuergeldern und Cum-Ex.....	147
Der Todesstoß für die Meinungsfreiheit 2015.....	152
Sind ausländische Juden, die Merkels Einwanderungspolitik kritisieren Nazis?.....	155
Rassismus in Deutschland und „der Kampf gegen Rechts“.....	159
Datensammel- und Schnüffelwut zum angeblichen Schutze der Bevölkerung aufgrund von möglichem Terrorismus.....	164
Zensur durch angebliche Urheberrechtsverletzungen und das NetzDG	171
Neue Initiative: Wird Kritik an Merkel jetzt streng verfolgt? (02.10.2020).....	176
Sonstiges und der Codex Alimentarius.....	178
Kommunismus nach Plan?.....	181
Was bedeutet es wie in China zu leben?	187
Was macht Sozialismus und/oder Kommunismus aus?.....	190
Links-Rechts-Geschwafel	199
War Adolf Hitler ein Linker?	202
Alles hat seinen Preis! Grüße von IG Farben.....	206
Was bedeutet „rechts“, wenn die Rechten eigentlich „links“ waren?.....	211
Der echte und wirkliche Faschismus.....	218
Die BRD als DDR Light oder DDR Plus?	222
Die Kontrolle von „Links“ und „Rechts“ durch Skull & Bones	225
Hegels Philosophie	228
Der Schuld kult - schon früh gesät.....	233
Lass uns noch tiefer graben!.....	241
Heute wie damals - das Deutsche Reich, Weimarer Republik, BRD und EU als Geißel der Deutschen und anderer Europäer.....	248
Ein einzigartiger, exklusiver Überblick zur Geschichte Deutschlands und der Geschichte des Saarlandes	263

Ein wenig Vorgeplänkel

„Der Kluge lernt aus allem und von jedem, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme weiß alles besser.“

Sokrates

Jahrelange Forschungen aus eigenem Interesse, mehr noch: Aus einem inneren Antrieb heraus, haben zu den in diesem Buch vorgestellten Erkenntnissen und Ergebnissen geführt. Wir haben mehrere hundert Dokumente zur Vergangenheit des Saarlandes an der Universität des Saarlandes digitalisiert, darunter auch das überall nicht verfügbare BGB3, Bücher, Briefe, Amtsblätter, andere historische offizielle Quellen sowie Anfragen ans und Schriftverkehr mit dem Ministerium des Saarlandes. Der offenkundig werdende Betrug am deutschen Volk und insbesondere an den Saarländern, sowie Vertuschungsversuche, Zensur und Löschung vieler unserer gefundenen Quellen müssen zwangsläufig zu einer Revidierung unserer Geschichte führen. Da die Gewinner die Geschichte schreiben und wir zu den Verlierern der letzten Kriege gehörten, wurden die wahren Begebenheiten stark verzerrt und vieles ausgelassen, damit es in Vergessenheit geraten sollte. Die Brisanz der Fakten, die wir zu Tage gebracht haben, wird wie eine Bombe einschlagen und muss zu einer vollkommenen Umwälzung der Gesellschaft führen, sobald eine kritische Massen davon erfährt und es versteht.

Dieses Buch ist in vier Teile aufgliedert. Wir betrachten die Geschichte des Saarlandes, der BRD, der EU und weltweite Ereignisse, insbesondere die jüngere Geschichte der letzten 150 Jahre, analysieren in welcher Situation wir uns heute befinden und wie das Saarvolk in Zukunft zum Weltfrieden, mehr Liebe und Harmonie eine Schlüsselrolle spielen könnte und für eine bessere Zukunft etwas beitragen könnte.

Wir brauchen eine komplette GrundSAARNierung ! JETZT !

Definition: **Vorgeplänkel**

Geplänkel vor einer ernsthafteren Auseinandersetzung.

Definition: **Geplänkel**

Geplänkel war eine Kampftechnik, die dem Zweck diente, den Gegner durch andauernden, wenn auch ineffektiven Beschuss aus der Ruhe zu bringen, zu beschäftigen und zu schwächen. In [Meyers Großem Konversations-Lexikon](#) von 1907 heißt es, Geplänkel seien „kleine Beunruhigungen gegenseitiger Vorposten oder Vortruppen durch Angriffe und Feuergefecht.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gepl%C3%A4nkel> (abgerufen am 13.09.2020)

Wir sind so vieles als Menschen, aber nie unbedeutend, wenn wir unseren wahren Wert erkannt haben. Wenn einige böse Eliten die Welt ins Chaos stürzen können, dann müssen auch einige gute Menschen, die sich nicht von der Angst kontrollieren lassen, Licht in die Welt tragen können. Prophetisch zitierte Johannes Hoffmann (erster Ministerpräsident des Saarlandes, 1947 – 1955) bei seiner Rede² Papst Pius XII:

„Die Erfahrung sollte allen gezeigt haben, dass die nach den ewigen Wahrheiten und den göttlichen Gesetzen ausgerichtete Politik die realste und wirklichkeitsnächste Politik ist. Die Realpolitiker, die anders denken, schaffen nichts als Ruinen. [...]

Gegenüber der traurigen Wirklichkeit der unheilvollen und mannigfaltigen Gegensätze, die so bitter die Welt von heute zerfleischen und ihr den Weg zum Frieden verbauen, wäre es gleichermaßen unverantwortlich, die Augen zu schließen, um nicht zu sehen, oder die Arme zu verschränken, um nicht zu handeln oder den Mund zu verschließen, um nichts sagen zu müssen, mit der Entschuldigung, dass nichts mehr zu machen sei. [...]

Denn für die, die die Dinge im Lichte der göttlichen Welt Ordnung sehen, besteht kein Zweifel, dass es auch für die schwersten menschlichen und staatlichen Interessenkämpfe einen friedlichen Ausgleich gibt...

Wenn heute auch die dunklen Mächte der Zersetzung, der Entzweiung und der Zerstörung über die ganze Welt gehen, um so überwältigender soll sich der Einsatz der Christen, gestärkt durch Einheit, Ordnung und Frieden auswirken.

Wie könnte ein echter Katholik (– das gilt auch für den Christen schlechthin –) glauben, sich einer so dringenden Aufgabe entziehen zu dürfen? Geht also alle mit glühender Begeisterung ans Werk!

Furchtlos unter den Furchtsamen, gläubig unter den Glaubenslosen, hoffend unter den Hoffnungslosen, liebend unter den Lieblosen ...

In der beglückenden Gewissheit, dass Christus in jedem von uns lebt und wirkt, rufen wir allen unseren Söhnen und Töchtern in der Welt zu:

Kämpft einen guten Kampf, stark im Glauben! Die Zukunft gehört den Mutigen, die stark hoffen und handeln, nicht den Kleinmütigen und Unentschlossenen!

Die Zukunft gehört den Liebenden und nicht den Hassenden! ...“³

² „Wir rufen zur Christlichen Solidarität“ - Rede des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann

³ Papst Pius XII in der Namenstags-Ansprache an das Kardinalskollegium am 02.06.1947

Wie wäre es, gebildet zu sein?

Festrede von Prof. Dr. Peter Bieri

Bildung ist etwas, das Menschen mit sich und für sich machen: Man bildet sich. Ausbilden können uns andere, bilden kann sich jeder nur selbst. Das ist kein bloßes Wortspiel. Sich zu bilden, ist tatsächlich etwas ganz anderes, als ausgebildet zu werden. Eine Ausbildung durchlaufen wir mit dem Ziel, etwas zu können. Wenn wir uns dagegen bilden, arbeiten wir daran, etwas zu werden – wir streben danach, auf eine bestimmte Art und Weise in der Welt zu sein. Wie kann man sie beschreiben?

Bildung als Weltorientierung

Bildung beginnt mit Neugierde. Man töte in jemandem die Neugierde ab, und man stiehlt ihm die Chance, sich zu bilden. Neugierde ist der unersättliche Wunsch, zu erfahren, was es in der Welt alles gibt. Sie kann in ganz verschiedene Richtungen gehen: Hinauf zu den Gestirnen und hinunter zu den Atomen und Quanten; hinaus zu der Vielfalt der natürlichen Arten und hinein in die phantastische Komplexität eines menschlichen Organismus; zurück in die Geschichte von Weltall, Erde und menschlicher Gesellschaft, und nach vorn zu der Frage, wie es mit unserem Planeten, unseren Lebensformen und Selbstbildern weitergehen könnte. Stets geht es um zweierlei: Zu wissen, was der Fall ist, und zu verstehen, warum es der Fall ist. Die Menge von dem, was es zu wissen und zu verstehen gibt, ist gigantisch, und sie wächst mit jedem Tag. Sich zu bilden, kann nicht heißen, außer Atem hinter allem herzulaufen. Die Lösung ist, sich eine grobe Landkarte des Wissbaren und Verstehbaren zurechtzulegen und zu lernen, wie man über die einzelnen Provinzen mehr lernen könnte. Bildung ist also ein doppeltes Lernen: Man lernt die Welt kennen, und man lernt das Lernen kennen. Dabei entstehen zwei Dinge, die gleichermaßen wichtig sind. Das eine ist ein Sinn für die Proportionen. Man braucht, um gebildet zu sein, nicht die genaue Anzahl der Sprachen zu kennen, die es auf der Erde gibt. Aber man sollte wissen, dass es eher 4000 sind als 40. China ist das bevölkerungsreichste, aber bei Weitem nicht das größte Land. Es gibt nicht Hunderte von chemischen Elementen. Die Lichtgeschwindigkeit ist weder 10 noch 1 Million Kilometer pro Sekunde. Das Universum ist nicht Millionen, sondern Milliarden von Jahren alt. Das Mittelalter begann nicht mit Jesu Geburt und die Neuzeit nicht vor 100 Jahren. Auch die Bedeutung von Menschen und ihren Leistungen gilt es richtig zu gewichten. Louis Pasteur war für die Menschheit wichtiger als Pelé, die Erfindung des Buchdrucks und der Glühbirne folgenreicher als diejenige des Rasierapparats und des Lippenstifts. Das Zweite, was im Zuge der Weltorientierung entsteht, ist ein Sinn für Genauigkeit: Ein Verständnis davon, was es heißt, etwas genau zu kennen und zu verstehen: Ein Gestein, ein Gedicht, eine Krankheit, eine Symphonie, ein Rechtssystem, eine politische Bewegung, ein Spiel. Es gibt niemanden, der mehr als nur einen winzigen Ausschnitt der Welt genau kennt. Doch das verlangt die Idee der Bildung auch nicht. Aber der Gebildete ist einer, der eine Vorstellung davon hat, was Genauigkeit ist und dass sie in verschiedenen Provinzen des Wissens ganz Unterschiedliches bedeutet.

Bildung als Aufklärung

Der Gebildete ist also einer, der sich in der Welt zu orientieren weiß. Was ist diese Orientierung wert? «Wissen ist Macht.» Was die Idee der Bildung anbelangt, kann das nicht heißen: Mit seinem Wissen über andere zu herrschen. Die Macht des Wissens liegt woanders: Sie verhindert, dass man Opfer ist. Wer in der Welt Bescheid weiß, kann weniger leicht hinters Licht geführt werden und kann sich wehren, wenn andere ihn zum Spielball ihrer Interessen machen wollen, in Politik oder Werbung etwa. Orientierung in der Welt ist nicht die einzige Orientierung, auf die es ankommt. Gebildet zu sein, heißt auch, sich bei der Frage auszukennen, worin Wissen und Verstehen bestehen und was deren Grenzen sind. Es heißt, sich die Frage vorzulegen: Was weiß und verstehe ich wirklich? Es heißt, einen Kassensturz des Wissens und Verstehens zu machen. Dazu gehören Fragen wie diese: Was für Belege habe ich für meine Überzeugungen? Sind sie verlässlich? Und belegen sie wirklich, was sie zu belegen scheinen? Was sind gute Argumente, und was ist trügerische Sophisterei? Das Wissen, um das es hier geht, ist Wissen zweiter Ordnung. Es unterscheidet den naiven vom gebildeten Wissenschaftler und den ernstzunehmenden vom einfältigen Journalisten, der noch nie etwas von Quellenkritik gehört hat. Wissen zweiter Ordnung bewahrt uns davor, das Opfer von Aberglauben zu werden. Wann macht ein Ereignis ein anderes wahrscheinlich? Was ist ein Gesetz im Unterschied zu einer zufälligen Korrelation? Was unterscheidet eine echte Erklärung von einer Scheinerklärung? Das müssen wir wissen, wenn wir ein Risiko abschätzen und uns ein Urteil über all die Vorhersagen bilden wollen, mit denen wir bombardiert werden. Jemand, der in diesen Dingen wach ist, wird skeptische Distanz wahren, nicht nur gegenüber esoterischer Literatur, sondern auch gegenüber wirtschaftlichen Prognosen, Wahlkampfangementen, psychotherapeutischen Versprechungen und dreisten Anmaßungen der Gehirnforschung. Und er wird gereizt, wenn er hört, wie andere Wissenschaftsformeln nur nachplappern. Der in diesem Sinne Gebildete weiß zwischen bloß rhetorischen Fassaden und richtigen Gedanken zu unterscheiden. Er kann das, weil ihm zwei Fragen zur zweiten Natur geworden sind: «Was genau heißt das?» und: «Woher wissen wir, dass es so ist?» Das immer wieder zu fragen, macht resistent gegenüber rhetorischem Drill, Gehirnwäsche und Sektenzugehörigkeit, und es schärft die Wahrnehmung gegenüber blinden Gewohnheiten des Denkens und Redens, gegenüber modischen Trends und jeder Form von Mitläufertum. Man kann nicht mehr geblufft und überrumpelt werden, Schwätzer, Gurus und anmaßende Journalisten haben keine Chance. Das ist ein hohes Gut, und sein Name ist: Gedankliche Unbestechlichkeit.

Bildung als historisches Bewusstsein

Das aufgeklärte Bewusstsein des Gebildeten ist nicht nur kritisches Bewusstsein. Es ist auch geprägt von historischer Neugierde: Wie ist es dazu gekommen, dass wir so denken, fühlen, reden und leben? Und auf dem Grund dieser Neugierde liegt der Gedanke: Es hätte alles auch anders kommen können, es liegt in unserer Kultur keine metaphysische Zwangsläufigkeit. Das aufgeklärte Bewusstsein ist also ein Bewusstsein der historischen Zufälligkeit. Es drückt sich aus in der Fähigkeit, die eigene Kultur aus einer gewissen Distanz heraus zu betrachten und ihr gegenüber eine ironische und spielerische Einstellung einzunehmen. Das heißt nicht: Sich nicht zu der eigenen Lebensform zu bekennen. Es heißt nur, von dem naiven und arroganten Gedanken abzurücken, die eigene Lebensform sei einem angeblichen Wesen des Menschen angemessener als jede andere. Solche Anmaßung, die zur Essenz eines jeden Imperialismus und einer jeden

Missionierung gehört, ist ein untrügliches Zeichen von Unbildung. Das historische Bewusstsein führt zu dem Bedürfnis, sich die Kultur, in die man zufällig hineingewachsen ist, noch einmal neu anzueignen. Das hat viel mit Nachdenken über Sprache zu tun. Die Geschichte von uns als Teilnehmern an einer bestimmten Kultur zu beleuchten, heißt vor allem, sich die Geschichte unserer Wörter zu vergegenwärtigen, denn wir sind sprechende Tiere, und nichts trägt mehr zu unserer kulturellen Identität bei als die Wörter, mit denen wir unser Verhältnis zur Natur, zu den anderen Menschen und zu uns selbst gestalten. Menschliche Lebensformen werden durch Sprachen geprägt, in denen sich Weltanschauungen zu Wort melden. Wie wir die Welt sehen, zeigt sich in den zentralen Kategorien, um die herum eine Sprache gruppiert ist. Wie sind diese Kategorien entstanden, wie haben sie sich gewandelt? Schnell fallen einem Kategorien ein wie «Geist», «Seele», «Bewusstsein» und «Vernunft» – also diejenigen Wörter, die dazu dienen, das Besondere am Menschen, seine besondere Dignität, zu bezeichnen. Der historische Wandel ist hier dramatisch und hat gedankliche Unsicherheit hinterlassen, die zu kennen zur Bildung gehört. Ähnliches gilt für die Ideen von Gut und Böse, Schuld und Sühne, Achtung und Würde, Freiheit und Gerechtigkeit. Die Wortgeschichten zeigen, wie viel Unterschiedliches, Diffuses und Fragmentarisches sich unter der glatten Oberfläche verbirgt. Wörter wie «Grausamkeit» und «Leiden», «Glück» und «Gelassenheit» sind Beispiele dafür, wie sich in wenigen Wörtern kulturelle Selbstbilder kristallisieren. In der Sprache der Gefühle kommt zum Ausdruck, wie die Teilnehmer einer Kultur sich sehen. Lebensformen und ihre Bewertungen kommen oft in prägenden Metaphern zum Ausdruck, und man ist in einer Kultur erst richtig angekommen, wenn man die Sprache der Zärtlichkeit beherrscht, die Schimpfwörter und Obszönitäten, wenn man weiß, was für sprachliche Tabus es gibt. Eine Kultur zu verstehen, heißt, sich mit ihren Vorstellungen von moralischer Integrität auszukennen. Wir wachsen mit bestimmten moralischen Geboten und Verboten auf, wir atmen sie ein mit der Luft des Elternhauses, der Straße, der Filme und Bücher, die uns erschüttern und prägen – sie machen unsere moralische Identität aus und bestimmen unsere moralischen Empfindungen wie Entrüstung, Groll und schlechtes Gewissen. Zuerst – das gehört zur Ernsthaftigkeit der Moral – setzen wir diese Dinge absolut, wir lernen sie nicht als eine Möglichkeit unter anderen. Der Bildungsprozess dann besteht darin, zur Kenntnis zu nehmen, dass man in anderen Teilen der Erde, in anderen Gesellschaften und Lebensformen, über Gut und Böse anders denkt und empfindet; dass auch unsere moralische Identität kontingent ist, ein historischer Zufall; dass sich etwa die Vorstellungen von Sünde und Demut außerhalb der monotheistischen Religionen so nicht finden lassen; dass Rache und Vergeltung nicht überall als verwerflich gelten; dass man über Leiden, Tod und Glück auch ganz anders denken kann; und dass man anderswo mit den physischen und moralischen Übeln in der Welt auch ohne den Gedanken fertig wird, dass sie nicht das letzte Wort sind und dass dereinst noch einmal abgerechnet wird. Für den Gläubigen kann Bildung Erschütterung bedeuten. Zu erfahren, dass Milliarden von Menschen offenbar nicht den richtigen Glauben haben: Das muss ein Schock sein. Und entsprechend schwer ist die Anerkennung des Offensichtlichen: dass es geographischer und gesellschaftlicher Zufall ist, was ich glaube, welcher Liturgie ich folge – und eben auch, wie meine Moral aussieht. Denn es gehört zum Inhalt religiösen Glaubens, dass er nicht auf einer historischen Zufälligkeit beruhen darf. Das drohte den Glauben zu entwerten, Religion erschiene plötzlich als Spielball kultureller Zufälligkeit. Bildung ist deshalb subversiv, was Weltanschauung angeht. Sie bringt die Relativität einer jeden Lebensform zu Bewusstsein. Totalitäre Ideologien, auch die Kirche, versuchen, diesen Aspekt der Bildung systematisch zu ersticken, daher die Bücher- und Reiseverbote. Im Islam steht auf Apostasie die Todesstrafe. Bildung löst totalitäre

Metaphysik auf und versteht Religion als Ausdruck einer Form und Fassung, die Menschen ihrem Leben geben wollen. Religion, so der Gedanke, hat nicht mit metaphysischer Wahrheit zu tun, sondern mit Identitätsbildung, mit der Frage, wie wir leben wollen. Die Kenntnis der Alternativen nimmt ihr nur scheinbar ihren Wert; der Wert kann sogar als größer erlebt werden, weil wir es jetzt nicht mehr mit einem unverfügbaren Schicksal, sondern mit einer freien Wahl zu tun haben. Man könnte sagen: Nur wer die historische Zufälligkeit seiner kulturellen und moralischen Identität kennt und anerkennt, ist richtig erwachsen geworden. Man hat die Verantwortung für das eigene Leben noch nicht vollständig übernommen, solange man sich von einer fremden Instanz vorschreiben lässt, wie man zu denken hat über Liebe und Tod, Moral und Glück. Das Bewusstsein historischer Zufälligkeit schließt noch viele andere Dinge ein: Einmal ein Wissen um unterschiedliche Staatsformen und Rechtssysteme, aber auch Dinge wie: Vorstellungen von Intimität; was Anlass zu Scham ist; das Verhältnis zum Körper; Formen der Höflichkeit und Würde; wie man feiert und sich anzieht; das Verhältnis zu Drogen; Formen der Ausgelassenheit und Zärtlichkeit; wann man weint und lacht; Ausprägungen von Humor; Ausdruck von Trauer; Beerdigungsrituale; was beleidigend ist; wie man isst; was man verachtet; wie sich Mann und Frau einander nähern; Formen des Flirts. Auch hier heißt gebildet sein: Wissen um die Vielfalt, Respekt vor dem Fremden, Zurücknahme von anfänglicher Überheblichkeit. Wenn ich in diesem Sinne gebildet bin, habe ich eine bestimmte Art von Neugierde: Wissen zu wollen, wie es gewesen wäre, in einer anderen Sprache, Gegend und Zeit, auch in einem anderen Klima aufzuwachsen. Wie es wäre, in einem anderen Beruf, einer anderen sozialen Schicht zu Hause zu sein. Ich habe das Bedürfnis nach wachem Reisen, um meine inneren Grenzen zu erweitern. Bildung macht süchtig nach Dokumentarfilmen. Bisher habe ich Bildung als Weltorientierung, Aufklärung und historisches Bewusstsein definiert. Jetzt füge ich eine Definition hinzu, die mir die liebste ist: Der Gebildete ist einer, der ein möglichst breites und tiefes Verständnis der vielen Möglichkeiten hat, ein menschliches Leben zu leben.

Bildung als Artikuliertheit

Der Gebildete ist ein Leser. Doch es reicht nicht, ein Bücherwurm und Vielwisseur zu sein. Es gibt – so paradox es klingt – den ungebildeten Gelehrten. Der Unterschied: Der Gebildete weiß Bücher so zu lesen, dass sie ihn verändern. «Schützt Humanismus denn vor gar nichts?», fragte Alfred Andersch mit Blick auf Heinrich Himmler, der aus einer Familie des humanistisch gebildeten Bürgertums stammte. Die Antwort ist: Er schützt nur diejenigen, der die humanistischen Schriften nicht bloß konsumiert, sondern sich auf sie einlässt; denjenigen, der nach dem Lesen ein anderer ist als vorher. Das ist ein untrügliches Kennzeichen von Bildung: Dass einer Wissen nicht als bloße Ansammlung von Information, als vergnüglichen Zeitvertreib oder gesellschaftliches Dekor betrachtet, sondern als etwas, das innere Veränderung und Erweiterung bedeuten kann, die handlungswirksam wird. Das gilt nicht nur, wenn es um moralisch bedeutsame Dinge geht. Der Gebildete wird auch durch Poesie ein anderer. Das unterscheidet ihn vom Bildungsbürger und Bildungsspiesser. Der Leser von Sachbüchern hat einen Chor von Stimmen im Kopf, wenn er nach dem richtigen Urteil in einer Sache sucht. Er ist nicht mehr allein. Und es geschieht etwas mit ihm, wenn er Voltaire, Freud, Bultmann oder Darwin liest. Er sieht die Welt danach anders, kann anders, differenzierter darüber reden und mehr Zusammenhänge erkennen. Der Leser von Literatur lernt noch etwas anderes: Wie man über das Denken, Wollen und Fühlen von Menschen sprechen kann. Er lernt die Sprache der Seele. Er lernt, dass man derselben Sache gegenüber

anders empfinden kann, als er es gewohnt ist. Andere Liebe, anderer Hass. Er lernt neue Wörter und neue Metaphern für seelisches Geschehen. Er kann, weil sein Wortschatz, sein begriffliches Repertoire, größer geworden ist, nun nuancierter über sein Erleben reden, und das wiederum ermöglicht ihm, differenzierter zu empfinden.

Jetzt haben wir eine weitere Definition von Bildung: Der Gebildete ist einer, der besser und interessanter über die Welt und sich selbst zu reden versteht als diejenigen, die immer nur die Wortfetzen und Gedankensplitter wiederholen, die ihnen vor langer Zeit einmal zugestoßen sind. Seine Fähigkeit, sich besser zu artikulieren, erlaubt ihm, sein Selbstverständnis immer weiter zu vertiefen und fortzuspinnen, wissend, dass das nie aufhört, weil es kein Ankommen bei einer Essenz des Selbst gibt.

Bildung als Selbsterkenntnis

Es kennzeichnet Personen, dass sie sich, was ihre Meinungen, Wünsche und Emotionen anbelangt, zum Problem werden und sich um sich selbst kümmern können. Bildung ist etwas, das an diese Fähigkeit anknüpft. Es mag einer noch so gut ausgebildet sein und eine noch so große Orientierung haben, so dass er in der Welt erfolgreich navigieren kann – wenn er sich nicht auf diese Weise gegenüberzutreten und an sich zu arbeiten weiß, verfügt er nicht über Bildung in einem vollen, reichen Sinn des Ausdrucks. Es kann sich dabei um Bildung als Selbsterkenntnis handeln: Statt dass ich nur bestimmte Dinge glaube, wünsche und fühle, kann ich mich fragen, woher sie kommen: Welchen Ursprung sie haben und auf welchen Gründen sie beruhen. Im Falle des Denkens und Meinens entsteht dadurch Wissen zweiter Ordnung, von dem schon die Rede war. Doch nun werde ich auch reflektierter, was meinen Willen und meine Emotionen betrifft: Wie bin ich zu ihnen gekommen? Was hat sie angeschoben, und wie gut sind sie begründet? Es geht darum, sich in seinem Denken, Fühlen und Wollen zu verstehen, statt diese Dinge nur geschehen zu lassen. Es geht um die Interpretation meiner Vergangenheit und das Durchleuchten meiner Entwürfe für die Zukunft, kurz: Um das Schaffen und Fortschreiben von Selbstbildern. Und der Gebildete ist auch darin reflektiert, dass er Fragen wie diese stellt: Woher weiß ich, dass ein Selbstbild kein Trugbild ist? Haben wir einen privilegierten Zugang zu uns selbst? Sind Selbstbilder gefunden oder erfunden? Der Gebildete – so lautet meine nächste Definition – ist einer, der über sich Bescheid weiß und Bescheid weiß über die Schwierigkeiten dieses Wissens. Er ist einer, dessen Selbstbild mit skeptischer Wachheit in der Schwebe gehalten werden kann. Einer, der um die brüchige Vielfalt in seinem Inneren weiß und keine soziale Identität für bare Münze nimmt.

Bildung als Selbstbestimmung

*Im Prozess der Bildung geht es nicht nur darum, die Erkenntnis über sich selbst zu vergrößern. Es geht auch darum, sich in seinem Denken, Fühlen und Wollen zu bewerten, sich mit einem Teil zu identifizieren und sich vom Rest zu distanzieren. Darin besteht das Schaffen einer seelischen Identität. So meißeln wir eine seelische Skulptur für uns selbst. Ich kann mit der Welt meines Wollens, meiner Gedanken und Gefühle aus verschiedenen Gründen unzufrieden sein: Weil es an Übersicht und innerer Stimmigkeit fehlt; weil ich mir draußen ständig Beulen hole; weil ich mir darin fremd vorkomme. Dann brauche ich im weitesten Sinne des Worts eine *éducation sentimentale*, diejenige Art von Bildung also, die man einst mit gutem Grund Herzensbildung*

nannte: Gestützt auf wachsende Einsicht in die Logik und Dynamik meines seelischen Lebens, lerne ich, dass Gedanken, Wünsche und Gefühle kein unabwendbares Schicksal sind, sondern etwas, das man bearbeiten und verändern kann. Ich erfahre, was es heißt, nicht nur in meinem Tun, sondern auch in meinem Wollen und Erleben selbstbestimmt zu werden. Diese Selbstbestimmung kann nicht darin bestehen, dass ich mich in einer inneren Festung verbarrikadiere, um jeder Beeinflussung durch andere, die das Gift der Fremdbestimmung enthalten könnte, zu entfliehen. Was ich lerne, ist etwas anderes: Zu unterscheiden zwischen einer Beeinflussung, die mich von mir selbst entfremdet, und einer anderen, die mich freier macht, indem sie mich näher an mich selbst heranführt. Jede Form von Psychotherapie, die über bloße Konditionierung und Dekonditionierung hinausgeht, trägt zu dieser Art von innerer Bildung bei. Selbstbestimmung in diesem Sinne geschieht nicht von einem inneren Hochsitz herunter, von dem aus ich über mein seelisches Geschehen Regie führen könnte. Ich – das ist nichts anderes als dieses seelische Geschehen selbst. Dass ich über mich selbst bestimme, kann nur heißen: Es findet ein unaufhörliches Knüpfen, Auflösen und Neuknüpfen des Netzes aus seelischen Episoden, Zuständen und Dispositionen statt, das ich bin, ein Entwerfen, Verwerfen und Umbauen meines Selbstbilds, an dem ich messe, was mir innerlich zustößt. Der Gebildete ist einer, der über seine seelische Gestalt selbst bestimmt, indem er einen stetigen Prozess erneuter Selbstbewertung zulässt und die damit verbundene Unsicherheit aushält. Dadurch wird er im emphatischen Sinne ein Subjekt.

Bildung als moralische Sensibilität

Education sentimentale, Herzensbildung, kann noch etwas anderes bedeuten: Entwicklung von moralischer Sensibilität. Aus der Einsicht in die Kontingenz der eigenen kulturellen Identität entsteht Toleranz – kein förmliches Dulden des Fremden, sondern echter und selbstverständlicher Respekt vor anderen Arten, zu leben. Nicht, dass das immer leicht wäre. Besonders schwierig ist es dann, wenn das Fremde die eigenen moralischen Erwartungen verletzt. Was machen wir mit Grausamkeit, die uns in Rage versetzt, anderswo aber akzeptierter Bestandteil des Lebens ist? Bildung ist die schwer zu erlernende Kunst, die Balance zu halten zwischen dem Anerkennen des Fremden und dem Bestehen auf der eigenen moralischen Vision. Es gilt, diese Spannung auszuhalten: Bildung verlangt hier Furchtlosigkeit. Wir hatten gesehen: Je besser jemand die Sprache des Erlebens beherrscht, desto differenzierter empfindet er. Das hat zur Folge, dass auch seine Beziehungen zu den anderen reicher werden. Das gilt vor allem für die Fähigkeit, die wir Einfühlungsvermögen nennen. Sie ist ein Gradmesser für Bildung: Je gebildeter jemand ist, desto besser ist er darin, sich in die Lage anderer zu versetzen. Bildung macht präzise soziale Phantasie möglich. Sie ist es, die verschleierte Formen der Unterdrückung sichtbar macht und Licht wirft auf Grausamkeiten, die man begangen hat, ohne es zu merken. In dieser Form ist Bildung tatsächlich ein Bollwerk gegen Grausamkeit. Um zu tun, was Himmler tat, muss man an unvorstellbarer Phantasielosigkeit leiden.

Bildung als poetische Erfahrung

Ausbildung ist stets an einem Nutzen orientiert: Man erwirbt ein Know-how, um etwas zu erreichen. Dagegen ist die Bildung, von der hier die Rede ist, ein Wert in sich, wie die Liebe. Es wäre falsch, zu sagen, sie sei ein Mittel, um glücklich zu sein, denn Glück kann man nicht planvoll ansteuern. Und es ist natürlich auch nicht so, dass es ohne Bildung kein Glück gibt. Aber es gibt Erfahrungen des Glücks, die aufs Engste mit den besprochenen Facetten der Bildung verknüpft sind: Die Freude, an der Welt etwas besser zu verstehen; die befreiende Erfahrung, einen Aberglauben abschütteln zu können; das Glück beim Lesen eines Buchs, das einen historischen Korridor öffnet; die Faszination durch einen Film, der zeigt, wie ganz anders das Leben anderswo ist; die beglückende Erfahrung, eine neue Sprache für das eigene Erleben zu lernen; die freudige Überraschung, wenn man sich mit einem Mal besser versteht; die Erlösung, wenn es einem gelingt, eingefahrene Geleise des Erlebens zu verlassen und so mehr Selbstbestimmung zu erfahren; die überraschende Erfahrung, dass sich mit dem Anwachsen der moralischen Sensibilität der innere Radius vergrößert. Und Bildung schließt eine weitere Dimension von Glück auf: Die gesteigerte Erfahrung von Gegenwart beim Lesen von Poesie, beim Betrachten von Gemälden, beim Hören von Musik. Die Leuchtkraft von Worten, Bildern und Melodien erschließt sich nur demjenigen ganz, der ihren Ort in dem vielschichtigen Gewebe aus menschlicher Aktivität kennt, was wir Kultur nennen. Niemand, der die Dichte solcher Augenblicke kennt, wird Bildung mit Ausbildung verwechseln und davon faseln, dass es bei Bildung darum gehe, uns «fit für die Zukunft» zu machen.

Leidenschaftliche Bildung

Der Gebildete ist an seinen heftigen Reaktionen auf alles zu erkennen, was Bildung verhindert. Die Reaktionen sind heftig, denn es geht um alles: Um Orientierung, Aufklärung und Selbsterkenntnis, um Phantasie, Selbstbestimmung und moralische Sensibilität, um Kunst und Glück. Gegenüber absichtlich errichteten Hindernissen und zynischer Vernachlässigung kann es keine Nachsicht geben und keine Gelassenheit. Boulevardblätter, die aus purer Profitgier alles zerstören, wovon ich gesprochen habe, können nur den heftigsten Ekel hervorrufen. Überhaupt ist der Gebildete einer, der vor bestimmten Dingen Ekel empfindet: Vor der Verlogenheit von Werbung und Wahlkampf; vor Phrasen, Klischees und allen Formen der Unaufrichtigkeit; vor den Euphemismen und der zynischen Informationspolitik des Militärs; vor allen Formen der Wichtigtuerei und des Mitläufertums, wie man sie auch in den Zeitungen des Bürgertums findet, die sich für den Ort der Bildung halten. Der Gebildete sieht jede Kleinigkeit als Beispiel für ein großes Übel, und seine Heftigkeit steigert sich bei jedem Versuch der Verharmlosung. Denn wie gesagt: Es geht um alles.

Ein Plädoyer für die eigene Mundart

In seinem Buch „Waschtesche mich?“ erklärt Norbert Breuer-Pyroth den Mehrwert von Mundarten und warum sie gepflegt werden sollen. Er schreibt in seinem Vorwort:

„Warum ist es wichtig, unsere saarländischen Mundarten zu pflegen? Warum lohnt es sich, das alte Sprachgut zu bewahren und neu zu beleben? Ich möchte dafür drei kulturpolitische Gründe nennen:

Erstens: *Mundarten stiften Identität. Untrennbar mit ihrem jeweiligen Entstehungsraum verbunden, nehmen sie dessen Besonderheiten in sich auf und vermitteln uns das Gefühl der Zugehörigkeit und des Unverwechselbaren. Man erkennt an seiner Sprache, wo einer herkommt. Als Gegengewicht zur globalen Computer- und standardisierten Hochsprache stehen Mundarten und Dialekte für die Intaktheit der kleinen Lebenswelten.*

Zweitens: *Mundarten bedeuten sprachliche und kulturelle Vielfalt. Jede Mundart ist auch sprachlich etwas Eigenes. Sie besitzt nicht nur einen zum Teil besonderen Wortschatz, sondern stets auch ihren eigenen Klang. So lassen sich – von Mundart zu Mundart verschieden – jeweils neue Klangverbindungen und Assoziationen herstellen, die in keinem anderen Idiom möglich wären. Diese sprachliche Phantasie, die aus der Vielfalt erwächst, hat einen hohen kulturschöpferischen Rang. Hier entsteht Kultur „von unten“.*

Drittens: *Mundarten sind Spiegel unserer kulturellen Tradition. Entgegen der heutigen Schnelllebigkeit bewahrt sich in den Mundarten und Dialekten ein Stück unseres kollektiven Gedächtnisses. In vielen typischen Wörtern zeigt sich, was wir waren und wir heute immer noch sind. Dass die Saar-Lor-Lux-Region vor den Nationalkriegen über viele Jahrhunderte eine kulturelle Einheit bildete, können wir geradezu beispielhaft an der Saarlouiser Mundart ablesen, in der französische und deutsche Elemente eine natürliche Symbiose eingegangen sind.“*

Typisch deutsch?

Bernard Nuss, ein in Straßburg geborener Journalist, versuchte das Wesen des Deutschen näher zu beleuchten. Er schreibt:

„Nichts achtet der Deutsche mehr als seine Prinzipien. Die Entschiedenheit, mit der er ihnen normalerweise treu ist, ist noch größer, wenn es um moralische Vorschriften oder Verhaltensregeln geht. Seinen Prinzipien treu bleiben ist eine Redensart, mit der man in Deutschland alles entschuldigen kann: Irgendjemand hat seine Kollegen getäuscht, unzähligen Personen Unglück gebracht, seine Kinder ins Elend – das alles spielt keine Rolle, wenn er

seinen Prinzipien treu geblieben ist! Die Prinzipien stehen über allem und haben immer recht. Man ist bereit, sich selbst, aber auch die anderen für sie zu opfern, wenn dies erforderlich ist. [...] Nichts wird ihn dazu bringen, sie aufzugeben, selbst nicht die Unannehmlichkeiten, die sie für ihn nach sich ziehen können oder die Gefahren, denen er sich durch sie ausgesetzt sieht. [...] In Deutschland werden die Prinzipien nur selten kritisch beurteilt. Sie werden ein für alle Mal gesetzt, und ihre Anwendbarkeit muss nicht immer wieder von der Vernunft überprüft werden. [...] Nichts ist sicher vor der deutschen Gründlichkeit, philosophische Systeme ebenso wenig wie Konzentrationslager. Mit derselben Sorgfalt und derselben gewissenhaften Pflichterfüllung, mit der man die Komponenten des menschlichen Denkens inventarisiert, legt man ein Verzeichnis der Goldzähne an, die man den Gefangenen abgenommen hat. Ob man denkt oder mordet, man macht es gründlich, mit Methode und Gewissenhaftigkeit.“⁴

Ich werde *gründlich, mit Methode und Gewissenhaftigkeit* unsere heutige und vergangene politische Situation analysieren und eine ganzheitliche Synthese wagen sowie Vorschläge für die Gegenwart und Zukunft machen!

Teil I

Was der Saarländer über sein Land wissen sollte

Worum es in diesem Teil gehen wird

- Ein Grobübersicht über die letzten 200 Jahre
- Warum oder ob das Saarland besonders ist
- Die Eigenstaatlichkeit
- Das Problem mit Saarburg für die BRD
- Wie die BRD uns putschte
- Der illegale Anschluss an die BRD
- Lebensbedingungen vor und nach der Wiedervereinigung
- Parallelen zur Gegenwart
- Wie man Propaganda und Hetze betreibt

⁴ Bernard Nuss, *Das Faust Syndrom: Ein Versuch über die Mentalität der Deutschen*, Bouvier Verlag

Fremdwahrnehmung von 1800 bis 1945

Die Kabarettistin Lisa Eckhart verlor in ihrem satirischen Programm in „Olafs Klub“ im mdr über das Saarland im Zusammenhang mit Ösis und Osis folgende Worte:

„Wenn man den deutschen Volkskörper nimmt, ist Ostdeutschland der Überbiss und Österreich der Blinddarm, den man zwar operativ entfernen ließ, aber in seinem Glas aufbewahrt fürs Kuriositätenkabinett; daneben die entfernten Mandeln Böhmen und Mähren und darunter ist schon ein Plätzchen reserviert für das Hühnerauge Saarland. Sie wissen, das Saarland, Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland. Seit Ewigkeiten wird gestritten um die Frage: Wer muss es nehmen? Aber uns beide, uns beide, uns mobbt man am meisten. Allein diese Spitznamen, die sie uns geben: Osis und Ösis.“⁵

Wie wir sehen werden, war die BRD im Gegenteil äußerst bemüht, sich das Saarland unter den Nagel zu reißen, anstatt es friedlich für sich allein als eigenes Land existieren zu lassen.

Als ersten Anhaltspunkt zu unserer eigenen Geschichte betrachten wir einen Kommentar von Wendt/Rixecker zur Verfassung des Saarlandes⁶, was man uns erzählt:

„Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes begeht im Jahre 2009 sein 50-jähriges Bestehen. [...] Obwohl schon die Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (Amtsbl. 1077) einen Verfassungsgerichtshof in Artikel 98 grundsätzlich vorsah, trat er zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung unter den geänderten politischen und staatsrechtlichen Vorzeichen der kleinen Wiedervereinigung des Landes mit der Bundesrepublik zusammen. Unmittelbarer Vorgänger des Verfassungsgerichtshofes unter der Geltung der Verfassung des Saarlandes von 1947 war die in Artikel 99 und 113 verankerte Verfassungskommission des Saarlandes [...].

Der vorangestellte verfassungshistorische Rückblick versteht sich als Beitrag zur saarländischen Verfassungsgeschichte seit der Neuzeit, der die Verfassungsentwicklungslinien im größeren Zusammenhang aufzeigt und das Verständnis für die staatsrechtlichen Sonderentwicklungen an der Saar nach 1920 und nach 1945 erleichtert.

Das Saarland als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland war über Jahrhunderte wegen seiner geographischen Lage als Grenzland und später **wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen Zankapfel zwischen beiden Ländern. Das Land an der Saar gehörte während der Reunionszeit (1680 – 1697) und nach dem Frieden von Lunéville zu Frankreich (1801 – 1815). Im 19. Jahrhundert teilten sich Preußen, Bayern, Oldenburg und bis 1834 Sachsen-Coburg-Saalfeld die monarchische Herrschaft an der Saar. Der Grundstein für eine eigenständige saarländische Verfassungsgeschichte wurde mit dem Friedensvertrag von Versailles 1919/1920 gelegt.** Der Versailler Vertrag sicherte dem Land als Saargebiet erstmals ein staatsrechtliches Eigenleben in der Zeit unter der Völkerbundsverwaltung (1920 – 1935). Dieses staatsrechtliche Eigenleben setzte sich nach der Rückgliederung von 1935 ins Deutsche Reich im Reichsland „Saarland“ bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fort und wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=mTWMb4bwIqo>

⁶ Wendt/Rixecker: „Verfassung des Saarlandes: Kommentar“, herausgegeben von den Mitgliedern des Verfassungsgerichtshof des Saarlandes, Alma Mater Verlag, Saarbrücken, ISBN: 978-3-935009-37-9; Dr. Rudolph Brosig Leitender Ministerialrat, Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales ©2009

der Schaffung eines Regierungspräsidiums Saar, sowie 1947 mit der Gründung des Saarlandes als Land – unter dem Protektorat Frankreichs – wiederhergestellt.

Als Folge der Volksbefragung über das Europäische Statut für das Saarland am 23. Oktober 1955 (Amtsbl. 1955, 1023) ist das Saarland seit dem 1. Januar 1957 ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Für das Staatsgebiet des heutigen Saarlandes endete mit der Eingliederung als 11. deutsches Bundesland in die Bundesrepublik eine lange Epoche unterschiedlichster staatsrechtlicher Zuordnung zu Deutschland und Frankreich.

B. Die Verfassungsgeschichte des Saarlandes 1789 – 1945 [Mehr Details]

I. Von den Kleinstaaten an der mittleren Saar zum Saargebiet

Das saarländische Landeswappen erinnert symbolisch an den Wurzelboden territorialer Vergangenheit, auf dem in bewegter europäischer Geschichte das Saarland entstand. Die vier bedeutendsten Territorien des frühen 18. Jahrhunderts spiegeln im Landeswappen die historische Kleinstaatenwelt des **Ancien Régime** an der mittleren Saar wider:

Nassau-Saarbrücken, Kur-Trier, Pfalz-Zweibrücken und **Lothringen**, das bis 1737 dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation angehört hatte. [...]

[...] **7. Die Saar und der Erste Pariser Frieden von 1814.** Nach den Befreiungskriegen von 1813 und dem Sturz Napoleons 1814 hofften die Menschen an Saar und Blies, durch den Pariser Frieden von 1814 ins deutsche Vaterland zurückkehren zu können. Waren doch Land und Leute an Saar und Blies seit alters her nach Herkunft, Sprache, Kultur und gemeinsamer Vergangenheit, Denken und Fühlen Deutsche und keine Franzosen. [...]

Frankreich wurde [nach den Vereinbarungen des Ersten Pariser Friedens] in den Grenzen nach dem Stande vom 1. Januar 1792 wiederhergestellt. Dies entsprach seinem Umfang vor den Revolutionskriegen. Für das Land an der Saar bedeutete dies, dass die **altfranzösischen Besitzungen** links und rechts der Saar sowie mit Saarlouis und Umgebung wie bisher bei Frankreich verbleiben konnten. Zudem wurde aber völlig unerwartet in Abweichung dieses Grenzverlauf-Stichtags auch **Saarbrücken** mit seiner Umgebung St. Arnual, St. Johann, Kleinblittersdorf, Bischmisheim, Dudweiler, Sulzbach und Ludweiler zu Frankreich geschlagen. **Der Erste Pariser Frieden wurde so zur Geburtsstunde der „historischen Rechte und Ansprüche“ Frankreichs auf die Saar.**

Frankreichs später immer wieder erhobene Forderung auf „Wiederherstellung der Einjahresgrenze von 1814“ fand im Ersten Pariser Frieden, wenn auch nur eine formale völkerrechtliche Stütze.

8. Die Saar und der Zweite Pariser Friede von 1815. Mit der Flucht von Elba griff Napoleon noch einmal nach der Macht. Die „Herrschaft der 100 Tage“ begann mit seiner überraschenden Landung bei Cannes am 1. März 1815. Sie endete mit der **Niederlage bei Waterloo** am 18. Juni 1815.

Im Vorfeld des Zweiten Pariser Friedens vom 20. November 1815 drängte vor allem die **Saarbrücker Bürgerschaft** durch **Resolutionen** und **diplomatische Missionen** vor Ort

in Paris unter Leitung des Saarbrücker Kaufmanns **Heinrich Böcking** auf die Vereinigung Saarbrückens mit dem deutschen Vaterland. Frankreich musste Saarlouis und Saarbrücken an Preußen abtreten.

Saarbrücken und Umgebung sind so die einzige preußische Erwerbung, bei der der Anschluss aufgrund einer Forderung aus der Bevölkerung zustande kam. Mit dem Zweiten Pariser Frieden stand die Grenze an Saar und Blies nach außen gegenüber Frankreich fest. Die territoriale und staatsrechtliche Zugehörigkeit nach innen war Gegenstand schwieriger innerdeutscher Verhandlungen auf dem **Wiener Kongress**.

9. Die innerstaatliche Neuordnung des linken Rheinufer auf dem Wiener Kongress. Für das Land an der Saar brachte der Wiener Kongress eine völlige Neuordnung der politischen Verhältnisse. Die ehemaligen Dynastien und alten Legitimitäten der Fürstenzeit kehrten nach dem Willen der Großmächte nicht an Saar und Blies zurück. Das Land wurde, wie das übrige linke Rheinufer, unter ihnen aufgeteilt. Der weitaus größte Teil des Landes an der Saar kam an **Preußen**. Die ihm zugesprochenen Gebiete von Saarbrücken, Ottweiler, Saarlouis, Merzig und Saarburg wurden als **Saarkreise** der **Rheinprovinz** mit dem Oberpräsidenten in Koblenz und dem **Regierungspräsidenten in Trier unterstellt**. Als Gegenleistung für seine Gebieterweiterung an der Saar, musste sich Preußen nach Art. 49 und 50 der Wiener Kongressakte, zu einer territorialen Entschädigung der Herzöge von Oldenburg und Sachsen-Coburg verpflichten.

Oldenburg erhielt 1816 von Preußen den Kanton Birkenfeld und Teile von den Kantonen Herrstein, Wadern, Hermeskeil, St. Wendel, Baumholder und Rhaunen. Die abgetretenen Landesteile schloss es zum **Fürstentum Birkenfeld** zusammen. Die zum heutigen Saarland gehörenden Gemeinden und Ortsteile gehörten in der Folge zum oldenburg-birkenfeldischen **Amtsbezirk Nohfelden** mit den Bürgermeistereien Achtelsbach, Neunkirchen/Nahe und Nohfelden.

Sachsen-Coburg-Saalfeld fielen 1816 Teile der preußischen Kantone Ottweiler, Tholey, St. Wendel, Kusel, Baumholder und Grumbach zu, die es zum **Fürstentum Lichtenberg** mit St. Wendel als Residenzstadt vereinte.

Im österreich-bayerischen Vertrag von 1816 trat Österreich die **linksrheinische Pfalz** an **Bayern** ab. Die Pfalz einschließlich ihrer Gebiete St. Ingbert, Homburg und Blieskastel mit Umgebung, **im Kern der heutige Saarpfalz-Kreis**, fasste Bayern im **Rheinkreis**, dem VIII. Kreis des damaligen Königreichs Bayern mit Verwaltungssitz in Speyer zusammen. Die Pfalz gehörte bis 1945 zu Bayern.

Vier Staaten waren nach 1815 auf dem heutigen saarländischen Staatsgebiet vertreten. Das **Königreich Preußen** mit der Rheinprovinz, das **Königreich Bayern** mit der Pfalz, das **Großherzogtum Oldenburg** mit dem Fürstentum Birkenfeld und das **Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld** mit dem Fürstentum Lichtenberg. Die Saar nahm damit im 19. Jahrhundert an der allgemeinen Verfassungs- und Rechtsentwicklung Preußens, Bayerns, Oldenburgs – und für kurze Zeit an der für Sachsen-Coburg-Saalfelds – teil.

Die staatliche und staatsrechtliche Zuordnung des Saarraumes stand damit auch nach innen fest. Sie blieb bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 im Wesentlichen unverändert. Lediglich das **Fürstentum Lichtenberg** fiel 1834 gegen eine **Abfindungssumme** an das Königreich

Preußen. Das Fürstentum gehörte seit dem 1. April 1835 als **Landkreis St. Wendel** zum Regierungsbezirk Trier in der preußischen Rheinprovinz.

Das agrarisch geprägte Land entwickelte sich unter Preußen zum **Wirtschaftsgebiet Saar**. „Die förmliche Metamorphose in einen staatlichen Raum, **Territoire du Bassin de la Sarre**, vollzieht sich erst aufgrund des Versailler Vertrages 1919/1920 und hat **Frankreich zum Urheber**.

II. Vom Saargebiet zum Saarland [Zeit nach dem Ersten Weltkrieg]

1. Das Saargebiet und der Friedensvertrag von Versailles. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 gingen auch die Reichsgewalt des deutschen Reiches und die Landesgewalt Preußens und Bayerns an Saar und Blies schrittweise zu Ende. Aufgrund der politischen, geographischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Saar rollte Frankreich die Saarfrage bei den Friedensverhandlungen erneut auf. Die französische Saarpolitik war erwartungsgemäß auf **Annexion** ausgerichtet. Offen trat Frankreich mit seinen Forderungen erstmals mit einer Denkschrift der französischen Delegation Anfang 1919 hervor. Seine beiden **Kernforderungen** waren vor allem historisch und wirtschaftlich begründet:

- Die Wiederherstellung einer französischen Saar zumindest in den Grenzen des Ersten Pariser Friedens von 1814.
- Abtretung der Kohlegruben im gesamten Saarbeckengebiet an Frankreich als wirtschaftliche Reparation für die Zerstörung der Kohlegruben in Nordfrankreich.

Die „**historischen Rechte und Ansprüche**“ Frankreichs auf die Saar, aus dem Ersten Pariser Frieden von 1814 hergeleitet, wurden mit Rücksicht auf den **deutschen Charakter der Bevölkerung** weder vom britischen Premier Lloyd George noch vom amerikanischen Präsidenten Wilson anerkannt. Nach dem Scheitern der französischen Annexionsversuche verlegte sich Frankreich auf die **wirtschaftlichen Reparationsforderungen**. Die ungestörte Ausbeutung der Saargruben erfordere ein politisch und administratives Sonderregime für das Saarbecken. Konkretisiert wurde das **Sonderregime** von französischer Seite durch zwei Alternativvorschläge:

- Errichtung eines unabhängigen Saarstaates mit Frankreich wirtschaftlich durch Zollunion verbunden,
oder
- die Übertragung der Souveränität des Saarbeckens auf den Völkerbund mit einem Mandat für Frankreich und Volksabstimmung nach 15 Jahren.

In der Nacht vom 9. auf den 10. April 1919 wurden daraufhin die Bestimmungen über das Saargebiet im Sinne des zweiten Alternativvorschlags endgültig zu Papier gebracht und [...] Bestandteil des Friedensvertrages von Versailles. Das Schicksal der Saar war besiegelt. Der 10. April 1919 leitete eine **staatsrechtliche Sonderentwicklung des Saargebietes** ein.

Der Friedensvertrag von Versailles trat am **10. Januar 1920** in Kraft. Aufgrund des Art. 49 **wurde das Saarbeckengebiet [...] unter die Treuhänderschaft des Völkerbundes gestellt, zu dessen Gunsten Deutschland auf die Regierung des Gebietes verzichtete.** Die Sicherung der Rechte und der **Wohlfahrt der Bevölkerung** im Saargebiet wurde in den staatsrechtlichen Vorschriften [...] niedergelegt. [...]

Die **Grenzen des Saargebietes**, das sich aus früheren preußischen und bayerischen Gebietsteilen zusammensetzte, sind in **Art. 48** bestimmt. Gemeinden des Landkreises Birkenfeld (Oldenburg) wechselten erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum Saarland. Von Seiten der preußischen Rheinprovinz fielen die Landkreise Saarlouis, Saarbrücken Stadt und Land, Ottweiler sowie Teile der Kreise Merzig und St. Wendel an das Saargebiet. Die Restkreise Merzig und St. Wendel verblieben beim Regierungsbezirk Trier. Sie nahmen ihren Verwaltungssitz in Baumholder für St. Wendel und Wadern für Merzig. Aus der bayerischen Pfalz wurde der heutige Saarpfalz-Kreis dem Saargebiet zugeschlagen.

Das **Saargebiet**, eine **Schöpfung der internationalen Politik**, hatte am 31. Dezember 1920 insgesamt **697.242 Einwohner** und umfasste 1.900 km². Der Versailler Vertrag ordnete das Land an Saar und Blies neu. Das Land wurde so erstmals mit dem **10. Januar 1920** zu einem geschlossenen politischen Territorium mit einem **staatsrechtlichen Eigenleben** zusammengefasst. Erst von diesem Zeitpunkt an lässt sich von einer eigenständigen Verfassungs- und Rechtsentwicklung an der Saar sprechen.

Der 10. Januar 1920 war die Geburtsstunde eines eigenständigen Saargebiets, in dessen Rechtsnachfolge das heutige Saarland steht.

2. Die Verfassung des Saargebiets. Das Internationale Saarstatut wurde als die vom Friedensvertrag von Versailles auferlegte „**Verfassung des Saargebiets**“ angesehen. Die neue Verfassungsordnung bildete den unveränderlichen Rahmen, in dem sich von 1920 bis 1935 Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime gestaltete [...]

3. Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes. Das Saargebiet des Friedensvertrages von Versailles wurde gemeinhin als **Saarstaat** bezeichnet. Ein vom Deutschen Reich unabhängiger und selbständiger Staat vergleichbar der Freien Stadt Danzig war das Saargebiet nicht. Beide standen jeweils in einem besonderen völkerrechtlichen Verhältnis zum Völkerbund, aber im Gegensatz zu Danzig schied das Saargebiet weder durch Gebietsabtretung aus dem Deutschen Reich aus noch wurde ihm das Recht auf Selbstregierung mittels eigener Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung eingeräumt.

Nach Art. 49 des Friedensvertrages verzichtete Deutschland zugunsten des Völkerbundes auf die Regierung im Saargebiet nicht aber auf seine Souveränität. Als fremdverwaltetes deutsches Staatsgebiet besaß die Saar „**Eigenständigkeit innerhalb Deutschlands**“. **Die Regierungskommission hatte alle Staatsgewalt, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustand. Aus der Sicht der Staatspraxis war das Saargebiet als ein staatliches Gebilde mit Staatsqualität anzusehen.** Insofern hatte es den Charakter eines **suspendierten Gliedstaates** des Deutschen Reiches, der im Rahmen des Saarstatuts auch die **beschränkte Fähigkeit besaß, Völkerrechtssubjekt zu sein.**

4. Die internationale Regierungskommission. § 16 und 17 des Saarstatuts regelte die Ernennung und Zusammensetzung der **Regierungskommission**, der **Vertreterin des Völkerbundes** im Saargebiet. [...] Dem Franzosen Viktor Rault, französischer Staatsrat, [...] kam in der Funktion des „**Präsidenten**“ von Anbeginn eine **Schlüsselstellung** zu, in der er aufgrund seiner Persönlichkeit und Verwaltungserfahrung zur beherrschenden Figur avancierte. [...] Im Zusammenspiel einer überlegenen französischen Diplomatie im Völkerbundsrat mit der Politik Raults vor Ort, übte Frankreich und nicht der Völkerbund in der Realität das Verwaltungsmandat an der Saar aus. [...]

1926 folgten auf Raults Präsidentschaft die des Kanadiers Stephens sowie die der Briten Wilton und Knox, die eine neutrale Amtsführung im Geiste des Saarstatuts sicherstellten, aber den Charakter einer „**volks- und landfremden**“ **Regierung** nicht ablegen konnten.

5. Regierungssitz, Regierungshauptstadt, Zentralverwaltungen. Sitz der Regierung wurde **Saarbrücken**. Sitz des Obergerichts für Zivil- und Strafsachen Saarlouis. Desgleichen schlugen die Justiz- und Gefängnisverwaltung sowie alle Anstalten der öffentlichen Fürsorge in Saarlouis ihr Domizil auf. Mit diesen Entscheidungen kam man **Saarlouis** entgegen, das in einer Eingabe an den Völkerbund darum bat, aufgrund seiner historischen Bedeutung und Lage, zur Regierungshauptstadt bestimmt zu werden.

Während der Zeit des Völkerbundes entwickelte sich Saarbrücken zum **Oberzentrum des Saargebiets** und zur **Regierungshauptstadt** mit einem **Hauch von Internationalität und Weltläufigkeit**. [...]

6. Staatssymbolik. Der **Saarstaat** kehrte selbstbewusst und äußerlich sichtbar mit der Schaffung eines **Regierungsapparates**, einer **Flagge**, einem **Wappen**, eigenen **Postwertzeichen** und der Verordnung über die Eigenschaft als Saareinwohner seine **Autonomie** heraus. Das Landeswappen setzte sich aus vier saarländischen Stadtwappen zusammen: St. Ingbert, Saarlouis, St. Johann und Saarbrücken.

[...] Blauweiß verkörperte den bayerischen Teil und Schwarz-weiß den preußischen Teil des Saargebiets.



7. Der Landesrat. **Als schmerzlich empfand die Saarbevölkerung den Ausschluss von jedweder demokratischen Selbstregierung während der Völkerbundszeit. Die gesetzgebende und exekutive Gewalt war der Regierungskommission vorbehalten.** Auf Drängen der Bevölkerung wurde **1922 ein Landesrat** eingerichtet. Mit der Wahl des Landesrats wurde erstmals eine **Volksvertretung** für das gesamte Saargebiet geschaffen. Er bestand aus 30 Mitgliedern und ging aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Listenwahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl hervor, wobei das Saargebiet einen einzigen Wahlbezirk bildete. Dem Landesrat fehlten von seinem Kompetenzzuschnitt alle Attribute eines klassischen Parlaments: Das Recht der Bildung, Abberufung und Kontrolle der Regierung, das Gesetzgebungs- und Budgetrecht. Er war eine beratende und begutachtende Volksvertretung, ein **Verfassungsorgan ohne Beschluss- und Entscheidungskompetenz** [...] Die

alleinige Verantwortung der Regierungskommission gegenüber dem Völkerbundsrat blieb durch die Einrichtung „Landesrat“ unangetastet. [...]

Durch seine überzeugende Arbeit verschaffte sich der Landesrat trotz seiner parlamentarischen Ohnmacht politischen Einfluss beim Völkerbund und der Regierungskommission sowie **Ansehen** und **Respekt** in der Saarbevölkerung. Er repräsentierte während des Völkerbundesregimes die saarländische Bevölkerung und sie fühlte sich durch ihn repräsentiert. Er war ihre politische Bühne und ihr Sprachrohr, dem sie vertraute.

8. Die Justiz. Der Grundsatz des **§ 23 Saarstatut**, dass alle Gesetze und Verordnungen, die am 11. November 1918 in Kraft waren, auch in Kraft blieben, wirkte sich mit Blick auf die Gerichtsverfassung dahin aus, dass das Saargebiet seine überkommene Gerichtsbarkeit und im Wesentlichen auch die **geltende Gerichtsverfassung beibehielt**. Ergingen bis zum 11. November 1918 die gerichtlichen Entscheidungen an Saar und Blies jeweils „Im Namen des Königs“, nach Ausrufung der Republik „Im Namen des Volkes“, so erfolgten ab 27. Februar 1920 die richterlichen Entscheidungen und Urteile „Im Namen der Regierungskommission“. Die Amtsgerichte blieben bestehen. Das **Landgericht Saarbrücken** wurde für das **gesamte Saargebiet zuständig** [...].

9. Oberster Gerichtshof – Cour Suprême de Justice. Ein justizpolitisches **Novum** war die Errichtung eines **Obersten Gerichtshofes**, eine Mischung von Oberlandesgericht und Reichsgericht, für das Saargebiet. Als seinen Sitz bestimmte die Regierung Saarlouis. Er war in **Zivil- und Strafsenate** aufgeteilt und Berufungs- und Revisionsinstanz (vgl. hierzu Neis, Der Oberste Gerichtshof des Saargebiets zu Saarlouis, Würzburg 1932). Wie die Regierungskommission war auch der **Gerichtshof international zusammengesetzt**. [...] Die Schweizer stellten ununterbrochen die Chefpräsidenten. [...]

Der Friedensvertrag von Versailles mit seinem internationalen Statut verlieh der Regierungskommission Rechte, die weit über die sonst einer verfassungsmäßigen Regierung zustehenden und eingeräumten Befugnisse hinausgingen. [...]

11. Die Rückgliederung des Saargebiets als Saarland ins Deutsche Reich. [Hitlerzeit] Die im Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung, die am 13. Januar 1935 stattfand, ergab eine überwältigende Mehrheit für die Rückkehr der Saar ins Deutsche Reich. Für die **Vereinigung mit Deutschland** stimmten **90,53 %**, für die Beibehaltung des Status quo 8,83 % und für die Vereinigung mit Frankreich 0,4 %. Aufgrund der Volksabstimmung beschloss der Völkerbundsrat am 17. Januar 1935 in Genf die Vereinigung des ungeteilten Saargebiets mit Deutschland. Als Zeitpunkt der **Wiedereinsetzung** Deutschlands in die Regierung des Saargebiets setzte er den 1. März 1935 fest.

Das Saargebiet wurde nicht, wie bis zuletzt allgemein erwartet, an die Länder Preußen und Bayern zurückgegeben. Noch Anfang Januar 1935 sprach sich der **Reichsminister des Auswärtigen** dagegen aus, „das Saargebiet nach der Rückgliederung als besondere Verwaltungseinheit in seinen jetzigen Grenzen beizubehalten. Wenn das Saargebiet im Rahmen der künftigen Gliederung des Reiches als selbständige Einheit erhalten bliebe, so [...] würden [wir] damit anerkennen, dass das Gebiet eine natürliche Einheit bildet, dem im Rahmen des Reiches ein bestimmtes Maß von Eigenleben gewährleistet werden müsse.

International gesehen haben wir alles Interesse daran, das Versailler Gebilde ohne jeden Rest aus der Geschichte verschwinden zu lassen“.

Die Entscheidung für ein eigenständiges „**Saarland**“ fiel durch Hitler, wohl auch vor dem Hintergrund des Neuaufbaus des Deutschen Reiches. Das Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes vom 30. Januar 1935 führte das Saargebiet als selbständige Verwaltungseinheit mit der **erstmalig offiziellen Bezeichnung „Saarland“** fort. An der Spitze der Verwaltung stand bis zur Eingliederung in einen Reichsgau der **„Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes“**. Die selbständige Verwaltungseinheit hatte nicht die Stellung eines Gliedstaates, sondern den Rechtscharakter eines **„Reichslandes“**. Das Saarland unterstand als Reichsverwaltungsbezirk der unmittelbaren Reichsverwaltung wie früher das **Reichsland Elsass-Lothringen**. Der Reichskommissar war der ständige Vertreter der Reichsregierung im Saarland. [...] Durch Erlass des „Führers und Reichskanzlers“ vom 17. Juni 1936 verfestigte sich das Provisorium zum Reichskommissariat für das Saarland.

Eine erneute Änderung trat durch die Verordnung über die Zusammenlegung der Dienststellen des Reichskommissars für das Saarland und des bayerischen Regierungspräsidenten in Speyer vom 8. April 1940 ein. An der Spitze dieser Behörde stand [...] **„Der Reichskommissar für die Saarpfalz“** [...]. Die verwaltungsorganisatorische Selbstständigkeit des Saarlandes und der bayerischen Pfalz blieben jedoch unangetastet.

Nach Abschluss des Frankreichfeldzuges erfolgte im März 1941 die Umbenennung des „Reichskommissars für die Saarpfalz“ in **„der Reichsstatthalter in der Westmark“**. Gemäß Bekanntmachung vom Mai 1941 erfolgte eine letztmalige Zusammenfassung von Dienststellen zu einer Behörde unter der Bezeichnung **„der Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen“**. Eine Organisationsverfügung gliederte die Zivilverwaltung von **Deutschlothringen** der Saarbrücker Behörde an. Saarbrücken blieb bis kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges Sitz des Reichsstatthalters in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen. Die Westmark umfasste das **reichsunmittelbare Saarland**, den **bayerischen Regierungsbezirk Pfalz** und das **besetzte Deutschlothringen**. Bei diesem Provisorium und **Verwaltungskonglomerat** verblieb es, da die staatsrechtliche Neuordnung durch die Vereinigung der Pfalz mit dem Saarland und mit Lothringen zu einem Reichsgau Westmark im Zusammenhang mit der **stockenden Reichsreform** nicht zustande kam.“

Entstehung eines autonomen Staates?

Hier eine kleine Chronik⁷:

1945

- Der zweite Weltkrieg nähert sich schon bald dem Ende. Es ist der 21. März. Der Ami hat jetzt alles unter Kontrolle und besetzt das Saargebiet.
- Am 4. Mai wird das „Regierungspräsidium Saar“ durch die Militärregierung der Amis installiert – ein Vorreiter für die „Verwaltungskommission“. Dies geschieht 4 Tage bevor die deutsche Wehrmacht kapituliert. (D.h. weder das Deutsche noch das Dritte Reich haben in diesem Krieg jemals kapituliert! Die Weimarer Republik war ein Besatzerkonstrukt wie es auch die BRD ist; dazu später mehr)
- Nach nur 4 Monaten hat der Ami dieses Gebiet schon wieder verlassen. Im Juli löst der Franzose den Ami ab und errichtet seine eigene Militärregierung im Saarland.

1946

- Es ist Juli und das Saarland expandiert. **142 Gemeinden aus dem Kreis Saarburg werden an das Saarland angegliedert, sodass es sein Territorium um 950 km² vergrößert.** (Dieser Kreis war etwas kleiner als der heutige illegale Kreis Trier-Saarburg und Birkenfeld). Damit hat das Saarland nun fast 490 Gemeinden und fast 50% mehr Fläche als vorher!
- Zwei Monate später am 5. August tritt die Verordnung Nr.49 in Kraft, welches das demokratische Wahlrecht einführt. Zudem werden die Gemeinderatswahlen für den kommenden Monat angekündigt.
- Stichtag **15. September**: Die Saarländer wählen ihre Gemeinderäte (ohne Kreis Saarburg). Zur Wahl stehen CVP, SPS, KPS und freie Listen. Circa die Hälfte wählen CVP und ein Viertel SPS.
- **Ab diesem Tag verwalten sich alle Kommunen offiziell selbst.** Vorher haben sich viele wahrscheinlich schon inoffiziell selbst verwaltet.
- Vier Tage später werden die Sparkassen zu rein saarländischen Einrichtungen durch Anordnung des Regierungspräsidenten und sieben Tage später am 22. September werden die Bürgermeister durch die Gemeinderäte gewählt: 282 CVP, 26 SPS, 4 KPS und 25 unabhängige Bürgermeister.
- Im Oktober wird die Verwaltungskommission geschaffen: Ein vorläufiger Ausschuss aus sieben Mitgliedern, die sich wie Minister um einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens kümmern: Präsident und Justiz, Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Erziehung, Landwirtschaft und Ernährung.

⁷ Quelle: *Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945 – 1957* von Rainer Hudemann, Armin Heinen, in Zusammenarbeit mit Johannes Großmann und Marcus Hahn, © 2007 by Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung e.V., Saarbrücken

Wir nehmen an, dass es für den Kreis Saarburg viel zu kurz war, innerhalb der zwei Monate **politische Vereine (=Parteien, die für ihr Handeln rechtlich haften)** für die Wahl zu organisieren. Was sich genau zu dieser Zeit parteienmäßig in Saarburg abspielte und welche Konstellationen es dort gab, konnten wir leider noch nicht herausfinden.

Die Parteien der BRD können nicht haftbar für ihr Handeln gemacht werden. Diesen wichtigen Unterschied möchte ich an dieser Stelle ganz klar hervorheben!

Die Selbstverwaltung der unteren Ebenen hatte im Saarstaat einen anderen Stellenwert als heute. Heute sind die unteren Ebenen Bittsteller für obere Ebenen, während zu dieser Zeit die Regierung „von unten nach oben“ aufgebaut wurde, so wie es eigentlich bei einer Demokratie der Fall sein sollte. Die Demokratie im Kleinen wurde zum Grundstein für die Demokratie im Großen.

1947

- Am 23. Mai erfolgt eine Rechtsanordnung über die Einsetzung einer Verfassungskommission des Saarlandes durch die Militärregierung.
- Am 27. Mai wird die Verfassungskommission im Saarland feierlich eingesetzt.
- Zwei Tage später am 29. Mai findet die erste Sitzung der Verfassungskommission statt.
- Die Mission Economique wird zur Bearbeitung aller Fragen des wirtschaftlichen Anschlusses des Saarlandes an Frankreich am 5. Juni gebildet.
- Am 6. Juni wird **Ordonnance N° 93** erlassen, die **mit Wirkung vom 8. Juni zur Rückgliederung von 61 Gemeinden an Rheinland-Pfalz und Angliederung von 13 rheinland-pfälzischen Gemeinden an das Saarland führt.**
- Durch die Ordonnance N° 94 Koenigs wird die Saarmark als neue Währung festgelegt, In der Arrêté N° 217 von Laffon wird der Zeitpunkt der Einführung der Saarmark auf Montag, den 16. Juni 1947 festgelegt.
- Vom 16. bis 22. Juni werden deutsche Reichsbanknoten gegen Saarmark umgetauscht. Bei den neu angeschlossenen Gebieten östlich von St. Wendel wird vom 24. bis 26. Juni umgetauscht.
- Der Verfassungsentwurf wird am 25. September veröffentlicht.
- **Landtagswahlen** im Saarland mit einer **Wahlbeteiligung von 95,7 % und 86,3 % gültigen Stimmen** am 5. Oktober. **Die neue Regierung wird somit vom Volk begrüßt.**
- Die Verfassung wird von der Verfassungsgebenden Versammlung am 8. November mit 48 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme angenommen.
- Die französische Regierung zur saarländischen Verfassung stimmt am 15. Dezember unter der Auflage zu, dass das zwischen Frankreich und dem Saarland abgeschlossene Justizabkommen und das Abkommen über Steuerwesen und Haushalt vom Landtag angenommen wird. Die Volksvertretung mit Eigenschaft als Verfassungsgebende Versammlung wird in eine Gesetzgebende Volksvertretung umgewandelt.
- Am 17. Dezember tritt sie durch Veröffentlichung im Amtsblatt Nr.67 in Kraft.

Dr. Rudolf Brosig, Co-Autor des Buches: „Verfassung des Saarlandes: Kommentar“, kommentiert diese Zeit wie folgt: „Am 17. Januar 1946 formulierte Außenminister Bidault erstmals öffentlich in der Pariser Nationalversammlung erste Ansätze einer französischen Saarpolitik [...]:

- *Überführung der Saargruben in französischen Staatsbesitz,*
- *Herauslösung der Saar aus der Zuständigkeit des alliierten Kontrollrates in Berlin,*
- *Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll-, Wirtschafts- und Währungssystem,*
- *Sicherstellung der dauernden Verwaltungskontrolle des Gebiets durch Frankreich,*
- *Stationierung französischer Truppen an der Saar,*
- *Internationales Saarstatut und spätere Staatsangehörigkeitsregelung der Bewohner des Saargebietes.*

Die **französischen Saar-Memoranden** waren in den Jahren 1946 bis 1948 insgesamt vierzehnmal den Alliierten zur Zustimmung vorgelegt worden. **Vierzehnmals scheiterte die französische Saarpolitik** am Veto der Russen. Ein Internationales Saarstatut auf der Grundlage der Saar-Memoranden, vergleichbar dem Internationalen Saarstatut des Friedensvertrages von Versailles, blieb aus, die **Saarfrage** völkerrechtlich **in der Schwebe**. Im Wege eines „**gentlemen agreement**“ billigten die Vereinigten Staaten und Großbritannien, mit Beginn des Kalten Krieges, letztendlich das Vorgehen der Franzosen an der Saar, unter dem Vorbehalt einer späteren friedensvertraglichen Regelung. Auf der Basis der **Saar-Memoranden** leitete Frankreich 1946/47 schrittweise eine **erneute Sonderentwicklung an der Saar** ein.“⁸

Brosig unterstellt den Franzosen „mehr latente als offene Annexionsneigungen“.

Hier möchte ich das erste Mal einhaken.

Die Landtagswahl von Saarburg, die nicht rechtens war (21.09.1947)

Die erste Frage, die man sich stellen muss, lautet: Warum hat Frankreich zuerst dem Saarland mehr Fläche gegeben, um es danach doch wieder kleiner zu machen?

Die Antwort lautet: Weil Frankreich Druck von den anderen Siegermächten bekam. Frankreich wurde zu diesem Schritt gezwungen. Auch Brosig gibt den Zwang offen zu:

„Auf den Protest der Westalliierten musste die Eingliederung teilweise wieder rückgängig gemacht werden. Mit Wirkung vom 24. Juni 1947 gliederte Frankreich 61 Gemeinden der Kreise Trier und Saarburg an das inzwischen errichtete Land Rheinland-Pfalz zurück und 13 rheinland-pfälzische Gemeinden der **Kreise Birkenfeld und Kusel in das Saargebiet** ein.“

Einen Monat vor der Zwangsrückgliederung fanden im neugegründeten „Land Rheinland-Pfalz“ am 18. Mai Wahlen für den ersten Landtag statt. Am 21. September wurde dann im Landkreis Saarburg nachgewählt. In der gleichen Chronik, aus der eben zitiert wurde, heißt es auch:

„Aus Protest gegen die Rückgliederung an Rheinland-Pfalz hoher Anteil ungültiger und nicht abgegebener Stimmen: Landtag: 41,6 %, Kreistag: 42,9 %“

Der erste Landtag, sowie der erste Kreistag wurden vom dortigen Saarvolk abgelehnt!

⁸ Wendt/Rixecker, *Verfassung des Saarlandes*, S.18 ff

Der erste Landtag hatte keine Legitimation vom dort lebenden Saarloch erhalten. **Alle Gesetze und alle Wahlen**, die darauf folgten und dadurch Auswirkungen auf dieses Gebiet hatten, **sind absolut illegal!** Das Saarloch hat hier seinen Willen bekundet, weiterhin zum Saarland zu gehören. Darüber setzten sich jedoch alle Kräfte in Machtpositionen hinweg. Theoretisch müsste dieses Gebiet, aus völkerrechtlichen Überlegungen, wieder zum Saarland gehören, oder man müsste von einem rechtsfreien oder autonomen Raum sprechen. Dieser Landteil wird aus der Illegalität heraus regiert und das seit über 70 Jahren!





(Text aus: E. Christoffel, Vor fünfzig Jahren: 8. Juni 1947; Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 1997, S. 49.)

T. 2: Das Ergebnis der Wahlen am 21.9.1947:

	Landtag	In Prozent Landtag	Kreistag	In Prozent Kreistag
Wahlberechtigte	22.835	100,0 %	22.835	100,0 %
Nicht abgegebene Stimmen	7.475	32,8 %	7.492	32,8 %
Gegebene Stimmen	15.360	67,2 %	15.343	67,2 %
Gültige Stimmen	10.849	41,6 %	10.706	42,9 %
Ungültige Stimmen	4.511	25,6 %	4.637	24,3 %
Nicht abgegebene & Ungültige Stimmen zusammen	11.986	58,4 %	12.129	57,1 %
CDU	8.620	79,5 %	8.445	78,9 %
SPD	697	6,3 %	675	6,3 %
KPD	356	3,2 %	331	3,1 %
DP (später FDP)	1.176	10,0 %	1.235	11,5 %

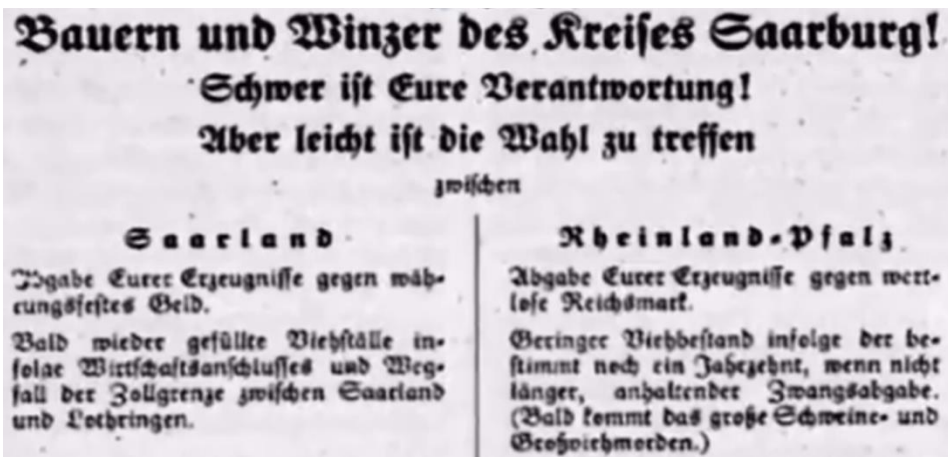
(Tabelle und Karte: E. Christoffel, Vor fünfzig Jahren: 8. Juni 1947; Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 1997, S. 47.)

Hochverehrter Herr Gouverneur !

Wir haben die Ehre, Ihnen den Inhalt eines aus der Stadt Saarburg an die Verwaltungskommission des Saarlandes gerichteten Telegramms, das heute hier eingegangen ist und wie folgt lautet, zu unterbreiten :

" Die Bürger der Stadt Saarburg haben sich am 17.6. 47 zu einer Kundgebung auf dem Fruchtmarkt in Saarburg versammelt. Sie wünschen einmütig dringendst die Wiedervereinigung des Restkreises Saarburg mit dem Saarland.

Die Bürger der Stadt Saarburg."



1 Text eines Flugblattes von 04.09.1947

Bauern und Winzer des Kreises Saarburg!
Schwer ist Eure Verantwortung!
Aber leicht ist die Wahl zu treffen zwischen

Saarland:
 Abgabe Eurer Erzeugnisse gegen währungsfestes Geld. Bald wieder gefüllte Viehställe infolge Wirtschaftsanschlusses und Wegfall der Zollgrenze zwischen Saarland und Lothringen. Spätestens in zwei Jahren freie Wirtschaft Aufbau der zerstörten Gebäude (Seht Euch die rege Aufbauarbeit mit saarländischen Baustoffen in Konz an!). Schuldenfreier Besitz für Euch und Eure Kinder. Freier wohlhabender Bauer im freien Saarland

Rheinland-Pfalz:
 Abgabe Eurer Erzeugnisse gegen wertlose Reichsmark. Geringer Viehbestand infolge der bestimmt noch ein Jahrzehnt, wenn nicht länger, anhaltender Zwangsabgabe. (Bald kommt das große Schweine- und Großviehmorden.) Jahrzehntelange Zwangsbewirtschaftung. Erst Aufbau nach dem erfolgten Aufbau in den Siegerstaaten, wenn Ihr infolge Verarmung noch könnt. Geht nach Trier. Keine Hand regt sich zum Aufbau. Zwangshypotheken auf Eurem Besitz zur Zahlung der Kriegsschulden. Geknechteter, verschuldeter Bauer im verarmten Land.

Zur saarländischen und deutschen Staatsangehörigkeit

Die saarländische Staatsangehörigkeit ist bis heute in Kraft! Johann Z. kommentiert:

„Juristische Erklärung zu dem Gesetz Nr.549 betreffend *Aufhebung der Gesetze über die Saarländische Staatsangehörigkeit* (Stag) vom 20 Dez. 1956 veröffentlicht zu Saarbrücken, im Amtsblatt des Saarlandes Nr. 130 am 31. Dez. 1956 auf S.1629. Es wurde festgestellt, dass am 31. Dez. 1956 die saarl. Staatsangehörigkeit nicht aufgehoben wurde. Dies liegt daran, weil der Gesetzgeber im Amtsblatt des Saarlandes im konkreten Wortlaut „die Gesetze der saarl. Stag“ aufgehoben hat und nicht die saarl. Staatsangehörigkeit selbst. Dieser Vorgang kann von daher als eine ordentliche Rechtsbereinigung angesehen werden und nicht als eine Gesetzesaufhebung. Auf Basis der Mehrheitsregierungscoalition zwischen CVP und SPS wurde das erste Kabinett des saarl. Staates gebildet. Dieses wurde von Johannes Hoffmann als Ministerpräsident geführt, welches auf

Grundlage der saarl. Verfassung als Regierungskabinet Art. 66 Abs. 2 und Art. 67 die saarl. Staatsangehörigkeit entwerfen ließ. Die Verfassung wurde zweimal rechtsgültig verändert, aber im Jahr 1956 rechtsungültig durch die BRDler. Die saarl. Stag wurde am 14. Aug. 1948 im Amtsblatt des Saarlandes Nr. 61, S.941-952 als Gesetz Nr. 33 amtlich herausgegeben. Durch den stetigen gesellschaftlichen und politischen Wandel musste auch die Stag vom Gesetzgeber überarbeitet werden. Das Gesetz Nr.104 änderte das Gesetz zur Stag noch einmal im Jahr 1953. Durch erhebliche Änderungen dieses Gesetzes innerhalb von 5 Jahren war dieses Gesetz für den Normalbürger inhaltlich und übersichtlich nicht mehr transparent gewesen. Deswegen entschied der saarl. Landtag mit Zustimmung der Landesregierung, einen gültigen wie amtlichen Sonderdruck per Amtsblatt herauszugeben. Dieser stellte die aktuelle Gesetzeslage somit dar und wurde am 6. Feb. 1954 im Amtsblatt Nr. 11 herausgegeben. Als die BRD-Putschisten die Macht übernahmen, erhielten sie von der BRD den Auftrag das Saarland klein zu machen, Schritt für Schritt zu demontieren und zu enteignen. Landesverräter verloren die saarl. Stag, doch die BRDler ließen dieses Gesetz streichen. Die Kriminellen haben sich damit selbst legalisiert. Sie haben 1956 die erste Fassung, die zweite Fassung, die dritte Fassung und ihre eigene Fassung aufgehoben, aber nicht die Amtsblätter selbst. Die Fassung des Sonderdrucks im Amtsblatt wurde NICHT aufgehoben! Die Gesetze, die die saarl. Stag betrafen und in hunderten Amtsblättern veröffentlicht wurden, hat man nicht aufgehoben. Nur im Sinne des Selbstbestimmungsrechts des Saarvolks hätte diese Identität gelöscht werden können. Die BRDler haben so getan, als ob sie mit ihrem niederen Recht höheres Recht auflösen könnten. Man hat hier den Rechtsglauben verbreitet, dass die saarl. Stag aufgehoben worden wäre und damit bewusst die Menschen getäuscht.“

Durch eine Proklamation der Alliierten wurde Hitlers Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStag) von 1934 für ungültig erklärt, sodass alle Deutschen durch die Auflösung des RuStag staatenlos wurden, denn die Reichsangehörigkeit zum Deutschen Reich wurde durch dieses Gesetz geregelt und die Staatsangehörigkeit zu Bundesstaaten wie Bayern, Sachsen usw. durch die Nazis abgeschafft. Das NS-Regime hat aus der Reichsangehörigkeit eine Staatsangehörigkeit gemacht. Die Reichsangehörigkeit war eigentlich für die Kolonien des Deutschen Reiches gedacht gewesen. Das Reichsbürgergesetz hat dann aus Reichsangehörigen Staatsangehörige gemacht. D.h. jeder Deutsche ist in der jetzigen Fassung ein „Reichsbürger“. Nachdem die Regierung Adenauer das Besatzungsrecht aufhob, gab es wieder die deutsche Staatsangehörigkeit als provisorisch durch das Einverständnis der Alliierten. 1999 wurde sie wieder durch ein Rechtsbereinigungsgesetz wieder aufgehoben. Das heißt seit diesem Zeitpunkt ist jeder Deutsche staatenlos. Darauf werde ich später nochmal genauer eingehen.

Autonomie oder Leben unter einem Protektorat der Franzosen?

Häufig angeführt wird die Kritik, dass die Autonomie des Saarlandes keine echte gewesen sei. Der Franzose habe das Sagen gehabt. Von daher sei der Saarländer in der BRD besser aufgehoben. Wer aber hatte und hat denn heute immer noch das Sagen in der BRD? Nach wie vor die Siegermächte: USA, Frankreich und Großbritannien. Im Hause Axel Springer dürfen sich nur diejenigen Menschen

„Journalisten“ nennen, die gegenüber den USA wohlwollend berichten, so wie es das Pentagon oder der CIA vorgibt oder andere Regierungsorganisationen der USA.

Diesen Aspekt hatte die Lückenpresse zur damaligen Zeit bewusst ausgeblendet. Die Gründerväter der BRD haben diese nur als „Staatsfragment“ bezeichnet, eine Verwaltungsstruktur des ihm in Treuhandschaft übergebenen Wirtschaftsgebietes.

Die Völkerrechtler Eberhard Menzel und sein saarländischer Fachkollege Hans Wiebringhaus kommentierten die Autonomie des Saarlandes folgendermaßen:

Infolge der Saarkonventionen von 3. März 1950 und 20. Mai 1953 habe die tatsächliche Autonomie des Saarlandes schrittweise zugenommen.

Trotz dieser Verträge sah Menzel „Autonomie“ als euphemistische Bezeichnung an, während Wiebringhaus **das Saarland und Frankreich nach einer Phase des „Quasi-Protectorats“ und einer „Unionstreuhandchaft“ nun als Gleichberechtigte und das Saarland als eigenes Rechtssubjekt des Völkerrechts ansah.**⁹

Schauen wir uns die Fakten an:

Saarkonvention im März 1950 in Paris: Unter internationaler Aufsicht wurde die Gültigkeit bestätigt, dass das Saarland ein autonomer Staat ist. Im (jetzigen) Schmierblatt „Spiegel“ hieß es in dem Artikel „SAAR, **Nationalgefühl mit Ei**“¹⁰ (07.02.1951, 6.Ausgabe) dazu auch:

„Dazu Jacques Bardoux, Abgeordneter und Präsident der parlamentarischen Koordinationsgruppe France-Sarre, vor der französischen Nationalversammlung: **„Es gibt keinen Staat ohne kirchliche Autonomie, ohne diplomatische Vertretung und militärische Sicherheit.**“ Saardiplomaten werden zurzeit in Paris geschult. Für die militärische Sicherheit sorgen französische Regimenter und Johannes Hoffmanns 800 Mann starke Schutztruppe, das Saarbataillon. Außerdem eine starke Polizeitruppe, die Innenminister Hector untersteht. [...]

Gegen die kirchlichen Autonomiebestrebungen aber sträubt sich die Mehrzahl der katholischen Geistlichen nach wie vor und muss nun dafür büßen.

[...]

JoHos Sondergesetze. Der erste Vorgriff auf die Ewigkeit wurde mit den im März 1950 in Paris unterzeichneten Saarkonventionen getan. Sie sind ab 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Danach ist das Saarland jetzt „autonom in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung“. Der Vertreter Frankreichs im Saarland besitzt Verordnungsrecht im Rahmen der Währungs- und Zollgesetzgebung sowie Einspruchsrecht gegenüber Maßnahmen, die „ihrer Art nach geeignet sind, die politische Unabhängigkeit des Saarlandes*) oder seine äußere Sicherheit zu gefährden“.

JoHos Frau war nicht sehr gut auf den Klerus zu sprechen, denn auch er versuchte, die Autonomiebestrebungen des Saarlandes zu untergraben (im selbigen Artikel):

„Madame Hoffmann sagte mir: „Johannes, [...]. Nur unser Heiliger Vater, Papst Pius XII., kann unserem saarländischen Vaterland den letzten Segen erteilen. Der Vatikan muss dem

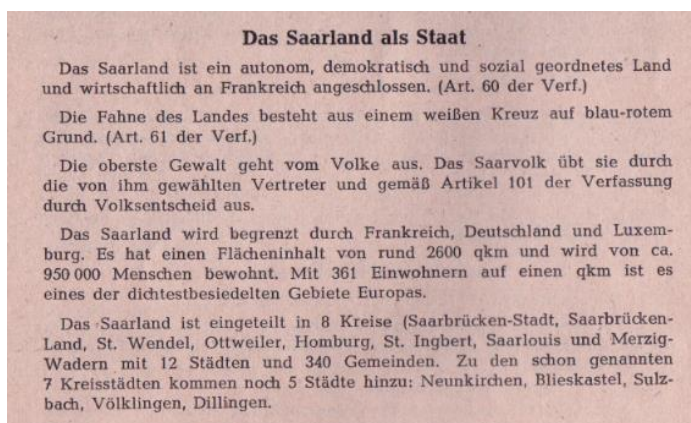
⁹ Hans Wiebringhaus: Die Entwicklung der Vertragsverhältnisse zwischen der Saar und Frankreich. In: Archiv des Völkerrechts, 1953/54, S.323-333, hier S.333. Zitiert nach Elzer: Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“. 2008, S.845.

¹⁰ <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-29192053.html>

Klerus in einem apostolischen Erlass mit aller Deutlichkeit befehlen, nicht gegen die Saar-Republik zu agitieren. **Unsere neue Fahne muss den Statthalter Petri zu jeder Stunde gemahnen, dass das Saarland von der Ewigen Stadt auch eine gewisse Ewigkeit für seine Unabhängigkeit erwartet**“.

In dem kleinen Büchlein „Was der Saarländer von seinem Staat wissen muss“ ist Folgendes zu lesen:

Autonom, demokratisch und sozial geordnet, oberste Gewalt geht vom Volke aus. Das Saarvolk übt sie durch die von ihm gewählten Vertreter der Verfassung durch Volksentscheid aus.



² Quelle: August Heinrich Lauriolle: Was der Saarländer von seinem Staat wissen muß, Einführung in die saarländische Staatsbürgerkunde, S.21, 24 Presse-Verlag GmbH., Saarbrücken 1, Wardnstr. 16-18

Während Brosig in seinem Kommentar zur Saarverfassung meint, dass sie zwar „in der Tradition deutscher Landesverfassungen“ stünde, aber typische Merkmale einer Protektorsverfassung aufweise „mit ihrer umstrittenen Präambel, den Artikeln 60, 61, 63 und 129 SVerf.“, spricht die praktische Entwicklung der saarländischen Politik eine andere Sprache. Die Verfassung sei nach Brosig keine oktroyierte Verfassung, die dem Land wie das Saarstatut auferlegt worden sei, sondern sei „vielmehr eine mit Frankreich vereinbarte Verfassung.“¹¹

Hat das deutsche Volk, umgekehrt gefragt, ein Mitspracherecht bei der sog. „Verfassung“¹² unserer schönen BRD gehabt? Ich meine, dass die alliierten hier vorschrieben, was Sache ist, denn es heißt ja auch Grundgesetz für die BRD. Die BRD hat sich das GG nicht selbst gegeben. Insofern muss bei der Saarverfassung zumindest von einer fortschrittlicheren Verfassung als dem Grundgesetz gesprochen werden. Steht Deutschland nun unter dem Protektorat der EU, weil es wirtschaftlich an allen anderen Mitgliedsstaaten angeschlossen ist? Dies ist die logische Folge, wenn man Brosigs Gedankengang analog auf die Situation der BRD überträgt.

Wenn überhaupt ist die Saarlandverfassung ein Musterbeispiel für internationale Zusammenarbeit und als Vorreiter der Westeuropäischen Union zu verstehen. Im gegenseitigen Miteinander und im Sinne der Völkerverständigung wurde diese Verfassung ausgehandelt!

Die Wortwahl Brosigs lässt auch erkennen, dass er das Saarstatut als Belastung für das Saarland wahrnimmt. Es wurde „auferlegt“, sagt er. Während man das Deutsche Reich bis zu Hitlers Machtübernahme schonungslos ausschaltete und die gesamte Wirtschaft demontierte, hatte das Saar-

¹¹ Wendt/Rixecker, Verfassung des Saarlandes, S.23 ff

¹² Welche andere Verfassung nennt sich „Grundgesetz“, ist nicht vom eigenen Volk verfasst und beinhaltet einen Artikel, dass sie ihre Gültigkeit verliert, „an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“ (Art. 146 GG)?

land den Schutz des Völkerbundes. Bis auf die Ausbeutung der Kohlegruben konnte sich bis 1935 eine florierende Wirtschaft im Saarstaat entwickeln. Zum Saarstatut möchte in an dieser Stelle ebenfalls ein paar Worte anmerken, die Brosig bewusst ausgelassen hat: Im Gegensatz zur Weimarer Republik hat man die Gesetzeslage im Saarland bzgl. des Königreichs Preußens und des Königreichs Bayern nicht kastriert, sondern in ihrer Form vor dem Ersten Weltkrieg beibehalten, sodass man sie nach Gusto weiter anwenden konnte. Das Deutsche Kaiserreich hat man im Saarland im Miniformat gemacht. Die neu geschaffene Reichsangehörigkeit wurde damals Saareinwohner genannt, während die Staatsangehörigkeit „Preuße“ oder „Bayer“ war, je nachdem, wo man geboren wurde, nachzulesen auf den damaligen Pässen. Außerhalb des Saarlandes wurden der „Freistaat Bayern“ und der „Freistaat Preußen“ geschaffen. Dort wurde sie kommerzialisiert, während sie bei uns staatlich blieben.

Bis in die 50er Jahre bezogen sich die Saarbergwerke auf Rechte des Königreichs Preußens. Im Freistaat Bayern hingegen musste man nachfragen, ob man die alten Gesetze des Königreichs anwenden darf.

Auch unter Hitler ist das Saarland nicht der Weimarer Republik beigetreten, sondern behielt sich ein paar Vorbehaltsrechte inne. Gesetzlich war es nur ein Reichsland zum Dritten Reich. Es war kein fester Bestandteil des Dritten Reiches geworden. Es hat auch eine eigenständige Gesetzgebung weitergeführt, auch die des Völkerbundes. Allerdings hat man sich geeinigt, dass man über das Reichsgesetzblatt des Dritten Reichs nur gewisse Dinge regelt, wie bei Frankreich eine Währungs- und Wirtschaftsunion und ein militärisches Bündnis für den Fall eines Krieges zu schließen, sprich wie auch in den 50er Jahren.

Die Weimarer Republik wurde als Knechtschaft der Deutschen empfunden, ansonsten hätte es Anfang Juni 1934 in der „Neuen Saar Post“ nicht geheißt: **„Wir wollen zu Deutschland, wenn Deutschland wieder frei ist.“** Diese Zeitung der oppositionellen Partei „Deutscher Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft“ sprach sich für den Status Quo aus, d.h. weiterhin Eigenständigkeit des Saargebietes unter dem Schutz des Völkerbundes. Zurück zur Bewertung Brosigs zum autonomen Saarstaat.

In den Art. 63 und 129 und der Präambel heißt es weiterhin:

Präambel.

Das Volk an der Saar, [...] **gründet**¹³ seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluss des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen:

- die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich,¹⁴
- die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik,
- die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland,
- die Bestellung eines Vertreters der Regierung der französischen Republik mit Ordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beobachtung des Statuts zu garantieren, eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet.

¹³ gründet und hält nicht für immer daran fest. Geplant war die Einführung einer eigenen Währung, der Saarmark, eigene Zollgrenzen und eigene Justiz.

¹⁴ Es ist nämlich auf seinem Gebiet der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Der Landtag des Saarlandes, vom Volke frei gewählt, hat daher, um diesem Willen verpflichtenden Ausdruck zu verleihen und – nach Überwindung eines Systems, das die menschliche Persönlichkeit entwürdigte und versklavte – **Freiheit, Menschlichkeit, Recht und Moral als Grundlagen des neuen Staates zu verankern, dessen Sendung es ist, Brücke zur Verständigung der Völker zu bilden und in Ehrfurcht vor Gott dem Frieden der Welt zu dienen.**

„Artikel 63

Die aus dem Einbau der Saar in den französischen Wirtschaftsbereich und in das französische Zoll- und Währungssystem sich ergebenden Bindungen, gegenwärtige und zukünftige Abmachungen und die Regeln des Völkerrechts sind Bestandteile des Landesrechts und genießen den Vorrang vor innerstaatlichem Recht.

Artikel 129

Das Abkommen über Steuerwesen und Haushalt und das Abkommen über die Rechtspflege, die dieser Verfassung als Anlage beigegeben sind, werden im Saarland Bestandteil der Verfassung sein. Nach der Regierungsbildung ist die Regierung des Saarlandes ermächtigt, diese Abkommen zu unterzeichnen.“

Herr Brosig, wenn ein Land unabhängig wird, dann gehört es dazu, dass man sich von anderen Ländern abtrennt, s. auch Serbien und der Kosovo und so auch das Saarland von Deutschland. Er spricht hier von einer „*verschleierte Form der Annexion*“ durch Frankreich, und damit sozusagen von einer feindlichen Übernahme. Denn wie er behauptet, seien die Konventionen zwischen dem Saarland und Frankreich „das eigentliche, das unsichtbare Verfassungsrecht des Saarlandes“¹⁵ gewesen. Warum sollte das Saarland mit einem Deutschland in große Verhandlungen eintreten, das ihm bzgl. seiner Autonomie feindselig eingestellt war und es annectieren wollte?

Das ist in meinen Augen Kampfrhetorik. Es wird noch ungeheuerlicher: Er spricht vom autonomen Saarstaat als „saaramtliche Fiktion“ und einem „in der Verfassungsrealität Protektoratsstaat Frankreichs.“

Er führt nicht aus oder lässt weg, dass das Saarland mit jeder Konvention mehr Eigenständigkeit erlangte und sich mehr und mehr von Frankreich als autonomes Land ablöste. Er führt die Konventionen von 1950 und 1953 an, hat aber die Konventionen von 1955 (absichtlich?) ausgelassen. Zu Beginn war das Saarland teilsouverän wurde jedoch mit den Saarkonventionen vom 20.05.1953 voll souverän.

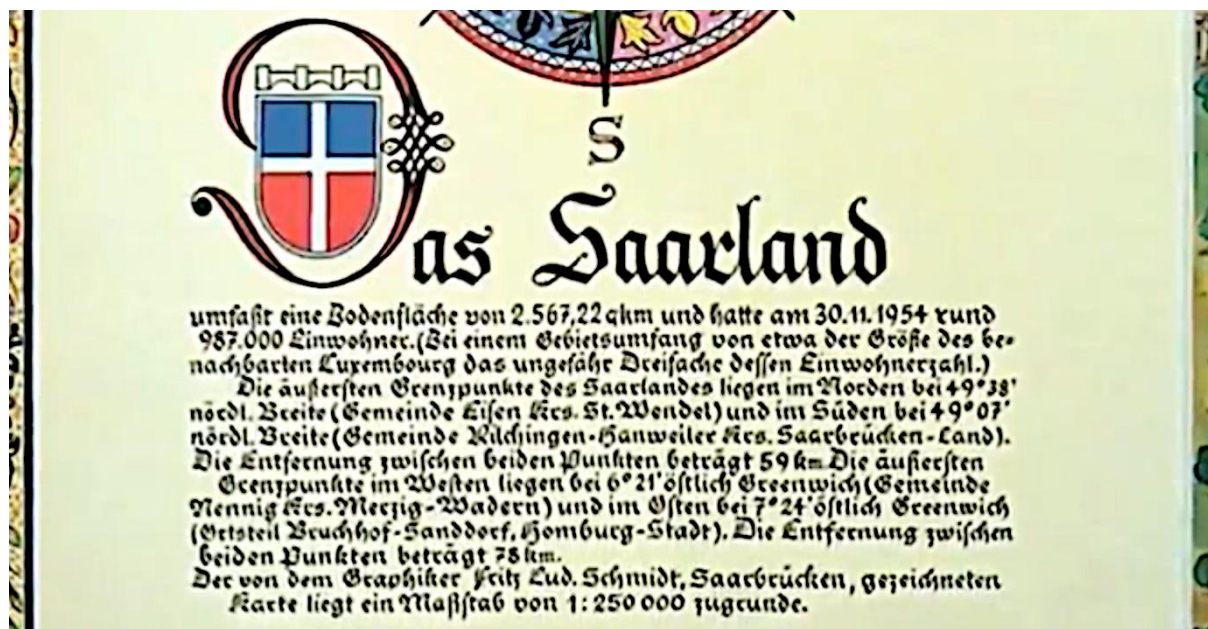
Nach der Konvention von Montevideo von 1933 ist festgelegt worden, welche Eigenschaften ein Staat als Subjekt des internationalen Rechts besitzen sollte: „a) eine ständige Bevölkerung b) ein definiertes Staatsgebiet c) eine Regierung, und d) die Fähigkeit, in Beziehung mit anderen Staaten zu treten.“¹⁶

In einem Schreiben von 1952 hatte das Saarland einen Künstler beauftragt, die Grenzen des Saarlandes zu definieren. Man sagte darin auch, wie viele Einwohner das Land hat.

¹⁵ Wendt/Rixecker, *Verfassung des Saarlandes*, S.26

¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Konvention_von_Montevideo

Die Regierung hatte den Künstler dazu beauftragt und die Regierung verhandelte mit Frankreich und anderen Ländern, sodass unter diesem Aspekt von einem Staat unter internationalen Gesichtspunkten gesprochen werden muss.



In den Versailler Verträgen von 1919¹⁷, die erst zum autonomen Saarland führen konnten und die Grundlage bildeten, stand klipp und klar:

§ 19.

Die Regierungskommission hat im Saarbeckengebiet alle Regierungsgewalt, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustand, mit Einschluss des Rechtes, Beamte zu ernennen und abzusetzen und diejenigen Organe der Verwaltung und Vertretung zu schaffen, die sie für notwendig hält. Sie hat Vollmacht, die Eisenbahnen, Kanäle und die verschiedenen öffentlichen Betriebe zu verwalten und auszubeuten. Sie beschließt mit Stimmenmehrheit.

§ 21.

Es ist Sache der Regierungskommission, mit den Mitteln und unter den Bedingungen, die sie für angemessen hält, den Schutz der Interessen der Einwohner des Saarbeckengebiets im Ausland zu vertreten.

§ 22.

Die Regierungskommission hat im Saarbeckengebiet die volle Nutznießung an dem Eigentum, das der deutschen Reichsregierung oder der Regierung irgendeines deutschen Staates sowohl als öffentliches als auch als privates Staatseigentum gehört, mit Ausnahme der Gruben.

¹⁷ „Verfassung“ des Saargebiets gemäß dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, nachzulesen unter <http://www.verfassungen.de/saar/verf20.htm>

Die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbeckengebiet am 11. November 1918 in Kraft waren (mit Ausnahme der für den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen), bleiben in Kraft. [d.h. ohne Notstandsverordnungen]

Und diese Verträge wiederum fußten auf Friedensverträgen (Friede von Frankfurt und Vorfrieden von Versailles) aus den Jahren 1871, in denen das Deutsche Reich und das Saarthal **separat** genannt wurden.

*„In Paris unterzeichnen **Johannes Hoffmann** und der französische Außenminister **Robert Schuman** [am 3. März 1950] zwölf Abkommen zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Saarland und Frankreich. Diese ersten **Saarkonventionen** regeln die Modalitäten der engen Anlehnung des Saarlandes an Frankreich. Dazu gehörten der wirtschaftliche Anschluss unseres Landes und die französische Kontrolle der saarländischen **Kohlengruben** durch die Régie des Mines de la Sarre mit paritätischer Beteiligung des saarländischen Staates. Der Landtag ratifiziert die Saarkonventionen am 4. April 1950. Dadurch werden der Besatzungsstatus für das Saarland beendet und **die Teil-Autonomie besiegelt**. Die Bundesregierung legt bei der Alliierten Hohen Kommission am 3. März 1950 Rechtsverwahrung und am 5. Mai Protest gegen den Abschluss der Konventionen ein. Diese werden dessen ungeachtet Mitte November/Ende Dezember in Frankreich ratifiziert und treten am 1.1.1951 in Kraft. [...]*

*Nachdem die Saarregierung schon seit 1951 auf eine Revision der Saarkonventionen von 1950 drängt, unterzeichnen Außenminister Georges Bidault und Ministerpräsident Johannes Hoffmann in Paris [...] **neue Saarkonventionen**. Sie betreffen die **Wirtschaftsbeziehungen** zwischen beiden Ländern, den gemeinsamen Betrieb der **Saargruben**, die französisch-saarländische Gerichtsbarkeit, den Rechtshilfeverkehr, die Zusammenarbeit im Steuer- und Haushaltswesen und die gegenseitige Amtshilfe. Die neuen Abkommen verringern den französischen Einfluss und gestehen den Saarländern größere Freiheit zu. **In der Bundesrepublik werden die neuen Konventionen von Regierung und Opposition scharf kritisiert, weil sie zeigen, dass Frankreich das Saarproblem einseitig lösen wolle.**“¹⁸*

Das Saarland hat fortschreitend mehr und mehr an Souveränität gewonnen, das beweisen vor allem auch die Verträge zwischen dem Saarland und Frankreich von 1955, die nie öffentlich gemacht wurden und die wir extra vom Landesarchiv des Saarlandes¹⁹ beantragen mussten, um darin Einblick zu erhalten. Natürlich haben wir diese für die breite Öffentlichkeit digitalisiert, weil diese Verträge noch immer in Kraft sind, aber niemand mehr davon weiß. Diese Verträge werden, wenn überhaupt, nur sehr selten erwähnt und umfassen zusammen mit Anlagen und Briefwechsel mehr als 200 Seiten, in denen Zoll, Justiz und Wirtschaftliches en Detail neu geregelt wurde.

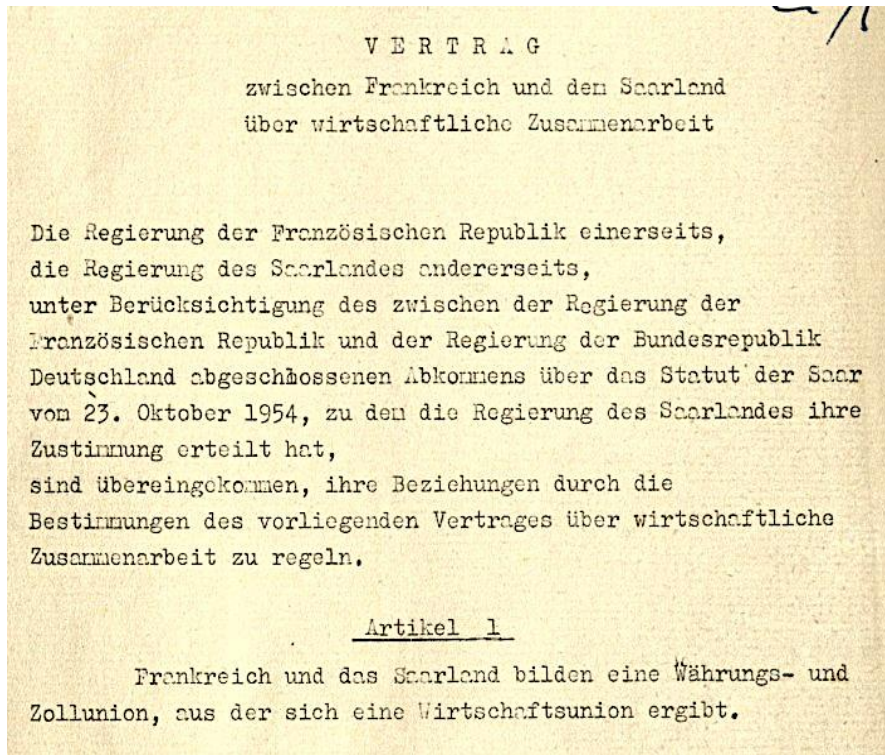
Exportüberschüsse sollten zur Refinanzierung der Volkswirtschaft dienen, um eine Senkung für Verbrauchergüter zu erreichen. D.h. Lebensmittel und andere Artikel des täglichen Gebrauchs wären billiger geworden.

¹⁸ <https://www.saar-nostalgie.de/Geschichte.htm>

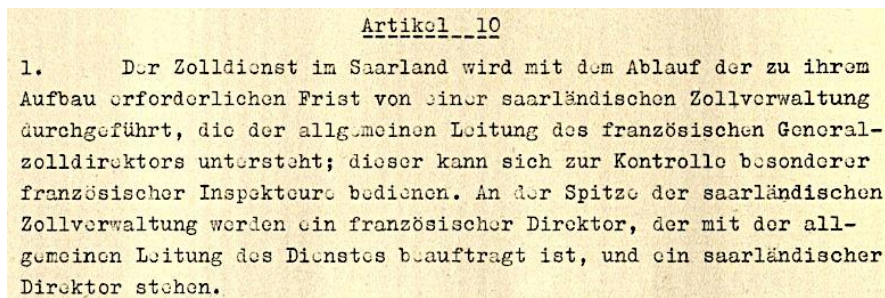
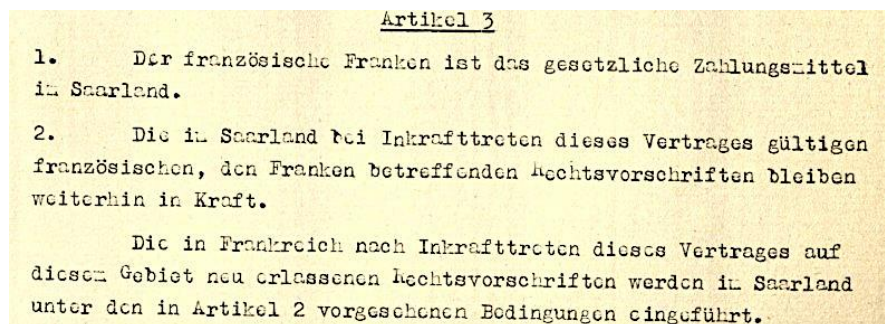
¹⁹ Aktenzeichen: 4774

Bestimmte Artikel sollten über mehrere Jahre auf dem gleichen niedrigen Festpreis gehalten werden. Somit konnte man die Inflation wirkungsvoll bekämpfen.

Bildet euch eure eigene Meinung, ob der Vertrag von 1955 gut für uns ist oder nicht:



Also das, was wir bei der EU auch haben, Zoll gegen nicht-EU und Euro für alle.



2. Bis zur Übernahme dieses Zolldienstes durch die saarländische Zollverwaltung ist die französische Zollverwaltung beauftragt, den Zolldienst im Saarland durchzuführen. Sofort nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird ein saarländischer Direktor - insbesondere zum Aufbau der saarländischen Zollverwaltung - dem mit der allgemeinen Leitung des Zolldienstes im Saarland beauftragten französischen Direktor beigegeben.

3. Um den Aufbau der saarländischen Zollverwaltung fort-schreitend durchzuführen, wird die saarländische Regierung Saarländer zur französischen Zollverwaltung abordnen, die einem besonderen Statut unterliegen.

Artikel 11

1. Jede der beiden Regierungen verpflichtet sich, auf ihrem Gebiet dafür Sorge zu tragen, dass das normale Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht zum Vor- oder Nachteil eines der beiden Länder verfälscht wird.

2. Die saarländische Regierung trifft die erforderlichen Massnahmen, damit die Belastung der saarländischen Unternehmen der Belastung der französischen Unternehmen, soweit diese auf französischen staatlichen Massnahmen beruhen, gleichartig ist, und ist bestrebt, ihre Massnahmen, so weit es ihr möglich ist, mit den entsprechenden französischen Bestimmungen zu harmonisieren.

3. Insbesondere,
a) darf die aus Steuern und sonstigen Abgaben sich ergebende Gesamtbelastung von Unternehmen eines jeden Gewerbezweiges im Saarland keinen fühlbaren Unterschied im Vergleich zu der aus Steuern und sonstigen Abgaben sich ergebenden Gesamtbelastung von Unternehmen desselben Gewerbezweiges in Frankreich ergeben. Dasselbe gilt hinsichtlich der Sozialbelastungen;

b) darf sich aus saarländischen Gesetzen, Verordnungen und staatlichen Schiedssprüchen kein fühlbarer Unterschied zwischen Löhnen und Gehältern in den einzelnen Gewerbezweigen beider Länder ergeben;

Artikel 14

1. In internationalen Konferenzen und Organisationen vertritt Frankreich die französisch-saarländische Währungs- und Zollunion in Angelegenheiten, die einen unmittelbaren Einfluss auf Währungs- und Zollfragen haben.

In sonstigen wirtschaftlichen Angelegenheiten wird das Saarland in diesen Konferenzen und Organisationen durch den zuständigen saarländischen Minister vertreten.

2. Verträge und Abkommen, die den Aussenhandel betreffen, und Verträge, Abkommen oder Vereinbarungen auf dem Gebiete der Währung oder des Zollwesens, die von Frankreich mit dritten Staaten abgeschlossen werden, sind im Saarland anwendbar. Die Vertreter der

saarländischen Regierung nehmen an den Verhandlungen über diese Abkommen teil, ausgenommen in den Fällen, in denen die saarländische Regierung darauf verzichtet. Die französische Regierung verpflichtet sich, den besonderen Interessen des Saarlandes bei diesen Verhandlungen Rechnung zu tragen.

3. Wenn es die saarländische Regierung wünscht, wird sie an der Vertretung der französisch-saarländischen Währungs- und Zollunion bei den in Ziffer 1 Absatz 1 aufgeführten Konferenzen und Organisationen beteiligt. Desgleichen wird sie auf ihren Wunsch an der Vorbereitung und Durchführung der in Ziffer 2 aufgeführten Verträge, Abkommen oder Vereinbarungen sowie an der Vorbereitung der Einfuhrprogramme beteiligt.

4. Bei Verträgen oder Vereinbarungen, die den Aussenhandel betreffen und die saarländische Wirtschaft besonders interessieren, wird der saarländische Anteil an den auszuhandelnden Einfuhrkontingenten, falls die saarländische Regierung es wünscht, vor Beginn der Verhandlungen im Einvernehmen zwischen den zuständigen französischen und saarländischen Dienststellen festgelegt. Unmittelbar vor Abschluß der Verhandlungen wird der saarländische Anteil an den Einfuhrkontingenten endgültig vereinbart und sofort nach Unterzeichnung des Abkommens von den beiden Regierungen in Frankreich und im Saarland veröffentlicht.

5. Diese Bestimmungen können denjenigen Bestimmungen nicht entgegengehalten werden, die sich aus den in Artikel XII, Absatz D des Abkommens über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 vorgesehenen Abkommen ergeben könnten, die von der Regierung der französischen Republik, der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung des Saarlandes abgeschlossen werden.

6. Für die im Saarland zur Verteilung kommenden Einfuhrkontingente werden die Einfuhrlizenzanträge bei der saarländischen Regierung eingereicht und die Lizenzen nach Visierung durch die Zweigstelle des Office des Changes in Saarbrücken durch die saarländische Regierung ausgestellt. In den Fällen, in denen in Frankreich die Anhörung eines technischen Ausschusses vorgesehen ist, hört die saarländische

Artikel 24

1. Die Besteuerung im Saarland beruht auf der saarländischen Gesetzgebung.

2. Jedoch bleiben die im Saarland bei Inkrafttreten dieses Vertrages auf dem Gebiet der indirekten Steuern und Steuern auf Lieferungen und Leistungen geltenden französischen Rechtsvorschriften weiterhin in Kraft. Neue französische Rechtsvorschriften auf diesen Gebieten werden, soweit es sich nicht um Steuerarten handelt, die dem Saarland vorbehalten waren, im Saarland unter den in Artikel 2 vorgesehenen Bedingungen eingeführt.

Die saarländische Regierung kann, wenn besondere Gegebenheiten dies rechtfertigen, im Einvernehmen mit der französischen Regierung und unter Beachtung der im Artikel 11 bezeichneten Bedingungen im Saarland Abweichungen von den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes festlegen oder besondere Durchführungsbestimmungen erlassen.

Die Steuern werden von saarländischen Behörden nach saarländischen Verfahrensverschriften verwaltet.

3. Abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 2 gilt für die dort bezeichneten Steuerarten im Saarland das saarländische Steuerstrafrecht.

Artikel 25

1. Als gemeinsame Einnahmen Frankreichs und des Saarlandes gelten:

- a) Das Aufkommen der im Artikel 24 aufgeführten Abgaben,
- b) das Aufkommen an Zöllen, Steuern, Gebühren und Einnahmen aller Art in Frankreich und im Saarland, die durch die Zollverwaltung erhoben werden; ausgenommen sind die Gebühren zur Abgeltung von Dienstleistungen, soweit die entsprechenden Ausgaben keine gemeinsamen sind.

2. Als gemeinsame Ausgaben Frankreichs und des Saarlandes gelten:

- a) Die Zuschüsse aus staatlichen Haushaltsmitteln zur Senkung der Preise oder zur Verbilligung des Bezugs von Bedarfsgütern, die in den beiden Ländern industriellen oder landwirtschaftlichen Unternehmen oder dem häuslichen Verbrauch zur Verfügung gestellt werden, und zwar unabhängig davon, in welchem Stadium der Erzeugung oder Verteilung und in welcher Form die Zahlung dieser Zuschüsse erfolgt.

Die Zuschüsse, die den Zweck verfolgen, die Errichtung neuer Unternehmen oder die Entwicklung, Modernisierung, Umwandlung und Fortführung bestehender Unternehmen zu fördern, gelten nicht als gemeinsame Ausgaben im Sinne dieses Artikels.

- b) Die Aufwendungen aus staatlichen Haushaltsmitteln für die Durchführung von Massnahmen zur Schaffung der Wettbewerbsfähigkeit französischer und saarländischer Unternehmen auf Märkten ausserhalb der französisch-saarländischen Zoll- und Währungsunion in Form von Preisgarantien und der Rückerstattung steuerlicher und sozialer Abgaben.
- c) Die Ausgaben der französischen und der saarländischen Zollverwaltung, einschliesslich der Pensionen, die den ehemaligen Beamten dieser Verwaltungen, die ihr Amt nach dem 1. April 1948 aufgeben oder aufgegeben haben, sowie ihren Familienmitgliedern gezahlt werden.

3. Die Anteile Frankreichs und des Saarlandes an den gemeinsamen Einnahmen und Ausgaben werden alljährlich nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen der beiden Länder am 31. Dezember des Jahres, für das die Abrechnung aufgestellt wird, ermittelt. Der Ermittlung der Bevölkerungszahlen wird das statistische Material der zuständigen amtlichen Stellen Frankreichs und des Saarlandes zugrunde gelegt.

4. Das Saarland trägt wie bisher die Kosten für den Bau und die erste Einrichtung der nach dem 1. April 1948 fertiggestellten Neubauten für die Zollverwaltungen und deren Bediensteten. Diese Gebäude und Einrichtungen bleiben Eigentum des Saarlandes. Frankreich zahlt für die durch französisches Personal benutzten Gebäude und Einrichtungen an das Saarland eine Entschädigung, welche den Zinsen für die dem Saarland in Ausführung dieses Absatzes entstandenen Kosten entspricht. Der Zinssatz ist der Diskontsatz der Banque de France, der für die in Betracht kommende Mietzeit gilt.

Artikel 31

Außer auf den in Artikel 30 genannten Gebieten ist der Gemischte Gerichtshof ausschließlich zuständig zur Entscheidung in erster und letzter Instanz über:

- a) zivilrechtliche Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche gegen den französischen Staat, insbesondere auf Grund fehlerhafter Handlungen von Bediensteten der französischen Verwaltung im Saarland in oder gelegentlich der Ausübung ihres Dienstes; in diesen Fällen tritt die Haftung des französischen Staates gegenüber Dritten an die Stelle der Haftung seiner Bediensteten;

.../...

- b) Streitigkeiten, die sich aus im Saarland zu erfüllenden Verträgen zwischen saarländischen natürlichen oder juristischen Personen und der französischen Verwaltung ergeben;
- c) Streitigkeiten wegen der Schäden, die erwähnt sind in Artikel 8 Absatz 3 des durch Artikel 2 des besonderen Protokolls vom 3. Mai 1955 aufrechterhaltenen Zusatzprotokolls zum Allgemeinen Vertrag vom 20. Mai 1953;
- d) das in Artikel 3 der Anlage 1 vorgesehene Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Kontrollausschusses wegen Ermessensmissbrauchs.

Artikel 35

Um die Anwendung dieses Vertrages und das gute Funktionieren der Währungs- und Zollunion sowie der sich hieraus ergebenden Wirtschaftsunion zu erleichtern, wird Frankreich im Saarland und das Saarland in Frankreich Verbindungsstellen (Services de Liaison) errichten, die direkte Beziehungen zu den technischen Dienststellen der beiden Regierungen unterhalten können.

Artikel 37

1. Die nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 52 über Vermögensspare und -kontrolle getroffenen Massnahmen treten, soweit sie noch nicht aufgehoben sind, mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages ausser Wirksamkeit.
2. Die Verordnung Nr. 94 des C.C.F.A. vom 7. Juni 1947 betreffend den Geldverkehr im Saarland und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Durchführungsbestimmungen bleiben in Kraft.

Artikel 38

Der Vertrag zwischen Frankreich und dem Saarland über den gemeinsamen Betrieb der Saargruben vom 20. Mai 1953 bleibt aufrechterhalten unter Vorbehalt der Änderungen, deren Notwendigkeit sich im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele ergeben könnte, die in Artikel XII E des Abkommens über das Statut der Saar und in dem Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der Französischen Regierung und dem saarländischen Ministerpräsidenten vom 23. Oktober 1954 niedergelegt sind, nämlich dem Saarland fortschreitend die volle Verantwortung für die Gruben auf allen Gebieten zu überlassen.

Artikel 39

1. Unter Vorbehalt der Übergangsbestimmungen, die in dem Besonderen Protokoll festgelegt sind, das am heutigen Tage zwischen Frankreich und dem Saarland abgeschlossen wurde, und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages ab werden nachfolgend aufgeführte französisch-saarländische Verträge aufgehoben :

- Allgemeiner Vertrag zwischen dem Saarland und Frankreich vom 20. Mai 1953
- Wirtschaftsvertrag zwischen dem Saarland und Frankreich vom 20. Mai 53
- Steuer- und Haushaltsvertrag zwischen dem Saarland und Frankreich vom 20. Mai 1953
- Konvention zwischen dem Saarland und Frankreich über die Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen und über die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit vom 3. März 1950
- Konvention zwischen dem Saarland und Frankreich über den Betrieb der Eisenbahnen des Saarlandes vom 3. März 1950

.../...

- 33 -

- Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Binnen - schiffahrt vom 3. März 1950
- Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Regelung der pharmazeutischen Belange vom 3. März 1950
- Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Regelung der französisch-saarländischen Strassentransporte vom 3. März 1950
- Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Masseinheiten und Messgeräte vom 3. März 1950
- Französisch-saarländische Konvention auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 15. Dezember 1948
- Abkommen zwischen dem Saarland und Frankreich über die Durchführung des Post-, Telegraphen- und Fernsprehdienstes vom 5. März 1949
- Vertrag zwischen dem Saarland und Frankreich zur Ausschaltung von Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe vom 20. Mai 1953
- Vertrag über die französisch-saarländische Gerichtsbarkeit vom 20. Mai 1953
- Konvention über den Rechtshilfeverkehr vom 3. März 1950

- Vertrag zwischen Frankreich und dem Saarland über die Änderung und Ergänzung der Konvention über den Rechtshilfeverkehr vom 3. März 1950, vom 20. Mai 1953

- Konvention über das Versicherungswesen, ^{vom 3. März 1950} wobei hinsichtlich dieser letzten Konvention die in Artikel 8 dieses Vertrages festgelegten Bestimmungen zu berücksichtigen sind.

2. Die Entscheidungen der gemäss Artikel 58 der französisch-saarländischen Steuer- und Haushaltssatzung (J.O. der Französischen Republik vom 18. Januar 1948) und Amtsblatt des Saarlandes vom 26. Januar 1948 gebildeten gemischten Kommission bleiben, soweit sie den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages nicht entgegenstehen, in Kraft.

3. Die Entscheidung, die auf dem Gebiet des Gnadenwesens am 18. Juli 1949 von der gemäss Artikel 27 der Konvention über die Organisation des Justizwesens in Saarland vom 3. Januar 1948 gebildeten gemischten Kommission erlassen wurde, bleibt vorläufig für die von den französisch-saarländischen gemischten Gerichten bereits ausgesprochenen Verurteilungen bis zu einer Neuregelung durch die beiden Regierungen in Kraft.

4. Die Bestimmungen des Artikels 36 des vorliegenden Vertrages finden Anwendung auf die nicht ausser Kraft getretenen französisch-saarländischen Verträge sowie auf die Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der in ersten Absatz dieses Artikels

-34-

ausser Kraft gesetzten französisch-saarländischen Verträge ergeben können.

Artikel 40

Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung des Saarlandes verpflichten sich, erforderlichenfalls die Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Anlagen den Fortschritten anzupassen, die in dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Saarland, wie sie in Artikel XII B des französisch-deutschen Abkommens über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 vorgesehen sind, erzielt werden können.

Die beiden Regierungen verpflichten sich, gegebenenfalls die notwendigen Verhandlungen miteinander aufzunehmen.

Artikel 41

1. Dieser Vertrag findet, soweit er Frankreich betrifft, nur auf das Mutterland (territoire métropolitain) Anwendung.

2. Jede Bestimmung dieses Vertrages kann durch Übereinkunft beider Regierungen auf Algerien, auf die Oversea-Departements, auf andere Gebiete der Französischen Union sowie auf Staaten, für die Frankreich die internationale Vertretung übernimmt, ausgedehnt werden.

Artikel 42

Dieser Vertrag wird in französischer und in deutscher Sprache ausgefertigt; beide Texte sind massgebend.

Er tritt in Kraft nach seiner Veröffentlichung in beiden Ländern.

Urkundlich dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Artikel 14

1. Die Behörden der beiden Länder erteilen gebührenfrei Ausfertigungen der auf ihrem Gebiet errichteten oder übertragenen Personenstandsurkunden, wenn die Erteilung in gehörig begründetem öffentlichen Interesse oder zu Gunsten bedürftiger Staatsangehöriger des ersuchenden Landes beantragt wird.
2. Sie erteilen ebenfalls gebührenfrei Ausfertigungen der auf ihrem Gebiet errichteten oder übertragenen Personenstandsurkunden, die sonstige Ausländer betreffen, wenn um die Erteilung in gehörig begründetem öffentlichen Interesse nachgesucht wird.
3. Die bei französischen oder saarländischen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen im Ausland errichteten oder übertragenen Personenstandsurkunden stehen den auf französischem oder saarländischem Gebiet errichteten oder übertragenen Personenstandsurkunden gleich.

Artikel 15

Unter Personenstandsurkunden im Sinne dieses Titels sind folgende Urkunden zu verstehen:

- Geburtsurkunden und in den Registern eingetragene Findelprotokolle,
- Urkunden über Totgeburten,
- Urkunden über die Anerkennung unehelicher Kinder, die von den Standesbeamten ausgestellt sind,
- Heiratsurkunden,

- 7 -

- Sterbeurkunden,
- Eintragungen von Ehescheidungsurteilen oder -beschlüssen,
- Eintragungen von Anordnungen, Urteilen oder Beschlüssen in Personenstandssachen.

- 8 -

Artikel 18

Die in Artikel 17 genannten Urkunden müssen mit der Unterschrift und dem Amtssiegel der zu ihrer Ausstellung befugten Behörde versehen sein. Wenn es sich um Ausfertigungen handelt, ist die Übereinstimmung mit der Urschrift durch die betreffende Behörde zu beglaubigen. In allen Fällen müssen die Urkunden und Ausfertigungen so beschaffen sein, dass ihre Echtheit erkennbar ist.

Die Bundestagswahlen, Freunde, sind übrigens ungültig, rückwirkend bis 1956, weil sie als verfassungswidrig vom Bundesverfassungsgericht eingestuft wurden.

Der Bundestag hat immer neue Wahlgesetze erlassen, um das primär gegebene Wahlrecht abzuändern, von einer Stimme zu zwei Stimmen.

„Eine Stimme ist mal mehr oder weniger wert, durch die zwei Stimmen und die daraus resultierenden Überhangmandate.“

Jedes Überhangmandat wurde zum Ausgleichsmandat gemacht, sodass man die Größe des Bundestags an die neuen Mandate angepasst hat. Damit wächst der Bundestag mit jeder Wahl immer weiter an. Und das ist illegal und verfassungswidrig. So geht man schon seit der zweiten Bundestagswahl vor, sodass alle Wahlen rückwirkend ungültig sind.

Denn im Urteil vom 25. Juli 2012 - 2 BvF 3/11 heißt es:

1. Die Bildung der Ländersitzkontingente nach der Wählerzahl gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 BWG ermöglicht den Effekt des negativen Stimmgewichts und verletzt deshalb die Grundsätze der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien.
2. a) In dem vom Gesetzgeber geschaffenen System der mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl sind Überhangmandate (§ 6 Abs. 5 BWG) nur in einem Umfang hinnehmbar, der den Grundcharakter der Wahl als einer Verhältniswahl nicht aufhebt.
b) Die Grundsätze der Gleichheit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien sind bei einem Anfall von Überhangmandaten im Umfang von mehr als etwa einer halben Fraktionsstärke verletzt.

„II. 1. § 6 [...] zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 [...] sind mit Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig.

2. § 6 [...] zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 [...] ist nach Maßgabe der Gründe mit Artikel 21 Absatz 1 und Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes unvereinbar.

III. 1. Die unter Nummer II. Ziffer 1. und 2. bezeichneten Bestimmungen verletzen die Beschwerdeführer des Verfassungsbeschwerdeverfahrens in dem genannten Umfang in ihren Rechten auf Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl nach Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes.“²⁰

Zu keinem Zeitpunkt war das Saarland im Geltungsbereich des Grundgesetzes und war somit kein Teil der BRD. Mehr dazu in Teil II zur BRD.

Der wichtigste Hinweis, dass es sich beim Saarland um ein eigenständiges Land handelt(e), ist die Tatsache, dass wir im Gegensatz zur BRD kein Grundgesetz, sondern eine echte, eine vom Saarvolk sich selbst gegebene Verfassung haben (hatten). Die Franzosen haben die Verfassung nur abgenickt. Die hohe Wahlbeteiligung des Saarvolkes legitimierte diese Verfassung!

²⁰https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/fs20120725_2bvfo00311.html

Kurze Einführung in Inhalt und Aufbau der Verfassung

In der Verfassung sind die Grundsätze des Rechts zusammengefaßt, nach denen die Ordnung des staatlichen Zusammenlebens gestaltet werden soll. Wir sprechen daher vom **Staats-Grundgesetz**, von der „lex fundamentalis“ dessen Inhalt den Verfassungszustand = Verfassung im materiellen Sinn, wiedergibt, während die Aufzeichnung des Verfassungszustandes = Verfassung im formellen Sinn, als Verfassungs-Urkunde bezeichnet wird. Durch die festgelegte Ordnung von verbindlichen Rechtssätzen wird die Staatsgewalt im einzelnen organisiert und gleichzeitig zur Ausübung ihrer staatsrechtlichen Aufgaben befähigt. Der Staat als Träger des politischen Willens regelt nach den Rechtsnormen der Verfassung sein Verhältnis zu den einzelnen Gliedern des Staates, sein Verhältnis zu den nicht-staatlichen Gemeinschaften, sowie seine Verbindlichkeiten gegenüber den international anerkannten Rechtsgrundsätzen (Art. 63). Die Sonderstellung der Verfassung führt zum Prinzip der Dauerhaftigkeit. Dieses Prinzip findet seinen Ausdruck in den erschwerten Bedingungen einer Verfassungsänderung (Art. 103).

Durch die Rechtsanordnung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 23. Mai 1947 wurde eine **Verfassungskommission** gebildet, die sich aus den Vertretern der politischen Parteien folgendermaßen zusammensetzte:



Die Amtsblätter zur Mitteilung neuer Gesetze waren anfangs zweisprachig geführt in Französisch und Deutsch und ab 1952 nur noch in Deutsch. Dies zeigt noch einmal, dass sich das Saarland weiter von Frankreich gelöst hatte. Im gleichen Jahr zogen die Franzosen auch ihre Besatzungstruppen ab, ließen aber einige Soldaten zum Grenzschutz stationiert. Man muss sogar sagen, dass die BRD die Autonomie des Saarlandes bekämpfte.

„Der saarländische Landtag fordert am 2. Dez. 1950 in einer Resolution, dass das Saarland als Unterzeichnerstaat an der geplanten Gründung der EGKS (Montanunion) (siehe 9. Mai 1950) beteiligt wird. Dieses Ziel wird aber nicht erreicht (siehe 18. April 1951), **da die Bundesrepublik sich heftig dagegen wehrt. Sie befürchtet, dass damit die Autonomie des Saarlandes festgeschrieben werde.**“²¹

²¹ <https://www.saar-nostalgie.de/Geschichte.htm>

ANLAGE 2

EINTEILUNG DER PREISZONEN

Zone I

(Grundzone)

- | | |
|---|---|
| 1. Bundesrepublik Deutschland | 2. <i>Niederlande</i>
<u>Gesamtes Staatsgebiet</u> |
| a) Regierungsbezirk <i>Düsseldorf</i>
ohne die Stadtkreise M.-Gladbach, Rheydt,
Viersen
ohne die Landkreise Geldern, Kempen,
Krefeld, Kleve, Rees | 3. <i>Belgien</i>
<u>Gesamtes Staatsgebiet</u> |
| b) Regierungsbezirk <i>Köln</i>
ohne die Landkreise Oberbergischer Kreis,
Sieg-Kreis | 4. <i>Luxemburg</i>
<u>Gesamtes Staatsgebiet</u> |
| c) Regierungsbezirk <i>Arnsberg</i>
ohne den Stadtkreis Siegen | 5. <i>Saar</i>
<u>Gesamtes Staatsgebiet</u> |

Das muss die BRD zur Weißglut gebracht haben, dass das Saarland in diesem Dokument als souveräner Staat angesehen wird. Schon bereits 1952 hat sie sich in die innerpolitischen Angelegenheiten des Saarlandes eingemischt.

„Adenauer erklärt [am 23. April 1952] in einer Saardebatte des Bundestages [...], dass er die Verhandlungen mit Frankreich zur Regelung der Saarfrage vorläufig zurückgestellt habe. – **Der Bundestag beschließt eine Resolution, nach der die Saar als deutsches Territorium anzusehen und die gegenwärtige Lage dort nicht rechens sei.** [...] Am 17. September 1952 stellt die Bundesrepublik den Antrag an den Europarat, die Einhaltung der Menschenrechte im Saarland zu überprüfen. Der Antrag wird abgelehnt. Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage gehen weiter, werden aber mehrmals unterbrochen. Am 25. Oktober 1952 teilt Adenauer im Bundestag mit, dass sie gescheitert seien.“²²

19. Okt. 1952: Die pro-deutschen Parteien DPS, CDU-Saar und DSP haben im Laufe des Jahres Anträge auf Zulassung eingereicht, aber ohne Erfolg: **Hoffmann gibt bekannt, dass diese Parteien an den bevorstehenden Landtagswahlen nur unter der Voraussetzung teilnehmen können, dass sie die Verfassung voll anerkennen** und einer Europäisierung des Landes zustimmen. Daraufhin fordern die pro-deutschen Parteien die Wähler zur Abgabe eines "weißen" Stimmzettels auf, um gegen den "Separatismus" der Regierung zu protestieren. Auch der Deutsche Bundestag empfiehlt den Saarländern, ungültig zu wählen.

20. Nov. 1952: **Landtagswahlen im Saarland:** Fast ein Viertel (24,5 %) der Stimmberechtigten folgt diesem Appell. Trotzdem erlangt die CVP Hoffmanns wiederum die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen.

Die BRD machte also Stimmung gegen die Autonomie – schon in seinem sehr frühen Stadium unserer Republik. Bedenke bitte, wie die BRD mit Menschen umgeht, die sich in ihren Augen verfassungsfeindlich verhalten. Sie hetzen dir direkt den Verfassungsschutz auf den Hals und setzen V-Männer ein.

²² ebd.

Hier noch ein Einblick in die saarländische Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltung

Die saarländische Verfassung als Grundgesetz enthält im 8. Abschnitt Bestimmungen über die Kommunale Selbstverwaltung. Ausführlicher wird diese in dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung des Saarlandes vom 13. Juli 1950 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 54/1950) und der Gemeindeordnung vom 10. Juli 1951 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 37/1951) behandelt. Die Gemeinden sind öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften. Sie verwalten sich selbst unter eigener Verantwortung. Ihr Wirken muß im Einklang mit der Verfassung und den Gesetzen des Staates stehen. Die Gemeinden verwalten in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Bevölkerung betreffen, unter eigener Verantwortung, soweit die Aufgaben nicht nach gesetzlicher Vorschrift anderen Stellen ausdrücklich zugewiesen sind oder kraft gesetzlicher Vorschrift von anderen Stellen übernommen werden. Den Gemeinden können durch Gesetz staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Anweisung übertragen werden. Also zerfallen die Aufgaben der Gemeinden in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die von den Gemeinden selbständig wahrgenommen werden und in Auftragsangelegenheiten, die sie nach Weisungen des Staates wahrzunehmen haben.

Die Unterscheidung zwischen Auftrags- und Selbstverwaltungsangelegenheiten ist deshalb besonders wichtig, weil der mit der Ausführung beider Aufgaben betraute Bürgermeister, jene nach Anweisung der vorgesetzten Behörden, diese nach Anweisung der Vertretungskörperschaften (Gemeinderat, Verwaltungsrat, Stadtrat) zu behandeln hat.

Die im Saarland auf Grund der Anordnung über die Bildung der Verwaltungsbezirke vom 26. Februar 1947 (ABl. S. 98) bestehenden Verwaltungsbezirke sind Ämter. Mehrere Gemeinden können sich mit Genehmigung der oberen Aufsichtsbehörde zur gemeinsamen Führung der Verwaltungs- und Kassengeschäfte zusammenschließen. Der Amtsvorsteher vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsrates des Amtes und leitet die Verwaltung des Amtes. Er führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte der zum Amt gehörigen Gemeinden. Ihm obliegt die Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten, auch insoweit sie den Gemeinden zur Erledigung nach Anweisung übertragen sind.

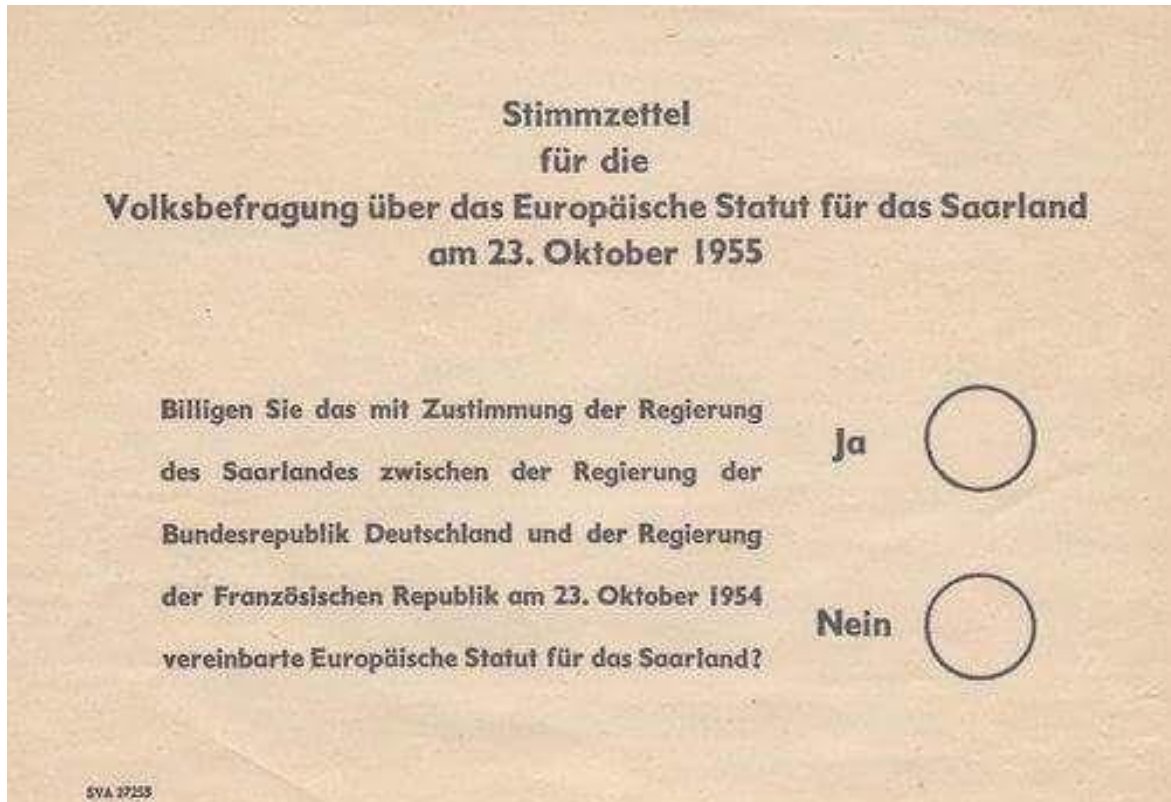
Aufsichtsbehörde für die kreisangehörigen Gemeinden und die Ämter ist der Landrat, für die Stadtkreise der Minister des Innern. Obere Aufsichtsbehörde ist der Minister des Innern.

Die von den Landkreisen als staatliche Verwaltungsbereiche umfaßten Gemeinden bilden Kreisverbände. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten sich selbst nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze. Für jeden Landkreis wird ein Kreisrat gebildet; er besteht aus elf Mitgliedern. Die laufenden Geschäfte der Kreisverwaltung werden vom Landrat geführt.

3 Aus dem Buch: Was der Saarländer über sein Land wissen muss

Und dann kam die schicksalhafte Wahl, die alles verändern sollte ...

Die nicht-amtliche Volksbefragung zum europäischen Statut (23.10.1955)



Was ist der Unterschied zwischen Befragung und Abstimmung?

Eine kleine Analogie:

[Befragung] Sollte Patrick das Geschirr waschen?

[Abstimmung] Wer stimmt dafür, dass Patrick das Geschirr wäscht?

Nur eine Abstimmung ist rechtlich bindend. Eine Befragung hat keine rechtlichen Auswirkungen. Genau wie auch in der BILD-Zeitung ständig irgendwelche Umfragen oder Befragungen durchgeführt worden sind, hatte auch die „Befragung“ von 1955 keinen rechtlich bindenden Charakter. Abgestimmt hat man nie, aber man hätte abstimmen müssen, um das Saarland in die BRD zurückgliedern zu dürfen und können. Damit steht fest: Das Saarland ist nach wie vor ein autonomer Staat, der durch die Landtagswahl 1956 vom BRD-Konstrukt „Bundesland Saarland“ überlagert wurde.

Durch die Annahme der Landtagswahl mit einer Wahlbeteiligung über 50% wurde dieses Konstrukt angenommen. Allerdings beruht diese Wahl auf einer Täuschung des Saarvolkes und müsste daher für ungültig erklärt werden können, sowie alle weiteren Wahlen. Wir müssen es lediglich einfordern und aufhören, uns für dumm verkaufen zu lassen.

In der Wikilügia²³ heißt es [korrigiert]:

*„Ein Abkommen zwischen Frankreich und der BRD sah eine „Europäisierung“ vor ([Saarstatut](#)). Dabei sollte ein autonomer Saarstaat unter den Schutz der [Westeuropäischen Union](#) gestellt und gemeinsame europäische Institutionen im Saarland angesiedelt werden. Bei der [\[Volksbefragung\]](#) 1955 stimmte ein Drittel für den Vorschlag und zwei Drittel dagegen, **was von deutscher wie von französischer Seite als mehrheitlicher Wunsch der Wiederangliederung an Deutschland interpretiert wurde.**“*

Und unter Saarstatut²⁴:

*„Das **Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Statut der Saar** [Pariser Verträge] [...] sah vor, dem [Saarland](#) im Rahmen der [Westeuropäischen Union](#) vorbehaltlich eines künftigen [Friedensvertrages](#) ein europäisches [Statut](#) zu geben, falls eine Volksabstimmung dies billigen würde. Diese Vereinbarung sollte zur Lösung der sogenannten **Saarfrage** führen, die bereits in der [Zwischenkriegszeit](#) ein Streitpunkt zwischen Deutschland und Frankreich gewesen war und die das erste Jahrzehnt der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 belastet hatte. Das Statut wurde in der Volks [-befragung] am 23. Oktober 1955 jedoch abgelehnt und damit [angeblich] *hinfällig*. [Bullshit!]“*

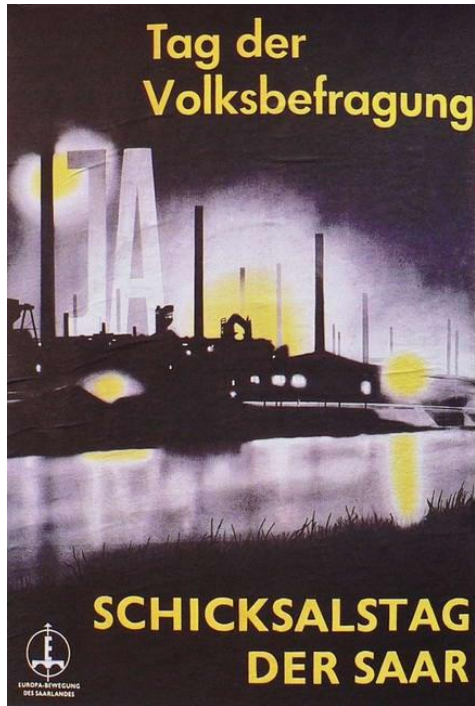
Hier wurde nie abgestimmt, ob wir wieder zurück nach Deutschland wollen, oder ob wir unsere Souveränität aufgeben wollten! Hier wurde zwischen zwei anderen Ländern über das Saarland verhandelt, aber nicht mit dem Saarland selbst!

In dieser Zeit war man noch etwas ehrlicher zu seinen Bürgern, sodass ab und zu den Politikern manche Wahrheiten aus Versehen herausrutschten, so z.B. auch dem Außenminister der BRD, Heinrich von Brentano in seiner 11-seitigen Rede (Bonn, 29.11.1956) im Deutschen Bundestag über die Luxemburger Verträge:

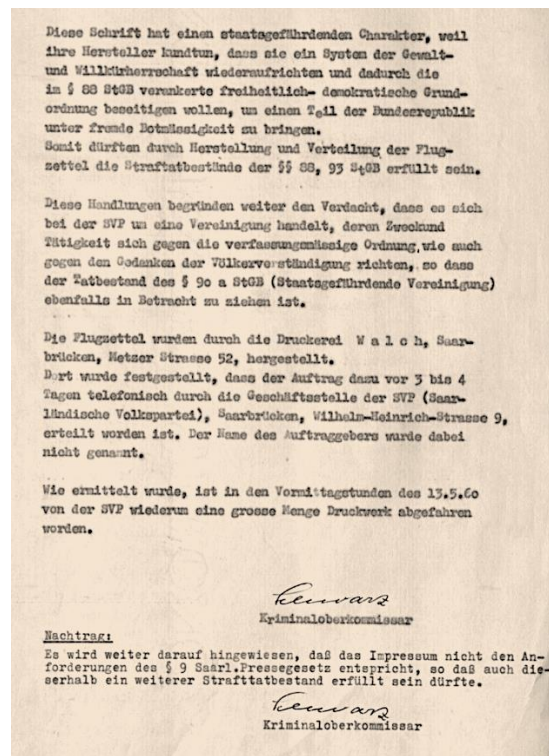
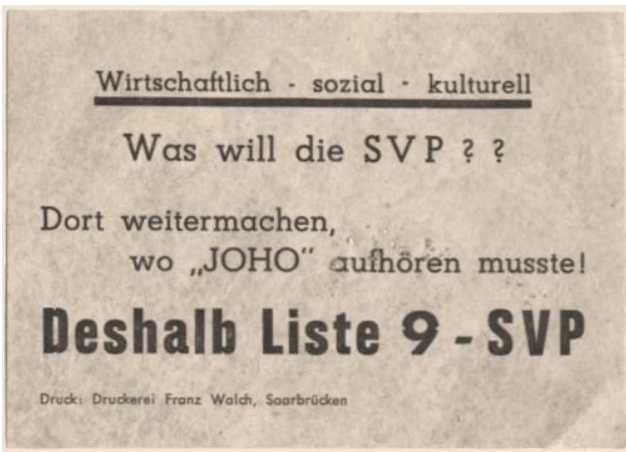
*„Es soll dazu dienen, dass **das Saarland am 1. Januar 1957 als jüngster Bundesstaat in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert wird** und damit eine Million Deutscher in ihre deutsche Heimat zurückkehren wird.“*

²³ https://de.wikipedia.org/wiki/Unabh%C3%A4ngigkeitsbestrebungen_in_Deutschland (abgerufen am 17.09.20)

²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_zwischen_den_Regierungen_der_Bundesrepublik_Deutschland_und_der_Franz%C3%B6sischen_Republik_%C3%BCber_das_Statut_der_Saar (abgerufen am 17.09.20)



Mit der Saarlami-Taktik wurden nach und nach unsere Freiheitsrechte beschnitten und sehr hart gegen all jene vorgegangen, die sich dagegen wehren wollten. Wegen des folgenden Flugblattes vom 12.05.1960 wurde Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet und die Anzeige hat es in sich, aber seht selbst!²⁵



²⁵ Staatskanzlei Akte 1509 Blatt 21-26, vorliegend im Landesarchiv des Saarlandes

„Diese Schrift hat einen staatsgefährdenden Charakter, weil ihre Hersteller kundtun, dass sie ein System der Gewalt und Willkürherrschaft **wiederaufrichten** und die in §88 StGB verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen, um einen Teil der BRD unter fremde Botmässigkeit zu bringen. Somit dürften durch Herstellung und Verteilung der Flugzettel die Strafbestände der §§ 88, 93 StGB erfüllt sein.

Diese Handlungen begründen weiter den Verdacht, dass es sich bei der SVP um eine Vereinigung handelt, deren Zweck und Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung, wie auch gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, so dass der Tatbestand des §90a StGB (Staatsgefährdende Vereinigung) ebenfalls in Betracht zu ziehen ist. [...]“

Das klingt ja gerade so, als wäre unser JoHo ein Hochkrimineller gewesen, und seine Saarzi-partei genauso. Wie sich ein Mensch wie der JoHo selbst zum Thema Demokratie und ähnlichem äußert, lässt sich in der kleinen Buchreihe „Wille und Weg des Saarlandes Nr. 3“ nachlesen, in der seine Rede „Wir rufen zur Christlichen Solidarität“ auf dem 6. Landesparteitag der CVP im Dezember 1951 abgedruckt wurde.

„War es 1949, angesichts des kaum begonnenen inneren Aufbaues unseres jungen Staates, der Ruf nach der sozialen Tat, die erste Voraussetzung zur Schaffung des christlichen Staates sein musste, 150 der Appell an das christliche Saarland, sich in die christliche Front des neuzuschaffenden Europa einzuschalten, so beherrschte alle Beratungen und Tagungen der verschiedenen Arbeitsausschüsse des dies-jährigen Parteitages der Ruf nach der christlichen Solidarität, die allein zugleich Garant und Wegweiser in dieses neue Europa sein kann und muss. [...]“

Wenn ich im vergangenen Jahre daran erinnerte, dass unser Parteiprogramm **die Rückkehr zur christlichen Ordnung als einzige Rettung fordert**, weil die dem Neuaufbau unseres staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens voraus-**gegangene Katastrophe ihre Ursache in der Loslösung von Gott und der von ihm gegebenen Ordnung hatte**, so ist in dieser Erkenntnis und Zielsetzung der Zwang zur christlichen Solidarität bereits angedeutet. Ein kurzer Rückblick der jüngsten Vergangenheit mag das noch einmal klarstellen.



Der totale Staat brachte uns mit dem totalen Krieg die totale Unordnung. Das Gesellschaftsgefüge ist aus den Fugen, deshalb ist der Zusammenbruch nicht nur ein Zerfall materieller Werte, die wieder erarbeitet, erspart und aufgebaut werden können, weit mehr ist er ein geistiger Zerfall. [...]

Das Verhältnis der Menschen und Völker untereinander ist alles andere als menschlich. [...] Wir sind haftbar für das, was durch uns geschieht, aber auch für das, was ohne uns geschieht.

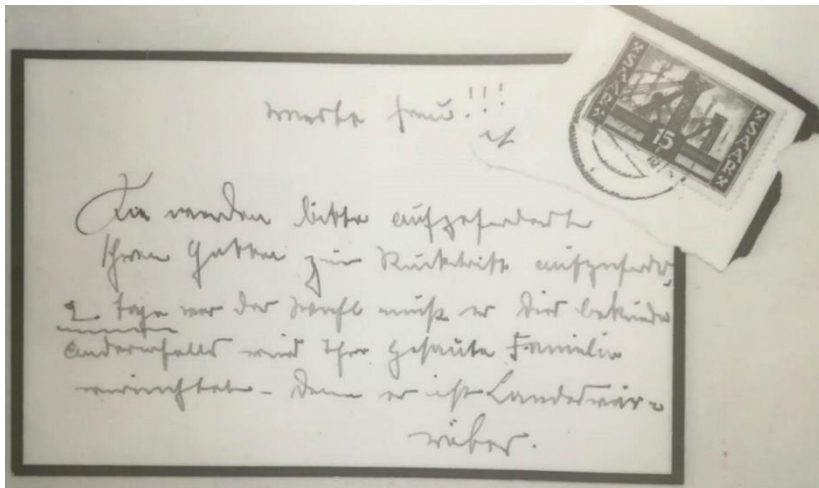
Das Verhältnis von Mensch zu Mensch wieder zu ordnen, die materiellen Voraussetzungen zum menschenwürdigen Leben zu schaffen, die sittlichen Fundamente zu legen, das ist Aufgabe allerer, die das allgemeine Anliegen sehen und ihm zu entsprechen in der Lage und bereit sind. [...]

Die neue Ordnung der Welt muss die geschichtlich fällige Form der Ordnung Gottes sein, sonst gibt es einen neuen babylonischen Turmbau und einen neuen Einsturz. [...]

Die Lösung der Saarfrage zwischen Deutschland und Frankreich ist, solange Europa sich nicht realisiert, im Interesse beider Länder nur durch die unabhängige Saar möglich. [...] Man kann die Saar überhaupt nicht „heimholen“. Die Saar ist daheim. Ihr Daheim ist Europa [≠ EU]. [...]

Wir wollen nur die politische Selbstverwaltung – nicht die den Nationalstaaten eigentümliche Souveränität, für die in Europa [≠ EU] kein Platz mehr ist.“

Wir müssen uns hier einmal vergegenwärtigen wie mit den damaligen „Ja-Sager-Politikern“ umgegangen wurde, welche Propagandamaschinerie aufgefahren wurde und wie man sich breitflächig gegen JoHo verschwor und auch nicht vor Drohbrieffen²⁶ zurückschreckte:



4 Text: Werte Frau!!!
Sie werden bitte aufgefordert, Ihren Gatten zum Rücktritt aufzufordern. 2 Tage vor der Wahl muss er dies bekunden. Andernfalls wird ihre gesamte Familie vernichtet – denn er ist Landesverräter.

Und kommentiert:
Ein Drohbrief geht weibliche Umwege [...] Die schlicht gestrickte Drohung war symptomatisch für das politische Klima.

²⁶ Aus „Der Saarstaat L'Etat Saarois; Bilder einer vergangenen Welt Images d'un monde passé“ von Paul Burgard und Ludwig Linsmayer, echolot-Verlag, S.362, 364 und 374

war die saarländische Gesellschaft beim ersten Referendum jedoch nicht so tief gespalten wie beim Kampf zwischen Ja- und Nein-Sagern 1955. Nicht nur die politischen Widersacher, die mit allen verbalen Mitteln fochten, prallten unversöhnlich aufeinander. Auch in Vereinen, Freundeskreisen und vereinzelt sogar in Familien entwickelten sich langlebige Feindschaften über die große Frage, ob die Saar europäisch werden oder deutsch bleiben sollte. Nachdem die heiße Phase der Straßen- und Saalschlachten auch durch die Intervention der Abstimmungskommission beendet werden konnte, gab es am 23. Oktober einen sehr friedlichen Urnengang.

mehr als 420.000 Saarländer/innen sagten NEIN. Die immerhin noch 200.000 Bürger/innen, die mit JA gestimmt hatten, bildeten zumindest eine unüberhörbare Minderheit. Nach dem unversöhnlichen Wahlkampf ermöglichten die politisch Verantwortlichen eine rasche, friedliche und endgültige Lösung der Saarfrage. Die Regierung Hoffmann trat noch am Wahlabend zurück. Die französische Administration signalisierte sofortige Verhandlungsbereitschaft. Die Landtags- und Kommunalwahlen von 1955/56 bestätigten die neuen politischen Kräfteverhältnisse. Der Weg war frei für die Entstehung des 11. deutschen Bundeslandes.

Heinrich Schneider und seinen Mitstreitern gelang es binnen kürzester Zeit, das Stimmungsbarometer im Saarstaat in Nein-Richtung zu kippen. Für die zwei Drittel der saarländischen Bevölkerung, die das europäische Statut schließlich ablehnten, bedeutete das NEIN zu Europa freilich vor allem ein JA zu Deutschland. Und so wurde denn auch wahr, was im Sommer 1955 noch niemand in dieser Form gedacht hätte: Aus dem jüngsten Staat Europas wurde das jüngste Bundesland der westdeutschen Republik, und der 23. Oktober wurde zu seiner emotionsgeladenen Geburtsstunde. Bei genauerem Hinschauen war der erdrutschartige Sieg der Nein-Sager weniger überraschend. Eine nationale Opposition gegen „JoHos“ Regierung hatte sich mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Gesamtdeutschen Ministerium in Bonn schon lange „im Untergrund“ formiert. Unter Führung der von Schneider und Becker gelenkten DPS schlossen sich die zuvor verbotenen Parteien nach Adenauers Empfehlung für das Saarstatut am 7.9.1955 zum „Heimatbund“ zusammen, einem Bündnis für eine *deutsche* Saar mit starker Logistik und sprachgewaltiger Presse. Und DPS, CDU und DSP standen mit ihrer harschen Kritik an den „separatistischen Vaterlandsverrättern“ um Johannes Hoffmann alles andere als alleine. Auch Kirchen, Gewerkschaften und Kommunisten sorgten mit ihren Argumenten und ihrer Klientel dafür, dass das Referendum mit einem „überwältigenden Nein“ endete und mit der Regierung Hoffmann auch das Experiment eines europäischen Saarstaates scheiterte.

Die saarländische Regierung und der Saarstaat wurden hier ganz offenbar mit Hilfe der BRD geputscht. Diejenigen, die JoHos Partei und seine Mitstreiter als Volksverräter beschimpften, stellten sich als die größten Verräter heraus. Es wurde mit Lügen und Drohungen gearbeitet und der Gegner denunziert.

Fragen: Wenn die Ukraine den Beitritt in die EU ablehnt, weil sie dann einen europäischen Charakter zugesprochen bekäme, obwohl sie bereits international als ein souveränes Land anerkannt wird, dürfte dann nach Ablehnung des Beitritts, Russland dieses Land komplett annektieren? Wird damit der Wunsch der Ukrainer geäußert, dass sie zu Russland gehören wollen? Kann dann Russland einfach sagen: Ok, die Ukraine gehört damit zu uns und ihre Verfassung ist ab jetzt ungültig?

Unvorstellbar, aber wahr: Beim Saarland und Deutschland hat man es genauso gemacht, nur dass die EU damals WEU hieß. Eine Abstimmung zur Rückgliederung hat es nie gegeben. Man hat es einfach so gemacht.

Der dritte Ministerpräsident, Hubert Ney, Putschist und BRDling meinte bspw. am 10. Jan. 1956, er könne mit wenigen Sätzen die komplette Verfassung außer Kraft setzen und selbst für das Saarvolk sprechen. Er postulierte:

„Nach der Verfassung des Saargebietes vom 15. Dezember 1947, insbesondere dem Vorspruch zu dieser Verfassung, sollte unsere Heimat von Deutschland gelöst und wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen werden. **Ich will nicht in Betrachtungen verweilen darüber, ob und inwieweit die Verfassung des Saargebietes in der Vergangenheit eine tragfähige Rechtsgrundlage erhalten hat.** So wie einerseits feststeht, dass im Gegensatz zu den einleitenden Worten der Verfassung >das Volk an der Saar< diese Verfassung niemals im Wege einer Volksabstimmung angenommen hat, so steht andererseits ebenso wohl fest, dass die Verfassung in einem wesentlichen Teil, nämlich der Loslösung unserer Heimat von Deutschland und des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich, gleichzeitig mit der Ablehnung des Saarstatuts am 23. Oktober 1955 abgelehnt und demnach, wenn auch nicht formell, so doch materiell, ihre Geltung verloren hat.“

Ney hielt es **nicht für nötig, eine Volksabstimmung für die Rückgliederung durchzuführen, obwohl** er im gleichen Atemzug kritisiert, dass das „Volk an der Saar“ nicht über seine Verfassung abgestimmt hätte. Das ist Heuchelei pur!

*„Zack! Die Geltung der Verfassung ist weg, Jungs,
auch wenn ihr für was anderes abgestimmt habt.
Die Rechtsgrundlage ist mir Latte.“, sagt er.*

Zur damaligen Situation heißt es in einem pro-deutsch ausgerichteten Nachschlagewerk²⁷:

„Einen besonderen Weg schlug schließlich die DPS ein. Mit konzeptioneller, **möglicherweise auch finanzieller Unterstützung aus der Bundesrepublik** – wahrscheinlich von Seiten Gustav Strohms – gestaltete ein neues Führungsduo [...] die Partei zu einer fundamentaloppositionellen Kraft um. Noch im Jahr 1949 richtete sich die Kritik der DPS primär auf einzelne Aspekte der wirtschaftlichen und politischen Situation, wie sie sich seit 1945 entwickelt hatte. Doch spätestens seit 1950 wurde immer deutlicher das Autonomiekonzept als solches kritisiert und eine stärkere Orientierung nach Deutschland hin gefordert. Die DPS wurde so zu einem Sammelbecken oppositioneller Kräfte – auch aus den Reihen enttäuschter CVP-Mitglieder.

Echte Alternativkonzepte entwickelten diese Kräfte mit ihrer pro-deutschen und gegen die Autonomienpolitik der Regierung gerichteten Agitation nicht. [...] In enger Abstimmung mit der Pariser Regierung wurde ein angeblich von der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) in der Bundesrepublik an den Europarat übersandtes Unterstützungstelegramm zum Anlass genommen, um die DPS 1951 zu verbieten. [...] **Nach wie vor kontrovers diskutiert wird dagegen die Frage, ob man – wie in der zeitgenössischen bundesdeutschen Debatte und von den Heimatbundparteien behauptet – von diktatorischen Anwendungen in der saarländischen Regierungspolitik sprechen könne.**

Zwar wird **diese Interpretation** gelegentlich auch in der neueren Forschung noch vertreten – **sie erscheint** aber gerade im Vergleich zum Stil der politischen Auseinandersetzung in der frühen Bundesrepublik, zu dem ebenfalls staatliche Zensur und das Verbot extremistischer

²⁷ Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945-1957, S.80-84

Parteien zählten, überzogen und vor allem einseitig. Für ein besseres Verständnis der politischen Kultur im teilautonomen Saarstaat ist es dagegen unerlässlich, sich die Vielschichtigkeit der zeitgenössischen Probleme vor Augen zu führen und die individuellen sowie kollektiven Erfahrungen der verschiedenen politischen Kontrahenten zu berücksichtigen.“

Nicht nur möglicherweise, sondern Unmengen von Geld flossen über die Grenze ins Saarland, um unsere Autonomie zu zerstören und das Land zu spalten mit Parolen wie „Der Dicke muss weg.“ Mehr Infos dazu im Kapitel „Aus der Vergangenheit lernen“.

„Sobald an diesem Abend klar wurde, dass das Nein gesiegt hatte, begannen die Spekulationen darüber, was nun geschehen werde. [...] Da die Fortsetzung der Saar-Autonomie, für die er [Hoffmann] eintrat, abgelehnt worden war, hielten viele seinen Rücktritt nun für unausweichlich. Sollte er diesen Schritt nicht tun, befürchtete man Unruhen im Land. Es wurde gemunkelt, der Heimatbund würde vielleicht den Landtag, die Ministerien und Radio Saarbrücken besetzen, oder es könnten ein Generalstreik und offener Aufstand entstehen. [...] Aber so weit kam es nicht.“²⁸

²⁸ <http://www.saar-nostalgie.de/>

Dank Angliederung beschissenerer Sozialleistungen

Innenminister Konrad teilte dem hr (hessischer Rundfunk) in der Doku „Deutsch ist die Saar – Was nun?“ von 1959 zur Eingliederung des Saarlandes Folgendes mit:

*„Ich bin Vorsitzender der SPD im Saarland und war es auch **in der Illegalität von 1955**. Ich würde keinen Augenblick zögern, die Bevölkerung zu bitten nochmal dieselbe Entscheidung zu treffen. Die heutigen sozialen Probleme haben damit nichts zu tun. **Das Zurückkehren zu unserem Vaterland konnte und dürfte auch in Zukunft nicht von materiellen Erwägungen abhängig gemacht werden.**“²⁹*

Halten Sie dann die Beseitigung der sozialen Errungenschaften wie sie jetzt geplant sind, nach der Wiederangliederung an die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet, für gerechtfertigt?

„Nein, ich halte das sogar für sehr schlecht, was man heute macht... Deswegen ist das Zurückdrehen der Sozialleistungen an der Saar keine gute Sache.“

Wie erklären Sie es sich, dass Frankreich für Lothringen Ausnahmegesetze geschaffen hat, die Bundesrepublik aber nicht gewillt ist, ein gleiches für das Saarland zu tun?

„Die Franzosen scheinen tolerantere Leute zu sein [...] Wenn ich feststelle, dass das zentralistische Frankreich auf die Elsass-Lothringer etwas föderalistischer handelte als im Augenblick die Bundesregierung gegenüber dem Saarland.“

Und ein, zwei Minuten später in der Doku heißt es ergänzend:

„Die Forderung nach Erhaltung des sozialen Besitzstandes stand auch im Mittelpunkt der diesjährigen Maifeiern des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Saarland. Die wichtigsten Unterschiede zur Bundesrepublik auf dem Gebiet des Sozialwesens sind:

- Kindergeld schon ab erstem Kind
- **Frauengeld auch für Kinderlose**
- Versicherungspflicht und damit Schutz aller Berufstätigen gleich welcher Gehaltsstufe
- **Höhere Leistungen bei geringeren Prämien aus der Sozialversicherung**
- Höhere Kriegsoferrenten
- **Pensionierung schon ab 60. Lebensjahr**
- **Höherer Mindestarbeitslohn und bedeutend niedrigere Steuern**

²⁹ D.h. egal wie schlimm die Ausbeutung auch in Zukunft sein sollte und Verschlechterung des eigenen Lebensstandards oder eine mögliche Verbesserung „sollten“ nicht ausschlaggebend sein, ob man zu einem anderen Land dazugehören möchte oder nicht! Was denn sonst? Bedingungslose Liebe bis in den Tod wie 33?

Keine dieser Leistungen konnte im Zuge der Angleichung durch die Rückgliederungsgesetze beibehalten werden.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Reuter forderte noch: „**Die geplanten Gesetze stehen im krassen Gegensatz zu den Versprechungen, die den arbeitenden Menschen des Saarlandes vor Jahren, als es um die Schicksalsfrage des Landes ging, gemacht worden sind.**“

Mit Schröders Agenda 2010 hat die Partei mit dem S im Namen Hartz4 eingeführt und damit einen weiteren Erdrutsch der Sozialleistungen ausgelöst, dass Menschen am absoluten Existenzminimum leben müssen aber: „Niemand muss hier verhungern.“

Dank Angliederung Verteuerung des eigenen Lebens

Das „arme“, autonome Saarland hatte es bereits ein Jahr nach seiner Gründung geschafft, ein Plus zu erwirtschaften. Heute erscheint es undenkbar, dass man als Staat ein Jahr schuldenfrei abschließen könnte oder noch undenkbarer sogar mit Überschuss in den Staatskassen und dass bei viel geringeren Steuerabgaben als heute. Der Beweis:

790

<p style="text-align: center;">I. Amtliche Texte</p> <p style="text-align: center;">Gesetz</p> <p style="text-align: center;">über die Feststellung des staatlichen Haushalts des Saarlandes für das Rechnungsjahr 1948 (1. April 1948 bis 31. Dezember 1948).</p> <p style="text-align: center;">Vom 8. Juli 1948.</p> <p>Auf Grund des Artikels 107 der Verfassung des Saarlandes hat der Landtag folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p>Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1948, der diesem Gesetz als Anlage beigefügt ist, wird, wie folgt, festgestellt:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td colspan="2">Ordentlicher Haushalt</td> </tr> <tr> <td>Einnahme</td> <td style="text-align: right;">10 551 318 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td>Ausgabe</td> <td style="text-align: right;">10 550 556 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td style="border-top: 1px solid black;">Ueberschuß</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">762 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Außerordentlicher Haushalt</td> </tr> <tr> <td>Einnahme</td> <td style="text-align: right;">5 714 935 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td>Ausgabe</td> <td style="text-align: right;">5 714 935 000 Fr.</td> </tr> </table>	Ordentlicher Haushalt		Einnahme	10 551 318 000 Fr.	Ausgabe	10 550 556 000 Fr.	Ueberschuß	762 000 Fr.	Außerordentlicher Haushalt		Einnahme	5 714 935 000 Fr.	Ausgabe	5 714 935 000 Fr.	<p style="text-align: center;">I. Textes Officiels</p> <p style="text-align: center;">Loi</p> <p style="text-align: center;">arrêtant le budget d'Etat de la Sarre pour l'exercice (1er avril 1948 au 31 décembre 1948)</p> <p style="text-align: center;">Du 8 juillet 1948.</p> <p>Vu l'article 107 de la Constitution Sarroise, le décidé la loi suivante qui est promulguée par la</p> <p style="text-align: center;">Article 1er</p> <p>Le projet de budget pour l'exercice 1948 annexé est arrêté comme suit :</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td colspan="2">Budget ordinaire :</td> </tr> <tr> <td>Recettes</td> <td style="text-align: right;">10 551 318 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td>Dépenses</td> <td style="text-align: right;">10 550 556 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td style="border-top: 1px solid black;">Excédent</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">762 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Budget extraordinaire :</td> </tr> <tr> <td>Recettes</td> <td style="text-align: right;">5 714 935 000 Fr.</td> </tr> <tr> <td>Dépenses</td> <td style="text-align: right;">5 714 935 000 Fr.</td> </tr> </table>	Budget ordinaire :		Recettes	10 551 318 000 Fr.	Dépenses	10 550 556 000 Fr.	Excédent	762 000 Fr.	Budget extraordinaire :		Recettes	5 714 935 000 Fr.	Dépenses	5 714 935 000 Fr.
Ordentlicher Haushalt																													
Einnahme	10 551 318 000 Fr.																												
Ausgabe	10 550 556 000 Fr.																												
Ueberschuß	762 000 Fr.																												
Außerordentlicher Haushalt																													
Einnahme	5 714 935 000 Fr.																												
Ausgabe	5 714 935 000 Fr.																												
Budget ordinaire :																													
Recettes	10 551 318 000 Fr.																												
Dépenses	10 550 556 000 Fr.																												
Excédent	762 000 Fr.																												
Budget extraordinaire :																													
Recettes	5 714 935 000 Fr.																												
Dépenses	5 714 935 000 Fr.																												

5 Quelle: Amtsblatt des Saarlandes, Nr.55, S.790 vom 23.06.1948

Die Medien, hier speziell die Journalisten saarländischer Zeitungen, waren sich in den 50er und 60er Jahren noch ihrer Verantwortung bewusst und leisteten als vierte Gewalt mit regierungskritischen Artikeln staatsregulierende Öffentlichkeitsarbeit. Ohne diese Dokumente wäre es nicht mehr möglich, die ganzen Betrügereien und Vertuschungen über die Zeit nachzuvollziehen und nachzuprüfen. Die Zeitungen sind wichtige Zeitzeugen. Und auch die heutigen Zeitungsberichte werden rückblickend beweisen, wie in unserem Land die „seriöse“ und „vertrauenswürdige“ Medienlandschaft gleichgeschaltet wurde und die Menschen für dumm verkauft wurden.

Die kritischen Berichte kommen heute von den freien Medien, die sich unabhängig von Regierungs- und Nachrichtenorganisationen und unabhängig von Dogmen der „Faktenchecker“ nur der Wahrheit verpflichtet fühlen.

Die Propagandamaschinerie wurde kräftig aufgefahren, um das Saarvolk dazu zu bewegen, bei der schicksalhaften Volksbefragung von 1955 für „Nein“ zu stimmen.

In einem Zeitungsartikel der „Ja-Sager“³⁰ wurde humorvoll beschrieben, welche Auswirkungen die Rückgliederung hatte bzw. wie BRD-Deutsche über das deutsche Saarvolk dachten und mit ihnen umgingen.

(s. rechts)



6 Bildunterschrift im Original: *Wie lange wird das geschäftige Leben, wie es dieses Bild aus der Saarbrücker Bahnhofstraße zeigt, noch pulsieren, wenn die Regierung Röder ihre Katastrophenpolitik noch lange betreibt?*³¹

Saarfranzosen?

Das stehen sie nun in unseren Geschäften, die Vertreter der Bundesdeutschen Handelswelt. Sie kommen mit funkelhagelneuen Wagen an, einer protziger und wirtschaftswunderlicher als der andere und scheinen sich vorzukommen wie Peters bei seinem ersten Buch in einem Negerkral.

Sie scheinen davon überzeugt zu sein, daß unsere Geschäftswelt auf sie gewartet hat. Sehnsüchtig darauf gewartet hat, daß endlich ein Vertreter aus Deutschland aufkreuzt und uns Seife oder Zigarettenspitzen verkauft. Sie sind überzeugt davon, daß wir in unserem „armen“ Saarland unsere Hände mit Schmierseife oder Scheuersand gewaschen haben.

Mit strahlender, jovialer Siegermiene betreten sie die Geschäfte. „Guten Tag. Ich komme aus der Bundesrepublik“, beginnen sie gewöhnlich ihr Verkaufsgespräch und sind baß erstaunt, daß der oder die Chefin des Unternehmens nicht sofort einen Hofknicks machen.

Man stelle sich vor, aus der Bundesrepublik!

Stellt Euch vor, Freunde, deutsche Ware! Wie lange haben wir doch darauf gewartet, daß wird endlich 10 Pfennige für die Zigarette bezahlen dürfen, nachdem wir solange Jahre hindurch 5 Pfennige bezahlen mußten. Wie dankbar müssen wir ihnen sein, daß sie uns nun endlich wieder die gute Rahma ins Haus liefern, damit wir nicht dauernd einfache Butter zu essen brauchen.

Wie aber werden unsere Vertreter in der Bundesrepublik empfangen? Wie können sie es auch wagen, in der Bundesrepublik Geschäfte machen zu wollen. Deshalb geht es vielen ähnlich, wie es dem Vertreter eines saarländischen Unternehmens in Hamburg ergangen ist. Man erklärt ihnen unverblümt, daß man die Ware von den Saarfranzosen nicht braucht.

Ob wir den Vertretern aus der Bundesrepublik vielleicht antworten sollten, daß wir auch keine Ware von Ami-Germanen brauchen?

³⁰ Zeitung der Ja-Sager zur politischen Einheit Europas Nr.9 vom 02.07.1959

³¹ Zeitung der Ja-Sager zur politischen Einheit Europas Nr.13 vom 09.09.1959

Noch deutlicher und konkreter wird die „Zeitung der Ja-Sager“ zwei Monate später am 09.09.1959 in ihrem Artikel *Gilt das 8. Gebot nicht für die Saar-CDU* [Du sollst nicht lügen!]:

Tatsachen, mit denen die Saarländer sich abzufinden versuchen müssen, viel, viel zu hart.

Nicht eine einzige der Versprechungen ist eingehalten worden. Im Gegenteil: Unter Verhöhnung der christlichen Sozialpolitik und unter verständnislosem Kopfschütteln der Bundesländer dankte der Herr Ministerpräsident für etwas, was wir

Gilt das 8. Gebot nicht für die Saar-CDU

Was ist denn nun billiger geworden, Herr Dr. Röder? Wie sehen denn ihre Köder in Wirklichkeit aus?

Ist Brot billiger geworden? Brot, das elementarste Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung? Nein, Brot ist teurer geworden.

Ist Fleisch billiger geworden, Herr Dr. Röder?

Nein, Fleisch ist teurer geworden und steht heute auf dem Sonntags-Magenfahrplan der saarländischen Familien.

Wie sieht es denn mit Gemüse und Obst aus, Herr Dr. Röder?

Teurer geworden, Herr Doktor.

Präsentieren Sie uns doch einmal, präsentieren Sie den verbitterten Saarländern außer Kühlschränken und Fernsehgeräten, Ihren Paradestücken etwas, was den Haushaltsetat der Familie spürbar beeinflusst.

Nicht genug damit. Wie sieht es denn mit der Umrechnung der Löhne und Gehälter aus, und mit dem Kaufkraftverhältnis zwischen einer DM und 100 Franken vor ihrem Tag X.

Wenn Sie dieses Moment mit in die Relation einblenden, reichen die zugestandenen 14% Teuerung gegenüber den Preisen in der Bundesrepublik bei weitem nicht aus.

Hübsch, deine „Impression zum Tage X“ — Versuch es doch an die „Nein-Sager“ zu verkaufen!!!

Was dem einen Recht ist . . .

„Beispielhafte“ Gewerkschaften — Beiträge 1:100 umgerechnet

Mit sichtlichlicher Wonne haben die saarländischen Gewerkschaften unmittelbar nach dem Tage X die Gelegenheit wahrgenommen, eine Propagandabombe platzen zu lassen. Sie schrien und schreiben Zeter und Mordio wegen des Umrechnungsfaktors 1:100, den eine große Zahl von Geschäftsleuten in diesen turbulenten Tagen der „Heimkehr“ praktizierten.

Sie erhoben gellend ihre Stimmen, machten einen Finger und drohten mit Maßnahmen, wenn die Geschäftswelt bei diesem Umrechnungskurs bleiben wolle. Sie sprachen und schrieben vom Betrug am saarländischen Arbeiter und zeigten ihren Mitgliedern, daß sie wachsam sind, und sich in jeder Form für ihre Getreuen einsetzen werden, und daß sich der Beitrag lohnt.

Doch ach, man hatte etwas übersehen. Man hatte nämlich übersehen, daß die Gewerkschaften selbst ihre Mitgliedsbeiträge — 1:100 umrechnen.

Inzwischen aber ist das auch den Mitgliedern aufgefallen. Und das ist peinlich — für die Gewerkschaften.

Ganz zu schweigen von den allgemeinen Genußmitteln.

Was soll denn die Rentnerin, was soll die Kriegersizwe mit ihren Groschen anfangen, wenn sie sich den Winterkohlenvorrat (falls Sie es nicht wissen sollten, Herr Ministerpräsident, Kohlen sind auch teurer geworden) anschaffen muß?

Haben Sie sich über diese Dinge vorher einmal Gedanken gemacht, damals, als sie die Aufforderung Ihres Bundespartei-vorsitzenden Ignorierten, Ihren saarländischen Parteigenossen das JA zum Saarstatut zu empfehlen und als Sie sich zur offenen Lüge hinreißen ließen?

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, wie

ihre ehrlichen Anhänger auf die ihnen inzwischen durch die Verhältnisse aufgezwungene Erkenntnis reagieren? Falls es nicht der Fall sein sollte, lassen Sie sich zwecks Vermeidung eines Schocks die Abgangsliste aus ihrer Partei täglich vorlegen. Das tut dann nicht so weh.

Nun müssen Sie Farbe bekennen, Herr Ministerpräsident. Die Teilstreiks an der Saar werden Ihnen hoffentlich zu denken gegeben haben.

Kluge Schauspieler treten auf dem Gipfel ihrer Laufbahn ab.

Daß Sie als Akademiker klug sind, wird kein Mensch bezweifeln.

Der gleiche Dreck (Verteuerung des Lebens) passierte bei der letzten Währungsreform im Jahre 2002 als man die D-Mark durch den Euro ersetzte. Kann sich irgendjemand erinnern, dass bspw. 12,- DM für den Versand eines 5-kg Pakets von der Post früher verlangt wurden? Man hört nur noch Steuererhöhung; hier eine neue Steuer; die Kassen sind leer; mehr Kosten als geplant für dies und jenes. Jedes Jahr werden die Daumenschrauben enger gezogen, der einfache Bürger mehr und mehr ausgebeutet und das Wasser, in dem wir mit unseren Froschschenkeln sitzen, langsam aber stetig erhitzt, sodass wir es nicht bemerken und keiner aus dem kochend heißen Wasser springt. Aber wie wird es uns immer wieder gebetsmühlenartig eingetrichtert?

„Andere Länder beneiden uns! Uns geht es doch gut!“

**„UNS KÖNNTE ES TAUSENDMAL
BESSER GEHEN!“**

Mit dem Einzug der BRDlinge zog auch die Lüge in die saarländische Politik ein. Nicht nur im ersten Jahr nach der Gründung, sondern während seiner gesamten autonomen Zeit, war das Saarland ein schuldenfreies Land, das jedes Jahr ein Plus erwirtschaftete oder ausgeglichene Haushalte hatte. Siehe hierzu die folgenden Amtsblätter als Beweis:

*Vorbereitung des staatlichen Haushaltes
des Saarlandes vom französischen
Protector;*

*Ab Seite 684 und weiterführend /
Jahrgang 1947 Nr. 60*

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1947/1947-060.pdf>

*Ab Seite 1089 5. Abschnitt /
Jahrgang 1947 Nr. 67*

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1947/1947-067.pdf>



5. Abschnitt

Das Finanzwesen

Artikel 107

Alle Einnahmen und Ausgaben des Landes müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Dieser wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt.

Kommt das Gesetz vor Ablauf des Rechnungsjahres nicht zustande, so kann die Regierung ein Zwölfstel des vorjährigen Haushaltsplanes in Einnahme und Ausgabe pro Monat dem neuen Haushalt bis zur Verabschiedung eines ordentlichen Haushaltsplanes für das laufende Rechnungsjahr zugrunde legen. Die Ausgaben des Landes werden in der Regel für ein Rechnungsjahr, in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt.

Der Haushaltsplan darf nur finanzielle Bestimmungen enthalten.

Artikel 108

Steuern und Abgaben dürfen unbeschadet der sich aus dem wirtschaftlichen Anschluß ergebenden Maßnahmen nur auf Grund gesetzlicher Anordnungen erhoben werden.

Dieselben müssen in angemessenem Verhältnis zur Finanzkraft der Bevölkerung stehen und nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt werden.

Artikel 109

Ueber die Verwendung aller Staatseinnahmen legt der Finanzminister nach Abschluß des Rechnungsjahres zur Entlastung der Regierung dem Landtag Rechnung.

Die Rechnungsprüfung ist durch besonderes Gesetz zu regeln.

Artikel 110

Eine Ueberschreitung des Voranschlages bedarf der Bestätigung des Landtages.

Der Landtag kann Ausgaben, die über den von der Regierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen, nur beschließen, wenn die finanzielle Deckung gewährleistet ist.

Artikel 111

Kredite dürfen nur bei außerordentlichem Bedarf oder für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden.

Ohne Zustimmung des Landtages können weder Anleihen des Landes aufgenommen noch Sicherheitsleistungen zu Lasten des Landes übernommen werden.

Die Landesregierung ist im Rahmen ihres Haushaltes nicht an die Genehmigung des Landtages gebunden.

Verordnung über die vorläufige staatliche Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1948.

Vom 22. März 1948, Auf Seite 369 / Jahrgang 1948 Nr. 22

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1948/1948-022.pdf>

Verordnung

Über die vorläufige staatliche Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1948.

Vom 22. März 1948.

Die Regierung des Saarlandes hat auf Grund des Artikels 107 Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (ABl. S. 1077) folgende Verordnung beschlossen, die hiermit verkündet wird:

Die mit der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des staatlichen ordentlichen Haushalts beauftragten Behörden werden ermächtigt, der Haushaltsführung im Monat April 1948 ein Viertel der im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 ausgebrachten Haushaltsmittel zugrunde zu legen.

Für Zweckbestimmungen, für die im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 Haushaltsmittel nicht ausgebracht sind, dürfen Ausgaben nicht geleistet werden.

Erreichen die bei einer Haushaltsstelle des Voranschlags zum ordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1948 vorgesehenen Haushaltsmittel nicht den Betrag von einem Viertel der im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für 1947 ausgebrachten Haushaltsmittel, so dürfen im Monat April 1948 Ausgaben nur bis zur Höhe der im Voranschlag zum ordentlichen Haushalt für 1948 vorgesehenen Ansätze geleistet werden.

Der Buchung der Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1948 sind die Buchungsstellen des Voranschlags zum ordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1947 zugrunde zu legen.

Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben, die aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1948 zu bestreiten sind, dürfen bis zur Genehmigung dieses Haushalts nicht eingegangen werden; Zahlungen können auf diesen Haushalt vor seiner Genehmigung nicht angewiesen werden.

Saarbrücken, den 22. März 1948.

Regierung des Saarlandes

Der Ministerpräsident
Johannes Hoffmann

Der Minister für Finanzen
und Forsten
Grommes

Ordonnance

concernant la gérance provisoire du budget d'Etat pour l'exercice 1948.

Du 22 Mars 1948.

Le Gouvernement de la Sarre,

Vu l'article 107, alinéa 2, de la Constitution Sarroïse du 15 Décembre 1947 (B. O. p. 1077) a décidé l'ordonnance suivante qui est promulguée par la présente:

Les autorités chargées de la gérance des fonds budgétaires du budget d'Etat ordinaire sont autorisées à prendre pour base de la gérance budgétaire pour le mois d'Avril 1948 un quart des fonds budgétaires de la partie „F“ du budget ordinaire de l'exercice 1947.

Pour des objets pour lesquels des crédits n'ont pas été prévus à la partie „F“ du budget ordinaire de l'exercice 1947 aucune dépense ne peut être faite.

Dans le cas où une position de l'évaluation du budget ordinaire de l'exercice 1948 n'atteint pas un quart du crédit prévu au budget ordinaire de 1947 les dépenses dans le mois d'avril 1948 ne peuvent être effectuées que jusqu'à concurrence de l'évaluation dans le budget ordinaire de 1948. Pour la comptabilisation des recettes et dépenses de l'exercice 1948 les positions de comptabilité de l'évaluation du budget ordinaire de l'exercice 1948 sont à appliquer.

Aucune dépense ne peut être engagée qui est à couvrir des fonds du budget extra-ordinaire de l'exercice 1948 avant que ce budget ne soit approuvé; aucun paiement ne peut être ordonnancé sur ce budget avant son approbation.

Sarrebruck, le 22 Mars 1948.

Gouvernement de la Sarre

Le Ministre-Président
Johannes Hoffmann

Le Ministre des Finances
et des Forêts
Grommes

Verordnung über die vorläufige staatliche Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1948.

Vom 20. April 1948, Auf Seite 523 / Jahrgang 1948 Nr. 36

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1948/1948-036.pdf>

Verordnung über die vorläufige staatliche Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1948.

Vom 02. Juni 1948, Auf Seite 674 / Jahrgang 1948 Nr. 45

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1948/1948-045.pdf>

**Verordnung
über die vorläufige staatliche Haushaltsführung
im Rechnungsjahr 1948.**

Vom 20. April 1948.

Die Regierung des Saarlandes hat auf Grund des Artikels 107 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (ABl. S. 1077) folgende Verordnung beschlossen, die hiermit verkündet wird:

Die mit der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des staatlichen ordentlichen Haushalts beauftragten Behörden werden ermächtigt, der Haushaltsführung in der Zeit vom 1. April 1948 bis 31. Mai 1948 zwei Viertel der im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 ausgebrachten Haushaltsmittel — höchstens aber zwei Neuntel der im Haushaltsvoranschlag 1948 vorgesehenen Beträge — zugrunde zu legen.

Für Zweckbestimmungen, für die im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 Haushaltsmittel nicht ausgebracht sind, dürfen Ausgaben nicht geleistet werden.

Der Buchung der Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1948 sind die Buchungsstellen des Voranschlags zum ordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1948 zugrunde zu legen.

Bezüglich der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts erfolgt besondere Regelung.

Saarbrücken, den 20. April 1948.

Regierung des Saarlandes

Der Ministerpräsident
Johannes Hoffmann

Der Minister für Finanzen
und Forsten
Grommes

**Verordnung
über die vorläufige staatliche Haushaltsführung
im Rechnungsjahr 1948.**

Vom 2. Juni 1948.

Die Regierung des Saarlandes hat auf Grund des Artikels 107 Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (ABl. S. 1077) folgende Verordnung beschlossen, die hiermit verkündet wird:

Die mit der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des staatlichen ordentlichen Haushalts beauftragten Behörden werden ermächtigt, der Haushaltsführung in der Zeit vom 1. April 1948 bis 30. Juni 1948 drei Viertel der im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 ausgebrachten Haushaltsmittel — höchstens aber drei Neuntel der im Haushaltsvoranschlag 1948 vorgesehenen Beträge — zugrunde zu legen.

Für Zweckbestimmungen, für die im Teil „F“ des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947 Haushaltsmittel nicht ausgebracht sind, dürfen Ausgaben nicht geleistet werden.

Der Buchung der Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1948 sind die Buchungsstellen des Voranschlags zum ordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1948 zugrunde zu legen.

Bezüglich der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts erfolgt besondere Regelung.

Saarbrücken, den 2. Juni 1948.

Regierung des Saarlandes

Der Ministerpräsident:
Johannes Hoffmann

Der Minister für Finanzen
und Forsten:
Grommes

Gesetz über die Feststellung des staatlichen Haushalts des Saarlandes für das Rechnungsjahr 1948 (1. April 1948 bis 31. Dezember 1948). Vom 08. Juli 1948

[Erster staatlicher Haushalt mit 762.000

[Saar]Franken Überschuss.

Auf Seite 790 und weiterführend /

Jahrgang 1948 Nr. 55

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1948/1948-055.pdf>

Gesetz über die Feststellung des staatlichen Haushalts des Saarlandes für das Rechnungsjahr 1950 (1. Januar 1950 - 31. Dezember 1950). Vom 27.

Januar 1950.

Auf Seite 721 und weiterführend /

Jahrgang 1950 Nr. 49

<http://www.amtsblatt.uni-saarland.de/hefte/1950/1950-009.pdf>

Gesetz

über die Feststellung des staatlichen Haushalts des Saarlandes für das Rechnungsjahr 1950 (1. Januar 1950 bis 31. Dezember 1950)

Vom 27. Januar 1950.

Auf Grund des Artikels 107 der Verfassung des Saarlandes hat der Landtag folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1950, der diesem Gesetz als Anlage beigelegt ist, wird wie folgt festgestellt:

Ordentlicher Haushalt:	
Einnahme	27 787 954 000 Franken
Ausgabe	24 075 052 000 Franken
Überschuss	3 712 902 000 Franken
B. Ausserordentlicher Haushalt:	
Einnahme	11 172 417 000 Franken
Ausgabe	14 885 319 000 Franken
Fehlbetrag	3 712 902 000 Franken
C. Plan über Investitionen aus Mitteln des Europa-Wiederaufbauprogramms:	
Einnahme	1 000 000 Franken
Ausgabe	1 000 000 Franken
D. Zusammenstellung:	
Einnahme	38 961 371 000 Franken
Ausgabe	38 961 371 000 Franken

Was geschah noch nach dem wirtschaftlichen Anschluss?

„Viele Saarländer erlitten wirtschaftliche Nachteile nach dem Tag X³², als die Saar das französische Wirtschaftssystem verließ und in dasjenige der Bundesrepublik eintrat. Vielen Arbeitnehmern wurden zahlreiche ihrer bisher gewohnten großzügigen sozialen Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen. Und den meisten Unternehmen ging es nun schlechter als vor dem Tag X, weil sie der bundesdeutschen Konkurrenz kaum standhalten konnten. Viele Firmen im Saarland erholten sich davon gar nicht oder nur sehr langsam, so dass nicht wenige von ihnen geschlossen werden mussten.“³³

Bevor wir (zwangs-)angeschlossen wurden, gab es im Saarland laut Zeitzeugen eine höhere Kaufkraft³⁴ als danach; eine Kaufkraft, die höher war als in der BRD. Bzgl. der autonomen Zeit möchte ich abschließend noch einmal den Saarlandexperten Johann Z. zitieren:

„Die Kaufkraft im Saarland war eine viel höhere, die BRD hat sich mit der DM die ersten 15 Jahre nur herumgeschlagen. Das Geld war viel zu stark, weshalb die Banken über den Marshallplan Kredite in Unmassen bekamen, um es wie blöd in Großkonzerne zu investieren. Ohne die Menschen hätte jedoch die größte Kreditinvestition nichts gebracht.

Aber um es mal deutlich zu sagen, 1947/48 hatten die Menschen hier im Saarland mehr Geld und mehr zu essen als unsere deutschen Nachbarn. Es ist doch mal Fakt.

Natürlich sprechen wir hier nur über den Durchschnitt. Nicht jedem Saarländer ging es drei Jahre nach dem Kriege gut. Aber wenn man bedenkt, was die Saarländer nur kurze Zeit nach dem Kriege geleistet haben, ist das schon erstaunlich. Es gab innerhalb von vier Jahren keine bis kaum mehr sichtbar zerstörte Häuser. Die größten Ruinen hat man wieder in Wohnhäuser verwandelt oder abgerissen und von dem Material wieder neue Häuser gebaut, so viel zum Thema Recycling.

Erwähnen sollte man aber auch, dass die Franzosen auf eine Demontage noch vorhandener Wirtschaftsgüter im Saarland verzichtet haben, dass das französische Militär den Saarländern auch Maschinen zur Verfügung stellte. Dadurch fühlten sich die Saarländer unterstützt und waren folglich motivierter als die Deutschen. Die Deutschen hat man viel dreckiger behandelt.

Deswegen war es der West-BRD bzw. dem späteren Gebiet der West-BRD sehr wichtig, über das Saarland und die Saarländer, wie aber auch vor allem gegen die Saarländische Regierung zu hetzen, sowie gegen die DDR – die erste Zeit ganz massiv. Damit lenkten sie von ihren eigenen inneren Problemen ganz massiv ab, was Ihnen auch gelang. Das Wirtschaftswunder, war mehr eine Werbekampagne als tatsächliche Realität.

³² Tag des wirtschaftlichen Anschlusses an die BRD am 06.07.1959

³³ <http://www.saar-nostalgie.de/> unter Tag X

³⁴ Nach der bpb-Definition: Geldwert der Maßstab für den Wert des Geldes. Die Kaufkraft des Geldes gibt an, welche Gütermenge mit [...] einem bestimmten Geldbetrag gekauft werden kann. Die Preise der Güter verändern sich jedoch ständig. So wird z. B. Heizöl im Winter teurer, während andere Güter wie [...] Computer im gleichen Zeitraum billiger werden. Die Kaufkraft des Geldes kann deshalb nur in Bezug auf bestimmte Güter gemessen werden. Ist der Preisindex der Lebenshaltung gestiegen, hat sich die Kaufkraft des Geldes in Bezug auf die Güter des Warenkorb verringert. Die Kaufkraft des Geldes ist also gestiegen, wenn für eine Geldeinheit mehr Güter als zu einem früheren Zeitpunkt gekauft werden können. Geldwert und Preisniveau verhalten sich also umgekehrt. Im allgemeinen Sprachgebrauch bezeichnet man auch das verfügbare Einkommen einer Person oder Personengruppe als Kaufkraft.

Nach jedem Zusammenbruch gibt es meistens ein Neuaufbau. Und gerade in der Zeit wachsen Unternehmen wie Pilze aus dem Boden. Weil Kredite billig sind, weil man schnell mit wenig Dienst- und Sachleistungen viel Geld verdienen kann, befindet man sich in einer Zeit des Goldrauschs. Also sollte man das BRD Wirtschaftswunder nicht überbewerten als das, was es war. Das Saarland bekam kaum bis keine Aufbaukredite, dennoch ging es bei uns wirtschaftlich schneller bergauf als anderswo.

Global war das Saarland eine Bedrohung für das FIAT-Schuldgeldsystem, da es jedes Jahr ohne Schulden haushielt. „Großes entsteht im Kleinem“ heißt das Motto des Saarlandes. Das Saarland hätte durch seinen Fortbestand als schuldfreies und wohlhabendes Land Schule gemacht und dadurch weltweit Nachahmungen provozieren können. Deswegen musste es eliminiert werden.“

Aus der Vergangenheit lernen: Medienpropaganda & Unruhen

„Aus der Geschichte der Völker können wir lernen, dass die Völker aus der Geschichte nichts gelernt haben.“

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

An der tiefen Spaltung der saarländischen Gesellschaft hat man sehr medienkräftig und unter Einsatz von „Subventionen“ mit Hochdruck gearbeitet. Ob der Saarländer wollte oder nicht, die BRD wollte sich dieses kleine Stückchen Erde wieder einverleiben.

Wer hetzen will, braucht Geld, welches reichlich seitens der BRD geflossen ist. Ein Viertel des Buches „Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar“³⁵ beschäftigt sich ausschließlich mit der Finanzierung pro-deutscher Kräfte durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und andere Kanäle der BRD.

Inhaltsverzeichnis		9
TEIL II		
Parteien und Verbände 1949 bis 1954		79
I.	<u>Die DPS</u>	81
1.	<u>Eine „feindliche Übernahme“ 1950</u>	81
2.	Der Aufschwung 1950/51	86
3.	Das Verbot der DPS im Mai 1951	91
4.	Nach dem Verbot: Um die zukünftige Rolle der DPS	100
5.	Heinrich Welsch als Oppositionsführer?	112
6.	Ein Staranwalt für den DPS-Prozeß?	116
7.	Die Schlüsselfigur: Heinrich Schneider	119
8.	Subventionen	126
9.	Abenteuerlicher Grenztransport: Der Saar-Heimat-Verlag, die Kurierorganisation der DPS	136
	a) Operationen im Grenzgebiet	137
	b) Josef Frisch und Helmut Theobald	145
10.	Von der legalen politischen Kraft zum Geheimbund: Die DPS unter Heinrich Schneider als Speerspitze der prodeutschen Opposition	149
II.	<u>Die Saar-CDU</u>	152
1.	Der Weg zur Gründung 1951/52	152
2.	Die Darstellung der Gründung in Parges „Informationsdienst“	164
3.	Die Nouvelles Équipes Internationales und die Saar-CDU	169
4.	Ein Vorsitzender mit autokratischen Neigungen: Hubert Ney	172
5.	Subventionen	176
6.	Vom Inspirator Schneider zum Autokraten Ney: Die Saar-CDU in Erwartung ihrer historischen Führungsrolle	181

³⁵ Herbert Elzer, *Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar: Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der pro-deutschen Opposition 1949-1955*, Band 8 *Geschichte, Politik & Gesellschaft*, Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland, Röhrig Universitätsverlag

Wir beginnen mit der Finanzierung

DPS

„Ende 1950 setzte die systematische Förderung der DPS durch das BMG ein. Am 6. November 1950 reflektierte Bodens über eine möglichst unauffällige Überweisung des Geldes.“³⁶

Über die Jahre durch Inflation und damit einhergehende steigende Löhne hat die D-Mark von ihrem ursprünglichen Wert wie der Dollar auch massiv eingebüßt. Mein Opa verdiente 1961 als Bauleiter 400 DM pro Monat, die Miete kostete 50 Mark für eine 70 qm große Wohnung und 200 Mark reichten in dieser Zeit aus, um über die Runden zu kommen. 11 Jahre vorher war die DM nochmals erheblich mehr wert und unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollten auch die gezahlten Gelder gesehen werden.

„Am 9. November 1950 wurden für Oktober bis Dezember 1950 insgesamt 3.600 DM überwiesen. Für Januar bis März 1951 wurden [...] insgesamt 3.750 gutgeschrieben [...]“

Die Subventionierung lief nun erst an. [...] Der Haushaltstitel [...] für den hier vorliegenden Fall: „Zuschuss zur Förderung kultureller Bestrebungen der DPS [...]“ Künftig sollten **monatlich 10.000 DM bewilligt** und im Voraus gezahlt werden; [...] darüber hinaus zweckgebundene Sonderzuschüsse: 7.500 DM für den Erwerb eines PKW sowie 2.500 DM für die Einrichtung eines Büros [...] am 2. Januar als **der DPS 30.000 DM für ihr Blatt** „Saar-Heimat-Zeitung für Freiheit und Recht, für Demokratie und Europa **zur Verfügung gestellt** wurden [...] Die Zahlungsvermerke des BMG firmierten generell unter der Klassifizierung „Geheim“, die [...] im Zuge einer umfassenden Neubewertung [1955] in „Vertraulich“ heruntergestuft wurde. **Nach der vermeintlichen Regelung der Saarfrage** in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 **war das Thema Finanzierung der pro-deutschen Opposition nicht mehr ganz so brisant**“³⁷

Auf S.130 ist zu entnehmen, dass 1 Mio. ffrs 12.010 DM entsprachen, der damaligen Währung des Saarlandes, kurze Zeit nach der Saarmark wurde der fr. France eingeführt. Nach einigen Streitereien hat das BMG der DPS dann nur noch 7.000 DM monatlich gezahlt.

Die Saar-CDU

„1952 unterbreiteten Karl Walz und Helmut Bergweiler dem BMG einen Haushaltsplan für die Saar-CDU. Er wurde als „geheim“ eingestuft, was [...] 1955 dann in „vertraulich“ umgewandelt wurde. [...] Das BMG stellte [...] 1952 nach einer Zulassung der Saar-CDU folgende Zuschüsse in Aussicht: 20.700 DM regelmäßige Subventionen und 22.920 DM Einmalkosten. [...] Bergweiler gab am 13. Januar 1953 einen exakten Überblick, was mit den 30.000 DM passiert war, die bislang der Saar-CDU zugutegekommen waren. [...] 480.000 ffrs. für Flugblätter (gemeinsam mit der DPS) und 650.000 ffrs. für einen Volkswagen. Hinzu kamen 9.563,80 DM, die im Dienste der Opposition insgesamt bezahlt worden waren, insbesondere an Verlage.“³⁸

³⁶ Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar, S.126 ff

³⁷ ebd.

³⁸ ebd. S.176 ff

SPD und DSP

„Ab Oktober 1952 wurden die Subventionen für die DSP angehoben. Deren Generalsekretär Detemple beantragte eine Summe von 20.000 DM monatlich und begründete dies mit der nunmehr erreichten Spaltung der SPS [...] Dem Anliegen konnte in dieser Form nicht stattgegeben werden. Gewährt wurden 5.000 DM monatlich ab 1. September 1952 [...] An Nau wurden 10.600 DM ausgezahlt: 1.300 DM als Nachzahlung für September, 5.000 DM für Oktober, 4.000 DM für Aktionsgruppen, 300 DM für die Sozialistische Jugend. Im November und Dezember 1952 bekam die DSP jeweils 9.300 DM (also wie im Oktober ohne die Nachzahlung)“³⁹ Das BMG ging noch weiter und gewährte eine Finanzspritze von 30.000 DM. Sie erhielt sie „aus aktuellem Anlass [...] und durfte nach Gutdünken darüber disponieren.“⁴⁰

Kurt Conrad und Oskar Detemple suchten am 20. Dezember 1952 Staatssekretär Thedieck auf.²⁶⁸ Sie teilten ihm die Absicht der DSP mit, die Mitarbeit an der DSZ zu beenden und ein eigenes sozialdemokratisches Untergrundblatt herauszugeben. Nach Möglichkeit solle es im Saargebiet gedruckt werden. Eine laufende Bezuschussung sei unabdingbar und werde in Kürze beantragt. Die Saar-Seite des „Neuen Vorwärts“ entfalle künftig. Mit einer aktualisierten, am 8. Januar 1953 überreichten Aufstellung trat die DSP die Flucht nach vorn an.²⁶⁹ Die allgemeine Hilfe sollte bei 5000 DM bleiben, ebenso der Satz für die Aktionsgruppe Sulzbach bei 4000 DM. Die Jugend sollte künftig 1150 DM erhalten, eine eigene Parteizeitung 12200 DM absorbieren (was jeweils aufgliedert wurde). So kam die DSP insgesamt auf 22350 DM.

Hat man so viel Geld reingepumpt aus reiner Nächstenliebe? Wer's glaubt wird selig. Wir haben an mehreren Beispielen gesehen, wie sich Adenauer und die BRD gegenüber dem Saarland verhalten haben, um seine Autonomie zu sabotieren. Geld gibt es nicht geschenkt. Seitens der BRD erwartete man eine Gegenleistung.

Wie man die Kohle genutzt hat

Elzer bestätigt, dass mit Hilfe der DPS verbotene Propagandamittel ins Land geschleppt wurden. Er schreibt auf S.131: „Sornberger und Bubel wanderten wegen des Transports verbotener Propagandamittel in französische Gefängnisse“.

Auch die SPD und DSP mischten ordentlich mit durch Mittel der BRD: „Die Nähe der Landtagswahlen brachte zusätzlichen Finanzbedarf für die Saar. Die „Allgemeine Zeitung“ Mannheim schickte der SPD am 30. Oktober bzw. 6. November 1952 Rechnungen für die Herstellung von Flugblättern und Klebezetteln über 3.390,75 DM [...] Thedieck genehmigte dies am 14. November 1952 mit der Begründung: „Die politische Situation an der Saar hat es erforderlich gemacht, der frankophilen Propaganda hier durch Herausgabe von Werbematerial entgegenzuwirken.“⁴¹

³⁹ ebd. S.190

⁴⁰ ebd. S.191

⁴¹ ebd. S.190 ff

Ihre geballte Macht entfesselten alle Parteien als Heimatbund im Jahr 1955.

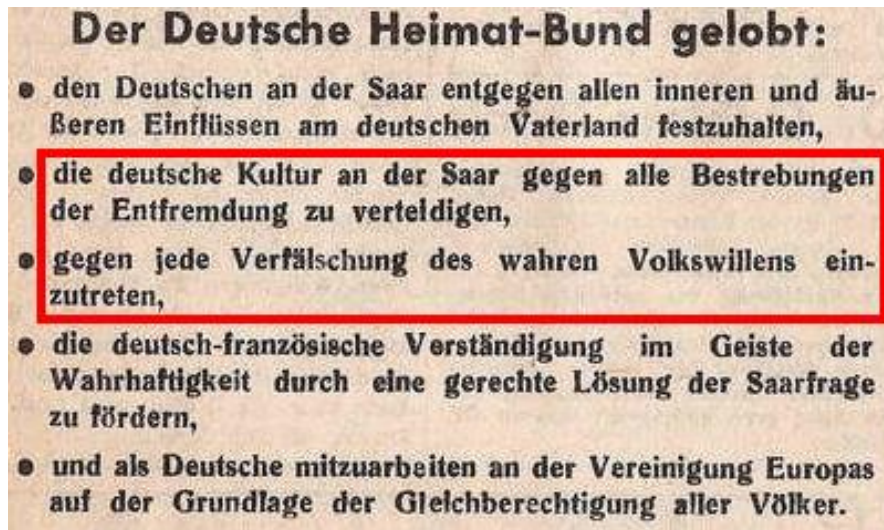
Zeitungen und Sonderblätter in der Zeit der Volksabstimmung				
Abk.	vollständiger Name des Blattes	Art	Parteizugehörigkeit	Haltung zum Saarstatut
SZ	Saarbrücker Zeitung	Tageszeitung	"unabhängig", aber eng auf Regierungslinie; schaltete z.B. keine Heimatbund-Anzeigen	(JA)
AZ	Saarbrücker Allgemeine Zeitung - Unabhängige deutsche Zeitg.	Tageszeitung	DSP	NEIN
NN	Neueste Nachrichten - Die Deutsche Heimat-Zeitung der Saar	Tageszeitung	CDU-Saar	NEIN
SVZ	Saarländische Volkszeitung für Christentum und Demokratie	Tageszeitung	CVP	JA
	Wir sagen Ja! - Sonderblatt der CVP zur Volksbefragung	Sonderblatt	CVP	JA
	Im Kreuzfeuer	Wahlzeitung	CDU-Saar	NEIN
NZ	Neue Zeit - Organ der Kommunistischen Partei, Landesverband Saar	Parteizeitung	KPS	NEIN
VS	(SAAR-)Volksstimme für Sozialismus und Demokratie	Parteiorgan	SPS	JA
	Unter der Lupe - Eine Flugblattfolge der SPS zur Volksbefragung	Flugblattfolge	SPS	JA
	Die Wespe	Sonderblatt	DSP	NEIN
	Nein zu jedem Saarstatut - Wahlzeitung der Dt. Demokrat. Union	Wahlzeitung	DDU	NEIN
DS	Deutsche Saar - Stimmen der Demokratischen Partei Saar	Sonderblatt	DPS	NEIN

Die DPS äußerte sich äußerst radikal am 03.09.1955



Propagandarezepte Tipp #1:

Zeige Haltung, erwähne moralische Bedenken, aber nenne keine Argumente und mach keine produktiven Vorschläge. Propaganda lebt von plumpen Behauptungen, am besten spöttisch und abwertend wie hier: „das Referendum von dem Odium des Hoffman-Regimes frei machen“



Propagandarezepte Tipp #2 & #3:

Nenne Ziele, die dem gesunden Menschenverstand entsprechen und impliziere damit, dass die andere Seite dagegen wäre, denn es ist dein Ziel und kann damit nicht mehr das Ziel des Gegners sein, frei nach dem Motto: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Bsp: „Keine Entfremdung der eigenen Kultur“

Unterstelle dem Gegner, dass er ein Unterdrücker und Verräter sei und du dich für die Gerechtigkeit und die wahre, gute Sache einsetzen würdest à la „gegen die Verfälschung des wahren Volkswillens“.

Wie könnte man die drei ersten Tipps heutzutage anwenden?

#1 „Maskenverweigerer gefährden die Gesundheit. Man sollte diesen Wirrköpfen und Spinnern den Zugang zu Beatmungsgeräten verwehren oder zwangsimpfen. Sie sind unsolidarisch.“

#2 „Wir müssen dafür sorgen, dass die Gesellschaft wieder schnell zur Normalität zurückfinden kann. Dafür sind die notwendigen Maßnahmen unter Berücksichtigung vieler Faktoren differenziert abzuwägen.“

#3 „Wir geben uns als Solidargemeinschaft die Mühe die AHA-Regeln einzuhalten und damit die Krise zu überwinden, während einige wenige Schmarotzer meinen, sie müssten Corona-Partys feiern.“

Propagandarezepte Tipp #4:

Emotionalisiere ein Thema und arbeite mit Ängsten. Säe Zweifel. Missbrauche auch die Religion für deine Zwecke. Schrecke auch nicht vor Falschinformationen zurück.

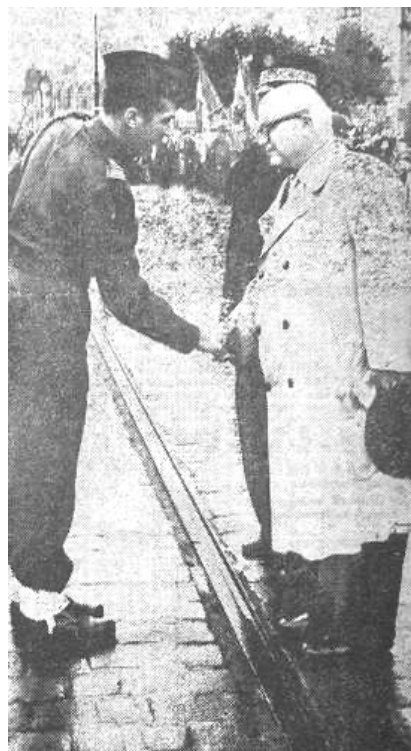
Propagandarezepte Tipp #5:

Mache deinen Gegner lächerlich. Reiß dafür bewusst Aussagen oder Bilder deines Gegners aus dem Kontext. Am besten gegen Personen statt Institutionen.



Der "Redaktionshund" gehörte zur Saarbrücker Allgemeinen Zeitung der DSP. Sein Name war wohl eine Anspielung auf den Innenminister Edgar Hector. Der Text zum zweiten Bild bezieht sich auf die Forderung der WEU-Kommission nach Neutralität im Rundfunk während der letzten drei Monate vor der Volksabstimmung.

Soll das so weitergehen?



"Gouverneur Gilbert Grandval, der »ungekrönte König der Saar« (...) wird von Ministerpräsident Johannes Hoffmann devot begrüßt! Das Verhältnis zwischen »Herr und Diener« könnte kaum besser ausgedrückt werden." wird das obere Bild kommentiert.



Darum mit der DPS: NEIN

Diese Fotoserie wurde in der „Deutsche Saar“ (DPS) veröffentlicht.

Schlaf, Kindchen schlaf!
Wir sind doch keine Schaf
Wir sagen an dem Wahltag „nein“
Wir wollen kein „Saarokko“ sein.
Schlaf, Kindchen schlaf!

Schlaf, Mutter schlaf!
Dein Kind ist doch kein Schaf.
Europa nur an Deiner Hand
Gemeinsam mit dem Vaterland.
Schlaf, Mutter schlaf!

Schlaf, Vater schlaf!
Dein Sohn wird nie ein Sklav.
Militärdienst, Saarokkaner Lohn.
Weg mit der Fremdenlegion
Schlaf, Vater schlaf!

Schlaft ruhig ein!
Wir sagen alle „nein“
Wir wollen kein Saarokko sein
Drum sagen wir am Wahltag „nein“
Schlaft ruhig ein!⁴²

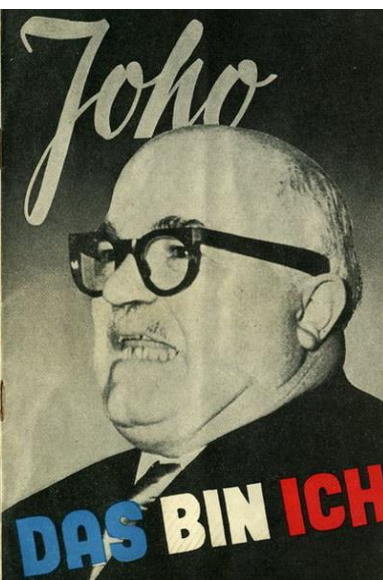
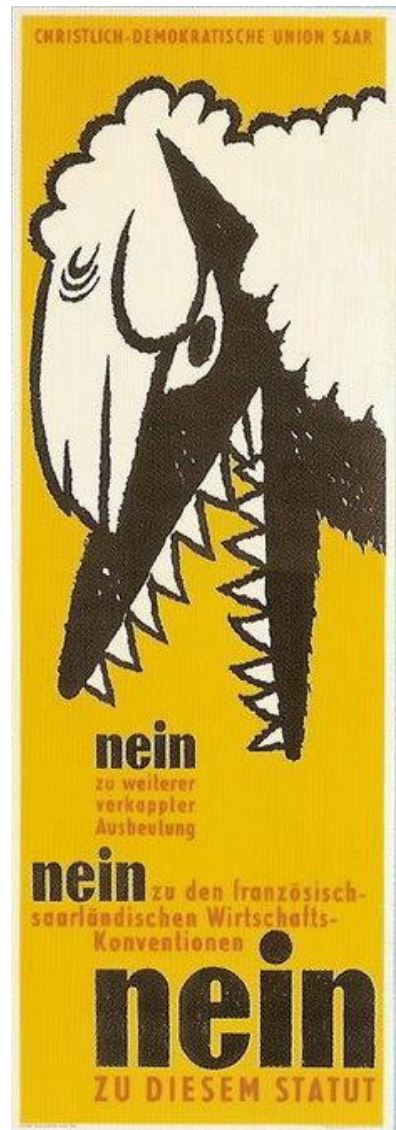
Das ist JoHo, das beste Pferd in Frankreichs Stall
und nur Befehlsempfänger von Grandual.

"Frankreich mach die Toren auf,
der Hoffmann kommt im Dauerlauf!"

Und wird JoHo einmal gehängt,
dann ist der Strick von Ostrolenk!
(Ostrolenk war ein Textilgeschäft in Völklingen)



⁴² Druck: Gebr. Ney, Fraulautern, „Gedicht“ auf einem Flugblatt, Die Bezeichnungen "Saarokkaner" und Fremdenlegion sind Anspielungen auf den damaligen Kolonialstatus von Marokko und die zahlreichen im Saarland tätigen Franzosen, die zuvor der Fremdenlegion angehört hatten (CDU Saar)



Beachte die stark emotionale Seite der Plakate und Flugblätter und was sie suggerieren. Es geht nicht darum, ob das Behauptete stimmt, sondern dass es oft wiederholt wird!

Versorgungsrentner!

Du hast Deine Gesundheit geopfert für das Vaterland!
Und ihr Witwen und Waisen habt Gatte und Väter für Deutschland gegeben.

Die gesamte Bevölkerung unserer deutschen Heimat an der Saar denkt schmerz erfüllt an die Opfer der beiden Kriege, die für die deutsche Heimat Leben und Gesundheit ließen.

Uns, den Lebenden stellt sich die Frage, dürfen wir das Vaterland jemals aufgeben?

Wer Treue zur Familie, Treue zum Glauben kennt, vergißt auch nie die gebotene Treue zum Vaterland.

Wir haben am 23. Oktober zu entscheiden, ob Deutschland oder Frankreich!

Grundsatz der Politik der CDU-Saar ist die Wahrung des Besitzstandes in jedem Falle.

Wir sagen zum Saarstatut **NEIN**, weil wir niemals von unserem deutschen Vaterland getrennt werden dürfen. Darum sage auch Du am 23. Oktober mit uns **NEIN** für Deutschland!

CDU-Saar.

Belno, Neunkirchen/Saar

Du allein trägst die Verantwortung

frag Dein Gewissen
Dein Gewissen sagt

Die französische Zeitung „Le Monde“ kennzeichnet das Saarstatut mit folgenden Worten:

„Das Saarstatut bedeutet die Aufrechterhaltung des alten Zustandes mit einem europäischen Etikett“.

Die separatistische Presse lügt daher, wenn sie das Statut „europäisch“ nennt.

Wir verraten Deutschland nicht für ein falsches Europa.

Daher **NEIN** am 23. Oktober

Herausgeber: Deutscher Heimband

Durch die vielen BRD-finanzierten Parteien wirkte es so, als hätte sich eine breite Front für den Anschluss an Deutschland in der Bevölkerung gebildet. Es wirkt wie, wenn sich 18 von 20 Menschen gegen etwas aussprechen, obwohl 18 Leute eigentlich alle nur die gleiche Person sind. Es wurde eine breite Mehrheit suggeriert, die es nicht gab, sodass viele Saarländer ihre Meinung gegenüber dem saarländischen Status als Mitläufer der vermeintlichen „Mehrheit“ anpassten. Wie wirksam emotionale Konzepte wie „Solidarität“, „Rücksicht“ und geschürte existentielle Ängste wirken, sehen wir gerade in der Gegenwart. Mit reinen Fakten lässt sich der Corona-Wahnsinn nämlich nicht erklären. Das war auch der große Fehler von JoHo, er wollte mit Fakten arbeiten.

Rückgliederung

bedeutet Verschlechterung der sozialen Leistungen

Niemand soll glauben, daß es möglich wäre, im Falle der Rückgliederung im Saarland andere Renten zu zahlen als in der Bundesrepublik. Niemand soll aber auch glauben, daß es möglich wäre, die Rentenleistungen der Bundesrepublik an die saarländischen anzupassen: die Mittel sind in der Bundesrepublik nicht aufzubringen.

Eine Rückgliederung würde daher wieder wie 1935

Renten Kürzungen bedeuten.

Bedauerlicherweise ist die Wahlpropaganda mehrfach auf das kirchliche Gebiet getragen worden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es, vom kirchlichen Standpunkt aus gesehen, den politischen Parteien nicht erlaubt ist, die Religion in den Dienst ihrer wahlpolitischen Ziele einzuspannen. Die katholische Kirche sieht darin einen Mißbrauch der Religion, den sie niemals billigen kann.

Gleichfalls weisen wir darauf hin, daß nach kirchlicher Auffassung alle Wähler frei sind so abzustimmen, wie sie es nach bestem Gewissen für richtig halten. Dabei mögen sie nicht vergessen, daß es für sie eine religiöse Pflicht ist, die Rechte der Kirche zu schützen und daß sie für das Wohl ihrer Heimat mitverantwortlich sind.

Msg. Michael Schullien

Apostolischer Visitator für das Saarland

EIN OFFENES WORT AN DIE JUNGWÄHLER

Es geht am 23. Oktober nicht nur um Eure Stimme, sondern vor allem um Euch selbst. Um Eure Zukunft. Um die Pläne, die Ihr einmal verwirklichen wollt. Um die Familie, die Ihr jetzt oder später aufbauen werdet. Um die Urlaubsfahrt, von der Ihr träumt, und all die Dinge, für die Ihr spart.

Bei einer Wirtschaftskrise, die nach einer Ablehnung des Europäischen Saarstatuts wohl unvermeidlich wäre, wäre es damit für die große Mehrheit von Euch aus. Wer würde bei einer Krise zuerst den Arbeitsplatz verlieren? Die Jungen doch!

Aber Ihr sollt Eure Entscheidung nicht in erster Linie aus materiellen Gründen treffen. Wichtiger sind die ideellen Gründe, die Euch ein Ja nahelegen. Ihr fühlt Euch als gute Deutsche, und ihr könnt das am 23. Oktober dadurch beweisen, daß ihr zu dem Friedensvorschlag des Europäischen Saarstatuts Ja sagt. Das Ja allein liegt im deutschen Interesse. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Irreführungen und gemacht, um Euch auf den Leim der Nein-Parteien zu locken.

Überlegt gut, auf welche Seite Ihr hingehört. Wir glauben, auf die Seite der Menschen, die noch verantwortlich denken und auch verantwortlich handeln wollen. Denn wir glauben an Euer Urteilsvermögen und Eure Vernunft.

Jungwähler! Stellt dem Neinsager auf der Arbeitsstelle, im Verein oder im Bekanntenkreis folgende Fragen:

1. Übernimmst Du die Verantwortung für alles, was nach einer Ablehnung des Saarstatuts passiert?
2. Garantierst Du mir, daß ich meine Stelle behalte?
3. Gibst Du mir die Garantie, daß die Franzosen neue Verhandlungen machen, wenn das Statut abgelehnt wird?

Jungwähler! Merkt Euch diese Fragen genau. Stellt sie immer wieder. Und beobachtet, was man Euch darauf antwortet. Ihr werdet staunen, wie die Neinsager versuchen werden, sich herauszureden. Sie werden Euch sagen, Ihr würdet nichts von den Dingen verstehen oder Euch einen langen Vortrag halten. Aber eine präzise Antwort werdet Ihr nicht bekommen. Denn die gibt es nicht.

Mädchen und Jungen der Jahrgänge 1930 bis 1935: Denkt an Eure Zukunft! Sagt Ja!

Fazit

Es ist bemerkenswert wie viel Hass geschürt wurde und wie man das Feindbild JoHo aufgebaut hat. Wir glauben, dass es egal war, wie die Wahl ausgegangen wäre. Man hätte JoHo auf die eine oder andere Weise einen Strick daraus gedreht. Siehe dazu auch folgendes Faktum:

„Der Konflikt zwischen Bundes-CDU und CDU-Saar

Eine brisante Kontroverse ergab sich in diesem Abstimmungskampf aus der Tatsache, dass die CDU-Saar als eine der Heimatbund-Parteien **gegen**, die Bundes-CDU aber **für** die Annahme des Statuts war, das deren Vorsitzender Konrad Adenauer mit Mendès France ausgehandelt hatte. Adenauer sagte am 11.5.1955, er könne sich nicht vorstellen, warum das Saarland seine Zustimmung zu einer Vereinbarung verweigern sollte, über die sich Frankreich und Deutschland geeinigt hätten. In München soll Adenauer geäußert haben: "Wer gegen das Pariser Abkommen ist, hat es entweder gar nicht richtig gelesen – und das sind die meisten – oder er ist nicht besonders beim Heiligen Geist gewesen, als er auf die Welt gekommen ist. Ich glaube, dass das Saarabkommen ein gutes Abkommen ist."

(Siehe: Johannes Hoffmann. *Das Ziel war Europa. München und Wien 1963. S. 414.*) Auf Plakaten der **Bundes-CDU** rief Adenauers Konterfei den Saarländern zu: "Ja mit dem Bundeskanzler"



In einer Rede sagte er am 2. Sept. 1955 in Bochum, er verstehe sehr gut, dass die Saarländer Johannes Hoffmann und seine Regierung endlich loswerden wollten, aber gerade deshalb sollten sie nun dem Statut zustimmen. Anschließend könnten sie einen neuen Landtag wählen, mit dem dann eine neue Regierung ohne JoHo gebildet werden könne.

Die **Saar-CDU** dagegen hatte am 7. August 1955 in ihrer Gründungsversammlung unter Dr. Hubert Ney einstimmig beschlossen, **gegen** das Statut zu kämpfen. So kam es dazu, dass sich die bundesdeutsche CDU und ihr Parteichef Dr. Adenauer von der Haltung ihrer Schwesterpartei im Saarland distanzieren.

Beide Lager waren nicht zimperlich in der Wahl ihrer Mittel: Die Ja-Sager wurden als Separatisten beschimpft, während die Vertreter der Neinsager-Parteien als Nationalisten bezeichnet wurden, Heinrich Schneider (DPS) beschimpfte man wegen seiner früheren NSDAP-Tätigkeit als Nazi. Beide Seiten leisteten sich Ungerechtigkeiten und Entgleisungen, übertrieben oft maßlos und scheuten sich nicht davor, Plakate und Klebezettel der gegnerischen Parteien zu übermalen, zu überkleben oder abzureißen.

Planmäßig werden in den letzten beiden Wochen die Plakate der Befürworter des Saarstatuts überklebt bzw. zerrissen. Selbst hohe Strafen schrecken die Uebeltäter nicht ab. — Das neueste Plakat der Ja-Sager wurde, wie das obige Bild veranschaulicht, mit dem Streifen „Separatisten“ überklebt. Hier haben die Uebeltäter zweifelsohne eine unglückliche Hand gehabt, und der Bundeskanzler selbst wird sich wohl kaum darüber freuen, als Separatist bezeichnet zu werden.



Saarbrücker Zeitung, Okt. 1955

*Bei den zahlreichen **Kundgebungen** in verschiedenen Orten kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern und heftigen Angriffen auf die jeweils gegnerische Seite.“⁴³*

Lerne: Schüchtere die Gegenseite mit gewalttätigen Ausschreitungen ein. Verwende unfaire Mittel und sabotiere den Gegner so tatkräftig wie nur möglich.

Was braucht man für Tumulte? Aktionsgruppen und Geld, um die Aktionsgruppen zu zahlen. Wie bringt man die Leute dazu, sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen? Man hetzt sie gegeneinander auf, indem man sie bewusst spaltet.

In den USA hieß die politische Aktionsgruppe dieses Jahr „Black Lives Matter“. Sie wurde finanziert von George Soros und etlichen anderen Akteuren, um in „friedlichen Protesten“ ganze Städte niederzubrennen und Gewalt auszuüben. BLM diente dazu, die Gesellschaft zu spalten: Die Schwarzen gegen die anderen, gegen die angeblichen „Rassisten“. Gleichzeitig sollten sie damit Stimmen für Biden generieren und Trump als schwach dastehen lassen, der sein Land nicht unter Kontrolle bekommt. BLM und die Medien warfen Trump immer wieder vor, dass er ein „White Supremacist“ sei, „strukturellen Rassismus“ befürworte oder sich nicht genug davon abgrenze.

Überlege wie viel Hass man Trump seitens der Medien entgegenbringt, wie man ihn lächerlich macht, ihn als Witzfigur darstellt. Hast du dir je selbst ein Bild von Trump gemacht, ihm mal zugehört, was er selbst von sich gibt in einer ungeschnittenen Rede?

Genauso auch Putin. Wenn du ihnen noch nie selbst zugehört hast, dann haben andere für dich deine Meinungsbildung übernommen. Es ist dann nicht „deine Meinung“, sondern die Meinung der Medien. Trump soll schlimmer als Hitler sein, eine Witzfigur, ein Lügner, korrupt bis ins Mark und ein Trottel und erhält trotzdem etwas die Hälfte der Stimmen der Amerikaner? Ist er vielleicht anders als er dargestellt wird? Finde den Fehler.

Beachte, damals wie heute: Tumulte gab es nur gegen JoHo, in den USA nur gegen die Republikaner (gegen Trump) aber nicht umgekehrt.

Neue Demonstrationen gegen Hoffmann

**35 Überfallwagen in Neunkirchen - Hoffmann fuhr bis in die Vorhalle
2000 sangen das Deutschlandlied - Tränengas und Gummiknüppel**

Auch die zweite Kundgebung der Europabewegung verlief nicht so wie es sich die Initiatoren gedacht hatten. Trotz eines zahlreichen Polizeiaufgebotes, — es sollen insgesamt 35 Ueberfallwagen in Neunkirchen zusammengezogen worden sein — wurden Hoffmann und Landtagspräsident Zimmer mit Pfuirufen empfangen.

Stimmungsmache gegen JoHo in einer Heimatbundzeitung, Ausschreitungen vom 17. August 1955, Medienwirksam wurden auch Bilder der Randalie beigelegt.

⁴³ <https://www.saar-nostalgie.de/Volksbefragung.htm>

Die „Neue Illustrierte“, eine BRD Zeitung schrieb kurz zum gleichen Vorfall:

Tumult an der Saar Bei einem Straßenkampf in Neunkirchen wurden zwölf Zivilisten und sieben Polizisten zum Teil schwer verletzt. Die saarländische Polizei, deren Bereitschaftswagen von den Demonstranten umgestürzt wurden, erklärte, erst dann mit Tränengas (links) und Gummiknüppeln (oben) eingegriffen zu haben, als sie mit Mauersteinen und Zaunlatten angegriffen worden sei. Die Demonstrationen in mehreren Städten des Saargebietes wandten sich vor allem gegen den Ministerpräsidenten Hoffmann, der auf Kundgebungen der sogenannten „Europäischen Bewegung“ sprach.

Unfreundlicher Empfang von JoHo in Beckingen-Haustadt medienwirksam genutzt:

Wir brauchen keine Polizei
 schrieb Joho in Haustadt seinen Transport-Europäern zu. Da die Lautsprecher „Hoffmanns Erzählungen“ den zweitausend Haustadtern, Beckingern und Haustadt-talern auf der Straße – Joho sprach nur von Mob und in Bous von „rotem Gesindel“ – übermittelten, folgte dieser Erklärung ein vieltausendstimmiger Aufschrei mit schallendem Gelächter. Mittlerweile waren Johos und Hectors Polizeiverstärkungen in Haustadt eingetroffen und hatten, Mann für Mann – im 1-Meter-Abstand, feldmarschmäßig ausgerüstet, mit französischem Stahlhelm kopfbewehrt, Aufstellung genommen. Auch Wasserwerfer standen einsatzbereit! Und dann sollen die Haustadter glauben (ausgerechnet aus Herrn Hoffmanns Mund):

Wir brauchen keine Polizei!
 Das glaubt Joho keiner mehr, ebensowenig wie seine Versicherung, solange er und die CVP an der Macht seien, werde kein Saarländer Soldat. Wir glauben Joho auch nicht mehr, wenn er uns morgen versichern würde.
 Ich bin Dr. Adenauer!

Mit *Transport-Europäer* bezeichneten die Statutgegner diejenigen Teilnehmer an Kundgebungen mit JoHo, die dieser, wie sie sagten, jedes Mal mit mehreren Omnibussen zu seinen Kundgebungsstätten "karren" ließ, um die Säle mit Anhängern zu füllen.

Die untere Karikatur erschien am folgenden Tag in einer Heimatbund-Zeitung.



Auch der untere Zeitungsausschnitt hetzte massiv gegen Hoffmann. **Kochrezept #6: Provoziere Tumulte, mache Bilder davon und stelle deinen Gegner als Tyrannen dar.**

„Der Dicke muss weg!“ war in Haustadt alle 50 m auf der Straße gepinselt. Uniformierte Polizisten mit **französischen** Stahlhelmen sorgten für die „Sicherheit“ des Separatistenführers, der wieder Omnibusse für seine „Transport-Europäer“ eingesetzt hatte.

Es gab noch weitere Auftritte von Johannes Hoffmann, die gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten zur Folge hatten, so zum Beispiel am **18.8.1955 in St. Ingbert** und am **14.9.1955 in Völklingen**.

Wenn man sich wehrt mit Polizeigewalt, hat man „Unschuldige“ diktatorisch niedergeknüppelt, wenn man nichts tut, hat man die Kontrolle über den Staat verloren und sich somit auch disqualifiziert als jemand, der nicht für Recht und Ordnung sorgen kann: Eine Lose-Lose-Situation.

Einen interessanten Blickwinkel bietet bzgl. dieses historischen Ereignisses auch die Chronik des Buches „Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa“⁴⁴ auf S. 186ff:

- 30.10.1955 Die pro-deutschen Parteien fordern die saarländische Bevölkerung auf, aus Anlass des Rücktritts von Johannes Hoffmann zu flaggen. Bereits einige Tage zuvor hatte Heinrich Schneider die Industriellen und Unternehmer aufgefordert, die Bevölkerung mit schwarz-rot-goldenen Fahnen auszustatten. Insgesamt reagieren die Saarländer allerdings sehr zurückhaltend auf diese Aufforderung.
- 5.11.1955 Die Regierung Welsch entlässt viele Beamte.
- 6.11.1955 Die Regierung Welsch ordnet die Auflösung der politischen Abteilung der saarländischen Polizei an.
- 9.11.1955 Welsch rechtfertigt in einer Pressekonferenz die von seiner Regierung gegen Beamte getroffenen Maßnahmen. Die Serie der juristischen Sanktionen sei nun abgeschlossen und es würden Maßnahmen getroffen, um die Autoren der gegen Frankreich gerichteten anonymen Drohbriefe zu finden.
- 10.11.1955 Die pro-deutsche Presse empört sich über einen Vortrag Gilbert Grandvals vor Studenten in Louvain. Der ehemalige Botschafter Frankreichs an der Saar hatte erklärt, dass sich das Saarreferendum unter dem Druck und dem Terror der pro-deutschen Parteien vollzogen habe, und gefordert, die Saar bis zum Abschluss eines Friedensvertrags daher weiter unter Kontrolle der WEU zu belassen.
- 22.11.1955 Die WEU entscheidet in Übereinkunft mit anderen interessierten Regierungen, einen Internationalen Gerichtshof in Saarbrücken einzurichten, der vorrangig zur Unterbindung von Repressalien gegen ehemalige Statutbefürworter vorgesehen ist. Die Institution soll über einen befristeten Zeitraum bestehen. Im Gespräch sind sechs Jahre.

Man entlässt viele Beamte, sodass niemand dem pro-deutschen Kurs im Wege steht. Es gab massive Repressalien, Diffamierungen und Mordanschläge unter anderem auch auf JoHo selbst. Feinde des Saarstaates bzw. Feinde der Saarverfassung wurden als einer der ersten Amtsakte der neuen Übergangsregierung rehabilitiert und bzgl. der Kontrolle der Medien hat man den Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks entlassen. Insgesamt wurde hier innerhalb kürzester Zeit sehr koordiniert vorgegangen, um der illegalen Annektierung den Weg zu bahnen.

⁴⁴ vgl. S.19 für vollen Titel

Parallelen zu heute

JoHos Regierung wurde das klassische Opfer eines Putsches, der viele Gemeinsamkeiten mit sog. „Farbenrevolution“ hatte. In Afrika und im Nahen Osten nannte man diese Farbenrevolutionen „Arabischer Frühling“, die die beteiligten Länder ins Chaos stürzten und oder zu einem Regierungswechsel führten. In einigen Ländern waren es nur Massenproteste oder Unruhen. Davon betroffen waren Ägypten, Tunesien, Marokko, Algerien, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libyen, Mauretanien, Oman, Palästinensische Gebiete, Saudi-Arabien, Sudan und Syrien. Das jüngste Opfer einer Farbenrevolution sollte die USA werden.

Was ist eine Farbenrevolution? Der Saarländer Rainer Rupp, ehemaliger DDR-Agent⁴⁵, jetziger Journalist und Publizist erklärt⁴⁶:

„Für alle, die mit dem Begriff „Farbrevolution“ nicht viel anfangen können, sei gesagt, dass es sich dabei um eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Psychologie beruhende, standardisierte Technik handelt, um in einem für den Umsturz vorgesehenen Staat unzufriedene gesellschaftliche Gruppen mit ansprechenden Themen und Versprechungen von westlichem Konsum und grenzenloser Freiheit zu gewinnen. Zudem die Menschen bis zur rabiaten Gewaltanwendung gegen die Ordnungskräfte der jeweiligen Diktatur zu radikalisieren, das gesellschaftliche und politische Chaos im Zielland auf die Spitze zu treiben und letztlich den pro-westlichen „Regimewechsel“ durchsetzen.

Diesen Umsturztechniken zugrunde liegen die Werke des 1929 geborenen US-Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Gene Sharp, der in seinen jungen Jahren als Anti-Militarist wegen Wehrdienstverweigerung zwei Jahre im US-Militärgefängnis saß und damals sogar von Albert Einstein unterstützt wurde. In seinen Studien entwickelte er, unter anderem unter Berufung auf die Erfolge von Mahatma Ghandis friedlicher Revolution zur Befreiung Indiens vom Joch des britischen Kolonialismus, etliche Bücher über Umstürze durch gewaltlosen Widerstand. Die Krönung seiner Arbeit bestand jedoch in dem 1993 veröffentlichten Buch „From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation“, das in deutscher Übersetzung folgenden Titel trägt: „Von der Diktatur zur Demokratie: Ein Leitfaden für die Befreiung.“

Dieses letzte Werk und die Anwendung der darin enthaltenen Anweisungen unterscheiden sich gewaltig von seinem früheren, noch von linkem Pazifismus und Idealismus geprägten Denken. Denn in der Zwischenzeit hatten die professionellen „Regimechange Agenturen“ der US-Oligarchie in Washington und ihre zuarbeitenden Vasallen in der selbsterklärten „westlichen Wertegesellschaft“ sich längst die Techniken von Gene Sharp angeeignet und mit den modernsten Erkenntnissen der Konsum-, Marketing- und Massenpsychologie angereichert.

Dabei wurde aber sorgfältig darauf geachtet, dass der populäre linke Flair von der Befreiung der Massen von der parasitischen Diktatur erhalten blieb, denn die darin enthaltenen progressiven, gesellschaftlichen Versprechen garantierten den Zugang zu den Köpfen der jungen Generation, egal welcher Staat gerade auf der Abschussliste der Strippenzieher in Washington stand.

⁴⁵ „Er war der gefährlichste Agent der DDR, Deckname "Topas": Von 1977 bis 1989 lieferte Rainer Rupp höchst geheime Dokumente aus dem Brüsseler Nato-Hauptquartier nach Ost-Berlin – und verhinderte damit womöglich einen Atomkrieg.“

https://www.spiegel.de/thema/rainer_rupp/

⁴⁶ <https://kenfm.de/weissrussland-im-griff-einer-farbenrevolution-von-rainer-rupp/>

Die Verantwortung zur Vorbereitung der Umstürze lag stets bei den US-Regierungsbehörden, wie dem Außenministerium oder dem Geheimdienst CIA, die dann – kombiniert mit privater Finanzierung und unter vorgeblicher Federführung von „humanitären“ NGOs, also Nichtregierungsorganisationen mit der Mobilisierung der Zielgruppen und der Destabilisierung des Zielstaates die anvisierte „Farbrevolution“ begannen. Der zigfache Multimilliardär, Börsenspekulant und angebliche humanitäre Wohltäter George Soros und dessen „Open Society“ NGO sind dafür ein weit bekanntes Beispiel.“

Zur Erinnerung: Soros finanzierte auch BLM und die Antifa in den USA und wir haben gesehen, zu welchen gewalttätigen Ausschreitungen es dort gekommen ist. Da wären wir auch schon bei den USA. In Tucker Carlsons Sendung bei Fox News erklärt Darren Beattie wie die Farbenrevolution in den USA ablief bzw. abläuft:

„Viele bezeichnen die gegen Trump ergriffenen Maßnahmen als Putsch und das ist sicherlich richtig, aber es ist ein wenig allgemein und vage. Was sich vor unseren Augen gerade abspielt, ist eine ganz besondere Art von Putsch – die sog. Farbenrevolution. Es ist ein Modell des Regimewechsels, das von vielen in unserem nationalen Sicherheitsapparat bevorzugt wird, insbesondere gegenüber osteuropäischen Ländern, um Zielregime zu stürzen, die ihnen nicht gefallen. Ein Modell ist bspw. die reine Entsendung von Truppen in ein Land, um einen Führer mit militärischer Gewalt zu entfernen – das ist wie das Irakmodell. Das Farbenrevolutionsmodell ist etwas zarter und subtiler. Es hat mehrere Merkmale, aber die Hauptmerkmale dieses Modells sind eine Kombination aus einem inszenierten, umkämpften Wahlszenario und massiven, mobilisierten Protesten, die sie als Kunstbegriff „Friedlichen Protest“, „Akte des zivilen Ungehorsams“ nennen. Wenn das bekannt klingt, wird es noch besser: Es sind nicht nur die gleichen Strategien und Taktiken gegen Trump, die gegen osteuropäische Diktatoren angewandt werden, die unserem nationalen Sicherheitsapparat missfallen. Es sind buchstäblich die gleichen Leute, die Farbenrevolutions-Profis sind; die seit langem die gleichen Taktiken gegen ausländische Führer anwenden, die sie nun gegen den demokratisch gewählten Präsident Donald Trump anwenden. Es sind dieselben Leute, die dasselbe Drehbuch benutzen. Nun möchte ich über eine der Schlüsselfiguren in dieser Operation sprechen, einen Verbindungspunkt, nicht nur zwischen Farbrevolutionen in Übersee und in der gegen Trump, sondern ein Verbindungspunkt zwischen der Justizkriegsführung und Massenmobilisierung von sog. „friedlichen Protesten“. Dieser Punkt heißt Norm Eisen. Er ist ein wichtiger juristischer Henker der Demokraten, der ehemalige Ethikzar Obamas. Ob Sie es glauben oder nicht, er ist ein Schlüsselarchitekt: Fast alle Bemühungen, den Präsidenten zu zensieren, zu verklagen, abzusetzen und zu stürzen. Er ist der Autor des Farbenrevolutionsdrehbuchs – „The Playbook“. Und einer der Punkte, die er in seinem Drehbuch fordert, um Regime in Übersee zu stürzen, ist die Entwicklung von Wahlbetrugsszenarien, bei denen Wahlbetrug genutzt wird, um Massenproteste zu organisieren, um die Legitimität des Zielgegners in Frage zu stellen. [...]

Eisen steckte hinter 180 Klagen gegen Trump und hat 10 Artikel über Amtsenthebungen verfasst, noch bevor das Telefonat des Präsidenten überhaupt geführt wurde. Er war Sonderberater der Demokraten für das Amtsenthebungsverfahren. Er war praktisch in jedem Aspekt dieser Farbenrevolution an Trump beteiligt.“

Willy Wimmer schrieb ergänzend und auch brandaktuell:

„Klarer könnte der Unterschied in den Farben nicht sein. Hier das „Blau“ der Demokraten und das „Rot“ der Republikaner. Von draußen gesehen ist Amerika aus der Spur geraten und es gibt keine durchschlagenden Anzeichen, dass sich das ändern könnte. Dazu hat auch die Wahl vom 3. November 2020 nicht beigetragen. Schon vor dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump Anfang 2016 wurden Kübel von Schmutz über ihn und seine Anhänger ausgeschüttet. [...] Eigentlich hätte, angereichert um „Corona“ diese gegen Präsident Trump über mehr als vier Jahre geführte „Kampagne kosmischen Ausmaßes“ zum Eindampfen des zur Wiederwahl anstehenden Präsidenten Donald Trump und seiner „roten“, republikanischen Partei führen müssen. Das Gegenteil war der Fall. [...] Das, was in Kiew und Tunis, in Aleppo und Kairo und an vielen Schauplätzen der Welt zu den „Farbenrevolutionen“ führte, ist ins Heimatland zurückgekehrt. Nicht, um sich zur Ruhe zu setzen, sondern um Zauberlehrling zu spielen. Das kann man mit gutem Grund gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sagen. Die erste „Farbenrevolution“ der Geschichte fand in Deutschland statt und war nicht „orange“ oder „rot“. Nein, sie war „braun“, durch aktives Handeln von Repräsentanten der amerikanischen Autoritäten und der Kräfte, die man heute als „Globalmilliardäre“ bezeichnen würde. Das, was vor dem Weg in die Bedeutungslosigkeit stand, wurde mit Geld überhäuft. Es musste alles nur stramm antirussisch und anti-semitisch sein. Zum Repertoire Washington zählt die gesamte Bandbreite.“⁴⁷

Und eine weitere interessante Perspektive nahm Rainer Rupp auch auf die Ereignisse in Belarus ein:

„In den letzten Tagen ist Belarus zum Schauplatz eines neuen Regimewechsels auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR geworden. Versucht hier ein Volk, sich eines Tyrannen zu entledigen? Oder wird hier von mächtigen Kräften im Westen ein weiter „Maidan“ angerührt, bei dem, wie 2014 in der Ukraine, nationalistische Extremisten und Faschisten mit aktiver Unterstützung westlicher Regierungen, vor allem in Washington und Berlin, in einem blutigen Putsch den rechtmäßig gewählten Präsidenten verjagt und bis heute de facto die Macht im Land halten.

Vieles spricht in der Tat dafür, dass es bei den Unruhen in der weißrussischen Hauptstadt Minsk nicht vorrangig um Menschenrechte und Meinungsfreiheit geht, wofür die meist jugendlichen Demonstranten auf die Straßen gehen. Tatsächlich scheint es den eigentlichen Strippenziehern im Westen um den Gewinn eines weiteren geopolitischen und geostrategischen Vorteils gegen Russland zu gehen, wofür sie die jungen Demonstranten, die zu zehntausenden mobilisiert wurden, bei den Unruhen als nützliche Idioten verheizen.

Weißrussland ist nämlich ein osteuropäischer Staat und hat gemeinsame Grenzen mit Polen, der Ukraine, Litauen, Lettland und eine besonders lange Grenze mit Russland. Vom russisch-weißrussischen Grenzübergang bei Buda sind es [...] nur noch 465 Km bis nach Moskau. Das weißrussische Militär, vor allem die Flugabwehr gegen die NATO ist fest mit der russischen Verteidigung integriert. Allein das macht einen erfolgreichen Umsturz in Minsk in den Augen der westlichen Kriegstreiber besonders attraktiv.

⁴⁷ <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/die-schlacht-um-amerika-farbenrevolution-kehrt-nach-hause-zurueck/> (10.11.2020)

Bereits bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen hatte es jedes Mal entsprechende Versuche gegeben, eine Farbenrevolution in Gang zu bringen, aber in der Vergangenheit hatte der Funke nicht gezündet, denn die Weißrussen hatten die abschreckenden Beispiele aus der Ukraine vor Augen, zuerst die Folgen der sog. „Orange-Revolution“ und dann des Maidan. Außerdem ging es dem Gros der Weißrussen auch in den kleinen Dörfern den Umständen entsprechend gut. **Die jahrelangen erbärmlichen Zustände, welche die Russen in den Jahren der Herrschaft des vom Westen so geliebten GROSSEN Demokraten Boris Jelzin zumindest durch vegetieren mussten, blieben den Weißrussen unter ihrem Präsidenten Lukaschenko erspart. [...]**⁴⁸

Versuche nun die Handschrift der Farbenrevolution aus der Chronologie der Maidan-Revolution herauszulesen. Die Chronologie der NZZ⁴⁹ ist natürlich NATO-freundlich verfasst, so viel vorweg:

2013

21. November: *Unter russischem Druck verweigert der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU. Vor allem Studenten gehen in Kiew dagegen auf die Straße.*

30. November: *Die Polizei verprügelt die Demonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit (Maidan Nesaleschnosti). Das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte weckt den Widerstand in der breiten Bevölkerung. In den folgenden Wochen finden in der Hauptstadt regelmäßige Demonstrationen mit bis zu 800.000 Teilnehmern statt. Sie besetzen dabei auch mehrere Verwaltungsgebäude und fordern den Rücktritt des Präsidenten. Gegen Jahresende flauen die Proteste allerdings ab.*

2014

16. Januar: *Das ukrainische Parlament schränkt mit einem drakonischen Gesetz die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein. Daraufhin flammen erneut Demonstrationen auf – und schlagen um in Gewalt. Um eine Räumung des Maidan zu verhindern, werden Barrikaden mit brennenden Autoreifen errichtet.*

18. – 20. Februar: *Die Sicherheitskräfte schießen mit scharfer Munition auf die Demonstranten. Rund 100 Personen werden getötet, knapp 1.000 verletzt.*

21. Februar: *Unter polnischer, französischer und deutscher Vermittlung einigt sich Janukowitsch mit Vertretern der Opposition auf einen Kompromiss: Rückkehr zur parlamentarischen Verfassung von 2004, ein Amnestiegesetz und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in zehn Monaten. Die Demonstranten auf dem Maidan aber lehnen das Abkommen ab und fordern Janukowitschs sofortigen Rücktritt.*

22. Februar: *Janukowitsch verliert den Rückhalt in den eigenen Reihen und vonseiten der Sicherheitskräfte. Er flieht in der Nacht in die Ostukraine und später mit russischer Hilfe von der Schwarzmeerhalbinsel Krim nach Russland. Das Parlament in Kiew wählt derweil eine Regierung und einen Übergangspräsidenten.*

⁴⁸ <https://kenfm.de/weissrussland-im-griff-einer-farbenrevolution-von-rainer-rupp/>

⁴⁹ <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571>

Und unter der Fotostrecke:

„Behelmte Polizisten stürzen mit Schildern und Gummiknüppeln auf die Demonstranten los (22. Januar 2014).“

„Nachdem Janukowitsch das Parlament ein Gesetz hatte verabschieden lassen, das die Demonstrationsfreiheit stark eingeschränkt hätte, stand der Maidan am 22. Januar 2014 in Flammen.“

„Pflastersteine waren die Waffe der Stunde (18. Februar 2014)“

„Insgesamt kamen im Februar mindestens hundert Menschen ums Leben (20. Februar 2014)“

Man sieht: Was früher funktionierte, funktioniert heute immer noch. Mehr noch – die Methoden haben sich bestens bewährt. Wir sollten daher ein gesundes Misstrauen haben, wenn die BRD die derzeitigen Proteste in Weißrussland gutheißt. Hier noch ein Artikelvergleich, finde den Fehler!



Proteste in Belarus

Wasserwerfer gegen Demonstranten in Minsk

Stand: 23.09.2020 21:13 Uhr



Nach der abermaligen Vereidigung des umstrittenen belarussischen Präsidenten Lukaschenko sind die Proteste auf den Straßen neu aufgeflammt. Die Polizei ging brutal vor, es kam zu zahlreichen Festnahmen.

Mehrere tausend Menschen haben in der belarussischen Hauptstadt Minsk gegen die Vereidigung von Staatschef Alexander Lukaschenko demonstriert. Die Polizei setzte am Abend Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein, wie mehrere Nachrichtenagenturen berichteten. Dutzende Menschen, die unter anderem "Lang lebe Belarus" und "Hau ab" riefen, wurden festgenommen.



Nach Berliner Corona-Demo

"Zeigen, wer das Gewaltmonopol hat"

Stand: 19.11.2020 08:26 Uhr



Hunderte Festnahmen und Wasserwerfer in Berlin: Bundesjustizministerin Lambrecht hat das Einschreiten der Polizei bei den Corona-Protesten verteidigt. Ähnlich äußern sich auch andere Bundespolitiker.

Justizministerin Christine Lambrecht hat den Polizeieinsatz mit Wasserwerfern gegen Demonstranten verteidigt, die am Mittwoch in Berlin gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen protestiert haben. Wenn Auflagen wie Maskenpflicht oder Abstandhalten bewusst missachtet würden, müsse eine Versammlung aufgelöst werden, sagte die SPD-Politikerin.

"Der Staat muss zeigen, wer in diesem Land das Gewaltmonopol hat. Es kann nicht sein, dass der Staat resigniert, wenn viele Demonstranten kommen, um bewusst die Regeln zu verletzen", sagte Lambrecht den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Der Krieg an der Saar ums Narrativ

"WER DICH VERANLASSEN KANN, ABSURDITÄTEN ZU GLAUBEN, DER KANN DICH AUCH VERANLASSEN, GRÄUELSTATEN ZU BEGEHEN."

Voltaire (überspitzt)

Gunnar Kaiser fand am 05.12.2020 weise Worte, um zu erklären, welche Macht ein Narrativ, eine Erzählung, die Art und Weise, wie wir Dinge wahrnehmen, haben kann:

„Warum erkenne ich die Welt nicht so wie die anderen Leute? Warum bin ich der einzige Geisterfahrer auf der Autobahn? Oder natürlich: Warum sind die anderen so blind? Warum erkennen sie denn nicht, was offensichtlich ist? [...] Jede Herrschaft und jedes System braucht eine Ideologie, die das ganze unterstützt. Jede Herrschaft beruht auf einer Weltanschauung. Und jede Weltanschauung ist im Grunde genommen so etwas wie eine Erzählung – das, wie die Welt ist und das, was dem Ganzen Sinn gibt. Und bei diesen Erzählungen ist im Grunde genommen der Bezug zur Realität überhaupt nicht wichtig. Es kommt gar nicht darauf an. Diese Erzählungen, diese Narrative können sogar unreal sein. Die können fantastisch erscheinen. Die können sogar gegen die Fakten sprechen und total wahnhaft sein, wie es jetzt z.B. bei Großideologien ist: Beim Kommunismus, beim Nationalsozialismus. Aber auch bei politischer Agitation, politischer Arbeit, wenn man sich für ein politisches Ziel einsetzt oder für eine Partei einsetzt, dann kann es auch diese Erzählungen geben, die mit der Realität gar nichts mehr zu tun haben. Und natürlich bei den Religionen, da ist es sogar gut, wenn es fantastisch ist. Da geht es um Wunder, da geht es sogar um Absurdität und da spielen die Fakten gar keine Rolle mehr. [...] Bei Religionen kann man es merken: Je mehr es gegen die Fakten geht und gegen das Reale, je wundervoller es ist, desto stärker ist auch die Faszination und die Verführungskraft von solchen Erzählungen. Das Antireale verstärkt sogar die Wirkkraft dieser Ideologie. Und das haben wir natürlich auch bei Kleinreligionen und Sekten, das dort eine Erzählung ersponnen wurde, die eine unglaubliche Faszination auf die Menschen ausübt und geradezu eine psychotische Wirkung auf sie hat. Gut, die Fakten spielen keine Rolle mehr. Die Erzählung bezieht sich nur noch auf sich selbst, sie ist selbstreferentiell. Und es kommt nur darauf an, dass sie in sich selbst Bestand hat und dem Ganzen, also der Welt, dem Weltgeschehen einen Sinn bietet und auch den Einzelnen dann auffängt in seiner Vereinzelung, in seiner Orientierungslosigkeit, ihn einordnet und ihm dann auch eine Funktion gibt und damit eine Identität. Von außen gesehen erscheint es oft total lächerlich. Also man sieht sich das an und sieht, wie inkonsistent deren Glaube ist, wie unplausibel deren Weltbild ist, wie einseitig, ja wie faktenresistent, wie kontextlos auch hier einzelne Bestandteile herangeführt werden und dass sie oft auch Phänomene aus der Welt gar nicht erklären können, dass diese Phänomene ausgeblendet werden müssen [...] Aber die Tatsache, dass alles so unplausibel ist, schwächt diese Ideologien und Erzählungen überhaupt nicht, vielmehr erhöht sie sogar ihre Macht, diese Absurdität, da es die Anhänger der Ideologie zwingt, die Inkonsistenz zu verteidigen und auch die Irrationalität in Einklang zu bringen mit der Welt. [...] Es kommt ihnen total vernünftig vor, den Anhängern eines psychotischen Kollektivs und eben nicht wie eine kollektive Psychose. **Diese Gläubigkeit, ja dieser fast religiöse Charakter kann sogar im**

Mantel der absoluten Rationalität daher kommen, der Wissenschaftlichkeit. Natürlich ist das nur eine Pseudorationalität oder Pseudowissenschaftlichkeit. Wissenschaftsgläubigkeit steckt auch schon in diesem Begriff drin, hinter der sich dann auch Autoritarismus und Leichtgläubigkeit versteckt. **Es ist eigentlich gegen die Fakten, aber man beruft sich auf irgendwelche „Fakten“ und man sagt dann: Trust Science (Vertrau der Wissenschaft) oder Science has settled (Die Wissenschaft hat das schon ein für alle Mal geklärt), es gibt einen Wissenschaftskonsens, also eigentlich absolut unwissenschaftliche Behauptungen.** Und wer dann Fakten, die diesem Weltbild widersprechen würden, anbringen will, der gilt dann als Wissenschaftsleugner. Was gemeint ist, ist aber eigentlich nur, er ist ein Autoritätsleugner, eben ein Ketzer, obwohl er ja nur Fakten präsentiert, die das eigene Weltbild in Frage stellen. [...]

Darüber hinaus ist es auch oft so, dass die Sektenführer, die cult leader, die Maßgaben, die Vorgaben oft ändern, dass sie das, was gestern galt, einfach radikal umdrehen und damit ihre Sektenmitglieder, ihre Untergebenen dazu zwingen, die Überzeugungen – zu denen sie sich gestern noch bekennen mussten – abrupt aufzugeben und damit eben gleichzeitig Loyalität zu zeigen. „Das, was ich gestern geglaubt habe, ist heute Ketzerei. Was ich vorher noch eine Verschwörungstheorie nennen konnte, ist heute Bestandteil meiner Erzählung, das ist jetzt offizielle Wahrheit.“ Was vorher sinnlos war, weil die Wissenschaft gesagt hat, dass es sinnlos ist, ist jetzt absolut sinnvoll und nötig und das hat die Wissenschaft ja auch schon immer so gesagt. Und dieses Umdrehen und dieses dauernde Wechseln in der Erzählung das sorgt bei den Menschen für einen Kurzschluss im Verstand. Wir geben es dann irgendwann auf, wir sind dann irgendwann müde, es noch erklären zu wollen.⁵⁰

Wer das Narrativ beherrscht, beherrscht die Menschen. Man beherrscht ihre Gedanken und macht sie durch die Vorgabe, was Wahrheit ist, zu willfährigen Sklaven. Durch ein Narrativ wird eine riesige Menschenmasse steuerbar. Deswegen hatte es an der Saar nach dem offiziellen Beitritt zur BRD am 01.01.1957 allerhöchste Priorität alle Medien abzuschalten, die **möglicherweise unerwünschte Erzählungen oder Perspektiven auf die Welt verbreiten könnten.** Diese Gefahr, diese Bedrohung musste sofort beseitigt werden. Die Saarländer hatten nämlich als Erste das Privatfernsehen erfunden, welches in Konkurrenz zum deutschen Staatsfunk stand. Das war im Jahr 1952, als in Deutschland und Frankreich noch privater, kommerzieller Rundfunk verboten war. Nicht anders als die Franzosen und Deutschen hielten auch die Saarländer an sich relativ wenig von wirtschaftsliberalen Ideen und dennoch wurden sie zu Pionieren des Privatfunks. Wie kommt's?

Hier jetzt die ausführliche Geschichte wie das Fernsehen an der Saar entstand und wie die BRD gegen den kleinen privaten Telesaar-Sender Krieg führte:

Schuld war ein fernsehtechnisches Problem. An der Saar konnten aufgrund der Zollschranken nur Fernsehgeräte nach franz. Norm gekauft und dadurch nur franz. Programme empfangen werden. Und das gefiel dem Saarländer nicht, denn er wollte sein Programm gerne auf Deutsch haben, damit er auch verstehen konnte, was gesendet wird. Denn die allermeisten Saarländer können nicht gut genug Französisch, um dem Programm folgen zu können.

⁵⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=9dAoboUBihg> Es ist Kult! von Gunnar Kaiser

„Da Frankreich in jener Zeit das Saarland großzügig sponsert, ist es zunächst einmal naheliegend, dass der saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann („JoHo“) in Paris anklopft und um ein deutschsprachiges Programm für das Saarland bittet. Doch damit stößt er bei den Franzosen auf taube Ohren: **Die befürchten nämlich, mit einem deutschsprachigen Programm separatistische Bewegungen in Elsass-Lothringen zu befeuern. Ist man doch gerade dabei, den Elsässern und Lothringern die deutsche Sprache abzugewöhnen. Da kann deutschsprachiges Fernsehen nur kontraproduktiv sein.** Umgekehrt kommen TV-Geräte nach deutscher Norm für das Saarland auch nicht in Frage: **Die Saar-Regierung hat Angst vor gezielter politischer Beeinflussung durch das westdeutsche Fernsehen. Eine Sorge, die durchaus berechtigt ist: Das Saarland gilt – sowohl für die westdeutsche Regierung als auch die westdeutsche Presse – genau wie die DDR als unrechtmäßiger Staat und der saarländische Ministerpräsident als persona non grata.**

Dass das kleine Saarland selbst einen Fernsehsender auf die Beine stellen könnte, daran ist nicht zu denken: In den fünfziger Jahren ist Fernsehen nämlich noch ziemlich exotisch und teuer, die Anzahl der Geräte sehr überschaubar (sie stehen fast ausschließlich in Gaststätten) – ein eigener Sender wäre weder durch Gebühren noch durch Werbeeinnahmen zu finanzieren. Also muss eine andere Finanzierungsidee her! Und die sieht so aus: Wir Saarländer erlauben einem Unternehmen, bei uns einen kommerziellen Sender zu errichten, der stark genug ist, ganz Frankreich zu versorgen. Im Gegenzug für diese Erlaubnis muss das Unternehmen kostenfrei ein deutschsprachiges TV-Programm für das Saarland produzieren.“⁵¹

Auch wenn schon andere Kleinstaaten wie Luxemburg, Andorra und Monaco Jahre zuvor privaten Radiostationen erlaubt hatten, Richtung Frankreich zu senden, haben die Saarländer die Messlatte massiv nach oben geschraubt, indem sie einfach mal so, mir nichts, dir nichts die größte Sendeanlage der Welt für den neuen Radiosender „Europe 1“ bauten – irgendwo im nirgendwo auf dem Felsberg bei Berus.

Von diesem Punkt aus sollte via Langwelle nach ganz Frankreich, Belgien, Schweiz und sogar bis nach Nordafrika gesendet werden. Zum Bau dieses Megaprojekts wird die neu gegründete *Saarländische Fernseh-AG* beauftragt. Investor dieses neuen Projekts wird das Medienunternehmen *Images et Son*, welches von Fürst Rainier von Monaco gegründet wurde.



7 Die "Kathedrale der Wellen" bei Berus



8 Einer der fast 300 m großen Sendemasten; beide Fotos von Zippo

⁵¹ <https://www.sarrelibre.de/309/wie-die-saarlaender-das-privatfernsehen-erfanden/>

Das Fernsehen und Radio an der Saar war eine solche Sensation, dass man auf der anderen Seite des großen Teichs im *New York Herald Tribune* darüber berichtete:

THE SAAR RADIO AND TELEVISION AT THE SERVICE OF EUROPE



FM sender of Radio Saarbruecken atop the Schwarzenbergturn in Saarbruecken.

RADIO SAARBRUECKEN was created with the intention that it should be like the University of the Saar—an important part of the over-all effort to create and stimulate those conditions under which European unity could strike root. Over and beyond information and entertainment, Radio Saarbruecken carries programs that further the basic idea underlying the new state of the Saar—understanding and co-operation among European nations.

For this reason, since the station started operation, one bleak day in March, 1946, it was placed in the hands of a limited corporation and the government retained a majority interest. Operating funds come primarily from a direct annual tax on each set; they are augmented by revenue derived from advertising.

Radio Saarbruecken is ideally situated to reach the people most immediately concerned with the European problem—the so-called border people along both sides of the Rhine who are invariably the first to be affected when nations disagree.

Broadcasts are made on the medium wavelength of 211.12 meters and on FM at 88.2 megacycles. The studios at Saarbruecken and Saarlouis, which are modern in every respect, broadcast for 15 hours on weekdays and 18 hours on Sundays and holidays.

The regular station operates on 20 kw. and has an effective coverage of 150 km. in radius. The FM station has a strength of 2 kw. Both broadcast different programs in the evening and on holidays.

TELEVISION

The first experimental telecasts were made on December 23, 1953. It is expected that regular scheduled telecasts will commence in the beginning of March, 1954.

A private corporation, composed principally of private investors, has been entrusted with the development of the Saar television. The Saar will be the first country to use the American system—the bulk of revenue will come from privately sponsored programs.

Television broadcasts will be strong enough to reach French, German, Belgian and Luxembourg audiences. There will be programs in French and in German. Besides its own programs, the Saar television will, for the first time in history and in spite of technical differences between the two systems, re-telecast both French and German programs. Like the radio, the Saar television will thus serve to promote, technically and culturally, European co-operation.

RADIO SAARBRUECKEN
"The European Station"

FOR FURTHER INFORMATION, PLEASE CONTACT:
RADIO SAARBRUECKEN: Martin Lutherstrasse 12, Saarbruecken. Tel.: 9766; or
INFORMATION & PUBLICITE: 3 Place de Valois, Paris-1er - Tel.: GUT. 41-16

Das Radio und Fernsehen an der Saar im Dienste Europas

RADIO SAARBRÜCKEN wurde mit der gleichen Absicht wie die Universität des Saarlandes gegründet – als ein wichtiger Teil der übergreifenden Bemühungen, Bedingungen zu schaffen und zu fördern, unter denen eine Europäische Einheit Fuß fassen könnte. Über Informationen und Unterhaltung hinaus überträgt Radio Saarbrücken Sendungen, die die Idee, die dem neuen Staat an der Saar zu Grunde liegt, voranbringen sollen: Verständigung und Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen.

Aus diesem Grund wurde der Radiosender in die Hände einer GmbH gegeben mit der Regierung als größtem Anteilseigner, als er an einem trüben Tag im März 1946 den Betrieb aufnahm. Die Betriebsmittel für jede Sendereihe kommen primär von einer direkten, jährlichen Steuer und werden zusätzlich durch Werbeeinnahmen mitfinanziert.

Radio Saarbrücken hat eine ideale Lage, um Menschen zu erreichen, die sich am stärksten um das Europäische Problem sorgen – die sog. Grenzgänger auf beiden Seiten des Rheins, die unweigerlich zu den ersten Betroffenen gehören, wenn sich die Nationen uneinig sind.

Übertragungen finden durch eine mittlere Wellenlänge von 211,12 m und einer Frequenzmodulation (FM) von 88,2 MHz statt. Die in jeder Hinsicht modernen Studios in Saarbrücken und Saarlouis senden werktags 15 Stunden und 18 Stunden an Sonn- und Feiertagen.

Die reguläre Station wird mit einer Leistung von 20 kW betrieben und kann in einem Umkreis von 150 km senden. Die Rundfunkstation hat eine Stärke von 2 kW. Beide haben abends und in den Ferien unterschiedliche Programme.

FERNSEHEN

Die ersten experimentellen Fernsehübertragungen fanden am 23. Dez. 1953 statt. Mit regelmäßigen Übertragungen ist ab Anfang März dieses Jahres (1954) zu rechnen.

Eine private Firma, die hauptsächlich aus privaten Investoren besteht, wurde mit dem Ausbau des Saarfernsehens betraut. Die Saar wird das erste Land sein, das das amerikanische System nutzen wird – ein Großteil der Einnahmen wird durch privatgesponserte Programme zusammenkommen.

Die Fernsehübertragungen werden stark genug sein, um auch deutsche, französische, belgische und luxemburgische Zuschauer zu erreichen. Es wird Sendungen auf Französisch und Deutsch geben. Neben seinen eigenen Sendungen wird das Saarfernsehen erstmals in der Geschichte und trotz technischer Unterschiede zwischen den beiden Systemen deutsche und französische Sendungen erneut ausstrahlen. Wie auch das Radio wird Telesaar – technisch und kulturell – dabei helfen, die europäische Zusammenarbeit zu fördern.

RADIO SAARBRÜCKEN

„Der Europäische Sender“

Und auch die Architektur der „Kathedrale der Wellen“ und die hohen Masten sind eine beeindruckende Meisterleistung:

„Vier Sendemasten von bis zu 282 m Höhe (Eiffelturm: 324 m), gekrönt von einer Sendehalle, die eine weltweit einmalige architektonische Meisterleistung darstellt: Eine 86 mal 46 Meter große Spannbeton-Konstruktion ohne Stützpfeiler in Form einer Jakobsmuschel – das damals größte freistehende Betondach der Welt! Das Dach besteht aus einer nur 4 cm dicken gegossenen Betondecke ohne Fugen, die an Stahlseilen aufgehängt ist. Bei stärkeren Winden, wie sie auf der kahlen Höhe des Felsbergs nicht selten sind, fängt die filigrane Konstruktion an, wie ein Zeltdach zu flattern. Einmalig ist nicht nur die Architektur an sich, sondern auch die Überraschung, ein derart gigantisches und futuristisches Gebäude in einer ansonsten menschenleeren Landschaft auftauchen zu sehen.

Doch das ambitionierte Bauprojekt fordert auch Opfer: In der Bauphase stürzt die gewagte Dachkonstruktion ein. Zu Schaden kommt zum Glück niemand, doch Architekt Jean François Guédy wird mit den Vorwürfen nicht fertig und begeht Selbstmord. Spätere Analysen seiner Pläne ergeben jedoch, dass seine Berechnungen absolut korrekt waren und der Fehler in der Ausführung gelegen haben musste. Man sagt, in manchen Nächten höre man seinen ruhelosen Geist durch die Sendehalle irren ...“⁵²

⁵² ebd.

Da die Radiosendungen nicht im Saarland, sondern in Paris produziert wurden, fungierte die „Kathedrale der Wellen“ bei Berus – wie sie von Senderchef Louis Merlin genannt wurde – nur als reine Sendeanlage. Über Kabel wurden die Sendungen von Paris zum Felsberg übertragen und von dort dann ausgestrahlt.

„Noch vor dem Start von Europe 1 im Jahr 1955 geht bereits Ende 1953 die Gegenleistung für die Saarländer auf Sendung: **Telesaar** – der erste private Fernsehsender Europas!“⁵³



TELESAAR **Dienstag, 15. Juli**

- 19.00 Wetterdienst und Tagesschau
- 19.15 „UNSERE KLEINEN“ verabschieden sich
- 19.35 In der Werkstatt Walt Disneys
- 20.15 Tagesschau
- 20.30 Es tanzen
Liselotte Köster und Jockel Stahl
- 21.00 **Der Rest ist Schweigen . . .**
Ein Fernsehsender verabschiedet sich
- 22.00 **Absoluter Sendeschluss**



Genau wie heute waren dort Gameshows, Comedy, Talkrunden, Nachrichten, Werbung, sowie die Neujahrsansprache des saarländischen Ministerpräsidenten und ähnlich Erbauliches von höchster Stelle zu sehen. Natürlich hatte man damals für diese Dinge andere Namen als heute. Um das Programm zu füllen wurden franz. Filme und Nachrichtensendungen auf Deutsch synchronisiert.

„Produziert wird in der Richard-Wagner-Straße in Saarbrücken, gesendet von einer Anlage auf dem Saarbrücker Eschberg – technisch hat das Ganze also zunächst nichts mit dem Sender auf dem Felsberg zu tun.“

Kein Wunder, dass man vor allem ziemlich viel Leere sieht, wenn man sich die Sendehalle [in Berus] anschaut: Die Radiosendungen werden ja in Paris produziert und das Telesaar-Programm in Saarbrücken – warum also die Riesenhalle? Die ist schon für den nächsten Schritt gedacht: Dem Radiosender Europe 1 soll der mehrsprachige europaweite Fernsehsender Europa 1 Television folgen. Und die Halle ist für die Produktion von Live-TV-Sendungen vorgesehen.

⁵³ ebd.

Doch den großen Fernsehplänen kommt die große Politik dazwischen. Ziemlich kurzfristig und zur Überraschung vieler wird das Saarland am 1. Januar 1957 in die Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland) eingegliedert“⁵⁴, wo Privatfernsehen strengstens verboten war.

Doch damit gab sich das Privatfernsehen noch lange nicht geschlagen.

Fürst Rainier droht der GAU. Gerade erst hat er Millionen für einen gigantischen Sender investiert und kurz darauf will ihm die BRD schon den Saft abdrehen. Allerdings kann die Fernseh-AG dem Bundespostminister – der nun Herr über den Funkraum des Saarlandes ist – glücklicherweise einen wasserdichten Vertrag über 50 Jahre Laufzeit vorlegen, an dem sich die bundesdeutschen Juristen die Zähne ausbeißen. Obschon die BRD den Sender weiterlaufen muss, lässt sie das nur unter schwerwiegenden Auflagen zu:

1. Der deutschsprachige TV-Sender *Telesaar* wird geschlossen.
2. Radio wird ausschließlich in französischer Sprache gesendet.
3. Die Sendeleistung wird Richtung Deutschland abgedämpft.
4. Alle weiteren Fernsehpläne sind gestrichen.

Sarrelibre kommentiert diese Auflagen wie folgt:

„Besonders wichtig ist den Bundesdeutschen Punkt 1, denn pünktlich zum Tag der Eingliederung am 1. Januar 1957 soll im Saarland das deutsche Fernsehen ARD starten: Auf dem Saarbrücker Schwarzenberg wird eiligst eine provisorische Sendeanlage errichtet. Doch auch hier wedelt die Fernseh-AG mit einem wasserdichten Vertragsschrieb, der ihr das Exklusivrecht für Fernsehausstrahlungen im Saarland zugesteht. Und so stellt die bundesdeutsche ARD ihr Programm zähneknirschend auf sporadische „Versuchssendungen“ um, für die sie jedes Mal offiziell bei der Fernseh-AG eine Genehmigung einholen muss! Welche Schmach! Währenddessen sendet Telesaar munter weiter TV für das Saarland und wird somit zum ersten privaten Fernsehsender auf deutschem Boden!

Warum die Fernseh-AG den Sender Telesaar, der ja von vornherein als Verlustgeschäft geplant ist, nicht einfach schließt, ist ein bisschen rätselhaft. [...] vielleicht lieben die Fernsehmacher einfach ihren Job und wollen sich ihn nicht von irgendwelchen Nasen in Bonn verbieten lassen?“

Dass es der BRD um die Kontrolle des Narrativs ging und um nichts anderes, erkennt man, wenn man sich vor Augen führt, dass die beiden Sender eigentlich gar nicht in Konkurrenz standen. *Telesaar* konnte man ausschließlich mit französischen Geräten empfangen, während für den Empfang der ARD ein Gerät deutscher Bauart erforderlich war.

Der Krieg eskaliert, weil sich die BRD nicht mehr an die Verträge halten will!

„Am 15. Januar 1958 startet unangekündigt und ohne Genehmigung das deutsche Fernsehprogramm ARD dauerhaft vom Schwarzenberg. Bei der Fernseh-AG spart man sich die formalen Proteste und geht noch am selben Abend zum Gegenschlag über: Auf dem Felsberg existiert nämlich schon von Anfang an ein bislang ungenutzter TV-Sendeturm für den

⁵⁴ ebd.

geplanten europaweiten TV-Sender. Dieser wird nun scharfgeschaltet: Telesaar strahlt plötzlich mit zehnfacher Sendeleistung über den gesamten südwestdeutschen Raum (plus Ostfrankreich und Benelux) und bringt den schwächlichen ARD-Sender auf dem Schwarzenberg komplett zum Erliegen.

Bundespostminister Stücklen kocht vor Wut und besinnt sich auf eine neue Strategie: Ohne auch nur irgendjemanden vorab zu informieren, beantragt er bei der Internationalen Fernmeldebehörde in Genf (ITU) den Austausch des vom Sender Felsberg genutzten Sendekanal gegen einen benachbarten. Dazu hat er jedes Recht, schließlich hat West-Deutschland jetzt die Funkhoheit über das Saarland – und die Genfer haben aus technischer Sicht auch keine Einwände! Auf dem Felsberg ignoriert man die Anweisung zur Abschaltung – von einem Kanaltausch hat man nichts gehört, auch die saarländische Regierung weiß von nichts. Und so kommt es schließlich zum großen Finale: Am 25. Januar 1958 stapft ein Trupp Postbeamter unter Polizeischutz durch den Schnee auf den Felsberg, verschafft sich Einlass, kappt alle Fernseekabel und versiegelt die Anschlüsse. Die Schlacht um den Felsberg ist geschlagen.“⁵⁵

Es wird weiterhin zurückgesendet!

Telesaar wich wieder auf ihre Sendestation in Eschberg aus und sendete dadurch weiter, als ob nichts gewesen wäre. Die neue saarl. Regierung unter Egon Reinert hält sich indes aus finanziellen Interessenskonflikten vornehm zurück. Eigentlich müsste man bundesdeutsches Recht an der Saar durchsetzen, andererseits erhält man mit jährlich 1,7 Mio. DM durch die Fernseh-AG nach wie vor fette Lizenzzahlungen für die Senderechte im Saarland, auf die man nur ungern verzichten möchte.

Der deutsche Goliath entscheidet den Kampf für sich

Es folgen Monate juristischer Kleinscharmützel, bei denen sich die BRD letztlich durchsetzt:

„Der Bundespostminister verfügt die Schließung des Fernsehsenders Telesaar zum 16. Juli 1958. Mit dem Kabelschneider muss aber diesmal niemand anrücken: Die Fernseh-AG gibt entnervt auf und ermöglicht Telesaar, sich in Würde zu verabschieden. Titel der letzten Sendung „Der Rest ist Schweigen“, letzter Punkt im Sendeplan „Absoluter Sendeschluss“.“⁵⁶

Was danach geschah

*„Die Ära des Privatfernsehens ist im Saarland am 16. Juli 1958 nach 4 1/2 Jahren beendet. Die 60 Mitarbeiter von Telesaar werden entlassen. Doch am **Radiosender Europe 1** ist juristisch nichts zu rütteln. Er wird schon bald zu einem der beliebtesten Radiosender im französischsprachigen Raum und [sendete bis zum 31. Dez. 2019] erfolgreich und einträglich vom Felsberg aus. Ins saarländische Rundfunkgesetz wird eine **Lex Europe 1** integriert, wo es sinngemäß heißt: Privater Rundfunk ist grundsätzlich verboten, es sei denn es handelt sich um Radiosender, die in französischer Sprache senden (hätte nur noch gefehlt: „und die sich in muschelförmigen Gebäuden mit freistehenden Spannbetondecken befinden“). [...] Im Oktober 2020 wurden die riesigen Sendemasten gesprengt – vier Rekordbauwerke, elegante architektonische Landmarken und Zeitzeugen einer einmaligen Geschichte sind damit für immer von der Bildfläche verschwunden.*

⁵⁵ ebd.

⁵⁶ ebd.

*Seit dem 30. November 2020 sendet der Saarländische Rundfunk digitales Radio (DAB+) und Fernsehen (DVB-T2) von der Sendehalle. Eine entsprechende Sendeanlage wurde auf die Spitze des alten Fensehturms montiert. So darf der Turm zum ersten Mal seit 72 Jahren wieder TV ausstrahlen!*⁵⁷

Es ist eine Schande, dass man diese Kulturdenkmäler weggesprengt hat und freie, private Informationsverbreitung im großen Stil über Radio massiv bekämpft. Man stelle sich einmal vor, es gäbe einen Radiosender, der nicht bei all seinen Nachrichtensendungen bereits im ersten Satz über Lockdowns, Impfungen, Infektionszahlen, Corona oder den restlichen Müll reden würde und stattdessen ein gegenteiliges Narrativ verbreiten würde... Wäre das zu schön, um wahr zu sein? Letzte Bemerkung: Im gleichen Gebäude, in dem Telesaar produziert wurde, in der Richard-Wagner-Straße befindet sich seit 1989 Radio Salü, welches zur Fernseh-AG von damals gehört.

⁵⁷ ebd.

Heute autonom, ohne dass es ein Saarländer weiß

Wenn den Leuten nicht alles so komplett am Arsch vorbeigehen würde, wenn sie nicht immer alles sofort als Schwachsinn abtäten, was nicht im Fernsehen gesagt wurde oder noch schlimmer der durch die Medien gebildete, sog. „Mehrheitsmeinung“ widerspricht, dann könnten wir bereits autonom leben und daran arbeiten, dass wir dem Himmel auf Erden näherkommen, zumindest aber besser leben könnten als unter dem derzeitigen Terrorregime.

Während es 99% der Menschen nicht einmal schaffen, sich die Gesetzeslage zu Corona durchzulesen und zu erkennen, dass sie mit dem einfachen Zauberspruch „*Ich kann aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen*“ sich selbst von der Maskenpflicht befreien könnten, haben noch weniger Menschen fundamentale Gesetzesänderungen in der BRD verfolgt. Gesetzlich ist nämlich nicht geregelt, dass man ein Attest braucht und es darf auch nicht angefordert werden, schon alleine aus datenschutzrechtlichen Gründen. Eine Glaubhaftmachung genügt à la „Ich kann nicht gut atmen, wenn ich sie aufhabe.“ Freunde, wir Saarländer können uns dafür entscheiden, in Zukunft wahrhaftig leben zu wollen. Juristisch gehören wir nicht mehr zur BRD. Wir befolgen ihre Gesetze nur noch aus Gewohnheit! Lies genau, was da steht:

2614 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 59, ausgegeben zu Bonn am 29. November 2007

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz

Vom 23. November 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

Artikel 1
**Aufhebung des Gesetzes
über die Eingliederung des Saarlandes**
(101-2)

Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2

**Aufhebung
bundesrechtlicher Vorschriften über
die Bereinigung von Besatzungsrecht**

Es werden aufgehoben:

Artikel 2
**Aufhebung des
Gesetzes zur Einführung
von Bundesrecht im Saarland**
(101-3)

Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015;

Artikel 3
**Aufhebung des
Gesetzes über Ermächtigungen
zum Erlass von Rechtsverordnungen**

Das Bundesrecht, das im Saarland eingeführt wurde, ist mit diesem Gesetz ungültig geworden. Bundesrecht, das Recht der BRD darf nicht mehr angewendet werden. Zudem wurde das Saarland wieder ausgegliedert (da es nur illegalerweise dazugehörte, wie bereits erörtert; vgl. auch S.83ff). Weil ich das falsche Spiel des Finanzamtes nicht mehr ertragen konnte, habe ich ihnen ein saftiges Schreiben aufgesetzt. Denn sie handeln hier illegal! Aber wenn ihr ihnen euer Geld schenken wollt, ist das eure Sache. Hier mein Schreiben:

A b s e n d e r

N a c h n a m e, Vorname

[Straße]

zu [Ort]

Landkreis [...]

Saarland

IdNr. [REDACTED]

Steuernummer [REDACTED]/[REDACTED]/[REDACTED]

A n d e n W e r t h e n

[Name des Vorstands⁵⁸]

in der Funktion des

Vorstehers des Finanzamtes in Ort

mit der Bundesfinanzamtsnummer [REDACTED]

Straße Nr.

0 0 0 0 0 Ort

LANDKREIS NAME

B U N D E S L A N D S A A R L A N D

Betreff: Rechtssicherheit und Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

um verbindliche Informationen zu erhalten, habe ich mich direkt an Sie gewandt. Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie als Leiter am besten dazu in der Lage sein sollten, meine Rechtsunsicherheit mit dem Finanzamt aus dem Wege zu räumen. In Ihrem Erinnerungsschreiben vom [Datum] heißt es, Zitat: „**Sofern eine gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht, reichen Sie bitte die Steuererklärung [...] bis spätestens [Datum] ein.**“

⁵⁸ Warum Vorstand? Weil es kein Amt ist, sonst müsste es Amtsleiter heißen!

Sie können mich bestimmt aufklären, ob in meinem Fall als Jungunternehmer eine solche Verpflichtung zur Abgabe überhaupt besteht und falls ja, wünsche ich mir eine Verlängerung der Abgabenfrist um vier Wochen aufgrund der chaotischen Coronalage und erbitte nähere Infos, woran ich erkenne, dass eine Verpflichtung zur Abgabe besteht.

Es kann weder in Ihrem noch in meinem Interesse liegen, dass das Finanzamt Neunkirchen zu Unrecht eine Steuererklärung von mir verlangen würde. Leider konnte ich auf Ihrem Schreiben dazu keine Hinweise finden, wann eine Verpflichtung vorliegt und wann nicht.

Mir erscheint es nach der jetzigen gesetzlichen Lage im Saarland, dass für mich keine persönliche Verpflichtung zur Abgabe vorliegen kann, da nach Artikel 2 des „Zweiten Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz“ vom 23. Nov. 2007 das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland aufgehoben wurde und somit nach meiner Auffassung jegliches Bundesrecht seine Gültigkeit verloren hat. Zudem wurde dort auch unter Artikel 1 das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes aufgehoben, sodass das Saarland nicht mehr zur BRD gehören dürfte. Diese Vermutung wird auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.07.1973 bekräftigt (mit dem Aktenzeichen 2 BvF 1/73). Denn dort heißt es: *„Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern“*, wobei das Saarland in der damaligen Fassung als Land in diesem Artikel des GG nicht genannt wurde und somit seit mindestens 1973 kein Teil der BRD sein dürfte. Kann ich daher davon ausgehen, dass es sich um ein Versehen handelt, dass sie mich postalisch kontaktiert haben?

Falls ich mich irre, belehren Sie mich diesbezüglich bitte eines Besseren und erklären Sie mir bitte unverzüglich die Legitimation des weiterhin angewandten Bundesrechts wie der AO [Abgabenordnung] im Saarland, auf die sich Ihr maschinelles Schreiben bezog. Erläutern Sie mir bitte unverzüglich die gültigen und geltenden Rechtsgrundlagen, die durch kein Bundesbereinigungsgesetz außer Kraft gesetzt wurden. Dazu gehört vor allem das Bereinigungsgesetz [Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz Artikel 1 und 2], G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614 (Nr. 59); zuletzt geändert durch Artikel 2 G. v. 05.12.2008 BGBl. I S. 2346, Geltung ab 30.11.2007. Bestimmt habe ich hier nur etwas falsch verstanden, das sich mit ein paar wenigen Sätzen aus dem Weg räumen lässt.

Sofern ich nicht spätestens bis zum [Datum] eine Antwort von Ihnen persönlich erhalten habe, wird meine Vermutung konkludent von Ihnen bestätigt, dass Sie mich zu Unrecht angeschrieben haben und keine Steuererklärungen von mir verlangen dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

[Ort], den [Datum]

Es wird Zeit sich zu wehren. Mehr Infos zur juristischen Lage und wie ihr euch wehren könnt, erhaltet ihr in Band 2.

Ich möchte es hier noch deutlicher machen:

Urteil des Bundesverfassungsgericht BverfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338,363)):

„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

[„Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines **Gesetzes** ohne weiteres feststellen können. Ein **Gesetz**, das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“

(BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)⁵⁹] – ohne Gewähr

Wir sind also befreit von der BRD! 50 Jahre nach der feindlichen Übernahme und Besatzung wurde das Saarland im Jahr 2007 ausgegliedert und jegliche Rechtsgrundlage für das Anwenden von Bundesrecht im Saarland für null und nichtig erklärt.

Es steht uns dadurch nun offiziell frei unsere Zukunft selbst nach unseren Vorstellungen zu gestalten, sobald wir die Täuschung der letzten 13 Jahre kollektiv erkannt haben und am jetzigen Status quo etwas ändern wollen!

Keine Bevormundung mehr durch übergeordnete NGOs oder Dachverbände wie die EU, UN und ähnliches! Wir können unsere Zukunft wieder selbst, in Eigenverantwortung, in die Hand nehmen! Als ich das verstanden hatte, hat es mich sehr glücklich gemacht. Wir haben die Chance, nochmal von vorne zu beginnen, ohne von anderen global abhängig zu sein.

In diesem Kapitel möchte ich mit einem Zitat enden, statt mit einem zu beginnen.

„Das Unwissen der Massen ist die größte Macht der Herrschenden“

⁵⁹<https://www.juraforum.de/forum/t/welche-bedeutung-hat-es-wenn-der-paragraph-eines-einfuehrungsgesetzes-entfaellt.557618/>

SAARzi-Symbolik?! – Über die Herkunft eines verpönten Symbols

Auf Briefmarken von 1921 und 1923 des Saargebietes waren Swastikas enthalten. Das Wort Swastika ist ein sanskritisches Wort, welches „Glücksbringer“ bedeutet. *„Im Hinduismus, Jainismus und Buddhismus wird die Swastika bis heute als religiöses Glückssymbol verwendet. Im Deutschen wird ein heraldisches Zeichen, das der Swastika ähnelt, seit dem 18. Jahrhundert „Hakenkreuz“ genannt“*⁶⁰. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Saarland nichts mit der NSDAP oder ähnlichen nationalen Bewegungen zu tun. Von daher muss diesem Symbol die ursprüngliche Bedeutung eines Glücksbringers zugekommen sein. Dies passt auch zum Bergmannsheil und „Glück auf“ der Bergmänner.



10 Briefmarke von 1923,
Das Gebäude von Villeroy & Boch



9 Briefmarke von 1921



7 Postkarte der alten Bergwerksdirektion
von 1930 in SB, heute Europagalérie

Die Saar-Swastika ist dünner als die von der NSDAP. Durch die Nazis wurde also aus einem Glücksbringer ein Zeichen für das pure Böse. Wir nehmen an, dass Hitler mit diesem Symbol die Saarländer für Deutschland 1935 begeistern wollte. Jedenfalls wäre es plausibel unter dem Gesichtspunkt der Volksabstimmung 1935 an der Saar.



⁶⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Swastika>

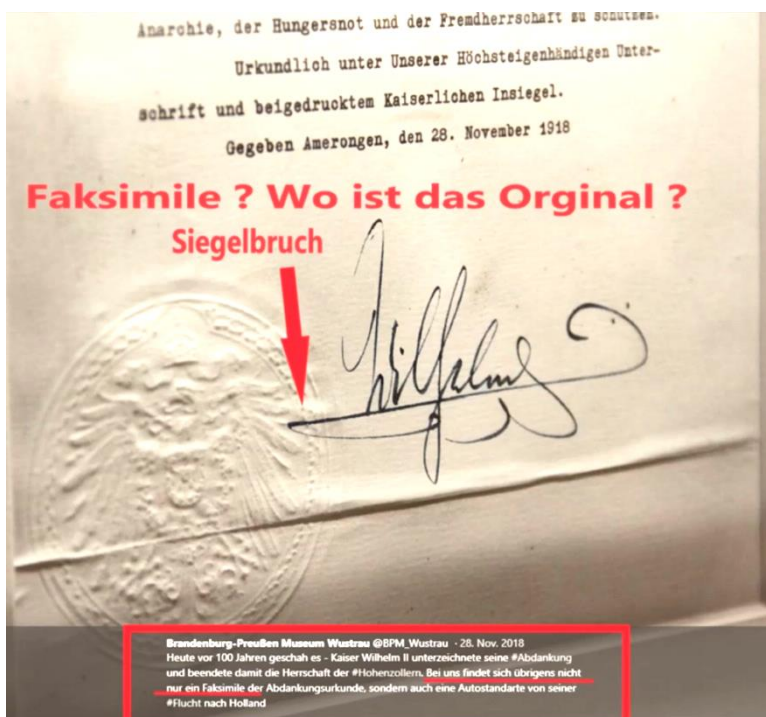
Teil II

Arglistige Täuschungen: Die Konstrukte BRD u. EU

Worum es in diesem Teil gehen wird

- Der nichtstaatliche Status der BRD
- Besetztes oder souveränes Land?
- Ist das GG eine Verfassung?
- Was ist das GG noch wert?
- Werden wir von Nazis mit Nazigesetzen regiert? Rechtsstaat?
- Haben wir noch eine Demokratie?
- Was ist das Geld wert und woher kommt es?
- An welche Ereignisse in der Vergangenheit will man uns nicht erinnern?
- Die elende Rassismus- und Nazikeule
- Wirtschafts- und Gesellschaftsformen
- Wie unsere Freiheiten durch den Staat immer mehr beschnitten werden
- Wie Linksradikale arbeiten
- Eine neue Perspektive auf unsere Vergangenheit
- In welche Richtung entwickeln wir uns?
- Die Konstrukte Deutsches Reich, Weimarer Republik, BRD und EU im Vergleich

Ungereimtheiten bei der „Abdankung“ des Kaisers und bei der Weimarer Republik



**Kann es sein, dass das Original nie unterschrieben wurde?
Das Siegel wurde gebrochen.**

Reichs Telegraphen
Auswärtiges Amt.

z. H. 4834/18

Reichsdienstsache.

Ausland in Stunden.

Wertzgebühren: .. M Pf.

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Befördert den 29. 7.
Uhr 21. in 5

Sonstige Geb.: .. M Pf.

Zusammen: .. M Pf.

von
Berlin R. H.

an
durch

Nr. mit 133 W. 199 den 29. 7. um 10 Uhr 30 Min.

Reichs Telegraphen

Maximilian Tylloß
(Beförderungssache)

Vertrag über den

Vertrag über den "Abdruck" der Ausgabe des Berliner
Tagesblattes vom 8. 12. 1918:

„ich ver zichte hierdurch fuer alle zukunfft auf die rechte
an der krone preussen und die damit verbundenen rechte
an der deutschen kaiserkrone . . zugleich entbinde ich
alle beamten des deutschen reiches und preussens
sowie alle officiere . unteroffiziere und mannschaften
der marine . des preussischen heeres und der truppen der
bundeskontingente des treueides . den sie mir als ihren
kaiser . koenig und obersten befehltshaber geleistet haben
. ich erwarte von ihnen . dass sie bis zur neuordnung des
deutschen reichs den inhabern der tatsaechtlichen gewalt
in deutschland helfen . das deutsche volk gegen die
drohenden gefahren der anarchie . der hungersnot und der
fremdherrschaft zu schuetzen . urkundlich unter unserer
hoechsteigenhaendigen unterschrift und beigedrucktem
kaiserlichen insiegel .

gegeben am roningen . den 20. november 1918

gez. wilhelm (. . . .)

Abdruck Rk 4834/18 Maximalung (Vertrag)

A. A. C. B.
Form. Nr. 8

Die Dolchstoßlegende – wirklich nur eine Legende?

Quelle: Expresszeitung September 2019

Im Herbst von 1918 war klar, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte. Die Taktik lautete nun, ihn auch nicht zu verlieren. Ein Sieg der Alliierten war ebenso weit entfernt, da Deutschlands Ostfront mit Russland geschlossen war. Auf deutschem Boden stand kein einziger alliierter Soldat, Berlin war 900 km entfernt von der Westfront und das deutsche Militär war in der Lage, die Heimat zu verteidigen.

Dann kollabierte Deutschland von innen: Marxistische Politiker, Gewerkschaftsführer und Medienmogule taten sich zusammen, um Deutschland gemeinsam mit den Bolschewisten in Russland (siehe S.46) zu destabilisieren – zu einem Zeitpunkt, als der Gegner noch keinen Fuss in das Land gesetzt hatte und deutsche Friedensangebote nicht erhört wurden, was ahnen liess, dass ein Sieg der Alliierten Unheil für das

gesamte deutsche Volk bedeuten würde. In der marxistisch dominierten «Novemberrevolution» setzten sich allein Sozialisten an die Spitze des «Rates der Volksbeauftragten», welcher den Kaiser zum Abdanken zwang und den Übergang zur Weimarer Republik gestaltete.

Während der «Rat der Volksbeauftragten» nur aus etwas moderateren «demokratischen Sozialisten» bestand, brach eine Revolution der Radikal-Kommunisten aus: Rote Revolutionäre wollten im «Spartakusaufstand» vom 05. bis 12.01.1919 in Berlin die Macht ergreifen. So hätte ganz Deutschland damals in die Hände der Kommunisten geraten können, wenn nicht Freikorps aus ehemaligen Frontsoldaten den Aufstand niedergeschlagen hätten. Deutschland wurde (vorerst) vor dem Schicksal bewahrt, das Russland nach der Machtübernahme der Bolschewisten blühte (siehe S.51).

Die «Dolchstoßlegende», die die Schuld an der Niederlage vor allem auf die Sozialdemokratie und den Bolschewismus schob, und mit der Hitler später Wahlkampf gegen die Kommunisten machte, entbehrte also nicht jeder Grundlage. (tk)











Die Kommunisten erdolchen die deutschen Frontsoldaten von hinten, ein Wahlplakat der Deutschenationalen Volkspartei 1924

Quellen:
de.wikipedia.org, Spartakusbund
de.wikipedia.org, Dolchstoßlegende


Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Ebert

Achtung! Datum beachten und genau lesen!

Kabinett Ebert 9. November 1918 bis 12. Februar 1919		
Reichskanzler	 Friedrich Ebert	SPD
Außenminister	 Wilhelm Solf	DDP
	 Ulrich von Brockdorff-Rantzau ab 15. Dezember 1918	parteilos
Innenminister	 Karl Trimborn	Zentrum
	 Hugo Preuß ab 15. November 1918	DDP
Justizminister	 Paul von Käser	DVP
Marine	 Ernst Karl August Clemens von Mann	parteilos
	 Maximilian Ring ab 9. Januar 1919	parteilos

Das Kabinett Ebert entstand dadurch, dass der amtierende deutsche Reichskanzler Max von Baden am 9. November 1918 die Abdankung des Kaisers verkündete und verfassungswidrig – und somit in einem revolutionären Akt – sein Amt an Friedrich Ebert übertrug.

SPD



Friedrich Ebert (1822)

Ebert handelte 19 Tage zu früh!?! Es war ein Putsch durch die Sozialisten.

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEG ZWEITER WELTKRIEG KALTER KRIEG MITTELALTER ARCHÄOLOGIE

GESCHICHTE REVOLUTION 1918/19

Verfassungsrechtlich fragwürdig wurde Deutschland parlamentarisch

Am 26. Oktober 1918 beschloss der Reichstag eine Verfassungsänderung, die aus dem Kaiserreich eine parlamentarische Monarchie machte. Allerdings bekam das kaum jemand mit.

Veröffentlicht am 26.10.2018 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Lars-Broder Keil, Sven Felix Kellerhoff**



17



über
iherrigen
als
hat-
orps

einer
rtier.
seine
kehr
lages
; am
mit,
telle,
n der
rhal-
ziers-
: Bol-
ging
achen

6

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918

Die von Kiel und den anderen Marinebasen ausgreifende Revolutionsbewegung hatte am 9. November 1918 Berlin erreicht und den bisherigen Reichskanzler Prinz Max von Baden veranlaßt, sein Amt verfassungswidrig, aber wirksam an den Führer der stärksten Partei, den Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert, zu übergeben. Ihm gelang es, nach zeitweise schwierigen Verhandlungen eine Regierung zu bilden, in der die politische Verantwortung bei den Vertretern der beiden paritätisch beteiligten sozialistischen Parteien lag, an der aber auch Vertreter anderer Parteien als »Fachminister« mitwirkten. Die sechs »Volksbeauftragten« nahmen unter dem Vorsitz von Ebert und dem Führer der Unabhängigen, Hugo Haase, formell gleichberechtigt die leitende Funktion des früheren Reichskanzlers wahr. Mit diesem Text wandten sie sich erstmals an die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung.

Oswald Spengler sagte schon 1924 über die Weimarer Republik, den Vorgänger der BRD und des dritten Reiches Folgendes – GUT AUFPASSEN – mit was wir es zu tun haben:

„Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine FIRMA. In ihren Satzungen ist nicht vom VOLK die Rede, sondern von PARTEIEN; nicht von Macht, von Ehre und Größe, sondern von PARTEIEN. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern PARTEIEN; keine Rechte, sondern PARTEIEN; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von PARTEIEN. Und diese Parteien – noch einmal: keine Volksteile, sondern Erwerbsgesellschaften mit einem bezahlten Beamtenapparat, die sich zu amerikanischen Parteien verhielten wie ein Trödelgeschäft zu einem Warenhaus – entschlossen sich, dem FEINDE alles was er wünsche auszuliefern, jede Forderung zu unterschreiben, den Mut zu immer weitergehenden Ansprüchen in ihm aufzuwecken, nur um im Innern ihren eigenen Zielen nachgehen zu können.“

Die schwarz-rot-goldene Flagge, die wir heutzutage haben, war von 1848 – 1849 die **Handelsflagge** des Deutschen Reiches. Sie ist ein weiterer subtiler Hinweis dafür, dass wir uns mit dieser „Regierung“ nur im See- und Handelsrecht befinden, und damit in privatem Recht statt staatlichem Recht.

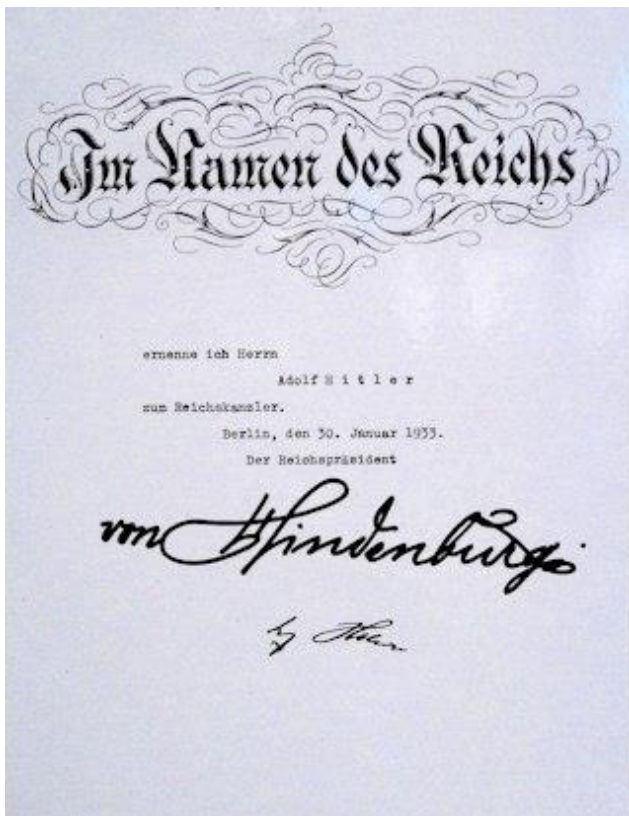


Reich vs. Deutsches Reich

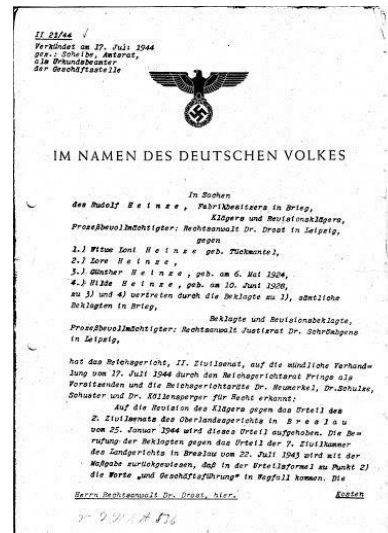
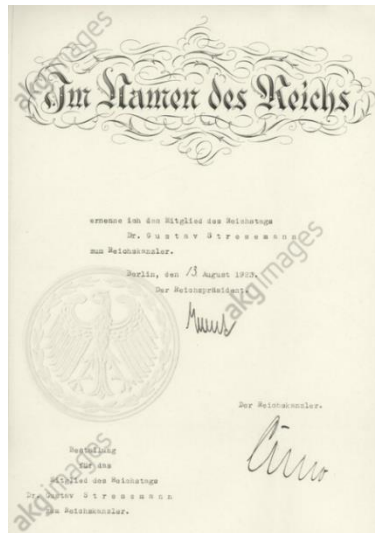
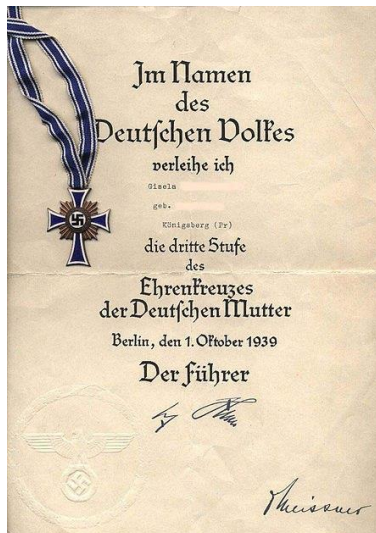
Nach dem ersten Weltkrieg fand ein großer Betrug an der Bevölkerung statt. Man ernannte „Im Namen des Reichs“ Menschen zum „Reichskanzler“, zu Professoren und etlichen anderen Posten. Dem Deutschen Reich wurde das Konstrukt „Weimarer Republik“ als Besatzungskonstrukt übergestülpt, das sich nach unserer Auffassung selbst nur „Reich“ genannt haben muss.

Dem Saarland, das vom Versailler Vertrag zum Erben des „Deutschen Reiches“ ernannt wurde (vgl. S.22 §19 des Versailler Vertrages), stand das (dritte) Reich gegenüber. Wenn die Leute vom Saarland früher nach Rheinlandpfalz fuhren, fuhren sie ins Reich. Hat man nur aus Bequemlichkeit das Wort „Deutsches“ vor „Reich“ weggelassen oder ist da mehr dran?

Wie kommen wir dazu? Dem Saarland stand das (dritte) Reich zur Nazizeit definitiv gegenüber, aber nicht das „Deutsche Reich“, sonst müsste es in dieser expliziten Form (in Gesetzestexten oder Urkunden) erwähnt sein. **Mit den alleinigen Rechten des Deutschen Reiches war das Saarland selbst das Deutsche Reich, heute ist es mindestens der legitime Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches!**



Hitler unterschrieb nie „im Namen des Deutschen Reiches“, sondern „im Namen des Reichs“, „im Namen des Deutschen Volkes“. In Berlin am 3. August 1933 wird Dr. Gustav Stresemann vom „Reichspräsidenten“ zum „Reichskanzler“ ernannt. (s. nächste Seite)



Die gleiche Begriffsverwirrung besteht bei den Begriffen „EU“ und „Europa“. Die „EU“ ist ein privater Verein. Man kann für ein vereintes, friedliches Europa sein, ohne die EU gutzuheißen. Übrigens: Wer hat „Von der Leyen“ eigentlich bei der Europawahl gewählt? Ach stimmt ja! Mutti hat sie einfach so als Präsidentin der europäischen Kommission installiert – danke für die pseudo-demokratischen Wahlen.

„Am 13. Juni 1939 ließ Hitler in einem „nicht zur Veröffentlichung“ bestimmten Rundschreiben die weitere Verwendung des Begriffs „Drittes Reich“ untersagen.⁶¹ Reinhard Bollmus schrieb dazu unter anderem, dass Hitler damit zu erkennen gab, dass „der Führer-Staat selbst nach seinen Anschauungen kaum jemals etwas mit den Vorstellungen Moeller van den Brucks“ gemein gehabt hätte. Und er ergänzte hinsichtlich der Perspektive Hitlers: „Er bevorzugte Ausdrücke wie ›Germanisches Reich deutscher Nation‹ und ›Großgermanisches Reich‹, und wenn darin die Erinnerung an die Zeit der Völkerwanderung beschworen werden sollte, wenn Hitler sich dabei an dem – in dieser Einseitigkeit für ihn typischen – Bilde einer Periode ständiger Eroberungszüge orientierte, so kennzeichnete er das von ihm geschaffene Herrschaftsgebilde durchaus richtig: Als Eroberungsstaat, und zwar als Eroberungsstaat nicht nur in außenpolitischer, sondern auch in innenpolitischer Hinsicht.“⁶²“

„Die Wahl Hitlers zum Reichskanzler wird als Beginn des Dritten Reichs angesehen. Diese war am 30.01.1933. In diesen Tagen wurde Hitler als Erlöser gefeiert und die Nationalsozialisten übernahmen die Macht in Deutschland. [...] Das Dritte Reich sollte als Nachfolger des Heiligen Römischen Reichs und des Deutschen Kaiserreichs gelten, es wurde jedoch weder ausgerufen noch wurde eine neue Reichsverfassung aufgesetzt und deshalb spricht man irrtümlicherweise von einem „Reich“. Der Begriff „Drittes Reich“ selbst wurde 1939 offiziell verboten.“⁶³“

⁶¹ Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970, S. 236.

⁶² https://de.wikipedia.org/wiki/Drittes_Reich

⁶³ <http://grundwissen-geschichte.de/DrittesReich>

„Die „**Neue Weimarer Reichsverfassung**“ von 1919/20 blieb [...] über das Kriegsende hinaus gültig, war jedoch durch die Notstandsgesetzgebung nur noch teilweise in Kraft, und in einigen Teilen abgeändert worden.“⁶⁴

Regieren durch Notstandsverordnungen wie z.B. bei einem „Zweite[n] Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“, bei dem nicht bestimmt ist, wann eine Epidemie vorliegt und wann eine Epidemie endet? Unser Jensei wird doch keinen auf Hitler gemacht haben und das Land mit seinen Notstandsverordnungen am Parlament vorbeiregieren, oder? Das würde der niemals tun! Udenkbar ein solcher Vergleich!⁶⁵

Artikel 7

Einschränkung von Grundrechten

Durch Artikel 1 Nummer 16 und 17 werden die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 des Grundgesetzes), der Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

Zurück zum Reich! Der Name „Weimarer Reichsverfassung“ liefert ein weiteres Indiz dafür, dass sich dieses Konstrukt als „Reich“ betitelte und auch im Hebammengesetz von 23.12.1938 heißt es bei §14 (1) im Reichsgesetzblatt Nr. 223 Teil 1

„Den Hebammen mit Niederlassungserlaubnis wird ein jährliches Mindesteinkommen gewährleistet. **Der Träger der Gewährleistung ist** das Land, in Preußen der Provinzialverband, **im Saarland das Reich.**“

Hier fällt wieder auf, dass gegenüber dem Saarland nur das Wort „Reich“ genannt wird, nicht „Deutsches Reich“, sondern nur „Reich“.

Übrigens wurde im *Amtsblatt des Regierungspräsidiums Saar Nr. 13* von 1945 dieser §14 aufgehoben und in der Saargesetzgebung 1955 in nur leicht abgeänderter Form als §2 wieder neu aufgenommen.⁶⁶

Eine weitere Kuriosität: Das Landesarchiv hatte kein Problem damit, Amtsblätter des Saarlandes von 1945-1999 zu digitalisieren und der Öffentlichkeit frei zur Verfügung zu stellen. Die interessanten Amtsblätter von 1920-1935 zur Saarstatuszeit sowie die Amtsblätter von 1935-1945 können nur eingesehen werden, indem man persönlich dort aufkreuzt.

Ich unterstelle damit dem Archiv, dass bestimmte Informationen der breiten Öffentlichkeit durch die Digitalisierungsverweigerung vorenthalten werden sollen!

⁶⁴ <https://www.flaggenlexikon.de/fdtlhi3r.htm> (Volker Preuß)

⁶⁵ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/239/1923944.pdf> Deutscher Bundestag, Drucksache 19/23944, Gesetzesentwurf, S.17

⁶⁶ *Amtsblatt des Saarlandes Nr. 4* (14.01.1955)

(1) Den Hebammen mit Niederlassungserlaubnis wird ein jährliches Mindesteinkommen gewährleistet. Der Träger der Gewährleistung ist das Land, in Preußen der Provinzialverband, im Saarland das Reich. Die Gewährleistung kann entfallen bei verheirateten Hebammen, wenn das Familieneinkommen das Zweieinhalbfache des Mindesteinkommens erreicht, bei unverheirateten Hebammen, wenn sie abgesehen von ihrem Einkommen aus der Hebammentätigkeit ein Einkommen haben, das das Eineinhalbfache des Mindesteinkommens erreicht; der Familienstand ist zu berücksichtigen. Das Mindesteinkommen kann den örtlichen Verhältnissen entsprechend verschieden hoch bemessen werden. Das Nähere wird mit Zustimmung des Reichsministers des Innern in Preußen durch Provinzialgesetz, in den anderen Ländern durch Verordnung, in letzterem Fall unter gleichzeitiger Zustimmung des Reichsministers der Finanzen, festgesetzt. Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen ein Mindesteinkommen für einzelne Gebiete des Reichs vorschreiben.

(2) Den Hebammen mit Niederlassungserlaubnis wird in Höhe desjenigen Betrags, um den ihr jährliches Einkommen aus der Berufstätigkeit hinter dem gewährleisteten jährlichen Mindesteinkommen zurückbleibt, ein entsprechender Zuschuß vom Träger der Gewährleistung gewährt.

(3) Die Träger der Gewährleistung können weitere Leistungen gewähren; sie können insbesondere die von den Hebammen für eine Versicherung zu entrichtenden Beträge ganz oder teilweise ersetzen. Die Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen ist erforderlich, soweit die Leistungen über das bisher durch Landesrecht Gewährte hinausgehen.

(4) Hebammen mit Niederlassungserlaubnis, die jährlich in einer größeren als der vom Träger der Gewährleistung zu bestimmenden Zahl von Fällen

he Texte

§ 1

Der § 10 der Verordnung über die vorläufige Regelung der Ausübung der Heilkunde im Saargebiet vom 30. Oktober 1945 (ABl. S. 46) wird aufgehoben.

§ 2

(1) Den auf Grund einer Niederlassungserlaubnis zur selbständigen Tätigkeit an einem bestimmten Ort zugelassenen Hebammen wird auf Antrag ein jährliches Mindesteinkommen gewährleistet.

(2) Träger der Gewährleistung ist das Saarland.

(3) Die Gewährleistung kann entfallen bei verheirateten Hebammen, wenn das Familieneinkommen das Zweieinhalbfache des Mindesteinkommens erreicht, bei unverheirateten Hebammen, wenn sie, abgesehen von ihrem Einkommen aus der Hebammentätigkeit, ein Einkommen haben, das das Eineinhalbfache des Mindesteinkommens erreicht; der Familienstand ist zu berücksichtigen. Das Mindesteinkommen kann den örtlichen Verhältnissen entsprechend verschieden hoch bemessen werden.

(4) Die Höhe des jährlichen Mindesteinkommens wird vom Minister für Arbeit und Wohlfahrt im Einvernehmen mit dem Minister für Finanzen und Forsten festgesetzt.

§ 3

Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Bestimmungen.

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1954 in Kraft.

S a a r b r ü c k e n , den 21. Dezember 1954.

Regierung des Saarlandes

Der Ministerpräsident

Johannes Hoffmann

Der Minister für Finanzen und Forsten

Dr. Senf

Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt

Klein

§ 10

Der § 14 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember 1938 findet keine Anwendung mehr.

Was verbindet man noch mit Nazis? Genau, die Frakturschrift!

Wussten Sie, dass die Nationalsozialisten selbst diese gotische Schrift verboten? Und zwar im Januar 1941. In einem nicht-öffentlichen Rundschreiben der NSDAP schreibt M. Bormann: „Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher Judenlettern.“ Lesen Sie mehr dazu auf der nächsten Seite.

Hier das ganze Schreiben:

Nationalsozialistische  Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers

München 33, den
1. Januar 1941

Stabsleiter

z. Zt. Obersalzberg, den 31. 12. 40

Rundschreiben

(Nicht zur Veröffentlichung).

Reichs-	
Stabsleiterführer	
Ding. 0. JAN 41	
	2

Zu allgemeiner Beachtung teile ich im Auftrage des Führers mit:

Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher Judenlettern. Genau wie sie sich später in den Besitz der Zeitungen setzten, setzten sich die in Deutschland ansässigen Juden bei Einführung des Buchdrucks in den Besitz der Buchdruckereien und dadurch kam es in Deutschland zur starken Einführung der Schwabacher Judenletter.

Am heutigen Tage hat der Führer in einer Besprechung mit Herrn Reichsleiter Amann und Herrn Buchdruckereibesitzer Adolf Müller entschieden, dass die Antiqua-Schrift künftig als Normal-Schrift zu bezeichnen sei. Nach und nach sollen sämtliche Druckerzeugnisse auf diese Normal-Schrift umgestellt werden. Sobald dies schalbuchmäßig möglich ist, wird in den Dorfschulen und Volksschulen nur mehr die Normal-Schrift gelehrt werden.

Die Verwendung der Schwabacher Judenlettern durch Behörden wird künftig unterbleiben; Ernennungsurkunden für Beamte, Strassenschilder u. dergl. werden künftig nur mehr in Normal-Schrift gefertigt werden.

Im Auftrage des Führers wird Herr Reichsleiter Amann zunächst jene Zeitungen und Zeitschriften, die bereits eine Auslandsverbreitung haben, oder deren Auslandsverbreitung erwünscht ist, auf Normal-Schrift umstellen.

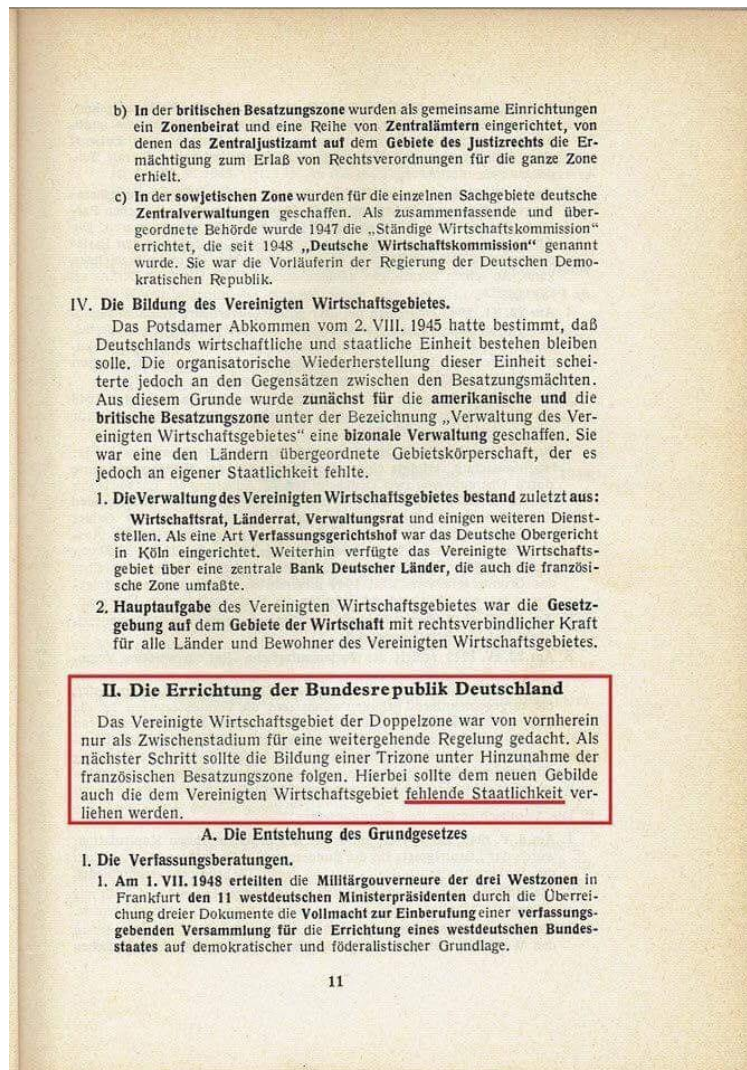
gez. M. Bormann.

Ist die BRD (nur) eine Verwaltungsstruktur eines Wirtschaftsgebietes?

„Die Grenzen der Tyrannen werden durch die Toleranz der Unterdrückten bestimmt.“

Ben Zorr

Es gibt zahlreiche Dokumente, Gerichtsentscheidungen, Firmeneinträge und Dokumentationen, die erhebliche Zweifel wecken, ob es sich bei der BRD um einen souveränen Staat handelt. Diese kommen hier jetzt auf den Tisch:



„Hierbei sollte dem neuen Gebilde auch die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet fehlende Staatlichkeit verliehen werden.“

Frage: Hat die BRD diese jemals bekommen?

Bundesgerichtshof

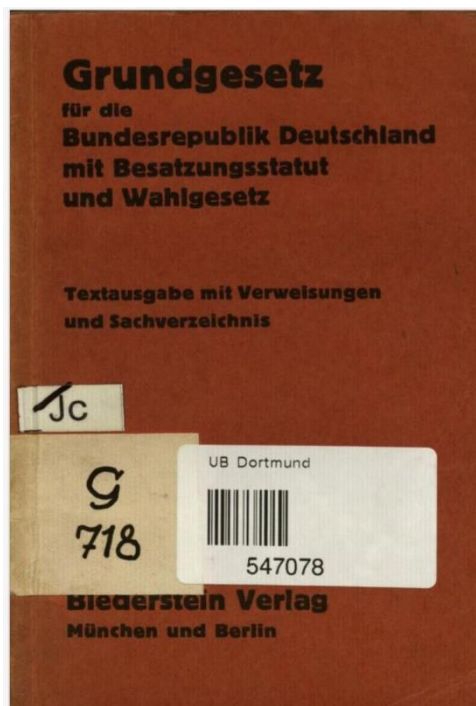
Urt. v. 13.10.1977, Az.: II ZR 123/76

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als "herrschendes Unternehmen"; Rechtliche oder tatsächliche Voraussetzungen der Ausübung eines "beherrschenden Einflusses" im Sinne von § 17 Absatz 1 AktG (Aktiengesetz); Bestimmung des Begriffs "Unternehmen"; Abhängigkeitsverhältnis trotz nicht vorhandener Mehrheit der Aktien

Amtlicher Leitsatz

- a) Herrschendes Unternehmen kann auch die Bundesrepublik Deutschland sein.

11 Quelle: <https://research.wolterskluwer-online.de/document/3e712bab-c4d4-4660-a8bf-fbbc2fae02f>



12 GG FÜR die BRD und nicht GG DER BRD

Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR

Aktenzeichen: 2 BvF 1/73

Leitsatz:

(Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zum Grundlagenvertrag: Zustimmungsbefähigung nach GG Art 59 Abs 2 - judicial self-restraint - Stellung des BVerfG - Wiedervereinigungsgebot - Vertragscharakter - deutsche Staatsangehörigkeit - Rechtslage Deutschlands)

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. Die Bundesrepublik umfasst also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, dass sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes" (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes). Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der Bundesrepublik Deutschland ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte (BVerfGE 7, 1 (7 ff.); 19, 377 (388); 20, 257 (266)). Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden (BVerfGE 11, 150 (158)). Deshalb war z. B. der Interzonenhandel und ist der ihm entsprechende innerdeutsche Handel nicht Außenhandel (BVerfGE 18, 353 (354)).

In Art. 23 GG in der alten Fassung bis 1990 stand: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

DAS SAARLAND WIRD HIER NICHT GENANNT und ist somit **nicht** Teil der BRD geworden trotz der angeblichen „kleinen Wiedervereinigung“. Das gab das BvF hier offen im Jahr 1973 zu. Es wird sogar noch schlimmer:

„Vom 3. Oktober 1990 an gab es im Grundgesetz zunächst keinen Artikel 23 mehr. Durch ein Gesetz vom 21. Dezember 1992, das am 25. Dezember 1992 in Kraft trat, wurde der heutige Artikel 23 des Grundgesetzes, der sogenannte Europa-Artikel, an seiner Stelle neu eingefügt.“⁶⁷

In diesem Art. wurde geregelt, wo das GG gilt. Durch den Wegfall dieses Artikels hat das GG seinen Geltungsbereich verloren. **Es gibt keinen Ort mehr, an dem das GG gilt.**

In Art. 133 des GG heißt es: *„Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ein.“*

Es geht hier nur um Wortspiele-reien! *„Aus Raider wird Twix, sonst ändert sich nix.“*

1. in der Präambel des Gesetzes werden die Worte „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ durch das Wort „Bundesgebiet“ ersetzt.
2. In § 1 werden die Worte „Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ durch die Worte „Der Bund“ ersetzt.

13 Quelle: Bundesgesetzblatt Nr.8 vom 30. Dez. 1949

* [- Eine Anfrage an das Amt für öffentliche Bildung im Februar 2007 in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland bewirkte folgendes Ergebnis: Die sog. BRD ist die ZENTRALVERWALTUNG DES VEREINIGTEN WIRTSCHAFTSGEBIETES. „Die BRD ist NICHT als Staat geschaffen worden, sondern als Zentralverwaltung für das vereinigte Wirtschaftsgebiet, tätig auf der Grundlage von Militärgesetzen und Direktiven der Drei Mächte und dies bis auf den heutigen Tag“] *

Nach wie vor ist nach der niedrigsten Rechtsform, dem Gewohnheitsrecht, das GG in Kraft und damit auch Art. 125 des GG, der lautet:

„Recht, das Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, wird innerhalb seines Geltungsbereiches Bundesrecht,

1. soweit es **innerhalb einer oder mehrerer Besatzungszonen** einheitlich gilt,
2. soweit es sich um Recht handelt, durch das nach dem 8. Mai 1945 früheres Reichsrecht abgeändert worden ist.“

(Infos zu verschiedenen Rechtskreisen gibt es im Jura-Teil, Band 2) Schon mal gefragt, warum der Bund ohne Murren Millionen für das weltweite größte Militärkrankenhaus in Ramstein ausgibt, obwohl nur die Amis es nutzen dürfen und Deutsche überhaupt keinen Nutzen davon haben? Richtig, weil wir immer noch ein besetztes Land sind.

⁶⁷[https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel23_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland_\(1949\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel23_des_Grundgesetzes_f%C3%BCr_die_Bundesrepublik_Deutschland_(1949))

https://www.upik.de/84cdd4635d6f0d3306765985729ecffd/ D&B UPIK z.cgi?view=1&senden=Weiter&id=1&crypt=7de62967

English | Datenschutz | Nutzungsbedingungen

UPIK® - Unique Partner Identification Key

Confidence

Home | News | Bisnode D&B Deutschland | D&B International | VDA | VCI | Kontakt | Login

» Home » UPIK® Datensatz

UPIK® Datensatz - L

L	<u>Eingetragener Firmenname</u>	<u>Land Mecklenburg-Vorpommern</u>
	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	
L	D-U-N-S® Nummer	341567266
L	Geschäftssitz	Schloßstr. 2-4
L	Postleitzahl	19053
L	Postale Stadt	Schwerin
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	03855880
W	Fax Nummer	0385565144
W	Name Hauptverantwortlicher	Sylvia Bretschneider
W	Tätigkeit (SIC)	9199

Weitere Optionen:

Möchten Sie zurück zur UPIK® Suche?
Bitte auf UPIK® Suche klicken.

Mein UP

Benutzername
kunkelmann

Passwort:
.....

Mehr zur

[Welche Daten](#)
[Trefferliste z](#)

[Welche Daten](#)
[UPIK®-Daten](#)
[Suchergebnisse](#)

[Was ist die D](#)

Wie eine Verwaltung in Deutschland auszusehen hat, wurde von den Alliierten klipp und klar gesagt.

**Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
(Postdamer Abkommen vom 2. August 1945)**

B. Wirtschaftliche Grundsätze

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist in möglichst vollem Umfang die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. **So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.**

Diese Regierung, die massiv gegen die Saarländer vorgegangen ist, die wieder ihren autonomen Staat zurückwollten, ist die gleiche Regierung, die heuchlerisch behauptet, dass man im Saarland bzgl. seiner Freiheitsrechte „stark eingeschränkt“ gewesen sei, weil sich die Konstitutionelle Republik des Saarlandes gegen Annexionsanstrengungen der BRD schützen wollte.

Wirtschaftlicher Aufschwung und eingeschränkte Freiheitsrechte

Die Situation im Saarland war bis 1952 von einer erfolgreichen Sozialpolitik und einem wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet. Die Beseitigung der Kriegsschäden ging zum Teil schneller voran als in Deutschland und mit dem Franc hatte das Saarland eine stabile Währung. Auch das kulturelle Leben erblühte – die Universität des Saarlandes wurde gegründet und das Staatstheater wiedereröffnet.

Zugleich waren die Freiheitsrechte der Saarländer jedoch stark eingeschränkt, es gab weder Parteien- noch Presse- und Meinungsfreiheit. Parteien und Zeitungen, die sich für einen Anschluss des Saarlandes an Deutschland aussprachen, wurden verboten oder nicht zugelassen.

Wir haben die Härte des BRD-Systems gesehen, als ein Flugblatt verteilt wurde, welches dazu aufrief, die Partei JoHos zu wählen. Damit wir uns richtig verstehen: Gegen die Verfassung eines Landes zu handeln, z.B. die Autonomie absprechen zu wollen oder Teile abspalten zu wollen und unabhängig zu machen, wird als Landes- und Hochverrat erachtet. Hier ein kurzer Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) wie viel „Freiheitsrechte, Parteien-, Meinungs- und Meinungsfreiheit“ man diesbezüglich in Deutschland hat:

Erster Abschnitt: Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates

Erster Titel: Friedensverrat

§ 80a. Aufstacheln zum Verbrechen der Aggression

Zweiter Titel: Hochverrat

§ 81. Hochverrat gegen den Bund

§ 82. Hochverrat gegen ein Land

§ 83. Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens

§ 83a. Tätige Reue

Dritter Titel: Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates

§ 84. Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei

§ 85. Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot

§ 86. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

§ 86a. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 87. Agententätigkeit zu Sabotagezwecken

§ 88. Verfassungsfeindliche Sabotage

§ 89. Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane

§ 89a. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b. Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89c. Terrorismusfinanzierung

§ 90. Verunglimpfung des Bundespräsidenten

§ 90a. Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

§ 90b. Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen

§ 90c. Verunglimpfung von Symbolen der Europäischen Union

§ 91. Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Vierter Titel: Gemeinsame Vorschriften

Zweiter Abschnitt. Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit

§ 94. Landesverrat

§ 98. Landesverräterische Agententätigkeit

§ 99. Geheimdienstliche Agententätigkeit

§ 100. Friedensgefährdende Beziehungen

§ 100a. Landesverräterische Fälschung

§ 81 Hochverrat gegen den Bund

- (1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
 1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
 2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern,wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.
- (2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

§ 82 Hochverrat gegen ein Land

- (1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
 1. das Gebiet eines Landes ganz oder zum Teil einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland einzuverleiben oder einen Teil eines Landes von diesem abzutrennen oder
 2. die auf der Verfassung eines Landes beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern,wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.
- (2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

JoHo hat nicht hart genug durchgegriffen. Er war zu human und hat verfassungsfeindliche Elemente zu viel in unserem autonomen Saarland gewähren lassen, weil er als christlicher Mensch an das Gute im Menschen glaubte und dachte, dass man die Menschen mit besseren Argumenten statt Lügen und plumper Propaganda überzeugen könnte. Er lag falsch, wie die Geschichte gezeigt hat. Vom 29.09.2017 im Deutschlandfunk Kultur:

„Nahe Ramstein im Bau. Größtes amerikanisches Krankenhaus außerhalb der USA.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entsteht in der Nähe der Air Base im rheinland-pfälzischen Ramstein die größte Militärklinik der Amerikaner außerhalb der USA. Deutsche Patienten haben keinen Zutritt, aber die Bundesregierung zahlt Millionen – im Rahmen der Nato-Verpflichtung.“
[Genau! Wegen der „Nato“, nicht wegen unserer Besetzung, Zwinkersmiley ;)]⁶⁸

So sieht ein freies, „nicht besetztes“ Land aus ;)

14 Von 360phiuchi - Eigenes Werk mittels: File:US military bases in Germany.svg by Rama, CC BY-SA 3.0

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=34853336>

Es gibt dutzende Beweise in Wort und Bild⁶⁹, warum die BRD kein souveräner Staat ist, sondern ein besetztes Land. Diese werde ich hier nun anführen. Highlights vom ehemaligen Vize Kanzlers Sigmar Gabriel, des Finanzministers Wolfgang Schäuble, des Spitzenpolitikers der Linken, Gregor Gysi, sowie Theo Weigel, der da sagt, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei und dass selbst die Behörden auf Nachfrage von Frontal21 bzgl. der Souveränität keine Antworten geben, etc.



Es gibt bewusste Manipulationen der deutschen Bevölkerung, indem man schweigt oder bewusst Falschmeldungen durch den ÖR in die Welt setzt. Wem gehören denn eigentlich die deutschen Medien? Wem gehört das Geld? Aus welchem Grund gibt es bis heute keinen Friedensvertrag und keine Verfassung für die BRiD? Der 2+4 Vertrag ist kein Friedensvertrag, wird jedoch als solcher bezeichnet, auch eine bewusste Täuschung. Ist das Hochverrat?

(vgl. <https://deme.info/internet/die-deutschland-luege/>.)

Da heute im Netz nichts mehr sicher ist, werde ich hier alle Menschen, die in dem Video vorkommen, zitieren, damit es festgehalten ist:

Xavier Naidoo: „Aber nein, wir sind nicht frei. Wir sind immer noch ein besetztes Land. Deutschland hat keinen Friedensvertrag und dementsprechend ist Deutschland auch kein echtes Land und nicht frei.“

⁶⁸ https://www.deutschlandfunkkultur.de/nahe-ramstein-im-bau-groesstes-amerikanisches-krankenhaus.1001.de.html?dram:article_id=397090

⁶⁹ <https://deme.info/eine-zusammenfassung-der-lügen-und-die-bestatigung-des-hochverrats/>

Seitdem er diese Aussage öffentlich gemacht hat, nennen ihn die Hetzer der deutschen Medien „Reichsbürger“. Die Prestituierten haben aber scheinbar einiges vergessen, bspw. Jeder, der die illegalen Machenschaften der BRD in Frage stellt oder am offiziellen Narrativ des souveränen Deutschlands zweifelt, wird ja mittlerweile pauschal als „Reichsbürger“ abgestempelt.

- „Reichsbürger“ Wolfgang Schäuble: *„Das war die alte Rechtsordnung, die dem Völkerrecht noch zugrunde liegt mit dem Begriff der Souveränität, die in Europa längst ad absurdum geführt worden ist, spätestens in den zwei Weltkriegen [...]. Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 [Wehrmacht kapitulierte] zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“*
- „Reichsbürger“ Gregor Gysi: *„Aber das Verhältnis müssen wir doch einmal klären. Ich meine, ich muss Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, dass das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden? Also ich finde es wird höchste Zeit.“*
- „Reichsbürger“ Egon Bahr: *„Es wäre langsam an der Zeit, dass einmal grundsätzlich geklärt wird, welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch. Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich Null, die Änderungen. Und das was 1990 da dann draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert.“*
- „Reichsbürger“ Theo Waigel: *„Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind.“*
- „Reichsbürger“ Carlo Schmid: *„Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten. [...] Das Grundgesetz für dieses Staatsfragment muss gerade aus diesem, seinem inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich selber tragen.“*

und zu guter Letzt...

- „Reichsbürger“ ZDF: *„Schon erstaunlich, dass wir auf eine Frage der Souveränität Deutschlands von mehreren Behörden nur ausweichende Antworten bekommen.“*

Gemäß der Hetzkampagne gegen Xavier Naidoo sind entweder einige unserer Spitzenpolitiker rechtsradikale Verschwörungstheoretiker oder aber es passt einigen nicht, dass dieses Thema von einem Künstler öffentlich gemacht wird. Ein Schelm, wer Böses denkt.

Was behaupten „Reichsbürger“ noch so? Genau! Dass bspw. Deutschland eine Firma sei.
So auch

- „Reichsbürger“ Sigmar Gabriel: *„Ich sage euch: Wir haben gar keine Bundesregierung. Wir haben Frau Merkel ist Geschäftsführerin [sic!] einer neuen Nichtregierungs-Organisation in Deutschland. Das ist das, was sie ist.“*
- *„Wir müssen uns ja abheben von dem Gespräch gestern zwischen der Kanzlerin und ihrem Stellvertreter, ob sie die Firma gemeinsam weiterführen.“*



15 Quelle: deme.info; Die wirklichen Machthaber dieser Welt.

- Schäuble: *„Die Bevölkerung ist nicht unser Problem. Das Problem ... Das ist in der Demokratie nie so. Nein, das ist nur die Arroganz derer, die auf dem Podium sitzen, dass sie glauben, das Volk sei das Problem. Das Problem sind immer nur die Regierenden, nicht das Volk.“*

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Bundesrepublik Deutschland
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	BRD
L	D-U-N-S® Nummer	341611478
L	Geschäftssitz	Dorotheenstr. 184
L	Postleitzahl	10117
L	Postalische Stadt	Berlin
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	0302270
W	Fax Nummer	03022736740
W	Name Hauptverantwortlicher	Joachim Gauck
W	Tätigkeit (SIC)	9199

Mein UPIK® - Login

Benutzername:

Passwort:

[Login](#) [Passwort vergessen?](#)

[Meine Vorteile](#)

[Jetzt registrieren](#)


Mehr zum Thema

[Welche Datenbasis liegt der Trefferliste zugrunde?](#)

[Welche Datenbasis liegt dem UPIK®-Datensatz im Suchergebnis zugrunde?](#)

Seite 1 von 1

Abruf vom 2.2.2005 12:03

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnisse	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Setzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse
1	2	3	4	5	6
1	<p>a) Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung</p> <p>b) Frankfurt am Main</p> <p>c) Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldverschreibungen, dem Abschluss von Swap-Geschäften sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlegen) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehören auch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der</p>	50.000,00 DEM	<p>a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.</p> <p>b) Geschäftsführer: Schleif, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1946 Geschäftsführer: Tschentke, Eberhard, Meckenheim, *20.07.1940</p>	<p>Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer Dr. Lehr, Carsten, Rodgau, *08.10.1965 Dr. Ricker, Andreas, Mörsfeld, *30.05.1965 Weinberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1991</p>	<p>a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990 zuletzt geändert am 08.01.2001</p>  <p style="text-align: right;">deme.info</p>

Am 08.09.1948 sagte Carlo Schmid, einer der Gründerväter des Grundgesetzes für die BRD:⁷⁰

*„Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. Diese bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die dort unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, dass damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, dass es als Staat nicht mehr existiert. Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt: Aufgrund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der Debellatio, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch. Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die Debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht. Sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen. Der Sieger muss also von dem Zustand der Debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Und hier gibt es zwei Möglichkeiten nach Völkerrecht: Die eine ist die Annexion. Er muss das Gebiet des Besiegten annektieren, seinem Gebiet einstückeln. Dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet oder die sog. Subjugation, die Verknechtung des besiegten Volkes. Aber, die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt: 1. Dass kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll und 2. dass das deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, dass zumindest aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluss gezogen werden kann, dass Deutschland als staatliches Gebiet zu existieren aufgehört hat. Aber, es ist ja etwas geschehen 1945, dass ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Nur ist, was geschehen ist, eben **nicht** die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit. Aber was ist es denn, was geschehen ist? 1. Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat identisch gewesen ist mit dem Staatsapparat, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht Vernichtung des Staates der Substanz nach. Diese Auffassung, dass die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet sei und dass es als Rechtssubjekt erhalten worden sei, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde noch, es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zumindest auf bestimmten Sachgebieten ausgeübt durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im Ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen. Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen, sie hat den Träger gewechselt, sie ist in Treuhänderschaft übergegangen. Das Gebiet ist zwar weitgehend verletzt, aber der Substanz nach ist es erhalten. ... [Sprich Grenzen von 1937.] Und das deutsche Volk ist als Staatsvolk erhalten geblieben. Und damit, dass die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben.“*

⁷⁰ <https://staatenlos.info/>, The Truth about Federal Republic GERMANY Deutschland!, ab Min. 50

Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([18/5178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 ([18/5033](#)). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der „These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches“ erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, „damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann.“⁷¹

Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR

Aktenzeichen: 2 BvF 1/73

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <26>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch".⁷²

In diesem Land gibt man sich Mühe den einzelnen Bürger in maximaler Rechtsunsicherheit zu lassen. Menschen, die sich in ihren Rechten ein wenig auskennen und diese auch einfordern, werden als öffentlich als „Reichsbürger“, „Querulanten“, „Spinner“, „Pack“, „Aluhutträger“, „Rechtsextreme“, „Papierterroristen“, „Terroristen“ und ähnlichen Schimpfwörtern gebrandmarkt und verunglimpft. Beachte, welche super Antwort man erhält, wenn man vom BVG nähere Auskünfte wünscht. Spoiler: Es ist eine Riesenfrechheit.

⁷¹ https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_06/-/380964 (wieder einmal löscht die BRD was unangenehmes von ihrer Webseite)

https://web.archive.org/web/20160307064026/http://www.bundestag.de/presse/hib/2015_06/-/380964

⁷² <http://www.freiheitistselbstbestimmtesleben.de/pdf/2Bvfi-73.pdf>

auch sehenswert: <https://archive.org/details/BVGAntwortetZumUrteilVom31.07.1973>

Rechtslage

Der höchste bundesrepublikanische Gerichtshof in Karlsruhe hat bereits am 31.07.1973 eindeutig, unwiderruflich und zutreffend den Fortbestand des Deutschen Reiches, damit also auch z.B. der Ostmark, festgestellt, denn im Mai 1945 hatte nur die deutsche Wehrmacht, nicht aber das Deutsche Reich kapituliert. Danach kann kein weiterer Staat auf dem gleichen Territorium völkerrechtlich bestehen. Wir hatten unsere Waffen niedergelegt und sind seither vom Feind besetzt und wehrlos seiner Willkür und seinem Terror ausgesetzt.

Das deutsche Staatsgebiet in Europa wird vom Feind vollständig kontrolliert und beherrscht. Regiert werden wir von seinen Dienstlingen, den Kollaborateuren, Helfern und Helfershelfern, die hemmungslos gegen das deutsche Volk handeln, dafür ihren hohen Judaslohn selbst aus der Kasse der Allgemeinheit bestimmen dürfen und dann sogar noch skrupellos erhöhen können, wenn sie das eigene Volk zu Einschränkungen zwingen.

Die „Feindstaatenklauseln“ sind ebenso voll in Kraft wie das „Besatzungsstatut“ und die deutsche Nachkriegsjustiz handelt gesetzeswidrig und feindgemäss nach den verbrecherischen „Londoner Statuten“, wonach Behauptungen des Feindes Gesetzeskraft haben, also weder in Frage gestellt werden können noch eines Beweises bedürfen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Wir haben demnach weiterhin Kriegszustand bis zum Abschluss eines Friedensvertrages, der nur mit dem Deutschen Reich abgeschlossen werden kann, das zu diesem Zwecke wiederherzustellen, voll funktionsfähig und feindfrei zu machen ist. Freie Wahlen sind nur in einem freien Land möglich.

Alle Gesetze, Urteile, Verordnungen, Verträge, Anordnungen usw. sind null und nichtig, rechtsunwirksam und illegal, sofern sie nicht von den Gesetzen des Deutschen Reiches gedeckt sind. Den Reichsgesetzen bleibt weiterhin das gesunde deutsche Volksempfinden zugeordnet. Reichsrecht bricht Besatzungsrecht ! Kein Verstoß ist verjährbar und ist von dem wiedereinzusetzenden Reichsgericht abzuurteilen.



Bundesverfassungsgericht

- Präsidialrat -

Bundesverfassungsgericht • Postfach 1771 • 76006 Karlsruhe

Herrn
Arend Becker



Aktenzeichen
AR 5490/05
(bei Antwort bitte angeben)

Bearbeiterin
Frau Stritzinger

☎ (0721)
9101-419

Datum
18.08.2005

Ihre Eingabe vom 5. August 2005
1 Merkblatt

Sehr geehrter Herr Becker,

das Bundesverfassungsgericht kann nur im Rahmen seiner durch Gesetz festgelegten Zuständigkeit tätig werden. Danach kann der einzelne Bürger das Bundesverfassungsgericht lediglich mit der Verfassungsbeschwerde anrufen, über deren Zulässigkeitsvoraussetzungen Sie das vorsorglich beigelegte Merkblatt unterrichtet.

Außerhalb eines zulässigen Verfassungsbeschwerde-Verfahrens hat das Bundesverfassungsgericht keine Möglichkeit, auf Eingaben Einzelner hin oder von Amts wegen tätig zu werden. Insbesondere gehört es nicht zu seinen Aufgaben, einen ihm vorgetragenen Sachverhalt allgemein zu überprüfen und eine Stellungnahme hierzu abzugeben.

Soweit Sie mit Ihrem Schreiben das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 im Verfahren 2 BvF 1/73 ansprechen, wird darauf hingewiesen, dass das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich davon absieht, seine Entscheidungen im Nachhinein zu erläutern oder zu kommentieren. Dem einzelnen Bürger muss deshalb die Prüfung selbst überlassen bleiben, welche Schlüsse aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen sind bzw. welche Auswirkungen die Entscheidungen im einzelnen Fall haben.

Dienstgebäude: Schloßbezirk 3, 76131 Karlsruhe
Postfach 1771, 76006 Karlsruhe
Telefon 0721/9101-0 • Telefax 0721/9101-382



„Auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover ist heute der Wille zur Wiedervereinigung bekräftigt worden. Der CSU-Vorsitzende Bundesfinanzminister Waigel sagte vor rund 10.000 Menschen, Ziel bleibe die Einheit des deutschen Volkes. Auch die, so Waigel, ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße gehörten zur deutschen Frage.“ Es folgt das vorherige Waigel-Zitat.⁷³

Am 09.11.1989 berichtete der hessische Rundfunk:

„26 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion gaben eine eigene Erklärung ab, in der sie feststellten, dass es kein völkerrechtlich wirksames Dokument zur Abtrennung von 108.000 qkm von Deutschland gäbe. Bis zur Stunde bestehe Deutschland rechtlich im Gebietsstand von 1937.“

Das Kanzleramt hatte sich auch bzgl. des Friedensvertrages schon intensiv Gedanken gemacht, siehe nächste Seite.

⁷³ *The Truth about Federal Republic GERMANY Deutschland! staatenlos.info, Min. 56*

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Ein Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Schaut mal, was beim 2+4 Vertrag beschlossen wurde:

„4. Die vier Siegermächte erklären, dass die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann. Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, dass nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, dass er zur Kenntnis genommen hat, dass diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, dass die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d.h., da ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.“⁷⁴

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hrsg. v. Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv.
Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. ISBN 978-3-486-56360-3.
© 1998 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

⁷⁴ Nr.354B, Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden, zum dritten Treffen der Außenminister zum 2+4 Vertrag in Paris am 17. Juli 1990, S.1370
https://wiedervereinigung.bundesarchiv.de/sites/default/files/documents/content/354_vorlage_an_bk_kohl_ueber_3._treffen_am_zwei_plus_vier_1990-07-17.pdf

Adenauer und die Sache mit DER VERHINDERUNG DER ENTNAZIFIZIERUNG

Gleich in seiner ersten Regierungserklärung macht Bundeskanzler Adenauer klar, dass er die Entnazifizierung durch die Alliierten beenden wird:

„Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden. Aber im Übrigen dürfen wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden, die politisch Einwandfreien und die nicht Einwandfreien. Diese Unterscheidung muss baldigst verschwinden.“

Umgehend bringt seine Regierung ein Gesetz ein, dass sog. „Minderschwere Verbrechen aus der Nazizeit“ amnestiert.⁷⁵

„Das war eines der ersten Gesetze des Bundestages überhaupt; sehr schnell auf den Weg gebracht, sehr schnell kurz vor Sylvester 1949 durch den Bundestag gebracht.“

Norbert Frei, Historiker

Nach dem Willen Adenauers sollen die Akten über tausende NS-Täter unter Verschluss bleiben. Dabei spielt es ihm in die Karten, dass die Amerikaner den Zugang zu diesen Akten strikt kontrollieren. An dieser Stelle sei auch „Operation Paperclip“ erwähnt, ein militärisches Geheimprojekt der USA, um nach Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Naziwissenschaftler und Techniker zu rekrutieren und sich deren militärisches Wissen und Können zu sichern. Dafür wurden deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in die Vereinigten Staaten verlegt.

In der Hauptstadt Bonn wird in den 50er Jahren für die zahlreichen, neuen Ministerien Personal benötigt. Dies stellt die Regierung vor ein Problem.

Sie will auf jene erfahrenen Beamten zurückgreifen, die 1945 wegen ihrer Kollaboration mit den Nazis von den Alliierten aus ihren Ämtern entfernt wurden!

Hochbelastete Beamte und ehemalige Gestapo-Mitarbeiter hat man mit dem sog. 131er Gesetz wieder zurück in ihren öffentlichen Dienst befördert. Dieses besagte:

„Gestapo-Beamte sollen vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden, es sei denn sie sind von Amtswegen zur Gestapo beordert worden.“

Der Witz hierbei: Fast jeder Gestapo-Beamte wurde von Amtswegen zur Gestapo versetzt. Man hat so getan, als wäre der Normalfall die Ausnahme. Allein durch diese Regelung strömen **mehr als 50.000 NS-Beamte zurück in den Staatsdienst** der jungen Bundesrepublik (und damit hat das dritte Reich faktisch niemals aufgehört zu existieren). Auch NS-Juristen wurden mit diesem Gesetz ebenfalls wiederaufgenommen. Rasch entwickelt sich das Justizministerium zu einer Hochburg ehemaliger Nazis. Die NS-Juristen tun alles, um ihre Karrieren fortzusetzen: Wenn Vorwürfe laut werden, einzelne Mitarbeiter hätten an verbrecherischen Gesetzen mitgewirkt,

⁷⁵ auch als Doku verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=UwawHToxivM>

ordnet das Ministerium pflichtgemäß Überprüfungen an. Dabei aber macht man den Bock zum Gärtner.

Dort wurden i.d.R. auch ehemalige Parteigenossen mit der Begutachtung dieses Verhaltens beauftragt, sodass das Ergebnis der Untersuchung von vorneherein feststand: Das Verhalten zwischen 1933 und 1945 sei aus rechtlicher Sicht nicht zu beanstanden gewesen. Bisher haben wir keinen einzigen Fall gefunden, in dem tatsächlich irgendwelche Maßnahmen gegen Mitarbeiter des Bundesjustizministeriums ergriffen wurden. Tausende NS-Verbrecher lebten feuchtfröhlich, unerkant und oft unter falschem Namen weiter in Deutschland. Dabei gab es weder Ambitionen sie zu suchen noch sie zu verfolgen. 1954 folgt dann ein weiteres Gesetz, das ihre Verbrechen amnestiert. Ohne dass dies eine Strafverfolgung nach sich zieht, bietet das Gesetz untergetauchten NS-Verbrechern die Möglichkeit, wieder ihren richtigen Namen anzunehmen. Noch erstaunlicher ist, warum niemand nachfragt, warum sie in der Illegalität gelebt haben. In der Wochenschau „Der Augenzeuge“ (DDR) hieß es:

„Berlin. Auf einer internationalen Pressekonferenz des Ausschusses für deutsche Einheit wies Professor Albert Norden nach, dass 600 Nazi-Juristen im Dienste Adenauers stehen.“

Die DDR legt Dokumente vor, die die Nazivergangenheit etlicher Juristen des Westens eindeutig belegen. Man gibt ein sog. Braunbuch heraus, das die NS-belasteten Richter des Westens brandmarkt und eine unmissverständliche Sprache spricht.

„Hitlers Justiz ist jetzt auch Adenauers Justiz.“ Mit diesen drastischen Parolen wurde aufgewiegelt. Hinzu kam auch noch, dass man die Personalakten der Reichsjustiz in Ostberlin hatte, sowie Dokumente über das Verhalten dieser Leute. Die DDR ging noch einen Schritt weiter und bot bundesdeutschen Behörden an, Akten über Todesurteile des NS-Regimes offenzulegen, um belastete Richter zu enttarnen. Die entsprechenden Behörden lehnten dieses Angebot jedoch dankend ab. Geplant war eine Anklage gegen die Verantwortlichen des Holocaust, wodurch ein Verfahren gegenüber mehr als 300 Schreibtischtätern eingeleitet worden wäre. Dieser Prozess hätte die Nürnberger Prozesse bei Weitem in den Schatten gestellt. Die Öffentlichkeit wäre noch aufgewühlter als beim Ausschwitzprozess gewesen, weil es auch die Strukturen des Dritten Reichs offengelegt hätte. Zu diesem Prozess durfte es auf keinen Fall kommen, weil auch Schreibtischtäter im Bundesjustizministerium saßen. Zur Vereitelung wird noch rechtzeitig ein harmlos klingendes Gesetz durch den Bundestag gepeitscht, bei dem es schwer fällt zu verstehen, worum es eigentlich geht.

„Fehlen besondere persönliche Eigenschaften, Verhältnisse oder Umstände, welche die Strafbarkeit des Täters begründen, beim Teilnehmer, so ist dessen Strafe nach den Vorschriften über die Bestrafung des Versuchs zu mildern.“

Limitierte Akzessorietät (begrenzte Abhängigkeit)

Hinter diesem komplizierten Text verbirgt sich ein weiterer Trick: **NS-Verbrecher können** so nicht mehr zu Beihilfe zum Mord, sondern **nur noch zu Beihilfe zum Totschlag angeklagt werden. Die aber ist für NS-Taten bereits verjährt. So führt dieses harmlos klingende Gesetz zur Straffreiheit tausender NS-Verbrecher.**

In den 70er Jahren nimmt die Zahl der Verfahren gegen NS-Verbrecher weiter ab. Viele Deutsche sind erleichtert, denn das Vergangenheitsproblem scheint gelöst zu sein. Da stören plötzlich die

Amerikaner den Frieden: Sie bieten an, jene Akten zurückzugeben, die sie bei Kriegsende über das NS-Regime gesammelt hatten. Auch hier lehnt die BRD ab.

„Die Deutschen wussten, solange diese Akten in den Händen der Amerikaner sind, kommt niemand ran und holt den braunen Schmutz raus. Sobald wir sie in Deutschland haben, wird der Druck durch die Öffentlichkeit, die Medien, die Opposition so groß, dass wir das Archiv öffnen müssen.“

Malte Herwig, Historiker

Die Ablehnung der Akten durch die BRD weckt Misstrauen im Ausland. Die BBC befragt Daniel Simon, den amerikanischen Direktor des Berlin Document Centers, in dem die NS-Akten liegen. Zitat:

„Viele ehemalige Mitglieder der SS und der NSDAP sind noch am Leben. Auch wenn ich nicht genau weiß wer, aber mit Sicherheit könnte man ihren Namen mit den damaligen Taten in Verbindung bringen. Das aber wäre dann wohl peinlich für sie und die deutsche Regierung. [...] Es geht um 13 Millionen Menschen. Seit 1945 sind die ja nicht alle gestorben.“

Um die Enttarnungen insbesondere westdeutscher Spitzenpolitiker zu verhindern, beginnt die BRD ein doppeltes Spiel.

*„Wir (die BRD) werden öffentlich von euch fordern, dass die Akten sofort zurückgegeben werden. Wir erwarten aber von euch – unter der Hand – dass ihr das ablehnt. Und mit diesem Bescheid können wir uns rausreden.“ (D.h. die Bundesregierung hat das deutsche Parlament belogen.)
Hierzu hat man Akten in Washington gefunden! Das Spiel geht auf. **Von Adenauer bis Kohl saßen in jeder Bundesregierung ehemalige NSDAP-Mitglieder am Kabinettstisch. Insgesamt sind es 26 Bundesminister und 2 Bundespräsidenten**, die der NSDAP angehörten. Diese Brut hat natürlich auch Nachkommen gezeugt, die heute in der Politik ebenfalls vertreten sind.*

Fazit: WIR WURDEN UND WERDEN VON NAZIS REGIERT!

Dieses Nazi-Regime hatte auch seine ganz eigene Vorstellung darüber, dass es die Saarländer unbedingt wieder eingliedern müsse, weil wir uns angeblich als ein „immer gefährlicheres Hindernis“ zur Einigung Europas erwiesen und ihrer Nazi-Agenda im Weg standen, zudem wird frech behauptet, dass wir uns dem deutschen Reich auf ewig verpflichtet hätten und die BRD als sein Nachfolger damit ein Anrecht auf uns hätte. Obernazi Kiesinger stellt hier falsche Behauptungen auf, um einen Vorwand zu schaffen, das Saarland annectieren zu können. Im *Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes* vom 30. Januar 1935 hieß es: „Das Treuebekenntnis vom 13. Januar 1935 hat bestätigt, dass das deutsche Saarvolk mit der Deutschen Nation eine unlösliche Einheit bildet.“⁷⁶ Hier steht **nicht**: Das Saarvolk bekennt seine Treue zum Deutschen Reich, zur Weimarer Republik oder zur BRD, sondern dass es mit der *Deutschen Nation* eine unlösliche Einheit bildet, das ist etwas anderes! „Eine **Nation** ist **eine große Gruppe von Menschen**. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame **können Merkmale sein** wie: die Sprache, Traditionen, die Wirtschaft, ein Gebiet, eine Kultur, Religion, Herkunft und manches andere.“⁷⁷

II.

Bis zum Ende des ersten Weltkrieges hat es den historischen und politischen Begriff eines Saargebiets oder eines Saarlandes nie gegeben. Erst der Versailler Friedensvertrag schuf diesen Begriff. Auf Betreiben Frankreichs wurde dieses Gebiet der treuhänderischen Verwaltung durch den Völkerbund übergeben, um französischen Reparationsforderungen zu entsprechen (Artikel 45 des Versailler Vertrages). Über die endgültige staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes sollte eine im Jahre 1935 stattfindende Volksabstimmung entscheiden. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist bekannt.

Wie wir gesehen haben, gab es den politischen Begriff des Saargebietes oder Saarlandes schon vor dem Versailler Vertrag. Gleich zu Beginn lügt hier Kiesinger, dass sich die Balken biegen. Wir haben abgestimmt, zu welchem Volk wir uns zugehörig fühlen! Das heißt aber noch lange nicht, dass wir dem besetzten Verwaltungskonstrukt der BRD angehören wollten, von der das ZDF selbst sagte, dass es der Rechtsnachfolger des Dritten Reiches sei. Wie JoHo gesagt haben soll: „Wir wollen gerne wieder zu Deutschland gehören, aber erst, wenn Deutschland frei ist.“

⁷⁶ <http://www.verfassungen.de/saar/eingliederungsgesetz35.htm>

⁷⁷ <https://klexikon.zum.de/wiki/Nation>

Nach dem zweiten Weltkrieg, unmittelbar nach der Konferenz von Potsdam im Jahre 1945, verlangte Frankreich in einer Reihe von Erklärungen und Noten gegenüber den Alliierten, daß das Saargebiet, das zur französischen Besatzungszone gehörte, von Deutschland getrennt und wirtschaftlich und währungsmäßig mit Frankreich vereinigt werden sollte.

In der Folge unterstützten Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika die französischen Forderungen. Frankreich löste im Jahre 1946 das Saarland aus dem französischen Besatzungsgebiet heraus und unterstellte es einem Sonderregime, das nicht mehr der Kompetenz des Alliierten Kontrollrates unterstand. Es zog Zollschranken gegenüber dem angrenzenden französischen Besatzungsgebiet und führte am 15. November 1947 den französischen Franken als gesetzliche Währung ein. Die im Jahre 1947 eingeführte Verfassung proklamierte, daß die Zukunft des Saarlandes durch enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich, insbesondere durch Einbeziehung in das französische Zoll- und Währungsgebiet, und durch die politische Unabhängigkeit von Deutschland bestimmt sein sollte. Seit Beginn des Jahres 1948 wurde das Saarland nicht mehr als ein Teil der französischen Besatzungszone verwaltet. Am 20. Februar 1948 wurde ein Dreimächteabkommen zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen, das sich mit den Fragen befaßte, die sich aus der Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftssystem ergaben, vor allem auf dem Gebiete der Steinkohle und den Auswirkungen des wirtschaftlichen Anschlusses auf den Handel zwischen den drei deutschen Westzonen und dem Saarland. Am 1. April 1948 trat eine Zollunion zwischen Frankreich und dem Saarland in Kraft.

Am 5. März 1950 wurde zwischen Frankreich und der damaligen Saar-Regierung eine Reihe von Abkommen geschlossen, die im Jahre 1953 weiter ausgebaut wurden, und durch welche die von der französischen Politik bis dahin geschaffenen Verbindungen auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet endgültig gefestigt werden sollten.

Die geschilderte Entwicklung vollzog sich im wesentlichen vor der Gründung der Bundesrepublik. Diese sah sich daher von Anfang an einer außerordentlich schwierigen, manchmal fast hoffnungslos erscheinenden Aufgabe gegenüber. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung durften und konnten als Vertreter und Wahrnehmer der Interessen ganz Deutschlands die durch Frankreich vollzogene Entwicklung nicht anerkennen und mußten versuchen, sie rückgängig zu machen. Dies war um so mehr erforderlich, als sich das Saarproblem für die angebahnte europäische Einigung als ein immer gefährlicheres Hindernis erwies. Die von der Bundesregierung unternommenen Schritte und Verhandlungen und die wiederholten Stellungnahmen des Deutschen Bundestages wurden im Geiste der freundschaftlichen Verständigung mit Frankreich und mit dem Willen geführt, die europäische Einigung am Saarproblem nicht scheitern zu lassen.

Wie wir gesehen haben, hat sich das Saarland immer weiter von Frankreich gelöst und ist immer autonomer geworden, bis es als gleichberechtigter Partner mit Frankreich auf Augenhöhe verhandelte. Das Einzige, was die beiden Länder verband, war ihre gemeinsame wirtschaftliche Zusammenarbeit, die später auch die WEU mit der BRD und den BeNeLux-Staaten vereinbarte. Wenn überhaupt, war das Saarland hier Vorreiter der europäischen Idee gewesen.

Ein Fernsehbericht des ZDF vom 03.02.2012 sorgte bei mir ebenfalls für Aufregung, zu finden unter dem Link <https://www.youtube.com/watch?v=4cKc-GW2G7k>

Zitat: „**Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches** dürfe nicht von Einzelpersonen verklagt werden. Das verstoße gegen das Völkerrecht.“



Warum verstieß die Klage gegen das Völkerrecht? Weil es sich beim Dritten Reich als Fortsetzung der Weimarer Republik um eine Firma handelte. Und eine Firma oder GmbH hat keinen völkerrechtlichen Status.

Merkel selbst sagte auch live bei Phoenix: „... aus der Geschichte des Nationalsozialismus, aus der die Bundesrepublik Deutschland entstanden ist ...“⁷⁸

⁷⁸ The Truth about Federal Republic GERMANY Deutschland! staatenlos.info Min 58

Trotz Verbot: Übernahme von mehr als 70 Nazi-Gesetzen

Die Alliierten erklärten alle Nazi-Gesetze des Dritten Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg für ungültig. Das hielt die Nazi-BRD jedoch nicht ab, mehr als 70 Gesetze aus dieser Zeit wieder einzuführen, die bis zum heutigen Tag für das PERSONAL der BRD gültig sind. Das Einzige, was sie gelegentlich änderten, war Wörter mit „Reich“ durch „Bund“ auszutauschen, bspw. *Bundesminister* anstatt *Reichsminister*.

Die Anwendung von NAZI-Gesetzen ist seit dem 20.09.1945 verboten. Darüber hinaus ist es nach dem Verband Deutscher Rechtssachverständiger offenkundig, dass es sich bei den sog. Befreiungsgesetzen um die SHAEF-Gesetzgebung handelt, die SMAD-Befehle, Proklamationen und Kontrollratsgesetze sowie die in Gesetzesstand erhobenen Entscheidungen der Besatzungsmächte. Insbesondere ist auch nach der „Tillessen“ Entscheidung⁷⁹ die Anwendung von NS-Recht aus der Zeit von 1933 bis 1945 verboten, sowie solcher Gesetze vor 1933, an denen die Nationalsozialisten maßgeblich mitbeteiligt waren.

Einige Rosinen möchte ich besonders hervorheben:

06.04.1933	SparkGiroVerbG über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband
12.09.1933	RKonkordatBek Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl
09.03.1934	MietPFG Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtzinsforderungen wegen Ansprüche aus öffentlichen Grundstückslasten
16.10.1934	EStG Einkommenssteuergesetz
08.08.1935	GBV Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung
01.12.1936	GewStG Gewerbsteuergesetz
30.01.1937	AktG Aktengesetz
11.03.1937	JBeitrO Justizbeitreibungsordnung
04.02.1937	DepotG Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
13.07.1937	VersStDV 1960 Versicherungsteuer-Durchführungsverordnung 1960
12.08.1937	HRV (Handelsregisterverordnung) Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters
27.07.1938	SpielbkV Verordnung über öffentliche Spielbanken

⁷⁹ Entscheidung des Tribunal Général de la Zone Francaise d'Occupation vom 06.01.1947 in Rastatt mehr Interessantes zu diesem Thema: <http://grundrechte-netzwerk.de/?p=1125>

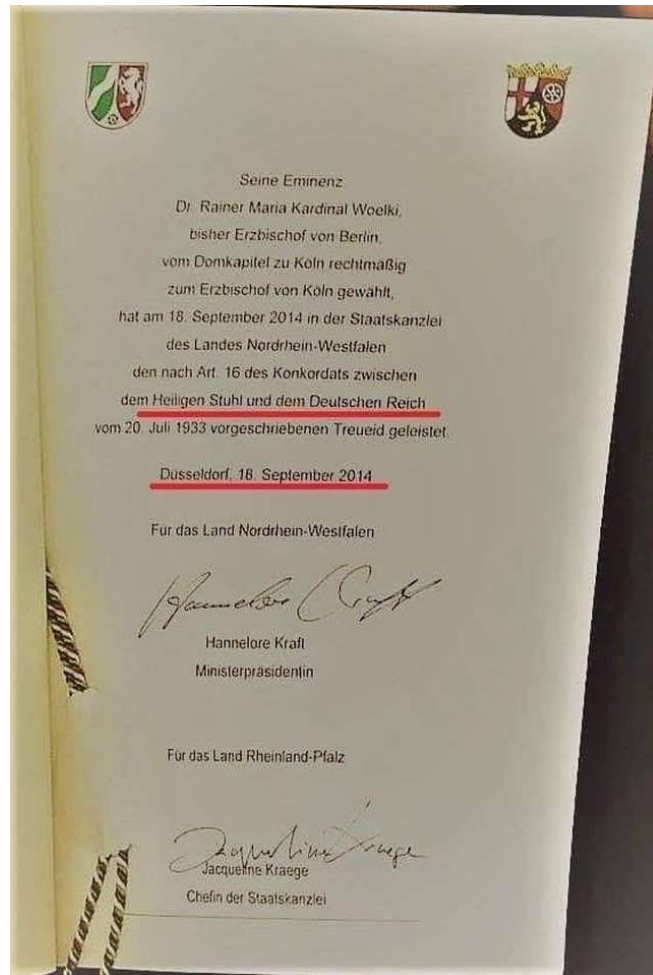
Restliche Liste der bis mindestens April 2016 durch die BRD angewandten NS-Gesetze und -Normen.⁸⁰

09.06.1933	AuslVerbindIG	11.02.1938	WZG§35CANBek
21.06.1933	WG	31.07.1938	TestG
28.06.1933	GewBezG	08.09.1938	EVO
14.08.1933	ScheckG	23.11.1938	RRHErl
22.12.1933	RAusIDRBest	22.12.1938	HypFällV
27.02.1934	VwVereinfG	31.12.1938	ElbVwHHmbV
08.03.1934	LVBek 1934	17.02.1939	HeilprG
08.03.1934	UHV Bek 1934	18.02.1939	HeilprGDV 1
08.03.1934	SVBek 1934	20.02.1939	RHiStAbkITADV
05.06.1934	KVBek 1934	31.05.1939	RHiGRCAbkAV
16.10.1934	BewG	15.06.1939	RBkG
04.12.1934	LagerstG	28.06.1939	RHiGRCAbkBek
13.12.1934	UrhRSchFrVerlG	30.06.1939	SchVermssgIntVs
14.12.1934	LagerstGDV	04.07.1939	VerschG
04.01.1935	RSiedlGErgG 1935	28.07.1939	WZGBek 1939-07-28
13.12.1935	RBerG	28.08.1939	PrisenO
07.01.1936	RHiStVtrSWEDV	28.08.1939	PrisenGO
08.03.1936	MittelweserG	07.05.1940	MündelPfandBrV
05.05.1936	GebrMG	12.05.1940	LiBiUrhFrVerlG
05.05.1936	PatG	20.06.1940	WZG§35CHEBek
26.06.1936	SchVerschrFrdWäg	26.07.1940	GBWiederhV
15.09.1936	WZGBek 1936-09-15	02.08.1940	RBkPräsErl
20.10.1936	RHiStAbkFINDV	12.10.1940	WZG§35NFKBek
29.12.1936	WpSchCHEGDV	15.11.1940	SchRG
06.03.1937	WZG§35GBRBek	19.12.1940	SchRegO
11.03.1937	JBeitrO	04.03.1941	KAEAnO
18.05.1937	VollstrAbkITAAB	19.05.1941	KnVAusbauV
03.06.1937	WZGBek 1937-06-03	18.06.1942	UrkErsV
30.06.1937	ElbVwGrHmbV	27.02.1943	A/KAE
03.11.1937	VermhDAusbV	07.12.1943	ErwZulG
04.01.1938	WZG§35IRLBek	22.07.1944	IMFAbk
05.01.1938	NamÄndG	22.07.1944	IBRDAbk
07.01.1938	FamNamÄndGDV 1	26.10.1944	WasKwV
03.02.1938	WZG§35NLDBek	07.12.1944	IntZLuftAbk

⁸⁰ Liste der durch die BRD angewandten NS-Gesetze auch etwas ausführlicher hier zu finden:
<https://derpreusse.blogspot.com/2016/11/liste-der-bis-april-2016-durch.html>

Durch das SparkGiroverbG wurden die Sparkassen von privaten Institutionen zu öffentlichen Körperschaften umfunktioniert. Anstelle der früheren Amtlichkeit stand jetzt die Öffentlichkeit und wurde mit dieser gleichgestellt. Allerdings war diese Gleichstellung nicht rechtskreisidentisch (vgl. S.123).

Als Beweis für die Anwendung des Konkordates von 1933 haben wir ein Dokument von 2014 entdeckt für die Ministerin aus NRW:



Entsprechend der Befreiungsgesetze dürfte keines dieser Gesetze angewendet werden, vgl. auch GG Art. 139:

Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Zudem erfüllen die BRD-Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte/Verwaltungen selbst den Straftatbestand der „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (vgl. §§ 86, 86a StGB). Der Verband Deutscher Rechtssachverständiger und Rechtskonsulent wird auch in Zukunft auf die Einhaltung von Gesetz und Recht durch die Angestellten/Bediensteten/Personal der BRD-Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte/Verwaltungen bestehen.

Bei einem erkennbaren Verstoß gegen Gesetz und Recht durch Angestellte/Bedienstete/Personal (Dienstausweis/Personalausweis) der BRD-Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte/Verwaltungs-

en, wird der vom Verband Deutscher Rechtssachverständiger und Rechtskonsulent auch in Zukunft entsprechend der gesetzlichen Vorschrift § 138 StGB reagieren und z.B. auch Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die BRD-Kriminellen stellen.

Und wer das immer noch nicht glauben kann, für den gibt es einen Beitrag in der taz⁸¹:

Gesetze aus der NS-Zeit, die bis heute gelten: Wo Adolf noch regiert

Vom Ehegatten-Splitting über die Stellplatzpflicht bis zur Mord-Definition stammen viele noch heute gültige Gesetze aus der NS-Zeit. Das hat nicht nur symbolische Bedeutung sondern auch konkrete Konsequenzen

von Henning Bleyl (21.04.2013)

BREMEN taz | 68 Jahre nach Hitlers Tod und dem Ende des „Dritten Reiches“ sind noch immer zahlreiche Gesetze und Verordnungen in Kraft, die vom „Führer“ und dessen Reichsregierung erlassen wurden. Auch in den aktuell gültigen Ländergesetzen sind diverse NS-Relikte zu finden – insbesondere in Norddeutschland, dem Besatzungsgebiet der Briten und US-Amerikaner. „Die Franzosen und Sowjets haben in ihren Zonen strenger durchgegriffen“, sagt der Bremer Völkerrechtler Gerhard Stuby.

Wer in Hamburg Lotto spielt oder in Bremens Kleingärten seine Hecke kurz hält, tut dies nach den Regeln des NS-Staates. [...] Auch schwerere juristische Kaliber wurden aus dem NS-Staat übernommen. So der „Tätertypus“-orientierte Mord-Paragraf oder auch das Ehegatten-Splitting – das die geringfügige berufliche Tätigkeit von Ehefrauen steuerlich belohnt.

Trotz der „Unrechtsbereinigungs-Gesetze“ von 2002 und 2009 [...] sind nach Auskunft des Bundesjustizministeriums noch 29 NS-Gesetze auf Bundesebene unmittelbar gültig. Zudem wurde bei vielen umformulierten Gesetzen „die Rechtssubstanz im Wesentlichen beibehalten“, sagt der Bremer Staatsrechtler Dian Schefold.

Gab es nach dem Krieg keine Diskussion um eine juristische „Stunde Null“, eine pauschale Aufhebung aller im NS-Staat gesetzten Rechtsnormen? „Durchaus“, sagt Schefold – „allerdings kaum unter Juristen.“ Denn die seien in ihrer großen Mehrheit selbst Teil der NS-Justiz gewesen.

Und die Besatzungsmächte? Deren Alliiertes Kontrollrat hob auf Reichsebene zwar einige der schlimmsten NS-Gesetze auf, entschied sich aber aus pragmatischen Gründen gegen ein grundsätzlicheres Vorgehen. Ein solcher Einschnitt jedoch, meint Schefolds Kollege Stuby, wäre „die richtige Antwort auf den einmaligen Zivilisationsbruch durch die Nationalsozialisten“ gewesen.

1990 war man konsequenter

Beim Systemwechsel 1990 gingen die Deutschen deutlich radikaler zu Werk: Während die BRD schlicht die Rechtsnachfolge des „Dritten Reiches“ angetreten hatte, wurde die Eliminierung des DDR-Rechts im Einigungsvertrag festgeschrieben. Die Folge: Aus der NS-Zeit blieb alles erhalten, was nicht ausdrücklich aufgehoben wurde – von der DDR nur das, was die BRD explizit übernahm. Und das war wenig.

⁸¹ <https://taz.de/Gesetze-aus-der-NS-Zeit-die-bis-heute-gelten!/5068958/>

Für Helmut Kramer [...] ist auch „das Fortwirken von Auslegungskonstruktionen und Denkfiguren“ eklatant. [Er] verweist auf die im Dritten Reich ins Strafgesetzbuch eingeführte Sicherungsverwahrung, die derzeit stufenweise ausgeweitet werde. Kramer: „Man kann sich je nach Opportunität aus dem Steinbruch der NS-Gesetze bedienen.“

Bei den Anwaltskammern landauf, landab gibt es an gültigen NS-Gesetzen kaum Interesse – entsprechende Anfragen bleiben meist unbeantwortet. Hartmut Scharmer [...] erläutert: „Der mögliche Fortbestand solcher Gesetze hat für mich weder symbolische noch praktische Relevanz.“ Sein Vergleich: „So, wie nicht jedes 1968 geborene Kind links ist, ist nicht jedes Gesetz aus der NS-Zeit rassistisch.“ [...]

Trotzdem bleibt festzustellen: Selbst 2013 ist die Gesellschaft noch bereit, Teile von Hitlers legalistischen Setzungen hinzunehmen: Happy Birthday, „Führer“!

Der Rechtsbankrott der BRD bei der Thüringer Landtagswahl 2019/2020

„Laut Höcke leben wir schon in einer Diktatur. Er macht sich nämlich Sorgen, dass „die Menschen spüren, dass es in diesem Land etwas gibt, ja, das wir die Herrschaft der politischen Korrektheit nennen, so eine Art Meinungsdruck. Ja, gewisse Politfelder sind mit Tabus umstellt, mit Sprachverbot und Denkverbote umstellt.“ (Höcke, Heul Hitler) Von Sprachverboten umstellt..., früher waren die Faschisten nicht solche Weicheier!“⁸²

Die BRD hat 2019 ganz offiziell gezeigt, dass die „Demokratie“ in diesem Lande nichts wert ist, dass bei einer legitimen Wahl eines Ministerpräsidenten manche Stimmen mehr oder weniger wert sind als andere. Was war passiert?

In Wikipedia ist zu lesen:

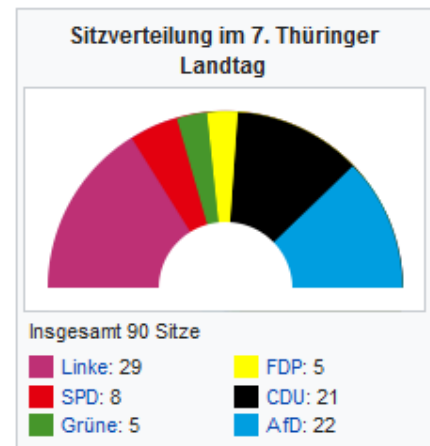
„Die Regierungskrise in Thüringen (auch Thüringen-Krise) wurde durch die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten mit Stimmen von AfD, CDU und FDP am 5. Februar 2020 ausgelöst. Die Wahl erlangte sowohl hohe nationale als auch internationale Aufmerksamkeit, weil erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Ministerpräsident mit Stimmen der [...] AfD gewählt wurde.“⁸³ [Hetze ausgeklammert; ich sehe hier einen anderen Grund]

⁸² Oliver Welke, Heute-Show vom 01.11.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=AgoixQeficM>

⁸³ https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungskrise_in_Th%C3%BCringen_2020 ; Wo sind Zusätze zu hören wie „die marxistische Linke“, die „kommunistische und linksradikale“ SPD, die „mittlerweile linksgrün-versiffte“ CDU oder die „neoliberale“ FDP? Solange andere Parteien keine solchen Zusätze erhalten, weigere ich mich ins gleiche Horn wie die Medien zu blasen, die keine Gelegenheit auslassen, den „Sonderstatus“ der AfD mit den entsprechenden Vokabeln hervorzuheben, ob es stimmt oder nicht, spielt hierbei keine Rolle. Mir geht es um neutrale Berichterstattung.

„Im Oktober 2019 wurde die Partei Die Linke unter dem seit 2014 regierenden Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stärkste Kraft im Parlament, die bisherige rot-rot-grüne Landesregierung verlor jedoch die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze. Eine von CDU und FDP bevorzugte Simbabwe-Koalition (schwarz-rot-gelb-grün) erhielt ebenfalls keine Mehrheit.

Da keine der im Landtag vertretenen Parteien in Verhandlungen mit der von Björn Höcke geführten AfD-Fraktion eintreten wollte, bestand wenig Aussicht auf eine Regierungskoalition mit parlamentarischer Mehrheit.



Die einzigen theoretischen Mehrheitsbündnisse, die von mindestens einer Partei öffentlich thematisiert wurden, waren rot-rot-grün plus FDP sowie eine Koalition der Linken mit der CDU. Im Vorfeld wurde medial auch die Möglichkeit diskutiert, dass Bodo Ramelow ohne eine erneute parlamentarische Wahl das Ministerpräsidentenamt lediglich geschäftsführend weiterbekleiden könnte.⁸⁴

Damals hieß es bspw. seitens der Deutschen Presse Agentur (dpa):

"Für die FDP ist wichtig, dass sie sich in einem polarisierten Umfeld behauptet hat." Jede Form der Zusammenarbeit mit der Linken schloss Kemmerich aus. Das gelte nicht nur für Koalitionen, sondern auch für Tolerierungs- oder Duldungsmodelle "oder jede andere Art der Kooperation, die auf eine Regierungsbildung hinausläuft" [...] CDU-Chef Mohring hat ebenfalls angekündigt, dass er eine sogenannte Simbabwe-Koalition mit FDP, SPD und Grünen versuchen wolle. Spitzenpolitiker von SPD und Grünen haben diese Konstellation [...] als "keine Option" für ihre Parteien abgelehnt. [...] Die CDU [...] schließt eine Zusammenarbeit mit der Linken aus. Keine Partei will zudem mit der AfD kooperieren."

Zudem heißt es in selben Artikel:

*„Die FDP kam exakt auf 5,0 Prozent, teilte Landeswahlleiter Günter Krombholz in Erfurt mit. **Zuvor waren die Ergebnisse aller Wahlkreise nochmals geprüft und kleinere Korrekturen vorgenommen worden.** (?) [...] Zu kleineren Abweichungen war es unter anderem gekommen, **weil in einigen Fällen Stimmen der falschen Partei zugeordnet wurden.** Laut Krombholz waren Helfer bei der Übermittlung von Daten offenbar versehentlich in die falsche Spalte gerutscht. "Es gab Zuordnungsfehler im vorläufigen Ergebnis, die sind im endgültigen Ergebnis korrigiert", so der Landeswahlleiter.“⁸⁵*

„Versehentlich“ rutschten Daten in die falsche Spalte (!?) Alle weigerten sich, irgendwie eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, weil die AfD mit allen Mitteln verhindert werden musste, aber zusammen wollte man auch nicht arbeiten.

⁸⁴ gleicher Wiki-Artikel

⁸⁵ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_86763604/mitspieler-im-koalitions poker-73-stimmen-mehr-als-noetig-fdp-sicher-im-thueringer-landtag.html

Der eigentliche Skandal kommt jetzt:

„Große Überraschung: Thomas Kemmerich ist neuer Ministerpräsident in Thüringen. Im dritten Wahlgang setzte sich der FDP-Politiker mit 45 Stimmen gegen Amtsinhaber Bodo Ramelow (Linke) durch. Der AfD-Kandidat Christoph Kindervater erhielt keine Stimme. Es gab eine Enthaltung. Damit erhielt Kemmerich die zur Wahl des Ministerpräsidenten erforderliche Mehrheit gemäß Artikel 70 Absatz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen. Er wurde unmittelbar nach seiner Annahme der Wahl von Landtagspräsidentin Birgit Keller vereidigt. [...]

Nach der Wahl gab es spontane Demonstrationen vor den Erfurter Landtag. Empörung machte sich im Internet breit. Hasstiraden in sozialen Netzwerken und "Drohanrufe" nach seinem Wahlsieg machen ihn betroffen, sagte Ministerpräsident Thomas Kemmerich bei einer ersten Pressekonferenz. Offenbar wurde Thomas Kemmerich durch ein taktisches Manöver der AfD ins Amt gewählt. Die AfD hatte in allen drei Wahlgängen den parteilosen Bürgermeister Christoph Kindervater ins Rennen geschickt, im dritten Wahlgang aber geschlossen für Kemmerich gestimmt.

Kemmerich strebt Regierung mit CDU, SPD und Grünen an

"Die Brandmauern gegenüber den Extremen bleiben bestehen. Wer Kemmerich gewählt hat, hat einen Gegner gegen jegliche Form des Faschismus", sagte Kemmerich bei seiner ersten Rede im Landtag. **Er sprach eine Einladung an SPD, CDU und Grüne aus, um "gemeinschaftlich staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen"**. Seine Rede wurde mehrfach von Zwischenrufen unterbrochen – unter anderem fielen die Wörter "Heuchler" und "Scharlatan"; dagegen wurden Ordnungsrufe verhängt.

Reaktionen der Politik: Entsetzen und Erschütterung

Die SPD arbeitet unter diesen Bedingungen nicht mit einem von der AfD gewählten Ministerpräsidenten zusammen. [...] Die Wahl sei ein abgekartetes Spiel und **müsse korrigiert werden**, schrieb sie [Saskia Esken, SPD-Chefin] am Mittwoch auf Twitter. [...]

Dirk Adams, **Fraktionsvorsitzender der Grünen, sprach** angesichts der AfD-Stimmen für den neuen Ministerpräsidenten **von einem "politischen Kulturbruch"**. Bundes-Co-Fraktionschef [der AfD] Alexander Gauland sagte, dass Thüringen einen Ministerpräsidenten mit einer demokratischen Mehrheit habe, die den Willen der Wähler abbilde. [...] Wir gratulieren Thomas Kemmerich zu seiner Wahl und wünschen ihm eine glückliche Hand." (dpa)⁸⁶

⁸⁶ <https://www.mdr.de/thueringen/neuer-ministerpraesident-kemmerich-thueringen-100.html>

Als parteiloser Mensch möchte ich die Situation kurz zusammenfassen:

- Durch eine legitime Wahl wurde Kemmerich zum Ministerpräsidenten bestimmt. Dafür brauchte es ganze 101 Tage – ein beispielloses Theater u. Gezanke.
- Als große Koalitionen oder andere grün-rote Koalitionen Stimmen der AFD erhielten, war das für die Regierungsbildung in Ordnung. Und auch bei diversen Beschlüssen in den Landtagen hatte man kein Problem damit, dass Gesetze mit Hilfe der AFD knapp beschlossen oder abgelehnt wurden.
- Plötzlich gibt es zwei Sorten von Stimmen, die man abgeben kann: Diejenigen, die einen zum „Nazi“ machen und deswegen die Wahl ungültig und die politisch einwandfreien Stimmen.
- Die Argumentation ist genauso schwachsinnig wie den NABU durch die Spende eines Terroristen zur Terrororganisation zu erklären, oder ähnlich idiotisch jeden Vegetarier als Nazi zu beschimpfen, weil Hitler auch kein Fleisch aß.
- Das Ergebnis gefällt der Monarchin und etlichen anderen Spitzenpolitikern des Bundestages nicht, sodass ein gewaltiger medialer Shitstorm losbricht.
- Es wird über „Neuwahlen“ diskutiert – ähnlich wie bei der EU, bei der man so oft über das gleiche Abkommen abstimmen lässt, bis das Ergebnis der EU gefällt.
- Die Landesregierung hat vom Volk einen verdammt Regierungsauftrag erhalten, weigert sich aber eine Lösung zu finden.
- Kemmerich, der eine gemeinsame Lösung anstrebt und an die Verantwortung der Gewählten erinnert, wird abgesägt und zu einem Rücktritt genötigt. Ramelow wird erneut als Ministerpräsident installiert.

Der Schein trügt

„Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch morgen früh.“⁸⁷

Henry Ford



Auf einem 1\$-Schein⁸⁸ als Leitwährung für die ganze Welt steht in Deutsche übersetzt: „**Diese Note ist ein legales Zahlungsmittel für alle privaten und öffentlichen Schulden**“ Steht da was von Geld? **Was war denn Geld?**

In der Verfassung der Amerikaner, einer der besten Verfassungen der Welt, wurde genau definiert, was Geld ist, über einen Dollar. Nur kennen die meisten Amerikaner diese Definition gar nicht oder halten sich nicht daran:

Der Dollar ist ein Silberstück mit 412,5 Grain Silber, ca. 27 Gramm. Der obere Schein ist ein Schuldschein für einen Dollar. Der Emittent ist entscheidend, d.h. derjenige, der Wertpapiere ausstellt oder ausgibt. Auf den neueren Scheinen steht als Emittent „Federal Reserve Note“ bei den alten Dollarscheinen steht „United States Note“.

Fiatgeld

Fiatgeld aus dem lateinischen Wort „fiat“ ist ein Objekt ohne inneren Wert, das als Tauschmittel dient. Das Gegenteil von Fiatgeld ist Warengeld, als das z. B. Tabak, Reis, Gold oder Silber dient, das neben dem äußeren Tauschwert auch einen inneren Wert hat, der unabhängig von Regierungserlassen ist, solange damit bezahlt werden darf

⁸⁷ Ich verstehe das Wort „Revolution“ mehr metaphorisch als Ausdruck einer ungeheuerlichen Empörung und nach dem Wunsch einer raschen Veränderung und weniger als ein Aufruf Revoluzzer zu werden. Das Verstehen hebt uns, wenn überhaupt, nur auf einen anderen Bewusstseinszustand.

⁸⁸ Bildquelle: Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23332139>



„Diese Note ist ein legales Zahlungsmittel für einen Dollar“⁸⁹

Seit 1913 befinden wir uns im Federal Reserve System, d.h. seit über 100 Jahren druckt eine private Institution das Geld für die Welt anstatt eine öffentliche Einrichtung. Wie diese Schuldscheine gedeckt sind, steht auf ihrer Rückseite:

„In God we trust“. „Wir vertrauen auf Gott“



16 Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23343835>

Noch schlimmer ist es beim Euro. Auf dessen Rückseite steht überhaupt nichts mehr drauf! Diese Scheine entsprechen überhaupt nicht mehr den Kriterien einer Banknote. Note hat etwas mit Notar zu tun. Es muss Urkunden darüber geben, eine Urnote die in irgendeiner Weise vervielfältigt wird. Und wenn es ein gesetzliches Zahlungsmittel ist, muss irgendwer für den Schein haften. Das macht hier aber keiner. Wer ist hier der Emittent? Da stehen nur noch ein paar Buchstaben drauf. „EZB“ könnte alles Mögliche bedeuten.



⁸⁹ Vom National Museum of American History – Bild von Godot13, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35215502>

Vom 100 Gulden-Schein hat man die Unterschrift von Wim Duisenberg kopiert und dort eingefügt. Dadurch existiert zum Euro gar keine Note, keine Urkunde, sodass der Euro keine Banknote ist.



Der Euro ist damit offizielles Falschgeld! Dieses Falschgeld darf aber nicht kopiert werden. Wenn man einen solchen Schein kopiert begeht man keine Geldfälschung, sondern eine Copyright-Verletzung. Deshalb kann man auf den Scheinen auch ein © lesen. Ist das nicht unglaublich?

Eine Luftnummer – Geld aus dem Nichts

„Die Wenigen, die das System verstehen, werden so sehr an seinen Profiten interessiert oder so abhängig sein von der Gunst der Systems, dass aus deren Reihen nie eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, mental unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar mutmaßen, dass das System ihren Interessen feindlich ist.“

Rothschild, 1863

Geld als TAUSCH- und ZAHLUNGSMITTEL wird im ersten Schritt vom Hersteller nicht gegen aufzubringende Naturalien und vollbringende Dienstleistungen EINGETAUSCHT und AUSGEZAHLT, sondern nur mit einem Zuschlag von Geld (Zinsen) VERLIEHEN und dann wieder ZURÜCKVERLANGT. So wird das Geld seinem Namen nicht gerecht, da kein TAUSCH und keine ZAHLUNG vollzogen wurden. Nur der Hersteller hat das Privileg, Patent und die Lizenz zum Gelddrucken oder zum Erschaffen von virtuellem Geld aus dem Nichts und die geforderte Gegenleistung in Form dieses Fantasieproduktes namens Zins kann – als eine weitere Erfindung eines ohnehin schon symbolischen Objekts – nicht aufgebracht werden. Durch eine Zweckentfremdung dient dieses Tausch-/Zahlungsmittel nicht mehr dem Zweck und der Zweck heiligt nicht die Mittel. Ein Druckmittel wird erzeugt.

Die Banken zahlen kein Geld für Arbeiten aus, sondern fordern Geld für die Dienstleistung der Geldherstellung ein und lassen das Geld für sie arbeiten. Es entstehen Schulden, doch es wird kein permanenter Geldkreislauf gestartet.

Ein Teufelskreis mit Schuldenspirale beginnt. Produktions- und Preissteigerung mit Gehaltssenkungen auf der einen und Sparen auf der anderen Seite harmoniert nicht zusammen. Während der Produktion muss auch gespart werden, doch Arbeiter sind auch Kunden und die Einnahmen bleiben praktisch aus. Die niemals hergestellten Zinsen müssen von anderen Mitbürgern eingenommen werden, wodurch Pfändungen zustande kommen. Diese Enteignungen und dadurch erzielten Einnahmen könnte man

auch als Geldwäsche betrachten. Fast alle Länder sind verschuldet, weil sie sich das Geld von privaten Banken leihen müssen und die Bürger müssen diese Last tragen indem sie dafür bürgen.

Die Schuldenmaschine läuft auf Hochtouren: Staaten, Unternehmen und Privatleute – alle leben auf Kredit. Das Wirtschaftssystem produziert Schulden am laufenden Band, wobei es nur einen Gewinner gibt. Und das sind wie beim Casino nur die Banken. Von dem Geld, das eine Bank verleiht, besitzt sie nur einen Teil. Der andere Teil wird von der Bank quasi erzeugt aufgrund des Rückzahlungsversprechens. Nach Ablauf und Abzahlung dieses Kredits wird diese erzeugte Summe wieder gelöscht.

„Das ist schon eine tolle Sache. Die Art und Weise wie wir Geld seit jeher erzeugen, ist wirklich fantastisch. Ein Finanzsystem, das Kredite aus dem Nichts schöpfen kann, ist etwas sehr Schönes. So kann man eine Krise bewältigen, einen Versicherungskonzern retten, in die Energiewende investieren, einen Krieg finanzieren. Das gab es immer schon, aber die Leute haben das nicht verstanden. Sie glauben, das Geld stamme von ihrer Arbeit, wenn sie etwa den Boden umgraben und am Monatsende dafür Geld bekommen. ‚Ich verdiene das Geld!‘ Aber jetzt geht manchen ein Licht auf. Wow, das Geld kommt weder von meinen Steuern, noch von meiner Arbeit oder meinen Profiten. Nein, es wird aus dem Nichts erzeugt und das passiert in meinem Land. Seit der Gründung der Bank of England 1694 und auch anderswo in Florenz, in Holland, überall wo sich das Bankwesen entwickelt hat. Die Banken schöpfen Geld aus dem Nichts. Jetzt begreifen die Leute das allmählich. Sie sehen, wie leicht das ist und merken auch, dass wir den Banken ungeheuer viel Macht verliehen haben.“

Ann Pettifor, Wirtschaftswissenschaftlerin, PRIME economics

Geld sollte – wie die Luft, die wir atmen – ein öffentliches Gut sein, aber es wurde zum privaten Gut. Stell dir vor, jeder müsste Geld dafür zahlen, dass er die Luft atmet. Das würde uns alle sehr unglücklich machen. Früher hat der Staat die Geldschöpfung gelenkt, aber jetzt wird es als privates Gut von den Banken erzeugt und dadurch durch vollkommen unabhängige Machtstrukturen, die mit einem Mittel Profite erwirtschaften, dass nur dazu dienen sollte, Transaktionen durchzuführen. Mittlerweile beherrscht die Finanzwelt die Wirtschaft. Die Zentralbanken erzeugen nur 5% aller Kredite weltweit, die Privatbanken jedoch die restlichen 95% ohne irgendwelche Beschränkungen. Solange das Finanzsystem kontrolliert wurde, zwischen 1945 und 1971 gab es weltweit keine einzige Finanzkrise. Aber 1971 sagten die Banker: „Wir brauchen keine Kontrollen. Der Markt wird uns schon disziplinieren.“ und als man dann die Beschränkungen aufhob, bekamen wir eine Krise nach der anderen.

Die Lügen der jüngeren Vergangenheit, die uns heute noch geißeln

„NIE HABEN DIE MASSEN NACH WAHRHEIT GEDÜRSTET. VON DEN TATSACHEN, DIE IHNEN MISSFALLEN, WENDEN SIE SICH AB UND ZIEHEN ES VOR, DEN IRRTUM ZU VERGÖTTERN, WENN ER SIE ZU VERFÜHREN VERMAG. WER SIE ZU TÄUSCHEN VERSTEHT, WIRD LEICHT IHR HERR, WER SIE AUFZUKLÄREN SUCHT, STETS IHR OPFER.“

Gustave Le Bon, (Begründer der Massenpsychologie)

Erzogen zum vergesslichen Goldfisch, der nur noch eine Aufmerksamkeitsspanne von drei, vier Sekunden besitzt und der ständigen täglichen Bombardierung unnötiger Informationen ausgesetzt ist, rechnet die BRD nicht mehr damit, dass sich irgendjemand aktiv an ihre Schweinereien und Lügen der letzten Jahre erinnert. Über die letzten Jahrzehnte hat die Dreistigkeit und Verlogenheit unserer sog. „Volksvertreter“ exponentiell zugenommen. Beginnen wir mit Frechheiten, die eine Frau Merkel und Konsorten uns ins Gesicht gesagt haben, die aber nie zu einem Aufstand geführt haben, weil sich der deutsche Michel im Tiefkoma befindet oder bereits hirntot sein Dasein als fleißiger und obrigkeitshöriger Sklave fristet. Hier ein kleines Best-Of von Mutti und anderen Politschranzen! Manchmal sagen sie uns sogar die Wahrheit!

„Wie soll man Globalisierung gestalten? [...] Vor allem gibt es Menschen, die glauben, sie könnten bestimmen, wann die Gültigkeit [von Parlamentsentscheidungen] verloren geht, weil sie das Volk repräsentieren. Und da muss ich sagen: Globalisierung, Nationalstaat, egal wie; das Volk sind die Menschen, die in einem Land dauerhaft leben [Aha! D.h. jeder Asylant, der hier etwas länger lebt, ist dann das Volk] und nicht irgendeine Gruppe, die sich als Volk definiert.“ [Die einheimischen Deutschen zum Beispiel, sprich nicht die Passdeutschen und illegalen Zuwanderer?]

Merkel

Meinen Kommentar hätte ich mir auch sparen können, denn sie sagte selbst an anderer Stelle und macht es noch schlimmer:

„Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt. Und das lassen wir uns nicht nehmen.“

Freiwillige Abgabe von Souveränität?!?

„Und das ist vielleicht der spannende Schritt, den wir Europäer ja schon gewohnt sind. Wir haben lauter Souveränität an die europäische Kommission abgegeben. Manchmal sind wir sauer darüber, aber wir haben es gemacht. [Wer ist wir? Die Volksverräter?] Und andere Länder sind daran überhaupt noch nicht gewöhnt und wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale, politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen

Stellen auch Souveränität, Rechte an andere abzugeben, d.h. das andere internationale Organisationen uns dann bestrafen können, wenn wir irgendwas nicht einhalten und davor schrecken viele Länder noch zurück [Gott sei Dank! Warum sollte ich so etwas wollen?!?]. Das ist aus meiner Sicht ein wirklicher, kultureller Prozess, den wir durchlaufen müssen.“

Merkel

Stück für Stück werden uns unsere Freiheiten und Rechte durch die EU genommen:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“⁹⁰

Jean-Claude Juncker

Und noch ein Oberklopfer von ihm zum Thema Politik:

*„Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden.
Wenn es ernst wird, müssen wir lügen“⁹¹*

Klingt das nach ehrlicher Politik zum Wohle der Menschen?

Machthaber und Lobbyismus in der BRD

Fragen: Und man hat doch den Eindruck, dass die Politik enorm dieser Finanzmacht hinterherläuft und, dass das manchmal richtig deprimierend ist und jetzt wird zwar was gemacht und morgen wird was beschlossen, aber deprimiert Sie das manchmal, diese Macht, die dann wieder in anderer Hand liegt und nicht in der demokratisch gewählten Macht?

„Ja.“ – Seehofer

*„Ich versuche nach dem logischen Menschenverstand zu entscheiden. Es ist so wie Sie gesagt haben: **Diejenigen, die entscheiden, haben – sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.**“ – Seehofer⁹²*

Heißt das denn, dass die Lobby wirklich so stark war dann, die Pharmedien gegen die Politik, und Sie quasi dann da zurückziehen mussten?

„Ja, das ist so seit 30 Jahren bis zur Stunde, dass sinnvolle, strukturelle Änderungen, auch im Sinne von mehr sozialer Marktwirtschaft, auf dem deutschen Gesundheitswesen nicht möglich

⁹⁰ zitiert von Dirk Koch: Die Brüsseler Republik. Der SPIEGEL 52/1999 vom 27. Dezember 1999, S. 136

⁹¹ zitiert nach: FOCUS 19/2011, 9.5.2011

⁹² <https://www.youtube.com/watch?v=19asrm-S4io>

sind, wegen des Widerstandes der Lobby-verbände. Ich kann Ihnen nur beschreiben, dass es so ist und dass es so abläuft und zwar sehr wirksam.“ – Seehofer

Aber es kann ja nicht sein, dass die Industrie stärker ist als die Politik, also letzten Endes muss es doch heißen, die Politik muss sagen: „Nein, so geht’s nicht!“

„Da, ich kann ihnen nicht widersprechen.“ – Seehofer

Die Subventionierung von Casino-Banken mit Steuergeldern und Cum-Ex

2008 platzte eine riesige Blase, die dazu führte, dass zig-tausende Amerikaner ihr Zuhause, und Millionen Menschen all ihre Ersparnisse oder ihre gesamte Altersvorsorge verloren, erzeugt durch eine Immobilienblase und faule Kredite, sowie Finanzprodukte, die als sichere Anlagequellen beworben wurden. Seitdem der Zinssatz auf 0% gesenkt wurde, feiern die Banker von heute eine noch heftigere Party als damals im Jahr 2008. Finanzprodukte werden erneut als „so sicher wie ein Sparbuch“ verkauft, obwohl sie ein gewaltiges Risiko bergen, angefangen beim kleinen Sparkassenkunden bis in die höheren Etagen, alle beflügelt durch grenzenlose Gier. Man sollte unbedingt lernen, einer Bank nicht zu vertrauen, da es ihr prinzipiell nur um ihre eigene Gewinnmaximierung geht. Damals, 2008, ging die viertgrößte Investmentbank der Welt, Lehmann Brothers, pleite. Sie vergaben Immobilienkredite, die sich die Leute gar nicht leisten konnten. 40% aller Unternehmensgewinne in den USA werden von Bankern durch reine Finanzgeschäfte erwirtschaftet.⁹³ Globalisierungsprozesse, wodurch nun alles miteinander verwoben ist, sowie die leistungsfähigere und damit schnellere Technik wirken wie Brandbeschleuniger auf das globale Finanzwesen. 2018 waren private Haushalte weitaus höher verschuldet als vor dem Crash und es wird sich durch die jetzige Pandemie noch deutlich verschärft haben.

„Die EZB verursacht großen moralischen Schaden. Sie haben die Zinsen so niedrig gehalten, dass die Investoren wieder nach Rendite lechzen. Überall in Europa gibt es Firmen und Länder, die sich Geld geliehen haben zu lächerlichen Zinsen im Verhältnis zur Fähigkeit, das wieder zurückzahlen zu können. Die EZB versucht die Wirtschaft anzukurbeln, aber gleichzeitig streut sie Gift ins Finanzsystem“⁹⁴

Dirk Müller alias „Mr. Dax“ kommt dort auch zu Wort. Laut ihm ist die Welt heute viel, viel verschuldeter als 2008 und sobald die Zinsen angehoben werden, erleben wir eine noch schlimmere Katastrophe als damals. Zwar hat man einige Finanzinstrumente der Krisenzeit nun stärker reguliert, jedoch hat man gleichzeitig wieder neue geschaffen, bspw. ETFs. Dann gibt es noch synthetische ETFs, bei der man Wetten auf die Marktentwicklung abschließt, wie im Casino beim Roulettetisch. Heute stecken in den ETFs Billionen von Dollar, die sich noch als tickende Zeitbombe herausstellen könnten. Seit der Krise werden Kunden einfach mit mehr Infos überflutet, anstatt besser erklärt zu bekommen, um was es sich bei einem angepriesenen Produkt überhaupt handelt,

⁹³ <https://www.youtube.com/watch?v=kl9xE9DQ3N4> 10 Jahre Finanzkrise: Die Party der Banker geht weiter WDR Doku

⁹⁴ Larry McDonald ehem. Lehmann Brothers in der WDR Doku

erwirkt durch neue Gesetze. Man merkt in der Gesetzgebung sehr stark den Einfluss der Finanzbranche: Die meisten Gesetze dienen mehr der Enthftung des Bankers oder der Versicherung und nicht dem Schutz des Kunden. Zudem wurde versäumt, bestimmte Produkte für den Privatanleger zu verbieten. Kunden glauben so bspw. dass sie Aktien kaufen, obwohl sie in Wahrheit eine Wette eingehen. Achtung: Die meisten ETFs werden nicht von Banken, sondern Firmen ausgegeben, die keine Banklizenz besitzen. Sie wachsen im Schatten der Banken, heißen daher auch Schattenbanken und können deutlich schlechter überwacht werden als reguläre Banken. Erst kurz vor dem Crash wurde solchen Banken überhaupt erst erlaubt, ihren Handel in Deutschland zu treiben. Die neuen Regulierungen und Fortschritte werden durch die neuen Player umgangen und das birgt große Gefahren, da solche Unternehmen auch in Geldwäsche und ähnliches verwickelt sein können.

Die große Lehre, die wir aus dieser Krise ziehen können, ist, dass Banker für ihr asoziales und amoralisches Verhalten und ihre kriminellen Geschäfte belohnt wurden, keine echten Strafen zu fürchten hatten, weil niemand haftbar war und Milliarden aus Steuergeldern als sog. Rettungsschirme zur Bankenrettung gezahlt wurden. Damit besteht kein Grund an den „erfolgreichen Praktiken“ irgendetwas zu ändern. Man sagte damals, die Pleite der Schwerverbrecher wäre eine noch größere Gefahr.

Riskante Produkte werden weiterhin verkauft und die Party auf den Finanzmärkten geht weiter. Dabei hatte doch die Politik eigentlich versprochen, die riskante Zockerei endgültig zu stoppen.

„Wo ist denn die Stopp-Taste? Wo ist die, auf die wer draufdrücken sollte? Keiner hat die Stopp-Taste, es passiert einfach und am Ende war wieder keiner Schuld. Man konnte es zwar ahnen, aber irgendwie ist es einfach passiert.“

Dirk Müller

Genauerer zu den Rettungsschirmen:

„Im Verlauf der Eurokrise haben zahlreiche Banken gigantische Summen verloren. So sehen sich Staaten wie Griechenland [50 Mrd.], Spanien [40 Mrd.] und Irland [70 Mrd.] gezwungen, ihre Geldinstitute mit Milliardenbeträgen zu stützen. Aber wohin fließt das Geld wirklich? Wem schulden die maroden Banken das Geld? Diese scheinbar simplen Fragen versucht der Wirtschaftsjournalist und Sachbuchautor Harald Schumann zu beantworten. Griechenland, Irland, Spanien – ein Eurostaat nach dem anderen sieht sich gezwungen, seine Banken mit gigantischen Summen zu stützen, um damit die Verluste auszugleichen, die den Geldhäusern aus faulen Krediten entstanden sind. [...] Die Geretteten sitzen – anders als häufig vermittelt und von vielen angenommen wird – nicht in den ärmeren Eurostaaten, sondern hauptsächlich in Deutschland und Frankreich. Ein großer Teil des Geldes landet nämlich bei den Gläubigern der Banken, die gerettet werden wollen oder müssen. Und obwohl diese Anleger offenkundig schlecht investiert haben, werden sie – entgegen aller Logik der freien Marktwirtschaft – auf Kosten der Allgemeinheit vor jeglichen Verlusten geschützt. Warum ist das so? Wer bekommt das Geld?“⁹⁵

⁹⁵ Beschreibung zur ARTE-Doku Staatsgeheimnis Bankenrettung, <https://www.youtube.com/watch?v=ZxOREubaVE8>

„Die meisten Leute denken, dass wir, die Deutschen, oder andere reiche Europäer die armen Leute in Spanien oder Griechenland oder Irland retten würden, oder in Portugal. Aber das stimmt gar nicht. Gerettet werden die Banken. Und was machen die Banken mit dem Geld?“

So beginnt Harald Schumann seine Doku. Schumann stößt vor allem auf Schweigen. Niemand will Auskunft darüber geben, wer das Geld erhalten hat. Es gab nur zwei Ausnahmefälle: Im amerikanischen Senat musste der globale Versicherungskonzern AIG Auskunft geben, wer das Geld zur Rettung erhalten wird. Begünstigte waren andere große Banken und Finanzinvestoren in aller Welt: Die Deutsche Bank hat damals 12,6 Mrd. erhalten, Goldman Sachs über 10 Mrd. usw. usf. Interessanterweise all diejenigen, die hinterher behaupteten, dass sie ohne Staatsgeld ausgekommen seien. Die Deutsche Bank wäre ohne die Rettung der AIG sofort pleite gewesen, fand Schumann heraus.

Bei der deutschen Hypo Real Estate wollte jemand im Bundeskanzleramt wissen, wer die Geschädigten bei einer Nicht-Rettung wären. Schumann fand heraus, dass es etwas weniger als 13.000 private Deutsche Banken betroffen hätte, darunter auch die Commerzbank, Deutsche Post, Deutsche Bank; 1.000 Genossenschaftsbanken und 4.400 öffentliche deutsche Banken und insgesamt 83.410 in- und ausländische Investoren. Zur Kasse gebeten wurde nahezu keiner der Investoren. Im Gegenteil:

„Die Menschen in der Euro-Zone begreifen gerade nicht, was passiert. Den meisten Deutschen und Franzosen ist nicht klar, dass sie es sind, die freigekauft und gerettet werden. Das Geld floss durch ihr Land hindurch. Rücksichtslose Spekulanten haben irischen Banken Geld geliehen, die damit eine hemmungslose Kauforgie auf dem Immobilienmarkt feierten und der Steuerzahler kriegt die Rechnung.“

Schäuble hat in einem Interview Irland die Alleinschuld gegeben wegen ihrer niedrigeren Steuern und schlechteren Aufsicht. Ein Gutachten für das Europäische Parlament lässt die Sache jedoch in einem anderen Licht erscheinen. Karl Whelan, als anerkannter Wirtschaftswissenschaftler, sollte darin die diversen Hilfsprogramme untersuchen und hatte den Fokus auf Irland. Er schrieb: *„Die Einmischung der EZB in Irland, vor allem in Bezug auf die vorrangigen Bankschulden, wirft die ernste Frage auf, ob die EZB damit die Grenzen ihres Mandats überschritten hat.“* Von der EZB erhielt er jedoch keine Stellungnahme. **Die EZB forderte, dass alle Inhaber von Anleihen ihr Geld zurückbekommen sollten und setzte sich durch!**

Die EZB hat das irische Volk gezwungen 70 Mrd. zusätzliche Schulden zu machen. Ansonsten würde ihr Finanz- und Wirtschaftssystem zusammenbrechen. Das war illegal und Erpressung seitens der EZB. Diese Verschuldung führte zu drastischen Kürzungen im irischen Haushalt und einer deutlichen Verschlechterung der Lebensumstände der Iren. Mit diesen Schulden kann Irland nicht leben, hat damit aber das Bankensystem in Europa gerettet. Und sofern Irland nicht mehr zahlen kann, wird als nächstes der deutsche Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Es muss in Zukunft möglich sein, dass Banken für ihr Fehlverhalten pleite gehen können! „Too big to fail“ hat in einer freien Marktwirtschaft keinen Platz. Es erweckt den Eindruck einer planwirtschaftlichen Maßnahme, wenn faule Unternehmen am Leben erhalten werden und im Umkehrschluss dafür Millionen von Menschen leiden müssen, die nichts dafür können.

Begründet wird das fadenscheinige Argument: *„Ein Vertrauensverlust könnte zu einem Dominoeffekt führen“* mit *„Eine Marktwirtschaft, ohne durch Goldreserven gedecktes Geld, ist instabil.“* Wenn eine Bank zahlungsunfähig wird, wirft das Zweifel auf, ob die nächste Bank noch

zahlungsfähig ist, was im Endeffekt einen Bankenrun auslösen wird und damit einen Zusammensturz des gesamten Systems, argumentiert Schäuble.

Diese Behauptung wurde jedoch nie bewiesen, oder Beweise hervorgebracht. Auf der einen Seite sagen die Verantwortlichen: „Die Welt geht unter, wenn die Banken nicht gerettet werden.“ Auf der anderen Seite erhält man keine Antwort, wenn man fragt: „Was passiert eigentlich, wenn wir die Bank pleite gehen lassen, was würde denn passieren? Wer wären denn die Geschädigten? Wo würde das Geld fehlen? Welche andere Bank würde darunter zusammenbrechen?“ Und warum? Weil es privatgeschäftliche Informationen seien. Durch das Verbergen der wahren Interessen und der wahren Nutznießer kann man die europäischen Völker gegeneinander ausspielen, resümiert Schumann.

Die Anstalt erklärte am 28.05.2019 wie das Wirtschaften in der EU funktioniert.⁹⁶ Ich werde es hier kurz zusammenfassen:

„Früher konnte eine Regierung durch Veränderung des Leitzinses die Wirtschaft beeinflussen, Kredite sprudeln lassen und damit die Konjunktur im Land ankurbeln. Heute muss man sich nach der EZB richten, die unabhängig ist – unabhängig von der Politik. Sie hat die drei Ziele: Preisstabilität, Wachstum und Beschäftigung, aber primär Preisstabilität. Unter allen Umständen soll die Inflation so gering wie möglich gehalten werden. Sofern man mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft ankurbelt und die Arbeitslosigkeit drastisch senkt, hat das Auswirkungen auf die Inflation und wäre damit schlecht für die Preisstabilität. Die Notenbankpräsidenten der EZB kommen aus der elitären „Group of Thirty, G30, 30 Privatbanker“, die wiederum aus Großbanken wie Goldman Sachs stammen. Die EZB ist gekapert von den Finanzmärkten und tut einen Teufel, um etwas zu unternehmen, was den Finanzmärkten missfallen könnte. Durch die EU-Obergrenzen für Staatsverschuldung kann die Wirtschaft eines Landes auch nicht mehr über die Staatsausgaben zum Wohle der Bevölkerung beeinflusst werden, die sog. 90-60-3 Regel: 3% maximale Neuverschuldung pro Jahr, 60% maximale Verschuldung eines Staates bzgl. seiner Wirtschaftsquote und die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP darf zudem nicht 90% übersteigen. Das Geld direkt von der EZB zu leihen wäre als sog. Staatsfinanzierung verboten und würde die Preisstabilität gefährden, obwohl es die Wirtschaft deutlich ankurbeln könnte und Leben vieler verbessern würde. Deswegen müssen die Staaten zu Privatbanken gehen, die ihnen das Geld nicht „einfach so aus der Luft“ drucken, sondern es „schöpfen es aus dem nichts“. Durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, kann man nur Kredite erhalten, wenn sich einem harten Spardiktat unterwirft. Zusammengefasst:

Privatbanken zocken sich in die Schulden. Die EZB zwingt kleine Staaten z.B. ihre eigenen Banken zu retten, sie müssen sich also verschulden. Die kleinen Staaten wollen sich refinanzieren. Das müssen sie bei denselben Banken tun, die sie gerade gerettet haben, müssen dabei aber wahnsinnig hohe Zinsen zahlen an genau diese Banken. Erkennt ihr das Problem?“

Der Cum-Ex-Skandal

Der größte Steuerraub der deutschen Geschichte kostete laut Panorama den deutschen Steuerzahler 32 Mrd. Euro.⁹⁷ „Nach Erkenntnissen von Staatsanwälten und Steuerfahndern haben zahlreiche Banken sich beim Handel von Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividende eine nur einmal gezahlte

⁹⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=ab4TTtIKTrs>

⁹⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=OWzvTt1Y58M> Cum-Ex: US-Bank plünderte deutsche Staatskassen | Panorama | NDR

Steuer auf die Dividendenerlöse von trickreich getäuschten Finanzbehörden mehrmals erstatten lassen.“⁹⁸ Teilweise haben sich Banken, Superreiche und Konzerne auch Steuern erstatten lassen, die ihnen gar nicht zustanden, sprich sie haben Steuerbetrug begangen. Fieberhaft haben diese Steuerhändler nach Schlupflöchern gesucht, um die verschiedensten Staaten auszunehmen. Das erste Mal wurden Cum-Ex-Geschäfte 2008 durch den amerikanischen Senat in den USA aufgedeckt und verboten. Da diese Art von Geschäften noch in Europa erlaubt war, zogen die Aasgeier nach Europa um. Die Mentalität solcher Banker wird am Schluss der Panorama-Sendung noch einmal verdeutlicht: *„Das System ist kaputt. Die Banken handeln in Millisekunden, die Steuerbehörden brauchen Jahrzehnte.“*

Hier einige Schlagzeilen aus dem Jahr 2020:

„Die West-LB war eine Skandalbank, sie stand für Misswirtschaft, Selbstbedienung und politischen Filz im lange Zeit SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Und selbst heute ist die einstige Staatsbank, die nach Verlusten in Milliardenhöhe längst nicht mehr existiert, ein Fall für Staatsanwälte, Steuerfahnder und Kriminalbeamte. [...] Um gleich 454 Millionen Euro soll die West-LB den Fiskus von 2005 bis 2007 bei Cum-Ex-Geschäften erleichtert haben. Jetzt wollen die Finanzbehörden in Nordrhein-Westfalen ihr Geld zurück. [...] Banken, Hedgefonds und deren Helfer ließen sich dabei Kapitalertragsteuern erstatten oder anrechnen, die sie nie gezahlt hatten.“⁹⁹

„Bayerns Fiskus kennt kein Pardon, auch nicht beim Steuerskandal Cum-Ex. Und viel Zeit zum Zahlen lässt er ebenfalls nicht. Am 30. April 2019 schickte das Finanzamt München der Bank Caceis einen Bescheid über fast 312 Millionen Euro, zahlbar bis zum 3. Juni 2019. Mit einem zweiten Schreiben vom selben Tag machte das Finanzamt auch noch Zinsen für hinterzogene Steuern in Höhe von fast 148 Millionen Euro geltend, ebenfalls zahlbar bis Anfang Juni. Versehen mit dem vorsorglichen Hinweis, die Bank möge nicht vergessen, die Steuernummer bzw. das Aktenzeichen (143/107/10009/KA01) und den Verwendungszweck anzugeben.“¹⁰⁰

Wer hier denkt, dass es solche Geschäfte nicht mehr gäbe, der irrt. Diese Gauner machen ungehindert weiter, sie haben bloß neue Techniken entwickelt. Nur eines ist gleichgeblieben: Man bedient sich ganz gewieft am Honigtopf der Steuereinnahmen.¹⁰¹

⁹⁸ <https://www.sueddeutsche.de/politik/cum-ex-liebesgruesse-vom-finanzamt-1.5049307>

⁹⁹ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cum-ex-west-lb-portigon-1.5008494>

¹⁰⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/cum-ex-liebesgruesse-vom-finanzamt-1.5049307>

¹⁰¹ vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=zhoFGKyjBbE> Jahrhundertcoup: Angriff auf Europas Steuerzahler, Panorama, NDR

Der Todesstoß für die Meinungsfreiheit 2015

„Die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen ist eine Sache; jedes Jahr eine Million Menschen reinzulassen nach Deutschland ist eine andere Sache! Und das geht nicht!“

Helmut Schmidt (ehem. Bundeskanzler)

Beim Thema Flüchtlingskrise 2015 müssten viele schon hellhörig geworden sein. Spätestens da wurden auch die Zeitungen zu Propagandageschossen. Kommentiert, exemplarisch ein Ausschnitt aus einem Bericht des Handelsblatt vom 02.09.2016:

*Ein Jahr ist vergangen seit Angela Merkels „Wir schaffen das!“. Ein Jahr ist vergangen, seitdem Deutschland Zehntausenden in Ungarn festsitzenden Flüchtlingen [plus die vielfach höhere Dunkelziffer, auch aus Afrika] die Einreise erlaubte. An manchen Bahnhöfen verbreiteten die vielen freiwilligen Helfer emsig eine herzliche Willkommenskultur [die bezahlten Bahnhofsklatscher?], doch mit der Zahl der Flüchtlinge wuchsen auch die Sorgen. Ängste vor Trittbrettfahrern kamen auf, Fehlinformationen kursierten, zum Beispiel frei erfundene [Facebook](#)-Geschichten über angebliche Vergewaltigungen durch Migranten. [Jede Vergewaltigung ist nur angeblich passiert und erfunden, das kennen wir] [...] „Da kommen ja nur Männer“ Fakt ist: **Mehr als zwei von drei Geflüchteten, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, sind männlich.** [...] bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt es ein großes Ungleichgewicht: In der Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen sind vier von fünf Flüchtlingen männlich [80% männlich], bei den 18- bis 25-Jährigen stehen drei Männer einer Frau gegenüber [75% männlich]. [Es kommen nur wenige Kinder und alte „Flüchtlinge“, von denen behauptet wird, dass es dort ein ausgeglichenes Verhältnis gäbe. Der korrekte Terminus heißt Migranten und nicht „Flüchtlinge“] [...] „Da sind lauter tolle Fachkräfte dabei!“ Fakt ist: **Ungefähr 40 Prozent der Flüchtlinge in Deutschland sind Fachkräfte.** Der Anteil der Experten und Spezialisten ist, im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, jedoch sehr klein. **Außerdem kann der größte Teil der Flüchtlinge aus nicht-europäischen Ländern nicht mehr als Hilfsarbeiten verrichten.** Nur unter den Syrern sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) überdurchschnittlich viele „Experten“ vertreten. [Analphabeten sind Verschwörungstheorie] **Mit mehr als 20 Prozent ist deren Anteil höher als im Schnitt in der deutschen Gesamtbevölkerung (13 Prozent).** Die BA siedelt das Qualifizierungsniveau der „Experten“ am höchsten an – über den „Spezialisten“ und „Fachkräften“. Am untersten Ende liegen die „Helfer“. **Deutsche Unternehmen sind den Flüchtlingen gegenüber positiv gestimmt: 63 Prozent der Unternehmer sehen in den Flüchtlingen gute Fachkräfte.** [Fragt doch mal selbst in Unternehmen ;) Die würden im Fernsehen doch niemals Propaganda senden, oder in der Zeitung Lügen verbreiten?!]¹⁰²*

Und nochmal ein Jahr später in der „Welt“:

¹⁰² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ein-jahr-fluechtlingskrise-der-faktencheck-da-kommen-ja-nur-maenner/14488650.html?ticket=ST-327968-5sKljX7HgHXogdbNaskL-api> (Comedy-Gold)

*Zurückhaltend äußerte sich Merkel zu Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz. „Wir von der CDU würden das ein **Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz** nennen“, sagte die Kanzlerin und CDU-Chefin. Sie zeigte sich aber offen dafür, zu prüfen, „ob wir auch für einfachere Tätigkeiten die Zuwanderung erlauben wollen.“¹⁰³*

Das ist die gleiche Merkel, die in der Vergangenheit sagte:

„Da muss man natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Da muss man natürlich sagen, die Folge kann nur sein, Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung. Alles andere wird keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden.“¹⁰⁴

Auch im gleichen Jahr:

„Wir treten entschlossen für unsere Werte ein. Wir sind stolz darauf, in einer toleranten Gesellschaft zu leben. Deshalb müssen wir aber auch immer wieder fragen: Wo hört Toleranz auf und wo fängt Beliebigkeit an?

Ein Beispiel: Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit, und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiter eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern.“¹⁰⁵

Aber auch schon ein Jahr zuvor (2002) kritisierte sie höchstpersönlich die Migrationspolitik der damaligen Regierung aus SPD und Grünen scharf:

*„Auch wenn Sie mit noch so treuen Augen, Herr Clement, hier über die Zuwanderung sprechen: Sie wissen doch, wie es ist. Die Menschen im Lande wissen, dass Ihre Gesetze eben keine Begrenzung der Zuwanderung bieten. Und die Menschen im Lande wissen, dass der Herr Schily (...) gesagt hat: Das Maß des Zumutbaren ist überschritten. Und sie wissen, dass spätestens nach Pisa doch in Deutschland völlig klar ist: Bevor wir über neue Zuwanderung reden, müssen wir erst einmal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern. (...) Sie haben keine einzige Mark vorgesehen, um das Problem zu beseitigen, dass hier in Berlin-Kreuzberg 40 Prozent der ausländischen Kinder und Jugendlichen weder einen Schulabschluss haben noch einen Berufsabschluss, und trotzdem reden Sie über mehr Zuwanderung! **Mit uns haben Sie die Alternative.**“¹⁰⁶*

„Diskussionskultur am Tiefpunkt.“

*Seit Angela Merkel diese Sätze gesagt hat, sind in ihrer Verantwortung während 16 Monaten mindestens 1,2 Millionen Migranten zusätzlich nach Deutschland gekommen. Die Merkelschen Sätze mit ihren Schlüsselbegriffen echoen da im Kopf wie ein Kommentar zu ihrem eigenen Regierungshandeln. **Merkels Alleingang hat das politische Klima in Deutschland vergiftet.***

¹⁰³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article167841042/Merkel-verteidigt-ihre-Fluechtlingsaufnahme-im-Jahr-2015.html> (vom 20.08.2017)

¹⁰⁴ Merkel beim CDU-Bundesparteitag 2003 in Leipzig

¹⁰⁵ https://www.zeit.de/reden/deutsche_innenpolitik/200349_merkelcduparteitag

¹⁰⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=1XjBPMZiukM> (Angela Merkel über Integration und Zuwanderung 13.09.2002)

Viele, wie der Professor aus dem Rheingau, trauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen, weil sie dafür umgehend in die rechtsextreme Ecke gestellt und mundtot gemacht werden. Obwohl man sich auf die Kanzlerin selbst berufen und sagen kann, was diese Art von Diskussionskultur ist: Der „Gipfel der Verlogenheit“ und eine „Scheinheiligkeit, die wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird“.¹⁰⁷

Mutti hat hier im Alleingang schweren Verfassungsbruch begangen. Heute hetzt man gegen die Leute und nennt sie Nazis, wenn sie ähnlich konservative Einstellungen wie die frühere Merkel haben. Der erste Indikator, ob man sich in einem freien oder totalitären System befindet, ist die Möglichkeit, öffentlich und offen seine Meinung aussprechen zu können, ohne Repressalien, Jobverlust und ähnliches befürchten zu müssen. Seit 2015 ist die Nazi- und Rassismuskeule en vogue, aber sie nutzt sich immer weiter ab!

Am 01.08.20 hat man wieder einmal die altbewährte Diffamierungskeule ausgepackt, um gegen staatskritische Menschen vorzugehen. Ich war auch einer der „17.000 Reichsbürger“ ;) – die neue Steigerungsform zum Nazi.



¹⁰⁷ <https://www.cicero.de/innenpolitik/cduparteitag-hetzerin-merkel> (vom 06.12.2016)

Sind ausländische Juden, die Merkels Einwanderungspolitik kritisieren Nazis?

Ezra Levant, ein Jude, der für Therebel Media arbeitet, führte 2015 folgende Kritik¹⁰⁸ an Merkels Krisenmanagement an, für die man als Deutscher gekreuzigt worden wäre:

„[Merkel] ist es, die sagte, dass es keine Obergrenze für Einwanderung von Muslimen aus dem Mittleren Osten nach Deutschland geben sollte. Sie startete den aktuellen Massenansturm, indem sie die Aufnahme von 800.000 Migranten forderte. Keine Bewerbung notwendig, keine Prüfung für die Lebensgefahr der Bürger erforderlich. Und jeder, der es nach Deutschland schafft, bekommt sofort tausende Euros in Sonderbezügen, sowie Zugang zu Deutschlands bestehenden Sozialleistungen.

100.000 Migranten – hauptsächlich junge, muslimische Männer – kamen allein im letzten Monat, um Merkels Angebot anzunehmen. An einem einzigen Tag kamen allein in München 10.000 Männer an. Stellen Sie sich das mal vor! **Und wenn man das auch nur hinterfragt, wird man „Nazi“ genannt**, was in Deutschland die Menschen schnell zum Schweigen bringt. Lassen Sie mich Ihnen ein Video zeigen. Es ist 4 Minuten lang, aber jede Minute ist absolut erstaunlich! Es ist eine Frau in Deutschland, die goldig aussieht, tendenziell wie eine progressive Liberale und fragt Merkel zusammengefasst: „Gefährden Sie nicht unser Land mit Ihrer Politik?“ Schauen Sie!“ Frau: „Sie haben eben auf die Verantwortung dieser ganzen Geschichte mit den Flüchtlingen angesprochen. Einer der Verantwortungen ist es aber auch, auch uns hier in Europa zu schützen. Und vor allem mit Flüchtlingen aus Syrien und aus diesen Ländern kommen ja noch mehr Leute mit einem islamischen Hintergrund zu uns. Und ich glaube, was der Herr vorhin angesprochen hat, beinhaltet ja auch eine große Angst hier in Europa zu dieser Islamisierung, die immer mehr stattfindet. Wie wollen Sie Europa in dieser Hinsicht und unsere Kultur schützen?“

Merkel: **„Ich glaube erst einmal, dass der Islamismus und der islamistische Terror leider Erscheinungen sind**, die wir ganz stark natürlich in Syrien haben, in Libyen haben, im Norden des Irak haben, aber **zu denen die EU eine Vielzahl von Kämpfern beigetragen hat**. Und wir können nicht sagen, das ist ein Phänomen, das uns nichts angeht, sondern das sind zum Teil Menschen, oft sehr junge Menschen, die in unseren Ländern aufgewachsen sind und wir unseren Beitrag leisten.“

E.L.: „Ok, M. sagt, dass Terrorismus hauptsächlich in Irak, Syrien und Libyen passiert, Das stimmt sicherlich. Bisher gibt es in Europa zumindest noch keine Anarchie wie im Mittleren Osten. Aber es gab einige tödliche Terroranschläge in Europa und einige verhinderte Anschläge: Von den Madrid U-Bahn-Bombenanschlägen, über die Londoner U-Bahn-Bombenanschläge, über die die Anschläge auf Charlie Hebdo [in Paris].

Ok, es stimmt, dass die meisten Terroranschläge im Mittleren Osten passieren. Aber haben Sie es bemerkt? Sie beschuldigte Deutschland und Europa. Weil einige Muslime aus Europa zurück in den Mittleren Osten gehen, um für den IS zu kämpfen. Sie behauptet tatsächlich, dass Deutschland als Ursache für den Terrorismus des IS beigetragen hat! Der Grund: Deutschland nahm einige

¹⁰⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=5BNJh7hGQ5M>

muslimische Terroristen auf, die dann in den Mittleren Osten zurückkehrten. Sie macht Europa für den IS verantwortlich. Hier kommt noch mehr!“

Merkel: „Zweitens **Angst war noch nie ein guter Ratgeber**, also ist es im persönlichen Leben nicht und ist es auch im gesellschaftlichen Leben nicht. **Kulturen und Gesellschaften, die von Angst geprägt sind, werden mit Sicherheit die Zukunft nicht meistern.**“

E.L.: „Hören Sie, die Frau im Publikum hat einfach Angst vor Terrorismus, wie wir ihn kennen; Angst davor, dass unter den hunderttausenden ungeprüften muslimischen Männern weitere Terroristen sind. Und alles, was Merkel in 15 Sekunden zu sagen hat, ist: ‚Angst ist kein guter Ratgeber. Hören Sie nicht auf die Angst!‘ Das ist alles?! [...] Keine echte Antwort auf echte Gefahren? ‚Hört nicht auf die Angst?‘ – Wie wäre es dann, auf Warnungen des IS zu hören, die sagten, sie würden sich unter den Migranten einschmuggeln? Wie wäre es, auf Beweise zu hören? Wie wäre es, auf reale muslimische Terrorpläne zu hören, die jede Woche in Europa entlarvt werden? Ignorieren?! Mehr von Angela Merkel“.

M.: „Und drittens. Wir haben diese Debatte natürlich auch, dass wir sehr viele Muslime in Deutschland haben. Wir haben die Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland gehört. **Wenn man 4 Millionen Muslime hat, finde ich, braucht man nicht darüber zu streiten, ob jetzt die Muslime zu Deutschland gehören und der Islam nicht** oder ob der Islam auch zu Deutschland gehört. **Aber da gibt es auch diese Sorgen und ich muss ihnen ganz ehrlich sagen: Wir haben doch alle Chancen und alle Freiheiten uns zu unserer Religion, sofern wir sie ausüben und an sie glauben, zu bekennen.**“

E.L.: „Jetzt schlägt sie also vor, dass der Islam zu Deutschland „gehört“, und Deutschland gehört jetzt also auch zum Islam?! Sie sagt: ‚Es sind ohnehin schon 4 Millionen Muslime in Deutschland‘. Was soll man da also noch machen, richtig?! Hier mehr“

M.: „Und wenn ich was vermissem dann ist das nicht, dass ich irgendjemanden vorwerfe, dass er sich zu seinem muslimischen Glauben bekennt, sondern dann haben wir doch auch den Mut zu sagen, dass wir Christen sind, haben wir doch den Mut zu sagen, dass wir da in einen Dialog eintreten, dann aber auch bitteschön die Tradition, mal wieder in den Gottesdienst zu gehen oder bisschen bibelfest zu sein, und vielleicht auch mal ein Bild in der Kirche erklären zu können. Und wenn Sie mal Aufsätze in Deutschland schreiben lassen, was Pfingsten bedeutet, da würde ich mal sagen, ist es mit der Kenntnis über das christliche Abendland nicht so weit her. Und sich dann anschließend zu beklagen, dass Muslime im Koran sich besser auskennen, das finde ich irgendwie komisch. Und vielleicht kann uns diese Debatte auch mal wieder dazu führen, dass wir uns mit unseren eigenen Wurzeln befassen und wieder ein bisschen mehr Kenntnis darüber haben.“

E.L.: „Was?! **Die Dame im Publikum hat Angst vor der Islamisierung Deutschlands.** Ich persönlich weiß, was das heißt. Es bedeutet **Sorgen über Terrorismus und Gewalt.** Aber auch, sich Sorgen **über die Scharia-Gesetze** zu machen; **Sorgen wegen eines Zwangs für Frauen, Hidschabs, Niqabs oder Burkas zu tragen.** Es bedeutet Sorge um die fehlende Trennung zwischen **Moschee und Staat.** Und Merkel sagt, **die Lösung ist, dass diese Dame mehr zur Kirche geht?! Sich Bilder anzuschauen, das war ihr Rat.** Hier ist eine Frau, von der wir noch nicht einmal wissen, ob sie überhaupt Christin ist, die sagt, dass sie Angst hat vor unbegrenzter, ungeprüfter

Einwanderung von jungen muslimischen Männern. Und Merkels Rat ist: ‚Gehen Sie in die Kirche?! Das ist kein Wettbewerb theologischer Abstraktionen. Es geht um die Natur des Deutschen Staates! Es geht um das öffentliche Leben, die Gesetze, die Kultur. Es geht nicht um irgendein Buch, das jemand privat im Gotteshaus liest.

‚Sie sind beunruhigt wegen 100.000 muslimischen Männern?‘

‚Gehen Sie in eine Kirche, lesen Sie ein Buch, schauen Sie sich ein Bild an‘

Was?! Hier ist mehr“

M.: „Insofern finde ich diese Debatte sehr defensiv. Gegen terroristische Gefahren muss man sich wappnen. **Und ansonsten ist die europäische Geschichte so reich an so dramatischen und gruseligen Auseinandersetzungen, dass wir sehr vorsichtig sein sollten, uns sofort zu beklagen.** Denn woanders was Schlimmes passiert, wir müssen angehen dagegen, wir müssen versuchen das zu bekämpfen, **aber wir haben überhaupt keinen Grund auch zu größerem Hochmut,** muss ich sagen. Das sage ich jetzt als deutsche Bundeskanzlerin.“

E.L.: „Ok da haben wir’s. M. brauchte 3 min, aber jetzt ist es raus. Für sie geht es nicht um die realen Fakten. Es geht nicht um die 100.000 muslimischen Männer, die sie ins Land lässt. Es ist vielmehr eine Art nationale Psychotherapie für sie. Als deutsche Bundeskanzlerin sagt sie: **‚Sicher, Dschihadisten sind böse. Aber was dürfen wir Deutschen uns ein Urteil erlauben? Vergesst nicht, wie böse wir in der Vergangenheit waren. Nicht nur früher, auch in der jüngsten Vergangenheit. Seid also nicht so abgehoben und arrogant‘** Also: Deutschlands Kultur einer liberalen Trennung von Religion und Staat zu behalten, wäre abgehoben und arrogant, sagt sie. Sich gegen ungeprüfte Migranten zu wehren sei abgehoben und arrogant, sagt sie, denn **‚Hey, Deutschland tat Juden und anderen auch Böses an. Also haltet die Klappe, wenn muslimische Extremisten uns Schlimmes antun wollen!‘** Das ist keine echte Politik. Das ist eine Privattherapie. Ich möchte dabei anmerken, dass Merkel keine Kinder hat. [... Sie hat] keine persönliche Zukunft [... und auch] keine privaten Verpflichtungen für die Zukunft. Ein Amateur Psychologe könnte meinen, sie [und Kohl] haben entschieden, sich selbst auszulöschen als eine Art ethnische Strafe. Die ultimative Abscheu vor sich selbst?

„Selbsthass“ ist das treffende deutsche Wort dafür. Sie hassen sich selbst für das, was sie selbst oder ihre Eltern oder ihre Großeltern taten. Sie hassen das Deutschland von heute, weil es in der 30er und 40er Jahren so war, wie es war. Sie wollen also keine persönliche Zukunft in Deutschland. Und jeder, der das möchte, ist offensichtlich ‚abgehoben und arrogant‘ und hat die deutschen Verbrechen vergessen. **Und ‚Sicher sind einige dieser muslimischen Terroristen böse, aber nicht schlimmer als Deutschland war‘, sagt sie. [...] Das ist wahnsinnig.** Nun, sie sieht in dem Video sehr müde aus, aber ich glaube nicht, dass sie betrunken oder wahnhaft war. Uns ist nicht bekannt, dass sie diese Kommentare später zurückgenommen hat. **Soweit wir wissen, ist das Angela Merkels Weltbild.**

Deutschland gehöre nicht den Deutschen. Deutschland solle „entdeutsch“ werden. Deutsche verdienen Deutschland nicht. Jeder Fremde, der frisch aus dem Zug steigt, verdient aber Deutschland‘. ‚Maul halten, wenn du widersprichst! Weißt du nicht: Deutschland ist schuldig, schuldig, schuldig?!‘

Hören Sie, ich widerspreche! Ich bin ein Jude! Der Hass auf Nazis wurde mir seit meiner Kindheit beigebracht. Aber ich weiß, dass das heutige Deutschland nicht „Nazi“ ist. Sie sind liberal. Die Enkel der Nazis sind nicht ‚schuldig durch ihre Geburt‘

Und selbst wenn sie es wären, wäre dafür nicht die Lösung, die Strafe, 1 Million muslimischer Männer ins Land zu lassen, unter denen sich die heutigen ‚Nazis‘ des radikalen Islams verbergen. Angela Merkel las gerade Deutschlands offiziellen Abschiedsbrief (Selbstmord) vor. Und der Fakt, dass dieses Video so wenig im Gespräch ist, zeigt mir, dass die meisten Medien ihr – offen gesagt – zustimmen.“

Wie wehren sich die Mainstreammedien gegen solche Vorwürfe? Vielleicht werden sie einfach behaupten, dass der Mann ein islamophober, radikaler Jude sei, der die Situation überspitzt darstellt? Irgendetwas lassen die sich immer einfallen ;) In diesem Fall hieß die Taktik totschweigen und ignorieren. In Art. 16a des Grundgesetzes heißt es übrigens: „Auf das Asylrecht kann sich nicht berufen, wer aus einem sicheren Drittstaat einreist.“ Da Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist, kann im Prinzip auf dem Landweg keiner einreisen und Asyl rechtmäßig beantragen. Das GG ist Merkel aber seit 2015 egal!

Es ist übrigens richtig, dass die meisten Straftaten in Deutschland von Deutschen begangen werden (unterscheidet die Polizei hier eigentlichen zwischen „Eingedeutschen“ und echten Einheimischen? Dies scheint nicht der Fall zu sein), da sie immer noch den größten Anteil an der Bevölkerung ausmachen. Das kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass in diesem Land, relativ zu ihrem Anteil gesehen, gewisse Ethnien bis zu 50-mal krimineller als die Deutschen sind. Das geht aus Polizeiberichten eindeutig hervor und wird ebenfalls totgeschwiegen. Jeder Ausländer darf sich hier auch nach Lust und Laune ausleben, ohne irgendwelche tragischen Konsequenzen für sein Handeln fürchten zu müssen. „Schland“ ist zu einem Schlaraffenland für Kriminelle verkommen. Viele Straftaten werden erst gar nicht gemeldet, sodass es eine sehr hohe Dunkelziffer gibt. Wenn ein Rentner hier sein Haus anzündet, wird er obdachlos. „Flüchtlinge“ aus Moria hingegen werden mit einem Flug und einer schöneren Behausung in Deutschland belohnt. Ihnen wird der rote Teppich ausgerollt. Dass wir ein massives Einwanderungsproblem haben, wird auch dadurch offensichtlich durch den eklatanten Wohnungsmangel in Großstädten sowie die daraus resultierenden explodierenden Mietpreise.

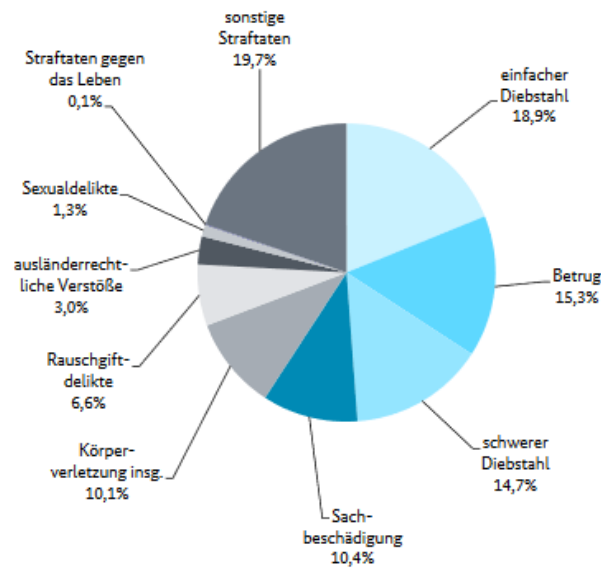
Rassismus in Deutschland und „der Kampf gegen Rechts“

3.2 Tatverdächtige

„Bei „Straftaten insgesamt“ wurden im Jahr 2019 insgesamt 2.019.211 Tatverdächtige in der PKS erfasst. Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent gesunken. 1.319.950 Tatverdächtige waren deutsche Staatsangehörige (-1,7 Prozent), 699.261 der Tatverdächtigen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (-1,3 Prozent)“¹⁰⁹

Straftatenanteile an Straftaten insgesamt = 5.436.401 Fälle

5 - G01



„Graue Wölfe - die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland

[...] Die Rede ist von der rechtsextremen, türkisch-nationalistischen Bewegung, die seit Jahrzehnten auch in Deutschland existiert. Sie ist unter anderem in hunderten lokalen Vereinen organisiert sowie in Dachverbänden wie Türk Federasyon, ATIB oder ATB. Die sogenannten "Grauen Wölfe" überhöhen die türkische Nation und betonen angeblich islamische Werte. Sie hetzen gegen tatsächliche oder vermeintliche Linke und alle Nicht-Türken – wozu sie auch Armenier oder Kurden zählen, selbst wenn diese die türkische Staatsbürgerschaft besitzen. Sie tragen Konflikte aus dem Mutterland auch in Deutschland aus. Mit schätzungsweise mehr als 18.000 Mitgliedern dürfte sie die stärkste rechtsextreme Organisation hierzulande sein – **zahlenmäßig mehr als dreimal so groß wie aktuell die NPD**. [...] Er [der Rassismus] richtet sich vor allem gegen Armenier, Kurden und Juden.“¹¹⁰

Ist man Nazi, wenn man rechtsextreme Türken im eigenen Land ablehnt?

Wie viel rechtes Gedankengut kommt tatsächlich von Deutschen?

¹⁰⁹<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2019.pdf?blob=publicationFile&v=10>

¹¹⁰<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland> ; Rassistische Straftaten werden hier oft von Ausländern begangen, werden aber ausschließlich den Deutschen angelastet.

Ein Tabu-Thema in Deutschland ist Rassismus bzw. **Diskriminierung gegen Deutsche**. Dieses Thema wird bspw. vom Rapper Cashmo in seinem Song „Alman“ thematisiert. Er rappt: *„Erzähl' euch wie es ist, wenn du hier in meiner Haut steckst. Wenn du als Alman im Kanak-Viertel aufwächst. Wenn du am Block die Kartoffel bist. Und wenn es heißt, komm mal raus mit dem Feuer in der Faust und sie boxen dich. Es gibt niemand, der dir hilft aus der Minderheit, denn am Block sind wir, auf die der Finger zeigt.*

Wenn man dich nicht akzeptiert, weil du deutsch bist. Dir die Schule suggeriert hier, was deutsch ist. [...] Wo die Gegend geprägt bleibt von Shishabars. [...] Wenn Schwarz-Rot-Gold dich hier zum Nazi macht, wo die anderen stolz stehen am Fahnenmast. Das Erbe meiner History Blut, Aber Bro, sag mir, was hab' ich mit Hitler zu tun? Viele kamen und sie suchten hier nach Schutz. Doch ich war nur der Alman für dich in deiner Hood. Wie viele meiner Landsleute leben in Gefahr? Aber wirklich drüber reden, ist was keiner von uns darf (Pssst)“¹¹¹

Um als Nazi zu gelten, reicht es mittlerweile aus, wenn man sich dem neuen, linken Sprachgebrauch nicht beugen will. *„Früher gab's Buffet. Heute gibt's gar nichts. [...] Gut, ja, früher durfte man auch Zigeunersoße sagen, darf man gar nicht mehr, heißt jetzt Soße ohne festen Wohnsitz.“¹¹²* Schöneberger wehte ebenfalls ein Shitstorm entgegen, als sie sagte, dass sich ihrer Meinung nach echte Männer nicht schminken sollten, eine konservative Sicht, für die sie ebenfalls zerfleischt wurde und zurückruderte¹¹³.

Die Kabarettistin Lisa Eckhart wurde von einem Festival eingeladen aufgrund eines linken Protestmobs laut Dieter Nuhr.¹¹⁴ Er schrieb empört auf FB: *„Was für ein Skandal! Der Protestmob auf der Straße entscheidet also darüber, wer hier bei uns seine Kunst ausüben darf. [...] Die fadenscheinige Begründung Antisemitismus soll das Ganze moralisch untermauern. Aber Lisa Eckart ist keine Antisemitin. Sie ist nur nicht links genug. [...] Die Absage macht mich fassungslos.“*

„Es ist links. Und das ist auch die Klientel, die die Metapolitik in diesem Land bestimmt, in den Medien und auf der Straße. Und sie scheuen zur Durchsetzung ihrer Bedürfnisse auch nicht vor Gewaltanwendung zurück. [...] Ich erinnere mich an Rechte auf einem Auftritt von Serdar Somuncu, 2006 im sächsischen Dippoldiswalde. Der Auftritt fand allerdings dennoch statt, inklusive Polizeipräsenz. Da hat sich der Veranstalter nicht in die Knie zwingen lassen, geschweige denn in vorauseilender Manier von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht. [...] Und heute würde ein Serdar Somuncu selbst zu diesem rechten Mob zählen. Die Zeiten, in denen ein freies Vokabular für das Gemeinte zur Verfügung stand, sind vorbei. [...] Politische Korrektheit ist eine Religion, die keine Expansionsgrenzen kennt.“¹¹⁵ (s. auch [Cancel-Culture](#) und [Euphemismus-Tretmühle](#))

In den Medien wird geleugnet, dass es Rassismus gegen Deutsche oder Diskriminierung von Deutschen existiere.

In der Frankfurter Rundschau hieß es bspw.: *„Blau-braune Alman-Kartoffeln im Rassismus-Wahn [...] eine durchschaubare Mogelpackung [...] „Rasse“ [sei] längst als gesellschaftliches Konstrukt, das für die **Nazi-Ideologie** zwingend ist.“¹¹⁶*

¹¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=FC7jEX7SeLU&feature=youtu.be>

¹¹² Barbara Schöneberger wird für diesen Witz von den linksausgerichteten Medien zerfleischt.

¹¹³ <https://www.youtube.com/watch?v=xHDj4cUbyHU>

¹¹⁴ <https://www.welt.de/vermischtes/article212971240/Lisa-Eckhart-von-Festival-ausgeladen-Nuhr-ist-empuert.html>

¹¹⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=HozPO8OfE3k>, achse:ostwest vom 21.10.2020

¹¹⁶ <https://www.fr.de/meinung/deutschland-rassismus-afd-identitaere-joerg-meuthen-alice-weidel-blut-und-boden-deutsche-13801621.html>

Verfolgt auch die UN eine Nazi-Ideologie, weil sie in den Menschenrechten fordert, dass aufgrund der Rasse keine Diskriminierung stattfinden soll? Wer keine Augen hat, um Unterschiede zwischen Chinesen, Indern, Eskimos, Indianern, Europäern und Afrikanern festzustellen, ist auch der Meinung, dass ein Labrador ein „gesellschaftliches Konstrukt“ wie „Schäferhund“ oder „Dackel“ sei und es nur Hunde gäbe.

„Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße: Nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd wird wieder die Mär vom Rassismus gegen Weiße fortgeschrieben. Das muss aufhören.“, postuliert der linke Tagesspiegel.¹¹⁷

„Was ist mit den Morden an Weißen in Südafrika? Es gibt bis zu 1.000 Fälle dieser „Farm Attacks“ im Jahr. In einem besonders grausamen Fall wurde die 12-jährige Tochter mit den Händen an einen Tisch genagelt und über Stunden vergewaltigt, bis sie starb. Nach der neuen, ahistorischen Definition sind das keine „rassistischen“, sondern „diskriminierende Morde“. Ebenso verhält es sich mit dem Hass auf die Iren und andere weiße Bevölkerungsgruppen im Amerika des beginnenden 20. Jahrhunderts. Auch die Abwertung der Polen und anderer Ost-Europäer zu Arbeitsvölkern in der nationalsozialistischen Ideologie ist nun anscheinend kein Rassismus mehr. Ja, was ist dann eigentlich mit dem Holocaust? Das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte ist jetzt kein rassistisches mehr, sondern „Diskriminierung“. Kann Antisemitismus nicht auch Rassismus sein, weil die Juden weiß sind? Oder sind sie zwar weiß, aber dann auch irgendwie wieder nicht?

Wenn es Rassismus gegen Weiße nicht gibt, [...] dann [ist] auch die „Deutschenfeindlichkeit“ flugs wegdefiniert. Fragen wir doch mal Wikipedia, wie es um diese bestellt ist:

Deutschenfeindlichkeit ist ein in rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Kreisen genutztes politisches Schlagwort, das strukturellen Rassismus gegen eine weiße Mehrheitsgesellschaft durch Migranten suggerieren und eigenen Rassismus rechtfertigen soll. Es scheint, als wäre die freie Enzyklopädie auch schon Opfer jener Rassismus-Neudefinition geworden. Ein rechter Kampfbegriff ohne jeden Realitätsbezug? Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt:

*Der Historikerin Yasemin Shooman zufolge wurde die eigentliche Diskussion aber durch einen 2009 erschienenen Beitrag der Lehrer*innen Andrea Posor und Christian Meyer ins Rollen gebracht. In ihrem Beitrag machten die beiden Lehrer*innen auf das zunehmende Mobbing deutscher Schüler*innen durch migrantische Mitschüler*innen in einzelnen Berliner Schulen aufmerksam: Dort seien deutsche Kinder in der Minderheit.*

Das passt jetzt natürlich so gar nicht in das postmoderne Weltbild, in dem die Hautfarbe eine soziale Kategorie ist und die Welt sauber in Opfer und Täter eingeteilt wird, wobei die Mehrheitsgesellschaft stets unter Tatverdacht steht – auch wenn sie, wie in den erwähnten Schulen, de facto in der Minderheit ist. Entsprechend findet der Rassismus in nicht-westlichen Ländern so gut wie nie Erwähnung. Der Rassismus in Indien gegen Schwarze beispielsweise

¹¹⁷<https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-grosse-unterschied-es-gibt-keinen-rassismus-gegen-weiße/25893440.html>

*oder der Rassismus in Südamerika gegenüber den Nachkommen der schwarzen Sklaven und der indigenen Bevölkerung spielt einfach keine Rolle.*¹¹⁸

Wenn Pflanzen in das eigene Biotop miteingeschleppt werden und heimische Pflanzen verdrängen, hat man kein Problem damit von „invasiven Pflanzen“ zu sprechen und davor zu warnen. Passiert das gleiche in Grün durch eine unkontrollierte Flutung mit Migrant*innen, darf man nicht von Invasion sprechen, das wäre rechts. Denkverbote werden erteilt, indem man sagt: „Das fordert die AfD auch“. Dann bist du auch ein AfDler, oder? In diese Ecke möchte natürlich niemand gestellt werden... Deshalb muss man sich immer brav distanzieren, von eigenen Werten, der eigenen Kultur, von sich selbst und muss jüdische Lieder singen, um den eigenen Anti-Antisemitismus zu bezeugen. Jahrelang macht man uns Angst vor Terroristen, aber lässt dann ohne Grenzkontrollen Millionen Menschen ohne Pass ins Land.

Umgang mit illegalen Einwanderern in verschiedenen Ländern:

USA: Geldstrafe und/oder 6 Monate bis zu 10 Jahre Haft und Abschiebung¹¹⁹

UK: Geldstrafe und/oder 6 Monate Haft und Abschiebung¹²⁰

Frankreich: Geldstrafe und/oder 1 bis 3 Jahre Haft

Irak: Geldstrafe und/oder bis zu 3 Jahren Haft und Abschiebung

Japan: Geldstrafe und/oder bis zu 3 Jahren Haft und Abschiebung

Deutschland: Hofft bei Migrant*innen auf freiwillige Registrierung, gewährt eine Sozialversicherung, Krankenversicherung, eigene Wohnung, monatliche Sozialhilfe, Kindergeld, hat „Willkommenskultur“¹²¹. Belohnungen für falsche oder keine Pässe, systematische Verhinderung von Abschiebungen, Brandstifter erhalten Direktflug nach Deutschland (Moria).

Wenn die Lebensbedingungen in unserem Staat so gestaltet sind, dass sich viele Paare kein Kind „leisten“ können, dann muss man von systemischem Rassismus gegen Deutsche sprechen. Hier herrscht ein kinderfeindliches Klima. Die Löhne sind so niedrig und die Miet- und Lebenserhaltungskosten so hoch, dass Mutter und Vater arbeiten müssen, um irgendwie über die Runden kommen zu können. Und dadurch bleibt auch die Erziehung der eigenen Kinder auf der Strecke. Dass die Deutschen viel zu hohe Ansprüche hätten, ist dummes Nachgeplapper von sich medial inszenierenden Schwurblern. Das traditionelle Familienbild wird mit allen Mitteln bekämpft. Es gibt 30.000 Verordnungen, die man einhalten muss, wenn man bauen will und andere Papierberge, die man überwinden muss, um irgendetwas in diesem Land auf die Beine stellen zu dürfen. Werbung und Medien machen den Leuten das Single-Leben schmackhaft, aber nur die wenigsten Menschen sind glücklich um uns herum. Man hat die Menschen in diesem Land durch die Gehirnwäsche der Umerziehung entwurzelt und identitätslos gemacht.

¹¹⁸ https://www.achgut.com/artikel/rassismus_gegen_weisse

¹¹⁹ <https://www.alllaw.com/articles/nolo/us-immigration/crime-enter-illegally.html>

¹²⁰ <https://www.loc.gov/law/help/illegal-entry/chart.php> Umfangreiche Liste

¹²¹ https://youtu.be/5v2y_1FDPIg?t=672 Werbevideo der BRD für Migrant*innen, Der Links-Staat Teil 2: Antifa und Staatspropaganda, Kopp Verlag

Gelebter Rassismus ist, wenn sich Menschen in diesem Land über den deutschen Volkstod freuen, oder sich diesen herbeisehnen. So ist auf Schildern der Antifa und ähnlich gesinnten Gruppierungen bspw. zu lesen:

„Abtreiben gegen Deutschland“

„Kondome bis zum Volkstod“

„Gegen deutsche Zustände“

„Für mehr Zwangsvergewaltigungen von Volksdeutschen“

„Für die Vernichtung rein-deutschen Erbguts“¹²²

Aber auch Politiker lassen gerne öffentlich ihren Hass und ihre Verachtung gegen Deutsche durchschimmern: „Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer frei!“ (schrieb das ehem. Bundesvorstandsmitglied Julia Schramm. Das Wort „Kartoffelbrei“ bezieht sich darauf, dass die Deutschen („Kartoffeln“) in Dresden zu Brei gebombt wurden.¹²³)

„Jedes Jahr sterben mehr Deutsche als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass sich die Nazis auch nicht besonders vervielfältigen.“ von Gregor Gysi.¹²⁴

Solidarität soll immer Fremden, aber nicht den Eigenen entgegengebracht werden, denn das wäre Nazi! Merkt euch das! Als der weiße Mann nach Amerika aufbrach und sich dort ausbreitete und die Indianer aus ihrem Lebensraum verdrängte, war das fremdenfeindlich. Wenn der Weiße sich aber dagegen wehrt, im eigenen Land von Fremden überrannt zu werden, ist das auch fremdenfeindlich! #Doppelmoral.

Sarrazin schrieb warnend: „In der gesamten Menschheitsgeschichte ging Einwanderung meist Hand in Hand mit Eroberung und war selten gewaltfrei. In den meisten Fällen war sie mit schweren Nachteilen für die heimische Bevölkerung verbunden.“

¹²² <https://youtu.be/CVoHnEYZECI> Bilder im Video

¹²³ <https://taz.de/Dresdener-Bombergate/!5048076/>

¹²⁴ https://www.youtube.com/watch?v=WjA_H2X6U2s

Datensammel- und Schnüffelwut zum angeblichen Schutze der Bevölkerung aufgrund von möglichem Terrorismus

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

Benjamin Franklin

Zuerst fliegt man angeblich zwei gekaperte Flugzeuge als False-Flag-Manöver (ähnlich zu „Operation Northwoods“¹²⁵) in die eigenen Twin-Tower plus WTC-7 (d.h. man bringt drei massive Wolkenkratzer mit zwei Flugzeugen zum Einsturz), versichert die Twin-Tower aber kurz vorher für mehrere Milliarden, kassiert diese Summe, gibt den allermeisten dort arbeitenden Leuten am 11. September frei, sprengt die Türme aber letztlich selbst kontrolliert in die Luft (auch weil diese durch Asbest verseuchten Gebäude eigentlich hätten teuer und langwierig abgetragen werden müssten), nennt es einen terroristischen Anschlag, gibt den Afghanen die Schuld dafür, bombt hunderte-tausende Menschen als Konsequenz dort weg, schürt Hass und züchtet damit echte Terroristen, legt dort eine neue Pipeline, hilft der Bin-Laden-Familie mit privaten Jets von den USA zurück nach Afghanistan zu flüchten und startet so die Ära des Kriegs gegen den Terrorismus im Jahre 2001 unter der Bush-Regierung. Live am gleichen Tag ist eines dieser Gebäude laut einer Reporterin eingestürzt, obwohl es noch im Hintergrund zu sehen ist. Jahre später errichtet man den „Ground Zero“ zur Erinnerung an die beiden Zwillingstürme, aber vergisst dabei bewusst WTC-7. Jeder, der die offizielle Schilderung anzweifelt, wird nach dem neu erlassenen Patriot’s Act als Landes- oder Hochverräter beschuldigt und hart angegangen. Solche Leute, die die Geschichte anzweifeln, würden mit ihrem Verhalten den Terrorismus unterstützen und amerikafeindlich handeln. In den Folgejahren wird man das Bild der gefährlichen, islamistischen Terroristen in Amerika und Europa in den Medien aufbauen: Muslimische Männer mit Maschinengewehren, langen Bärten und Turban als das neue Feindbild – der stereotypische Terrorist. Durch das ständige Schüren von Islamophobie und der Angst vor dem Terror in Fernsehen und Zeitungen werden die Freiheiten zu Gunsten der Errichtung von Überwachungsstaaten europaweit beschnitten. Seitdem ist es zur Tradition geworden, sog. „Verschwörungstheoretiker“ als größte Gefährdung des Staates zu bekämpfen und lächerlich zu machen. „Jet Fuel Can’t Melt Steel Beams“, sagten die Kritiker damals.

Was genau war dieser Patriot Act und was hatte man sich für Europa und speziell für Deutschland Feines ausgedacht?

In der BRD traten 2002 mehrere Antiterrorgesetze in Kraft unter dem Namen *Sicherheitspaket II* oder auch *Terrorismusbekämpfungsgesetz*¹²⁶.

¹²⁵ „Durch inszenierte Terroranschläge unter *falscher Flagge* gegen den [eigenen] zivilen Luft- und Schifffahrtsverkehr innerhalb der USA, für die man im Nachhinein *Fidel Castro* verantwortlich machen wollte, sollte ein Vorwand zur Invasion Kubas geschaffen werden.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Northwoods (abgerufen am 24.09.2020)

¹²⁶ vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Antiterrorgesetz>

Unter anderem wurde Folgendes erlassen:

- Die Befugnisse verschiedener Sicherheitsbehörden wurden erweitert.
- Das deutsche [Bundeskriminalamt](#) darf nun auch Anhänger ausländischer [Terrororganisationen](#) verfolgen und bei Datennetzkriminalität tätig werden.
- Dem [Verfassungsschutz](#) wurde zusätzlich die Beobachtung von Tätigkeiten auferlegt, die sich gegen Völkerverständigung und friedliches Zusammenleben richten. Er soll durch Informationsabfragen Geldströme von Terrorverdächtigen aufspüren.
- Polizei und Geheimdienste erhielten Zugriff auf eine [Antiterrordatei](#) und weitere [Fusion Center](#) wurden gegründet.¹²⁷

Das Terrorismusbekämpfungsgesetz „ist ein Artikelgesetz, das mehrere Änderungen an verschiedenen Gesetzen zur Inneren Sicherheit vornahm. Dabei wurden insbesondere die Befugnisse der Geheimdienste erweitert, das Grundrecht auf das Post- und Fernmeldegeheimnis weiter eingeschränkt, die Voraussetzungen für die Einführung von Ausweisdokumenten mit biometrischen Merkmalen und die Vorschriften des Ausländerrechts verschärft. [...]

Das Bundesverfassungsschutzgesetz wird dahingehend erweitert/verändert, dass das [Bundesamt für Verfassungsschutz \(BfV\)](#):

- sich Auskünfte über Konto- und Überweisungsdaten, Postwege, Informationen des Luftverkehrs, sämtliche Informationen zur Nutzung von Telekommunikationsdienstleistungen holen und Handys orten darf;
- die sog. [G-10-Kommission](#) über entsprechende Vorgehen informieren muss (durch seinen Präsidenten bzw. seinen Stellvertreter), es sei denn es ist akute Gefahr im Verzug;
- entsprechende Daten bis zu 10 bzw. 15 Jahre und auf Entscheidung des Behördenleiters auch länger speichern darf.“¹²⁸

Hier kam immer die saudumme Floskel: „Ich habe nichts zu verbergen“. Wer nichts zu verbergen hat, soll mir bitte seine Geheimzahl und PIN seiner Bankkarte geben, mir sagen, wann und zu welcher Zeit er Pornoseiten besucht, mir jederzeit seinen Standort mitteilen, damit ich ihn rund um die Uhr mit einem Fernglas aus einem Busch heraus beobachten kann. Ich möchte diesem Menschen jederzeit über die Schulter schauen und zusehen, was er anderen schreibt, zuhören, was er mit anderen spricht und mitlesen, was er schreibt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Klingt das unangenehm? Dachte ich mir...

Jeder unangenehme Mensch, der zu viel Wahrheit ausplaudert, kann unter dem Vorwand „Terrorismus“ weggesperrt und ausgehorcht werden. „Es ist nur zu eurer Sicherheit.“ Gott sei Dank unternimmt der Staat etwas gegen die bösen Terroristen...

¹²⁷ ebd.

¹²⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Terrorismusbek%C3%A4mpfungsgesetz>



Drei Hauptregelungen im Patriot Act¹²⁹:

- Erweiterte Überwachungsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden, unter anderem durch das Abhören nationaler und internationaler Telefone [Hallo NSA],
- erleichterte Kommunikation zwischen den Behörden, um es den Bundesbehörden zu ermöglichen, alle verfügbaren Ressourcen bei der Terrorismusbekämpfung effektiver zu nutzen und
- höhere Strafen für terroristische Straftaten und eine erweiterte Liste von Aktivitäten, die jemanden für eine Anklage wegen Terrorismus qualifizieren würden.

Seit dem 11. September ist zudem der ausgerufenen Ausnahmezustand als Folge der Terroranschläge in den USA bis zum heutigen Tag in Kraft.¹³⁰

*„Als Ausnahmezustand wird ein Zustand bezeichnet, in dem die Existenz des Staates oder die Erfüllung von staatlichen Grundfunktionen von einer maßgeblichen Instanz als akut bedroht erachtet werden. Verwandte Begriffe sind Staatsnotstand, Verfassungsnotstand, Status Necessitatis, Notstandsrecht bzw. Notrecht, Notstandsdictatur, Kriegsrecht oder Belagerungszustand.“*¹³¹

¹²⁹ Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

¹³⁰ [Continuation of the National Emergency With Respect to Certain Terrorist Attacks.](https://www.federalregister.gov/documents/2017/09/11/continuation-of-the-national-emergency-with-respect-to-certain-terrorist-attacks)

In: [Federalregister.gov](https://www.federalregister.gov/). 11. September 2017

¹³¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Ausnahmezustand>

In Deutschland wurde parallel in diesem Zeitraum – völlig verfassungswidrig! – die Vorratsdatenspeicherung 2008 eingeführt. Es trug den schönen Namen: „Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“

*„Zahlreiche Klagen wurden schon damals vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Am **02. März 2010** wurde die Vorratsdatenspeicherung vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und eingestampft.*

*Dennoch gab die Regierung nicht auf: **2015** wurde ein neues Vorratsdatenspeicherungsgesetz verabschiedet und trat im Dezember desselben Jahres in Kraft. Mit Wirkung zum **01. Juli 2017** sollten nun alle Provider und andere Telekommunikationsdienstleister die Vorratsdaten speichern – für vier bzw. zehn Wochen. Am **28. Juni 2017** jedoch, also zwei Tage vor der endgültigen Umsetzung, **hat die Bundesnetzagentur nun die Vorratsdatenspeicherung bis auf Weiteres ausgesetzt**. Es soll die abschließende richterliche Entscheidung abgewartet werden, die jedoch in diesem Jahr [2020] kaum noch zu erwarten ist.“¹³²*

Das Wichtigste zur Vorratsdatenspeicherung in Kürze

- Ab dem 01. Juli 2017 sollte die Vorratsdatenspeicherung einsetzen. Alle Provider von Telekommunikationsdiensten waren eigentlich ab diesem Tag dazu angehalten, Verbindungs- und Standortdaten über einen längeren Zeitraum zu speichern. Am 28. Juni 2017 jedoch erklärte die Bundesnetzagentur die Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung bis zum ordentlichen Abschluss eines Hauptsacheverfahrens.
- Die Standortdaten aller Bürger sollen für vier Wochen, deren Kommunikations- und andere Verbindungsdaten bis zu zehn Wochen vorsorglich gespeichert werden.
- Noch immer sind unzählige Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig. Eine Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung soll es aktuell in diesem Jahr jedoch nicht mehr geben.

Durch dieses Gesetz sollen Metadaten gespeichert werden:

- Bei jedem Telefonat soll gespeichert werden, wo sich Anrufer und Angerufener aufhielten.
- Zu Beginn jeder Internetnutzung auf einem Mobiltelefon sollen die Standortdaten des Users von Providern und Telekommunikationsdiensten gespeichert werden.
- Bei Telefonaten sollen die Rufnummern, Zeitpunkt des Anrufs und die genaue Dauer der Gespräche gespeichert werden,
- Bei SMS und MMS die Rufnummer, sowie Sende- und Empfangszeiten
- Bei Internetnutzern die jeweils zugewiesenen IP-Adressen, sowie Dauer und Zeitpunkt der Nutzung.

¹³² <https://www.datenschutz.org/vorratsdatenspeicherung/>

„Im Kern geht es bei der Vorratsdatenspeicherung also um die Erhebung von Daten, die einen Einblick darauf ermöglichen, **wann Sie mit wem von wo aus und in welcher Form in Kontakt getreten sind. E-Mails sind dabei explizit von der Vorratsdatenspeicherung ausgenommen.** Der erste Gesetzentwurf 2007 sah deren Speicherung noch vor.“¹³³

Der Mensch ist ein Gewohnheitstier! Durch diese Daten allein kann man sehr viele Rückschlüsse über die Beziehungen eines Menschen erfassen: Wer ihm nahe steht, wann man sich auf eine neue Liebesbeziehung eingelassen oder getrennt hat, welche Hobbys man verfolgt durch den Standort, die Dauer der Gespräche und wie oft man sich mit jemandem unterhält. Wo wir uns die meiste Zeit des Tages aufhalten wird ebenfalls durch diese Daten preisgegeben, da wir jeden Tag zig Mal von anderen angeschrieben werden und sich unser Handy dadurch automatisch mit dem Internet verbindet. Man kann Bewegungsprofile erstellen und ziemlich passgenaue Vorhersagen treffen, wie sich ein Mensch in Zukunft verhalten wird und dadurch das Verhalten dieses Menschen nach Lust und Laune für die eigenen Zwecke manipulieren.

Die Technik ist bereits jetzt schon unfassbar weit. Wenn man bedenkt, dass das Militär im Geheimen der Zivilbevölkerung mit seiner Technik teilweise 20 bis 40 Jahre voraus ist, vermag man sich gar nicht vorzustellen, wozu die modernsten K.I.-Systeme durch Auswertung riesiger Datenmengen in der Lage sind. Machine Learning oder Deep Learning zeigen der Öffentlichkeit, zu was Maschinen im Stande sind: Gesichtserkennung, Lieder komponieren, Kunstwerke erschaffen, alle möglichen Sorten von Spielen meistern und den Menschen übertreffen, bessere Tumorerkennung als herkömmliche Ärzte und die Liste scheint endlos weiter zu gehen. Die Fantasie kennt hier keine Grenzen. **Das wertvollste Gut der Moderne sind unsere Daten, mit denen sie ihre Maschinen füttern, um ihre Polizei- und Überwachungsstaatfantasien zu realisieren.** Um diese Datenflut in Zukunft besser zu händeln und jeden Menschen dieser Erde simultan überwachen zu können, brauchen die Regierungen dieser Erde schnelleres Internet, was durch 5G ermöglicht wird. Das Hacken dieser Daten wird für professionelle Hacker kein Problem darstellen, so zeigten die letzten Jahre immer wieder, dass gewaltige Datensätze im Netz an den Meistbietenden verhökert werden, wie bspw. die Panama-Papiere und andere Pannen im öffentlichen Dienst. Unsere Daten sind in der Regel nur unzureichend geschützt und können leicht in falsche Hände geraten! Wer glaubt, dass er nichts zu verbergen hat und sich deswegen nicht darum schert, was mit seinen sensiblen Daten passiert, ist völlig naiv und blauäugig. **Deine Daten werden genutzt, um dein zukünftiges Verhalten zu steuern oder wenigstens maßgebend mit zu beeinflussen und du wirst es meistens noch nicht einmal merken!**

Robert F. Kennedy Jr. hatte am 29.08.2020 hierzu auch einige interessante Dinge zu sagen, als auch zu den Themen Angst, Kontrolle und Gehorsam in Berlin (sinngemäß übersetzt):

„Ich sehe Menschen, die Demokratie lieben, Menschen, die eine offene Regierung wollen und Anführer, von denen sie nicht belogen werden, Anführer, die nicht willkürliche Regeln erlassen, um unsere Gehorsamkeit, unsere Unterwürfigkeit zu erwirken. Wir wollen Anführer, die keine Verbindungen mit der Pharmaindustrie haben, die für uns arbeiten. Wir wollen Politiker, die sich um die Gesundheit unserer Kinder bemühen und nicht um die Profite der Pharmedia oder die Regierungskontrolle. [...] **Unsere Regierungen lieben Pandemien aus dem gleichen Grund weshalb sie auch Krieg lieben, weil es sie in die Lage versetzt, Kontrollmechanismen zu**

¹³³ ebd.

installieren, die wir sonst niemals akzeptieren würden. Das sind Institutionen und Mechanismen, die uns durch ihre Inszenierung Unterwürfigkeit aufzwingen. Es ist für mich eine Qual, und all diese wichtigen Leute wie Bill Gates und Anthony Fauci haben über diese Pandemie Jahrzehnte nachgedacht und sie geplant. Sie können nicht einmal erklären, was die Pandemie sein soll. Sie scheinen sich alles auszudenken, sie erfinden Zahlen, sie können nicht sagen, was die Sterberate pro Fall für CoVid ist, als Grundlage. Sie können uns keinen PCR-Test geben, der tatsächlich funktioniert. Sie müssen die Definition ständig ändern, um es gefährlicher aussehen zu lassen. Die einzige Sache, die sie gut können, ist Angst erzeugen. [...] Es hat mir der Natur des Menschen zu tun. Du kannst es in einem Nazi-Regime tun, in einem sozialistischen Regime, in einem kommunistischen Regime, in einer Monarchie und einer Demokratie. Das Einzige, was eine Regierung braucht, um aus Menschen Sklaven zu machen ist die Angst. Und falls dir was einfällt, was ihnen Angst einflößt, kannst du sie dazu bringen, alles zu tun, was du willst. [...] Sie haben den Anfang geschaffen für eine digitale Währung und das ist der Beginn der Sklaverei. Wenn sie dein Bankkonto kontrollieren, kontrollieren sie auch dein Verhalten. Der Grund, warum sie Billionen Dollar für 5G ausgeben, ist nicht der, dass wir ein Videospiel in 6 statt in 16 Sekunden herunterladen können, sondern zur Überwachung und zum Sammeln von Daten. Es ist nicht für uns, sondern für Bill Gates, Jeffrey Zuckerberg, Bezos und all die anderen Milliardäre. Bill Gates sagte, dass seine Satellitenflotte im Stande wäre, sich jeden Quadratzentimeter der Erde 24 Stunden am Tag anzusehen. Er wird dich überall verfolgen können durch smarte Geräte, Gesichtserkennung, durch dein GPS. Alexa arbeitet nicht für dich, sondern für Billy, um uns auszuspionieren. [...]"

Kein Sterbenswörtchen über diese Rede im Mainstream, geschweige denn, dass er überhaupt in Berlin war. Man könnte womöglich noch auf falsche Gedanken kommen...



Übrigens hat die WHO im Mai 2009 die Definition einer Pandemie massiv abgeändert. Aus der Definition wurde gestrichen, dass man eine enorme Anzahl von Todesfällen und Erkrankten in mehreren Staaten benötigt, um es Pandemie nennen zu dürfen. Im Prinzip waren Pandemien das Worst-Case-Szenario. Das ist seit 2009 nicht mehr so. **Nun reicht es aus, dass ein Erreger schnell in mehreren Regionen der Welt ausbreitet. Ob viele sterben oder erkranken ist kein Kriterium mehr für eine Pandemie.**

Nach der neuen Definition könnte man jedes Jahr eine Grippe-Pandemie ausrufen, weil sich diese Art von Virus schnell ausbreitet und jeden Winter in verschiedenen Ländern wiederkehrt. Nur ein Monat nach der Änderung der Definition im Juni rief die damalige Chefin der WHO, Margaret Chan, eine Pandemie wegen der Schweinegrippe aus.¹³⁴ *An die Millionen Toten und Erkrankten werden sich sicher noch viele erinnern ;)* [es gab sie nicht]. Damals resümierte man, dass es ein globaler Fehlalarm war, es gab eine übertriebene Angstmacherei, es war ein Milliardengeschäft für die Pharmaindustrie, ein Milliardenverlust für die Steuerzahler und 700 Impfschäden in Deutschland, 700 Menschen, die dank der Impfung ihr Leben lang unheilbar an Narkolepsie leiden werden.

¹³⁴ Quelle: *Profiteure der Angst: Das Geschäft mit der Schweinegrippe*, Arte-Doku vom 20.10.2009 bei Minute 6.

Zensur durch angebliche Urheberrechtsverletzungen und das NetzDG

Ohne Meinungsfreiheit konnten dann auch die umstrittenen Zensurgesetze (Artikel 13) dem gemeinen europäischen Dummvolk propagiert und als notwendig präsentiert werden.

Bei strahlendem Sonnenschein haben heute zwischen 1000 und 2000 Menschen gegen die geplante EU-Urheberrechtsreform mit Uploadfiltern in Köln demonstriert. Der Online-Protest, der sich bislang in Videos, Mails, Tweets und Petitionen äußerte, ist damit auf der Straße angekommen. [...] Viele der Schilder und Sprechchöre bezogen sich auf den Vorwurf des Unionspolitikers Sven Schulze, der den via Mail Protestierenden vorwarf, sie seien Bots von Google. Die CSU-Politikerin Monika Hohlmeier hatte hingegen von instrumentalisierten Jugendlichen getwittert, die EU-Kommission in einem Blog-Post auf Medium.com die Kritiker der Uploadfilter in der Urheberrechtsreform als „Mob“ bezeichnet – und den Text später mit der Begründung gelöscht, dass der Text falsch verstanden wurde. Der Originaltext findet sich noch im Internet Archive. Eine Entschuldigung der Kommission gibt es bislang noch nicht. Dieser Umgang mit den Kritikern von Uploadfiltern im Rahmen der Urheberrechtsreform hatte schon online für große Empörung und Widerspruch gesorgt. Und das trugen die Demonstrierenden in Köln mit einem Augenzwinkern auf die Straße. So skandierten die Teilnehmenden „Wir sind die Bots“ (Video) oder trugen Schilder mit wahlweise „Ich bin ein Bot“ oder „Ich bin kein Bot“. Auf anderen Schildern war „Nie mehr CDU“ zu lesen, „Recht auf Remix statt Uploadfilter“ oder „Rettet das Neuland“. Sprechchöre richteten sich gegen den befürchteten Aufbau einer Zensur-Infrastruktur: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Freiheit klaut“ oder „Stoppt die Zensur! [...] Am kommenden Montag soll dann die Online-Petition gegen die EU-Reform, die bereits knapp fünf Millionen Unterschriften gesammelt hat, an die Bundesregierung übergeben werden. Für den 23. März wollen die Gegner/innen der Urheberrechtsreform europaweit Demonstrationen organisieren.“¹³⁵

Es ist immer die gleiche Laier:

- Anderen absprechen, berechnete Kritik zu haben (andere lächerlich machen oder behaupten, sie seien gekauft von Tech-Unternehmen, Rassisten und ähnliches, etc. pp.)
- Ausmaß der Kritik bzw. Anzahl der Kritiker herunterlügen (siehe 17.000 in Berlin, Fake-Accounts, Trollbotarmeen im Netz, Fake-Accounts und keine echten Menschen bei der abgegebenen Petition, Jugendliche, die nicht wüssten, wie die reale Welt funktioniert)

Diese Proteste waren Vorboten für das, was im Jahre 2020 passieren sollte. Im Jahr 2020 begann ganz offiziell der Informationskrieg, der dritte Weltkrieg ohne Waffen, bei dem fast alle Regierungen begannen, das eigene Volk zu bekriegen. Ziel sind die Vernichtung des Mittelstandes, der Great Reset und durch Einführen einer ausschließlich digitalen Währung und das Spritzen eines ID-Chips (COVID – Certificate of Vaccination Identification oder doch nur Coronavirus Disease 2019?) die totale Kontrolle über alle Menschen weltweit. Aber „uns geht es doch gut“. Zwinkersmiley ;)

¹³⁵<https://netzpolitik.org/2019/mehr-als-tausend-menschen-demonstrieren-in-koeln-gegen-uploadfilter/#vorschaltbanner>

Fast vergessen: Das ist alles nur Verschwörungstheorie ;) genau wie Event201, Lockstep von Rockefeller, ID2020 von Gates, sein Krypto-Währungssystem Patent WO/2020/060606 mit der Nummer „666“¹³⁶, The Great Reset wie er im World Economic Forum herbeigesehnt wird, exponentiell steigende Autismusfälle durch Impfungen wie im Film „Vaxxed“ dargelegt, uvm. was man nicht denken darf ;) Ein Zeitungsbericht bestätigt, was viele Kritiker befürchteten. Es ist eine Dreistigkeit hoch zehn, wie man die Menschen anlügt!



¹³⁶ <https://patentscope.wipo.int/search/en/detail.jsf?docId=WO2020060606>

Der kleine Heiko hat sich auch nicht mit Ruhm bekleckert, als er 2018 das Netzdurchsuchungsgesetz (NetzDG) ganz heimlich still und leise erlassen hat. Als Außenminister, der nur mäßig Englisch kann, ist er sogar eine noch größere Lachnummer. Honecker, AKK und Maas: Sie sind nicht repräsentativ für das Saarland, aber alle drei haben einen enormen Imageschaden für uns Saarländer angerichtet, wenn man sich ansieht, was diese Schwachsinnigen im juristischen Sinne von völlig unterqualifizierten, inkompetenten Personen den Menschen dieses Landes mit ihrer Politik angetan haben.

Ist dieses Aussprechen meiner Privatmeinung, von meiner Wahrheit schon ein Hassverbrechen? Wie gut, dass darüber nicht mehr in Gerichten darüber gestritten wird, was gesagt werden darf, sondern voll automatisiert gelöscht und zensiert wird, was das Zeug hält! Vielleicht hätte der Heiko es Hasssprech nennen sollen und dass er eine Gedankenpolizei einrichten wolle, damit jeder halbwegs gebildete Mensch besser erkennt, dass unser Heiko nach dem Vorbild der 1984 beschriebenen Dystopie auch einen totalitären Staat errichten will. Die neueste Entwicklung vom 18.02.20:

„Facebook, Twitter und viele andere Plattformen müssen strafbare Inhalte künftig dem BKA melden, samt Nutzerdaten. Das will das Kabinett morgen beschließen. Der Entwurf ist komplex, die Kritik daran heftig. [...]

- *[Sie] müssen **strafbare Gewaltdrohungen, Neonazi-Propaganda, Volksverhetzung** und einige weitere Inhalte künftig ans Bundeskriminalamt (BKA) **melden**, wenn Nutzer sie auf solche Inhalte aufmerksam gemacht haben. Führen sie kein entsprechendes Meldesystem ein, drohen ihnen [Bußgelder von bis zu 50 Millionen Euro](#). Derzeit müssen sie solche Inhalte nur für Nutzer in Deutschland sperren.*
- *Zusammen mit den Inhalten sollen die Unternehmen auch die **IP-Adressen sowie die Port-Nummern** der Verfasser ans BKA übermitteln.*
- *Nicht meldepflichtig sind **Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung** - hier sollen Betroffene weiterhin selbst entscheiden können, ob sie dagegen vorgehen wollen.*
- *Auch **Passwörter** müssen die Plattformanbieter unter Umständen an Strafverfolger oder Nachrichtendienste **herausgeben**. Allerdings fällt die Regelung im finalen Entwurf wesentlich restriktiver aus als in der vorangegangenen Version. Das dürfte nicht zuletzt den Protesten aus Zivilgesellschaft, Opposition und Wirtschaft zu verdanken sein. Die nun vorgesehene Regelung gilt nur bei besonders schweren Straftaten oder „zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für den Bestand des Bundes oder eines Landes“ und nur nach einem Richterbeschluss.“¹³⁷*

Und was hat man am 01.04.20 zur Zeit des ersten Lockdowns verabschiedet?

„Das vor zwei Jahren beschlossene NetzDG verpflichtet Internet-Plattformen zu einem härteren Vorgehen gegen rechtswidrige Hassbotschaften, Hetze und Terrorpropaganda. Klar strafbare Inhalte müssen binnen 24 Stunden gelöscht oder für deutsche Nutzer gesperrt

¹³⁷ <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/gesetz-gegen-hasskriminalitaet-was-sie-darueber-wissen-muessen-a-1f995e2b-80a9-4e11-aecc-75f3250c69b9>

werden, auf Nutzerbeschwerden soll nach spätestens 48 Stunden reagiert werden. Zudem müssen die Unternehmen alle sechs Monate einen Bericht über ihren Umgang mit Beschwerden veröffentlichen. Das Gesetz habe sich „grundsätzlich bewährt“, heißt es im nun beschlossenen Gesetzentwurf. Die bisherigen Erfahrungen zeigten aber „gleichwohl, dass einige Regelungen fortentwickelt werden sollten“ [...] Die Tech-Branche ist nicht begeistert. Aus dem Kreis der Unternehmen wurde schon das ursprüngliche NetzDG kritisiert, weil es staatliche Aufgaben an Konzerne übertrage. „Die neue Reform führt zu noch mehr Unsicherheiten und eben nicht zu mehr Transparenz“, kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Digitalverbands Bitkom, Bernhard Rohleder.

Unbestimmte Rechtsbegriffe und unklare Vorgaben zur Inhalte-Löschung würden nicht ausgeräumt. „Problematisch ist auch die künftige Ungleichbehandlung von Videosharing-Plattformen und sozialen Netzwerken: Die Bundesregierung sieht für Videosharing-Anbieter das Herkunftsland in der Pflicht – für die sozialen Netzwerke jedoch nach wie vor das Zielland.“¹³⁸

Immer öfter werden kritische Inhalte aufgrund von irgendwelchen Verstößen gegen Community-Richtlinien, durch Denunzianten, durch Medienagenturen oder einfach so manuell oder vollautomatisch gelöscht. Etwas kritischer als „der Spiegel“ war „die Welt“ am 06.01.2018¹³⁹:

„Nur Gerichte können darüber entscheiden, wann bei Äußerungen die Meinungsfreiheit endet und die Hassrede beginnt. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz aber verlegt die Bewertung solcher Inhalte in einen vorjuristischen Raum. [...] Meinung, Hetze, Beleidigung, Klartext, Wahrheit, Hassrede – das alles wird vermischt und je nach Situation bewusst missbraucht. Klar ist nur eines: Die Freiheit der Meinung ist unser höchstes Gut. Sie zu erhalten und durchzusetzen ist die Grundlage unserer Demokratie, sie ist primus inter pares [hat herausragende Stellung] unter den Freiheitsrechten. [...] Aber dann gibt es die graue Zone von Inhalten, bei denen nicht sofort klar ist, ob sie Meinung, Hassrede oder Straftat sind, die nicht so klar einzuordnen sind [...] [Wenn] Beatrix von Storch an die Polizei von NRW schreibt: „Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?“ mag diese Frage ihre Meinung über muslimische Männer ausdrücken. Aber diese Äußerung könnte auch den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Der Staatsanwalt ermittelt. Genau das ist der einzig richtige Weg. Durch niemand anderen als die Justiz dürfen diese Fragen geklärt werden. Und solange diese nicht durch die Justiz geklärt sind, dürfen diese Grauzonen-Inhalte nicht aus dem Netz gelöscht werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz aber verlegt die Bewertung solcher Inhalte in einen vorjuristischen Raum. Twitter und Facebook sollen Schwammigkeiten wie „Hassrede“ und „Hetze“ entfernen, sobald sie ins Netz geraten. Da drakonische Strafen drohen, wurde schon in der ersten Woche gelöscht, was die Tasten hergaben: Unter anderem die Tweets von Maier und Storch, aber auch satirische Auseinandersetzungen damit. Die sozialen Netzwerke werden durch das Gesetz genau zu dem, als dass sie immer wieder falsch bezeichnet werden und was sie nicht sind: „soziale Medien“. Dabei muss klar sein: Medien erstellen Inhalte, kuratieren sie [d.h. bestimmen und teilen nur die „besten“ Inhalte] und übernehmen dafür Verantwortung. Netzwerke aber stellen nur die Infrastruktur zur Verfügung, mit der Inhalte geteilt werden

¹³⁸<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/netzdg-kabinettsbeschluss-neue-beschwerderechte-in-sozialen-netzwerken-a-ca8d2804-d8b5-40c2-84bc-6c1359a36b2e>

¹³⁹<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article172226747/Netzwerkdurchsetzungsgesetz-Sorry-Herr-Maas-Ihr-Gesetz-ist-schon-gescheitert.html>

können. Sie sind nichts anderes als ein auf Lautsprecher gestelltes Telefon während eines Konferenzgesprächs mit sehr, sehr vielen Teilnehmern. Diese Firmen dürfen niemals Kontrolle über das erlangen, was gesagt werden darf und was nicht.“



Seiten mit brisanten Infos werden leider nicht mehr gefunden.

„Unsere Zensurpolitik im Internet ist keineswegs gegen die Meinungsfreiheit gerichtet, sondern sie dient lediglich dazu, die Bürger dazu zu erziehen, dass diese ihre Gedankengänge in die Richtung projizieren, welche auch den staatlichen Richtlinien entspricht.“

Hat Heiko Maas das gesagt? Es würde zu ihm passen...

Gelöschte YouTube-Kanäle:

- X22 Report (952,000 subscribers)
- SGTreport (630,000 subscribers)
- Edge of Wonder (467,000 subscribers)
- Praying Medic (391,000 subscribers)
- And We Know (385,000 subscribers)
- Amazing Polly (375,000 subscribers)
- Joe M (367,000 subscribers)
- Dollar Vigilante (304,000 subscribers)
- Mouthy Buddha (296,000 subscribers)
- JustInformed Talk (281,000 subscribers)
- RedPill78 (269,000 subscribers)
- The Patriot Hour (248,000 subscribers)
- In Pursuit of Truth (242,000 subscribers)
- Destroying the Illusion (238,000 subscribers)
- TRUreporting (215,000 subscribers)
- Alice Down The RabbitHole (174,000 subscribers)
- Spaceshot76 (159,000 subscribers)
- World Alternative Media (154,000 subscribers)
- McAllisterTV (127,000 subscribers)
- Sarah Westall (125,000 subscribers)
- Radio-Québec (120,000 subscribers)
- Truth and Art TV (113,000 subscribers)
- Dustin Nemos (113,000 subscribers)
- Blessed To Teach (109,000 subscribers)
- Woke Societies (108,000 subscribers)
- Stroppey Me (83,400 subscribers)
- Patriots' Soapbox News Network (80,000 subscribers)
- Angel Wallace (63,000 subscribers)
- Titus Frost (44,400 subscribers)

Neue Initiative: Wird Kritik an Merkel jetzt streng verfolgt? (02.10.2020)

Genau wie Witze über den Führer, könnten auch gehässige Bemerkungen über unsere derzeitige Führerin in Zukunft ein böses Nachspiel haben. Medienunternehmen, Regierungsvertreter und Sicherheitsbehörden wollen zukünftig „gegen Hass im Netz“ enger zusammenarbeiten, um quasi automatisiert sog. „Hasskriminalität“ erfolgreicher zu verfolgen. Zudem sollen **mutmaßliche** Täter aus der Anonymität des digitalen Raumes herausgeholt werden. Löschung reicht ihnen nicht mehr aus, sie wollen die „Täter“ konsequent verfolgen. **Ermittelt wird dann beim polizeilichen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrum des LKA.** Die Orwellsche Gedankenpolizei, die Gedankenverbrechen bekämpft, nimmt immer konkretere Formen an.

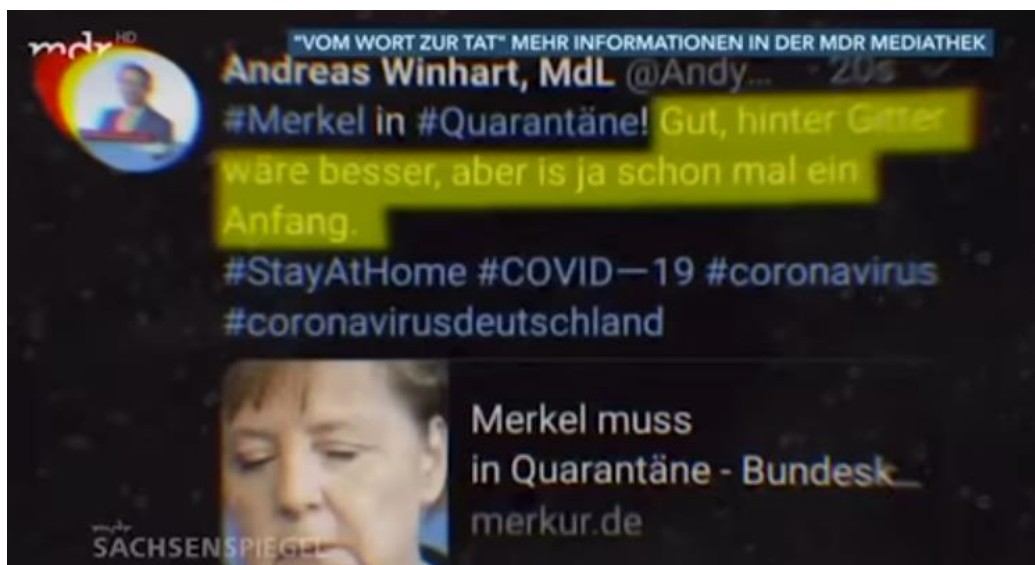
Johannes Schüller vom Deutschland Kurier zitiert die MDR-Intendantin Karola Wille, die wie eine nichtssagende Regierungssprecherin klingt und eine wegweisende „Initiative gegen Hasskriminalität“ auf den Weg bringen will zusammen mit mehreren Staatsministern, sowie dem Präsidenten des Medienrates der SLM Markus Heinker. Am 29.09. wurde der Entwurf vorgestellt!

Wille sagte:

„Die Menschen erwarten von uns und unseren Angeboten zurecht auch bei streitbaren Themen eine Diskursqualität die von Respekt und Wertschätzung geprägt ist, nicht von Hass und Gewalt. Wir sind deshalb sehr froh, dass die Staatsregierung unsere gemeinsame Initiative umgehend aufgegriffen und konsequent unterstützt hat. Dafür möchte ich bei allen Mitwirkenden, besonders bei der Generalstaatsanwaltschaft ganz herzlich bedanken.“

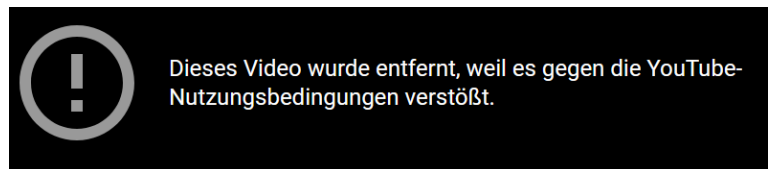
Der Chef der sächsischen Staatskanzlei und Medienminister Schenk betont dazu:

„Öffentlich-rechtliche und private Medienunternehmen, Justiz und Polizei werden zukünftig gemeinsam gegen Hass im Netz vorgehen“



Seit wann ist es Aufgabe der Medien als verlängerter Arm der Strafverfolgung zu fungieren? Die Gewaltenteilung ist damit nicht mehr gewährleistet!

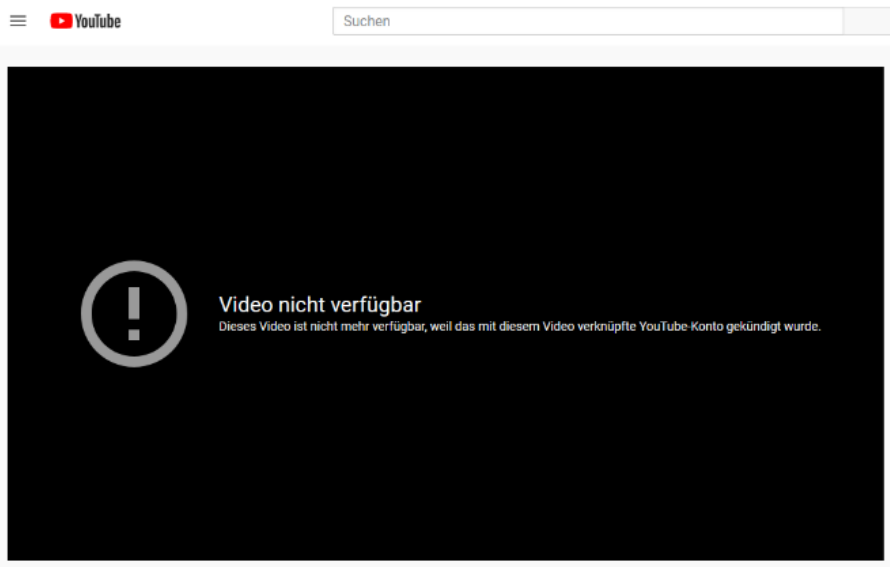
Ohne dass konkrete Voraussetzungen erfüllt werden müssen, sollen Name und Anschrift eines verdächtigen Nutzers über die IP-Adresse verlangt werden können. Ein Gutachten stärkt meine intuitive Auffassung des GG, dass es sich hierbei um ein verfassungswidriges Gesetz handelt. Aber so etwas sind wir mittlerweile ja in der BRD gewohnt. Rechtsbeugung, Verfassungsbruch, Rechtsbankrott, ich mach' mir die Welt widiwidi wie sie mir gefällt à la Pipi Langstrumpf, Zwinkersmiley ;) Ich scheiße auf Political Correctness! (s. auch S.72 letzte Sätze der Rede)



AUSLAND

Rund 800 Gruppen gelöscht: Facebook geht massiv gegen QAnon vor

Epoch Times / 20. August 2020 / Aktualisiert: 20. August 2020 15:04



Ich möchte es einmal kurz und prägnant zusammenfassen:

Wenn man dem Deutschen auf den Teller kackt und sagt, es ist Bolognese, wird er es probieren und sagen, dass die Bolognese Scheiße schmeckt, was das denn soll. Zuerst wird er murren und sich beschweren, aber dann wird man ihm sagen: „Eine andere Bolognese gibt es nicht mehr. Du kannst froh sein, dass du überhaupt noch so viel Essen von uns auf den Teller bekommst.“ Und das ist der Moment, wo er einlenkt und bereit ist, Scheiße zu fressen. Die Ignoranz und Gleichgültigkeit jeden Tag belogen zu werden, wird den Untergang für diese Gesellschaft einläuten. Und ich hoffe es geschieht schnell, denn diese kranke Gesellschaft ist in dieser Form weder zukunfts- noch überlebensfähig.

Deutschland schafft sich ab! Heute weiß ich, Thilo Sarrazin hatte Recht.

Wenn du jemanden erwischst, wie er dich ständig anlügt, würdest du einem solchen Menschen noch vertrauen? Von Politikern weiß jeder, dass sie heutzutage vor der Wahl den Menschen den Himmel versprechen und danach kaum etwas davon halten oder sogar das Gegenteil davon tun!

Sonstiges und der Codex Alimentarius

Wenn man die Vergangenheit schaut, kann man auch sehen, dass die Politik die Menschen schon oft verarscht hat, **um Interessen gegen das eigene Volk durchzusetzen.** Beispiele für Erkrankungen, bei denen die Welt angeblich kurz vor dem Kollaps stand, waren BSE, SARS, Vogelgrippe und die Schweinegrippe. Und sie dreht sich immer noch weiter ...

Es gibt noch etliche weitere Beispiele, bei denen man das Volk für dumm verkauft hat: Im Krieg in Jugoslawien hat Deutschland zum ersten Mal Verfassungsbruch begangen, weil es dort nach etwas mehr als 50 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wieder aktiv bei einem Angriffskrieg mitgemacht hat. Die NATO hat nicht verteidigt, wie es ihre eigentliche Aufgabe ist. Man hat Jugoslawien mit Uran-Munition gemeinsam weggebombt und behauptet, dort gäbe es Konzentrationslager. „Da muss doch was getan werden!“, hat man den Leuten damals gesagt. Die Bundeswehr darf eigentlich nur das eigene Land verteidigen. Das interessiert heute niemanden mehr. Heute kaspert man in der ganzen Welt rum: Wir verteidigen „unsere Werte“ in Afghanistan, „bringen anderen Kulturen Demokratie, Gleichberechtigung von Frauen“ und führen keine Kriege mehr, sondern haben jetzt sog. „Kampfeinsätze“. Das klingt schöner als Krieg. Die Energiewende hin zu mehr grünen Energien sollte uns angeblich nicht mehr als eine Kugel Eis kosten¹⁴⁰. Fakt ist: Wir haben mittlerweile einen der teuersten Strom- und Gaspreise der Welt¹⁴¹.

Um dieses Land angeblich zukunftsfähig zu machen, hat man die meisten Gemeingüter privatisiert und den Sozialstaat systematisch abgebaut. Man denke hier insbesondere an Hartz4. Die Post hat man verkauft, die Bahn und den Strom. Das ist alles nicht zu unserem Wohl geschehen! Sehen wir

¹⁴⁰ "Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis." – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung 231/04, Berlin, 30.07.2004

¹⁴¹ <https://www.liberale.de/content/juergen-trittins-eiskugel-fuer-355-euro> (17.10.2013)

Der Anstieg von 6,24 Cent auf aktuell auf 6,756 Cent pro kWh kostet eine vierköpfige Familie dann 384 € mehr.

Merkels Errungenschaften einmal gemeinsam an, die Sie vom Ministerium für Wahrheit nicht mitgeteilt bekommen:

1. Bezüglich aller EU-Länder hat die BRD das geringste private Haushaltsvermögen und das, obwohl wir wirtschaftlich auf Platz 4 weltweit stehen. D.h. sehr, sehr wenige sind unfassbar reich, während der gewöhnliche Michel schauen kann, wie er über die Runden kommt. Die BRD hat einen stetig wachsenden und florierenden Niedriglohnsektor.
2. Wir haben die geringsten Rentenansprüche EU-weit.
3. Wir haben die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast weltweit. Der Deutsche Michel ist damit die Melkkuh Europas.
4. Wir haben die höchsten Mieten und die wenigsten Eigenheime.
5. Wir haben zuwanderungsbedingte, immer stärker zunehmende Ausländerkriminalität in diesem Land und mittlerweile No-Go-Areas, in denen Clans bestimmen, was das Gesetz ist aufgrund unserer bedingungslosen Willkommenskultur. Und es wird nichts dagegen unternommen – im Gegenteil!
6. Wir haben eine ökonomisch hirnrissige ideologiebasierte Energie- und Wirtschaftspolitik betrieben.
7. Über 140 Milliarden Euro pro Jahr geben wir zur Alimentierung von Millionen Illegalen aus, was bereits über 20% der gesamten Steuereinnahmen pro Jahr sind.
8. 2020 hat das Merkel mehr Schulden gemacht als in den letzten 70 Jahren des Bestehens der BRD, einfach so. Alle finden das in Ordnung, kein Aufschrei, nix.

Wie schon in George Orwells Dystopie 1984 beschrieben, sind unsere heutigen Regierungen Meister darin, alles zu verdrehen. In seinem Roman hieß es: **Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Ignoranz ist Stärke. Der gleiche Dreck funktioniert auch heute: Abstand ist Solidarität, Maske ist Gesundheit, Investigativer Journalismus ist Verschwörungstheorie, Denkende Menschen und Bürgerrechtler sind Covidioten.**

Beschuldige den Feind mit den Sachen, die du zu verantworten hattest. Moralisiere jede Diskussion – Stichwort „**ARD-Framing-Manual**“, statt „Zwangsgebührverweigerer“ sagt man lieber „Beitrags-hinterzieher“. Positiv Getestete ohne Symptome nennt man Infizierte. Gesunde nennt man symptomlos Erkrankte. Wahrheit nennt man heute Fake-News, das Ministerium für Propaganda hat sich umbenannt in Correctiv und Faktenchecker und löscht alles im Internet, was ihm nicht in den Kram passt. Pandemie darf man heute alles nennen, was sich weltweit verbreitet, z.B. Grippe-viren. Dabei hieß Pandemie früher etwas ganz anderes. Die Bedingung, dass man eine enorm hohe Anzahl an Todesfällen in mehreren Ländern hat, wurde 2009 fein rausgestrichen¹⁴². Wie kann man denn eine echte Pandemie von einer Fake-Pandemie unterscheiden? In einer echten Pandemie sorgt man für Ruhe statt Panik, jeder kennt schwer Erkrankte aus seinem näheren Umfeld, Arztpraxen und Krankenhäuser sind überfüllt, man versucht die Wirtschaft irgendwie am Laufen zu halten, es gibt sehr, sehr viele Tote, Fakten werden gesucht, jede Hilfe wird in der Not angenommen und es gibt keine organisierten Profiteure. Mehr dazu im gesonderten Kapitel „Corona-Wahnsinn“.

¹⁴² Filmhinweis: *Profiteure der Angst* von ARTE

Eine weitere Riesenschweineerei ist der CODEX ALIMENTARIUS

„Gen-Food ist das Essen der Zukunft. Wer in zehn Jahren Lebensmittel essen will, die nicht genmanipuliert sind, muss entweder verhungern oder sehr reich sein.“

Helmut Maucher (Bunte 34/1997), Präsident des Nestlé-Konzerns

Arzt Dr. Gottfried Lange erklärt:

„Das klingt zunächst ganz vernünftig, nichts Weltbewegendes:

Ernährungsregelwerk. *Unter der Schirmherrschaft der WHO, der Nahrungs- und Ackerbau Organisation (FAO = Food and Agriculture Organisation). Dieses Regelwerk läuft im Hintergrund und will dafür sorgen, dass alle Standards, die uns nicht gefallen, durchgesetzt werden, z.B. dass wir keine gentechnikfreien Nahrungsmittel haben, dass die Gesundheitsinformation nicht mehr verbreitet werden darf, darüber dass man mit bestimmten Nahrungsmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln Krankheiten vorbeugen oder heilen kann. Diese Sachen dürfen nur noch über Pharmapräparate behauptet werden. Daran arbeitet eine undurchsichtige Anzahl von 27 Komitees im Hintergrund, die sich jedes Jahr einmal treffen in Bezug Vitamin- und Mineralstoffpräparate. Es gibt ein Komitee in Bezug auf die Etikettierung von Nahrungsmitteln: Was darf man auf Etiketten schreiben? Oder was soll nicht auf die Etiketten? Nämlich, dass Nahrungsmittel gentechnisch verändert sind. Das soll überhaupt nicht mehr auf die Etiketten, sodass Sie nicht mehr unterscheiden können: Ist es gentechnisch verändert oder nicht? Daran wird international gearbeitet von verschiedenen Gremien und diese Regeln werden schließlich, wenn sie dann endgültig verabschiedet sind, für alle Mitglieder der Welt, Handelsorganisationen, unter anderem auch Deutschland und die Schweiz bindend sein. Zum Verbraucherschutz selbstverständlich – das haben die sich ganz oben auf die Fahne geschrieben – Verbraucherschutz: Wir wollen euch nur schützen, dafür dass ihr zu viele Vitamin- und Mineralstoffe nehmt, wir sorgen für eure Gesundheit. Wenn man sich die Sache genauer anguckt, ist das reine Fassade. Darunter werden nur die Geschäftsinteressen der Chemie- und Pharmaindustrie ausschließlich verfolgt [und damit haben wir wieder eine Verbindung zu IG Farben]. Es ist eine internationale Mafia! Wenn man auch sieht, welche Stiftungen dahinter-stecken, in dieser Entwicklung: Ja nicht nur solche großen Saatgut-, Gentechnik und Chemie-konzerne wie Monsanto oder Syngenta, sondern auch bestimmte Stiftungen, wie z.B. die Fordfoundation oder die Rockefeller Foundation. Und man muss dazu wissen, dass diese noch andere Zielsetzungen haben. Die haben schon genug Geld. Das ist also nicht mehr deren Zielsetzung. Aber die Philosophie ist: ‚Es gibt zu viele Menschen auf diesem Planeten‘. [Ihre Erfindung auch der Begriff „Überbevölkerung“; denke in diesem Zusammenhang auch an die „Georgia Guidestones“ und erfahre selbst auch mehr mit den Suchbegriffen „Nahrung als Waffe“]¹⁴³*

¹⁴³ Vortrag von Dr. Gottfried Lange

Und auch an anderer Stelle erklärt er:

„Es gibt zwei verschiedene Denkweisen auf diesem eigentlich sehr schönen Planeten: Es gibt Menschen, die gerne anderen helfen, die gerne für Gesundheit sorgen wollen, die wollen, dass es den Menschen gut geht. Und da gibt es andere, eine andere Gruppierung, die das nicht wollen; die nur solange verdienen, wie Menschen krank sind, die nur solange Geld verdienen können, wie es überhaupt nur Krankheit existiert und die auch künstlich durch die Unterdrückung von vorhandener, richtig hieb- und stichfester wissenschaftlicher Informationen [profitieren], um das Geschäft aufrechterhalten zu können und das ist im Wesentlichen die internationale Chemie- und Pharmaindustrie. Auf dem Boden dieser Denkweise wächst das, was Codex Alimentarius heißt.“

Kommunismus nach Plan?

Die Vorgehensweise von Linksextremisten versteht man besser, wenn man die 13 radikalen Regeln des Saul Alinsky einmal gehört hat. Alinsky soll im Zusammenhang mit Hillary Clinton stehen.¹⁴⁴

Während sich Hillary Clinton in der letzten Phase ihrer Präsidentschaftskampagne befindet, erforschen einige neue Filme ihren angeblichen Mentor: Saul Alinsky.

In seiner Widmung beschreibt Alinsky Luzifer, auch als Satan bekannt, als „den ersten bekannten Radikalen, der sich gegen das Establishment auflehnte und dies so effektiv tat, dass er zumindest sein eigenes Königreich gewann.“

Einer der Filme trägt den Titel „The Enemies Within“ (Die Feinde im Innern) und macht vor allem deutlich, dass Regierungsbeamte, darunter Clinton und die Senatoren Al Franken, Nancy Pelosi und Bernie Sanders, Verbindungen zu Radikalen haben – darunter Kommunisten und solche, die mit dem islamischen Terror sympathisieren.

„Wie viele junge Amerikaner ging Hillary Rodham als überzeugte Konservative ins College. Sie verließ es als eine wahnsinnige Sozialistin“, sagt der Erzähler Trevor Loudon. „Ein Teil dieses Wandels kann ganz klar ihrem politischen Mentor angelastet werden: Der marxistische Radikale Saul Alinsky aus Chicago.“¹⁴⁵

Größtenteils übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

Alinskys Regeln werden von vielen Radikalen unserer Zeit religiös beherzigt und umgesetzt, um den Feind zu bekämpfen. Ein beliebtes Ziel: Donald J. Trump. Die Regeln¹⁴⁶ lauten:

¹⁴⁴ <https://www.hollywoodreporter.com/news/hillary-clinton-mentor-saul-alinsky-explored-two-new-films-941304>

¹⁴⁵ ebd.

¹⁴⁶ <http://www.openculture.com/2017/02/13-rules-for-radicals.html> „Open Culture“ ;)))
<https://chisineu.files.wordpress.com/2014/02/saul-alinsky-rules-for-radicals-1989.pdf>

1. „Macht ist nicht nur das, was man hat, sondern auch was der Feind glaubt, was man hätte.“

Macht wird aus zwei Hauptquellen gewonnen – Geld und Menschen. „Habenichtse“ müssen sich Macht aus ihrem Fleisch und Blut aufbauen, da ihnen das Geld fehlt. Eine Massenbewegung drückt sich selbst aus durch Massentaktiken. Gegen die Raffinesse und Ausgereiftheit des Status quo mussten sich die Habenichtse schon immer für ihre Interessen durchknüppeln.

2. „Verlasse niemals über den Kompetenzbereich deiner Leute.“

Das führt zu Verwirrung, Angst und Rückzug. Das Gefühl der Sicherheit stärkt jedem Menschen den Rücken.

3. „Wann immer es möglich ist, bewege dich außerhalb des Kompetenzbereichs des Feindes.“

Suchen nach Wegen, um Unsicherheit, Angst und Ungewissheit zu erzeugen.

4. „Bringe den Feind dazu, sich an seine selbst aufgestellten Regeln zu halten.“

Wenn die Regel lautet, jeder Brief werde beantwortet, sende 30.000 Briefe. Damit kannst du deinen Feind vernichten, denn niemand kann unmöglich all seine eigenen Regeln befolgen.

Nähere Erläuterung: Nichts schadet der eigenen Glaubwürdigkeit und dem eigenen Ruf mehr als dabei erwischt zu werden, wie man sich nicht an die eigenen Regeln hält. Nutze solche Gelegenheiten aus, um damit noch weiter auf deinen Feind einzuprügeln.

5. „Spott ist die stärkste Waffe des Menschen.“

Dagegen kann man sich nicht zur Wehr setzen. Das wäre irrational. Spott bringt einen zur Weißglut. Er ist das entscheidende Druckmittel, um den Feind zu Zugeständnissen zu zwingen.

6. „Eine gute Taktik ist eine, die deinen Leuten Spaß macht.“

Sie werden sie weiterhin anwenden, ohne dazu gedrängt zu werden, und immer wieder gern so verfahren. Sie machen ihr Ding und werden sogar noch bessere Taktiken vorschlagen.

7. „Eine Taktik, die zu lange angewendet wird, wird zum Hemmschuh.“

Sorge dafür, dass deine Taktik nicht langweilig wird.

8. „Erhalte den Druck aufrecht. Lass niemals nach.“

Probiere immer wieder Neues aus, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu bringen. Wenn der Gegner mit seiner Vorgehensweise Erfolge erzielt, greif ihn mit etwas Neuem von der Flanke aus an.

9. „Die Bedrohung ist gewöhnlich angsteinflößender als die Sache selbst.“

Phantasie und Ego können sich wesentlich Schlimmeres ausdenken als jeder Aktivist.

10. „Die wichtigste Voraussetzung für Taktiken ist die Entwicklung von Operationen, die konstanten Druck auf den Gegner ausüben.“

Es ist dieser unaufhörliche Druck, der zu den Reaktionen des Gegners führt, die für den Erfolg der Kampagne wesentlich sind.

11. „Wenn man etwas Negatives mit genügend Nachdruck vorantreibt, wird es sich durchsetzen und zu etwas Positivem werden.“

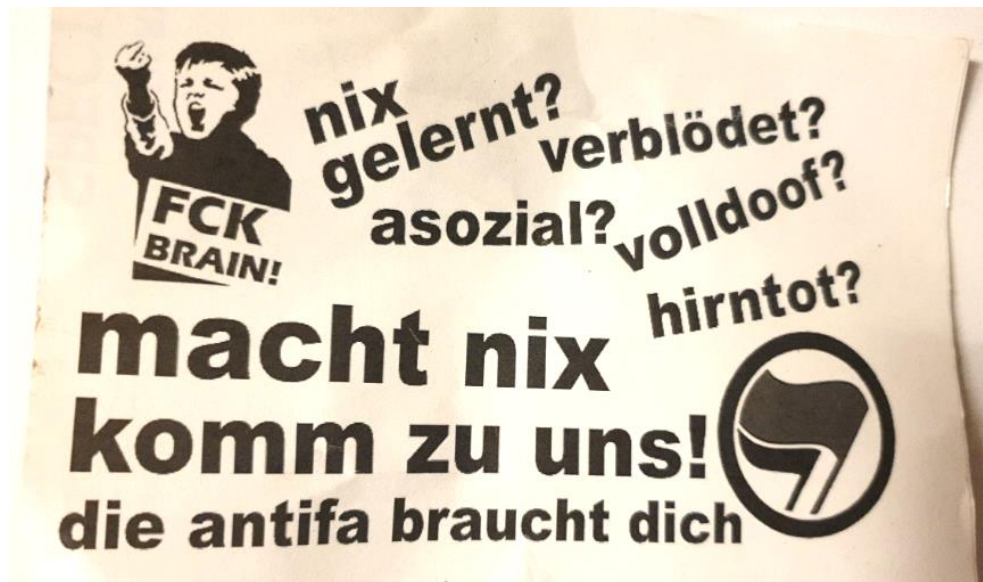
Gewalt von der anderen Seite kann die Öffentlichkeit für deine Seite gewinnen, weil die Öffentlichkeit mit dem Außenseiter sympathisiert.

12. „Der Preis eines erfolgreichen Angriffs ist eine konstruktive Alternative.“

Lass niemals zu, dass der Feind punktet, weil du keine Lösung für das Problem hast.

13. „Wähle das Ziel, raube ihm seinen Bewegungsspielraum, individualisiere es und polarisiere es.“

Isoliere es von seinen Unterstützern und Sorge dafür, dass ihm kein Mitgefühl zuteilwird. Knöpf dir Menschen vor, nicht Institutionen; Menschen sind verwundbarer als Institutionen.

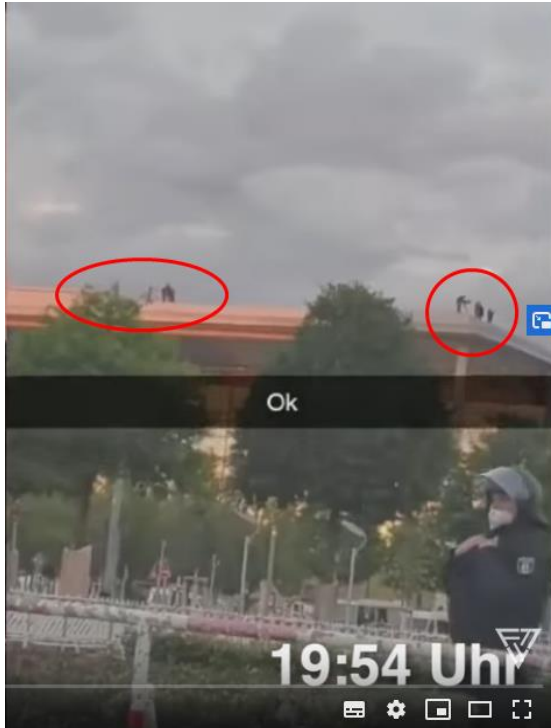


Um die Denke dieses Mannes ein wenig besser zu verstehen, hier ein plakatives Beispiel:

Während der frühen 70er Jahre fand Alinsky heraus, wo George H. W. Bush eine Rede plante. Einige Aktivisten wollten gegen Bush protestieren und baten Alinsky um Rat.

Dieser empfahl seinen Mitstreitern, sich als Ku-Klux-Klan-Mitglieder zu verkleiden und dort so zu tun, als würde der KKK die Politik Bushs gutheißen, d.h. anstatt Bush mit dem Klan zu vergleichen („Bush ist so schlimm wie der KKK“), erscheine lieber angezogen wie dein Feind, in diesem Fall wie der KKK. Die Medien erledigen dann den Rest.

Und wenn ich diese beliebte Taktik lese, springen meine Gedanken automatisch zur „Stürmung des Reichstags“, der sich schnell als Fake-News entpuppte, inszeniert durch V-Männer des Verfassungsschutzes. Und auch in einem anderen viralen Video war zu sehen, wie ein Mitarbeiter des WDR zusammen mit seinem Kollegen Joerg Andreas Herber aus einem Kofferraum eine Reichsflagge herauszaubern, um für den Mainstream die passenden Bilder einer Querdenken-Demo in Köln zu erzeugen. Übrigens der edle Polizist, der den Sturm vereitelte, war ein Schauspieler bei Stern TV.



17 Leute mit Kamera stellen sich auf, um perfekte Sicht über die Lage zu haben. Wo sind die Bilder dieser Kameraleute?

BPK zu "Sturm auf Reichstag" – Innenministerium bestätigt Einsatz von V-Leuten bei Corona-Protesten

Jetzt setzt euch lieber mal hin

Könnt ihr euch erinnern am Samstag Vormittag versuchten wir die Demonstranten zu waren, weil wir merkten das sich linke Extremisten untermischten die Unfrieden stifteten? Bild 1

Jetzt darf ich hier Daniel Sonntag zitieren 🙏 danke Daniel für diese interessanten Infos:

Bild2: die Rastafari-Heilpraktikerin, die zum "Sturm auf den Reichstag" aufgerufen hatte, sprach bereits einen Tag vorher in einem Interview von der Bild über ihre "kruden Ansichten"! #NoCoincidences

Bild 3: der helmlose Polizist vor dem Reichstag ist bekannt aus mehreren SternTV-Reportagen! #CrisisActor

Bild 4: das Beweisvideo der Medien über den Reichstagssturm kommt von "Antifa Zeckenbiss"! #NeverChangeAWinningTeam #Chemnitz

noch fragen? #Berlin2908 #Reichstag #FalseFlag

Na bist du schon sprachlos?

Ich hab nochwas

Bild 5: im Vorfeld wurden Schauspieler, Komparsen und Kleinschauspieler für eine Großveranstaltung in Berlin am 29.8.20 gesucht!

Bild 6: Bundesinnenministerium bestätigt Einsatz von V-Leuten am 31.8.20

Bild 7: ein solcher V-Mann auf der Demo vom 29.8.20

Das ist doch alles unglaublich! 😬

... | t.me/unzensiert |

... | t.me/unzensiert |

147 <https://www.youtube.com/watch?v=HFTGX2Zesds&feature=youtu.be>
<https://deutsch.rt.com/inland/106156-bundespressekonferenz-zu-sturm-auf-reichstag-v-leute/>

Auch interessant: Saul Alinskys Kochrezept zur Erschaffung eines sozialistischen Staates, um die jetzige Lage auf der Welt besser zu verstehen.

HOW TO CREATE A SOCIALIST STATE BY SAUL ALINSKY

There are eight levels of control that must be obtained before you are able to create a socialist state. The first is the most important.

- 1) **Healthcare**—Control healthcare and you control the people
- 2) **Poverty**—Increase the Poverty level as high as possible, poor people are easier to control and will not fight back if you are providing everything for them to live.
- 3) **Debt**—Increase the debt to an unsustainable level. That way you are able to increase taxes, and this will produce more poverty.
- 4) **Gun Control**—Remove people's ability to defend themselves from the Government. That way you are able to create a police state.
- 5) **Welfare**—Take control of every aspect of their lives (Food, Housing, and Income)
- 6) **Education**—Take control of what people read and listen to – take control of what children learn in school. Think: "Common Core"
- 7) **Religion**—Remove the belief in God from the Government and schools.
- 8) **Class Warfare**—Divide the people into the wealthy and the poor. This will cause more discontent and it will be easier to take (Tax) the wealthy with the support of the poor.

1. **Gesundheitswesen:** Kontrolliere die Gesundheitspflege und du kontrollierst das Volk.
2. **Armut:** Treibe so viele Menschen wie nur möglich in die Armut, arme Leute sind einfacher zu kontrollieren und werden sich nicht wehren, wenn du sie mit allem Lebensnotwendigen versorgst.
3. **Schulden:** Erhöhe die Schulden auf ein nicht wiedergutzumachendes Niveau. Auf diese Weise wird es dir möglich sein, die Steuern zu erhöhen, was zu noch mehr Armut führen wird.
4. **Waffenkontrolle:** Nimm den Leuten die Möglichkeit, sich gegen die Regierung zu verteidigen.
5. **Sozialhilfe:** Übernimm die Kontrolle über jeden Aspekt ihrer Leben (Essen, Wohnen und Sozialhilfegelder).
6. **Bildung:** Übernimm die Kontrolle, was die Menschen lesen und hören können und insbesondere was Kinder in der Schule lernen. Denke an einen „gemeinsamen Kern“. [Aus Glaubenssätzen, Bewertungen, Urteilen, Meinungen und Auffassungen über die Welt]
7. **Religion:** Beseitige den Glauben an Gott in der Regierung und in Schulen.
8. **Klassenkrieg:** Teile die Menschen in die Armen und Reichen auf. Das wird zu mehr Unzufriedenheit führen und macht es einfacher, den Reichen (durch Steuern) durch die Unterstützung der Armen [auch nach und nach fast alles] wegzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Meldung der WHO zu sehen, dass Lockdowns nicht zielführend sind, sondern nur zu Armut führen – ein Punkt den Kritiker seit Monaten anführen und deswegen als Verschwörungstheoretiker verteufelt wurden. Es scheint also immer darauf anzukommen, wer es von sich gibt. Nur wenn „seriöse Quellen“ etwas sagen, kann es wahr sein.

„Coronavirus: WHO macht eine 180 Grad Wende bei ihrem Standpunkt zum Virus, indem sie nun Lockdowns verurteilen.

Auf der ganzen Welt wurden Lockdowns zur Kontrolle des Coronavirus eingesetzt. Jetzt hat ein WHO-Beamter den Erfolg dieser Maßnahmen in Frage gestellt.

Dr. David Nabarro von der WHO appellierte gestern an die Staats- und Regierungschefs der Welt, damit aufzuhören, „Lockdowns als primäre Bekämpfungsmethode“ gegen das Coronavirus einzusetzen.

Er behauptete auch, dass das Einzige, was durch den Lockdown erreicht werde, die Armut sei – ohne dass die möglicherweise geretteten Leben erwähnt würden.

„Lockdowns haben nur eine Konsequenz, die man niemals verharmlosen darf, und das ist, arme Menschen um ein ganzes Stück ärmer zu machen“, sagte er.“¹⁴⁸

Zum Thema Schulden: Steuern steuern nicht nur, sie ruinieren uns sogar, sagt das Kulturstudio¹⁴⁹ und die untere Tabelle. Im Mittelalter zahlten die Bauern nur ein Zehntel ihrer Ernte an ihren Lehnsherren, sprich 10% und gingen bereits dafür auf die Barrikaden. Heute begnügen wir uns mit dem, was wir haben, weil wir uns daran ge-wöhnt haben, ausgepresst zu werden.

Steuern sichern nicht, sie ruinieren!



Steuern sicherten nicht, sie ruinierten uns! Denn, **je mehr Steuern wir zahlen, desto mehr wurden wir verschuldet.** Alles begann 1970 mit Willy Brand. Er übernahm einen ausgeglichenen Haushalt mit Rücklagen.

Quelle: BFM	Steuereinnahmen in Milliarden gerundet	Staatsverschuldung in Milliarden gerundet
1970	78	63
1990	289 (3,7 x mehr als 1970)	536 (8,5 x mehr als 1970)
2010	600 (7,6 x mehr als 1970)	1800 (28,5 x mehr als 1970)
2018	713,6 € (x 2 =DM) = 18 x mehr)	2060 € (x 2 =DM) = 65 x mehr als 1970

Das **achtzehnfache an Steuereinnahmen** führte dazu, dass wir um das **fünfundsechzigfache verschuldet** wurden.

Jeder Dollar, den sich die Eliten drucken, müssen wir mit entwerteter Arbeit gegenfinanzieren. Nach dem **Cantillon Effekt** bekommen Privilegierte, Beamte, Behörden, Banken, Versicherungen und Großkonzerne die fettesten Brocken. Bis das Geld bei uns ankommt, bezahlen wir es mit Inflation, mit entwerteten Renten, Eurogehältern und dreifachen DM-Preisen. Steuern machen die Arbeitenden arm und Besitzenden reich. Das ist Sozialismus für Reiche: Leibeigene arbeiten für die Herrschenden 7 Monate im Jahr ohne Lohn, mit dem Rest darfst du dich lediglich am Leben erhalten, arbeitest du für Miete und Essen.

¹⁴⁸ <https://www.news.com.au/world/coronavirus/global/coronavirus-who-backflips-on-virus-stance-by-condemning-lockdowns/news-story/f2188f2aebff1b7b291b297731c3da74>

¹⁴⁹ Originalbeitrag auf <https://t.me/Kulturstudio> Direktlink: <https://t.me/Kulturstudio/8952>

Was kommt als nächstes in diesem Land? Wenn es so weiter geht, sind wir nicht mehr weit davon entfernt wie China zu werden. Social Credit Points für angepasstes Verhalten und Abzug von Punkten, wenn man nicht nach der totalitaristischen Pfeife des Staates tanzt? Siehe auch Transhumanismus und NWO.



Was bedeutet es wie in China zu leben?

„Der Sinn der totalen Überwachung ist nicht, Terroristen zu fangen, sondern der Sinn ist, Zeugen zu identifizieren und zu eliminieren, welche die Verbrechen der Regierung und ihrer Hintermänner aufdecken und verraten.“

Matthias Richling

Herzu ein interessanter Artikel der BILD-Zeitung vom 25.09.2020¹⁵⁰:

„BILD-Interview mit Thomas Reichart über die China-Stasi, deutsche Peking-Propaganda, Corona, Huawei und wie der Bär Winnie-the-Pooh zum Staatsfeind wurde.

Sehen Sie die Gefahr, dass uns die Chinesen eines Tages auch in Deutschland überwachen?

Reichart: *„Besonders gravierend ist aus meiner Sicht, dass die großen Tech-Konzerne wie Huawei oder Tencent hier in Europa auftreten, als wären sie Konzerne wie jeder andere. Diese Firmen geben Chinas Staatssicherheit aber machtvolle Instrumente an die Hand, um eine Überwachung und eine digitale Diktatur zu organisieren, die die Welt noch nicht gesehen hat.*

¹⁵⁰<https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/zdf-pekings-korrespondent-im-interview-wir-muessen-unsere-china-naivitaet-ablegen-73062522.bild.html>

Diese Konzerne verknüpfen Big Data und künstliche Intelligenz. Sie können Vorhersagen über das Verhalten von Menschen machen. Wer verdächtig erscheint, kann schon im Vorfeld unterdrückt werden, bevor er überhaupt zu einem Oppositionellen wird.“

Und wie funktioniert das Punktesystem in China?

„Reichart: *„Das System wurde in verschiedenen Modellstädten ausprobiert und wird gerade in ganz China ausgerollt. Es bedeutet, dass soziales Wohlverhalten im Sinne der kommunistischen Partei zum Beispiel durch leichteren Zugang zu Krediten belohnt wird. Umgekehrt ist es so, wenn das soziale Verhalten nicht so ist, wie sich die Partei das vorstellt, werden Punkte abgezogen.*

Wenn ein bestimmtes Punkte-Niveau unterschritten wird, kann man keine Zugtickets oder keine Flugtickets mehr kaufen, man darf keine Auslandsreisen mehr machen oder die Kinder dürfen nicht mehr auf die Uni.

Falsches Verhalten in China bedeutet, man hat die falschen Webseiten besucht, liegt im Clinch mit dem Nachbarn oder hat seine Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt. Es reicht auch, wenn man unschuldig denunziert wurde.“

Können die Chinesen sich gar nicht dagegen wehren, wenn sie zu wenig Punkte bekommen?

Reichart: *„Genau das ist das Beängstigende daran. Es gibt keinen Rechtsweg, wie China überhaupt insgesamt kein Rechtssystem hat, das auch nur dem Anschein nach den Standards entsprechen würde. Es ist eine Sache, die letztlich der Stadtverwaltung und auch der Partei obliegt. Und es gibt keine Möglichkeit, dagegen in Berufung zu gehen und zu sagen: Mein Fall muss nochmal neu aufgerollt werden. Ich fühle mich ungerecht behandelt, und ich wurde denunziert.““*

Wie sich ein Leben in einem Social-Score-System anfühlt, kann man gut nachempfinden, wenn man sich auch die Black Mirror Folge „Nosedive“¹⁵¹ zu Gemüte führt. Oder wie wäre es mit einer Arte-Doku zu sog. Umerziehungslagern für Uiguren¹⁵²? In der Beschreibung zu dieser Doku heißt es:

„Die chinesischen Behörden reden offiziell von "Lagern zur Erziehung durch Arbeit", aber die „Lager“ ähneln wohl eher großen Gefängnissen, in denen die Kommunistische Partei die Minderheit der Uiguren einsperrt und wohl auch foltern lässt. In Xinjiang, einer Provinz viereinhalb Mal größer als Deutschland, wirken viele Häuser, Straßen und sogar ganze Dörfer wie ausgestorben, weil die Regierung die Leute in diese „Arbeits-Lager“ geschickt hat. Die Jagd auf die chinesische Minderheit der Uiguren endet offensichtlich nicht an den Grenzen des Reichs der Mitte. China verfolgt sie wohl auch bis ins Exil – auch Uiguren mit inzwischen französischer Staatsbürgerschaft erzählen von Drohungen durch Vertreter der chinesischen Regierung.“

Und in der Doku selbst:

„Eine Region, die China in einen riesigen Polizeistaat verwandelt hat. Peking will die Uiguren gleichschalten, denn in den vergangenen Jahren gab es in Xinjiang mehrere Volksaufstände, die allesamt gewaltsam niedergeschlagen wurden. Die Uiguren protestierten gegen die

¹⁵¹ Hier ein kleiner Ausschnitt davon zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=llhoD-E6bVg>

¹⁵² <https://www.youtube.com/watch?v=6OTvyejwJXc>

Diskriminierung, der sie ihres Erachtens ausgesetzt sind. Unter dem Vorwand gegen religiösen Extremismus anzukämpfen und als Antwort auf mehrere von Uiguren verübte Anschläge leiteten die chinesischen Behörden Umerziehungsmaßnahmen ein. Heute sollen 10% der Uiguren in Lagern interniert sein. [...] Xinjiang ist Vorreiter in Sachen Gesichtserkennung, einem System, das in ganz China angewendet wird. Hunderttausende Kameras filmen Straßen und Moscheen. Überwachungskameras gibt es auch in Taxis und am Eingang öffentlicher Toiletten.“



18 aus der Doku

Inhaftierte im Exil erzählen über die Zustände in den Lagern:

„Die Häftlinge bekamen Spritzen verabreicht, nicht zur Heilung, sondern als Folter. Sehen Sie, die Spritzen dienten dazu, die Kontrolle über ihr Gehirn zu erlangen. Die Leute im Lager hatten keine Kraft mehr, gegen irgendetwas zu rebellieren.“

„Sie spritzten uns einmal pro Woche, hier oder da. Wir mussten unseren Arm durch eine kleine Öffnung in der Tür stecken. Nach und nach merkten wir, dass wir wegen dieser Spritzen keine Perioden mehr bekamen. Bei mir hörten die Blutungen nach einem Monat Haft auf. Wir dachten an nichts mehr, nicht mal an unsere Familien. Ich wusste nicht mehr, wo ich geboren war. Mir war, als hätte ich immer im Lager gelebt. Wir spürten weder Kälte noch Hunger. Wir fühlten uns wie leblose Stücke Fleisch, die man dort abgeladen hatte.“

Was macht Sozialismus und/oder Kommunismus aus?

Wir haben während des Coronavirus einen kurzen Einblick darüber gewinnen können, wie der sozialistische Traum aussieht. Leere Regale in Geschäften, Menschen stehen überall in Schlangen an für grundsätzliche Güter des Lebens, Knappheit statt Überfluss.

Mit Hilfe des Staats werden Vorstellungen einer Gruppe Andersdenkenden aufgezwungen. Die Menschen erhalten Essenskarten, mit denen sie nur bestimmte Lebensmittel streng rationiert erhalten. Man steht auf Wartelisten, z.B. muss man 7 Jahre auf ein Telefon warten, oder 20 Jahre, um einen Trabbi zu bekommen.

Der Sozialismus hat über 100 Millionen Tote gefordert. China hat sich von der sozialistischen Ideologie gelöst und seitdem geht es diesem Land viel besser, aber es hat festgehalten an seiner kommunistischen Regierungsform eines Einparteienstaats, der autoritär über das Leben von mehr als 1 Mrd. Chinesen bestimmt.

„Sozialismus ist die am stärksten in Verruf geratene Idee der Welt direkt hinter der Sklaverei. Du hast keine Großpartei, die sagt, Sklaverei war eine großartige Idee, nur die Umsetzung war mies. Dieses Mal setzen wir Sklaverei richtig um. Niemand sagt sowas! Man würde Sie sofort in einer Zwangsjacke abführen, aber beim Sozialismus wird so was behauptet.“¹⁵³

„In Indien gab es auch einen Wandel weg vom Sozialismus. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, was Ihre Eltern früher zu Ihnen gesagt haben, oh Johnny, iss lieber deinen Teller auf, weil Millionen Menschen in Indien verhungern. Und interessanterweise sagen Sie das wahrscheinlich nicht mehr zu Ihren Kindern, sondern, Johnny, du studierst besser sehr fleißig, weil Millionen Inder darauf warten, deinen Job zu machen.“¹⁵⁴

Sozialismus ist kein Randthema mehr, sondern wird von Mutti fleißig propagiert und umgesetzt. Der Sozialismus behauptet, dass der Kapitalismus zwar sehr effizient sei, aber zutiefst ungerecht. Das Geld sei bloß in den falschen Händen, es sei genügend da. Eine Umverteilung sei notwendig. (Dem stimme ich nur zu für die reichsten 1% der Bevölkerung, die Wurzel des Bösen ist der Zins, den Banken veranschlagen, und sich damit durch Nichtstun bereichern und Geld aus dem Nichts schöpfen.) Das Geld müsse gerechter umverteilt werden, sagt bspw. Bernie Sanders. Der neue Terminus heißt Identitätssozialismus, eine Mischung aus Identitätspolitik und klassischem Sozialismus.

„Identitätspolitik ist ein Begriff, der einen politischen Ansatz beschreibt, bei dem Menschen einer bestimmten Religion, Rasse, sozialen Herkunft, Klasse oder eines anderen identifizierenden Faktors exklusive soziopolitische Allianzen bilden und sich von einer breit angelegten Koalitionspolitik entfernen, um politische Bewegungen zu unterstützen und ihnen zu folgen, die ein bestimmtes für sie identifizierendes Merkmal mit ihnen teilen. Ihr Ziel ist es, die Anliegen, Agenden und Projekte bestimmter Gruppen im Einklang mit spezifischen sozialen und politischen Veränderungen zu unterstützen und zum Mittelpunkt zu machen.“¹⁵⁵

¹⁵³ Übersetzt aus der Dokumentation „The Trump Card“

¹⁵⁴ ebd.

¹⁵⁵ https://en.wikipedia.org/wiki/Identity_politics

Diesen Wahnsinn können wir sehen bei der „Genderpolitik“, wo es auf einmal unglaublich wichtig ist, dass Diverse nicht benachteiligt werden, oder Homosexuelle, oder Behinderte oder was auch immer. Plötzlich soll sich eine ganze Gesellschaft den Vorstellungen und Problemen von Minderheiten beugen, die meistens nicht aktiv benachteiligt werden, sondern sich lediglich „benachteiligt fühlen“, wenn sie nicht alles bekommen, was sie sich gewünscht haben. Auf einmal ist es ein Problem oder rassistisch, sich ein „Zigeunerschnitzel“ zu bestellen oder einen „Mohrenkopf“ essen zu wollen. Die Schwarzen sind nicht mehr schwarz, sondern bunt, farbig oder stark pigmentiert.

Weiter heißt es in der Wiki:

„Im akademischen Sprachgebrauch bezieht sich der Begriff Identitätspolitik auf ein breites Spektrum politischer Aktivitäten und theoretischer Analysen, die in Ungerechtigkeits Erfahrungen verschiedener, oft ausgeschlossener sozialer Gruppen wurzeln.“

Man propagiert hier eine bunte Gesellschaft, schwingt überall Regenbogenflaggen, spricht von „made by Vielfalt“ und holt sich gleichzeitig massenweise, schwulenhassende, zum Teil auch antisemitische, radikale Muslime ins Land. Damit ist ein Bürgerkrieg vorprogrammiert.

Auch der „Kampf gegen Rechts“ nimmt immer groteskere Züge an. Das, was einen Nazi angeblich ausmachen soll – der Juden Hass – wird in vielen muslimischen Familien vorgelebt. Fragt man bei den Polizeibehörden nach, von wem antisemitische Hetze und Straftaten begangen werden, stellt man mit Entsetzen fest, dass ein erheblicher Anteil aus muslimischen Fundamentalisten besteht und das ist jetzt noch vorsichtig formuliert. Und plötzlich gibt es systemischen Rassismus bei der Polizei. Ziel des Identitätssozialismus ist es, eine Mehrheitskoalition aus Opfern zu schaffen, basierend auf ihrer sexuellen

Orientierung, ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder Rasse. Alle haben sie das Gefühl, dass die Welt ihnen etwas schuldet. Sollte unsere Politik durch unsere Hautfarbe und unsere Geschlechtsorgane bestimmt werden?

„Wenn du für nichts arbeitest, dann bekommst du auch nichts.“ Das sollte für jeden einleuchtend sein. Niemand schuldet dir irgendetwas, außer du dir selbst.



Vielleicht sollte man die BRD in Zukunft in BRG umbenennen – die Bunte Republik of Gendery und als neue Nationalflagge die **erweiterte Regenbogenflagge**¹⁵⁶ verwenden, mit der sicherlich niemand mehr ausgeschlossen wird. (Obwohl ... es fehlt ein Streifen für die Weißen.) jouwatch.com hat wieder einmal einen hervorragenden Beitrag geleistet, um zu erklären, was Sozialismus in Deutschland ausmacht:



19 Bald die neue BRD-Flagge?

„Wie anno '33: Hochkonjunktur für Coronazis und Hobbydenunzianten“¹⁵⁷

Die Fratze der Bevormundung, Ausgrenzung, Diskriminierung Andersdenkender und „Regelbrecher“ erhebt wieder ihr hässliches Haupt in Deutschland – dank einer nur noch perversen, besessenen Virus-Politik, die das gesamte Freizeit-, Sozial- und Wirtschaftsleben bekmesserischen, kleinkarierten und gänzlich unverhältnismäßigen Auflagen und Verboten unterordnet. Und wie immer, wenn staatliche Autorität zum Selbstzweck wird, gibt es Menschen, die sich mit diesen Verhältnissen nicht nur bereitwillig arrangieren, sondern sogar pudelwohl fühlen – gibt der Kontrollwahn, der Eifer und das Sendungsbewusstsein, der „Ordnung“ zu dienen, ihrem dürftigen Leben doch Sinn.

Besonders im sozialismusaffinen Deutschland, wo Freigeistigkeit und Individualismus – allen materiellen Egoismen zum Trotz – bis heute beargwöhnt und kritisch gesehen werden, ist dieser Menschenschlag, dieser Charaktertypus bis heute weitverbreitet. Er war auch nie eine Frage des herrschenden Systems – ob rot, braun oder bunt, die Blockwartmentalität gedeiht unter allen Fahnen.

Im Netz machte gerade das Video¹⁵⁸ des Inhabers eines mittelständischen Bäckerbetriebs aus Hannover die Runde, Thomas F. Göing, der mit einer nur scheinbar für den „internen Gebrauch“ gefilmten, in Wahrheit öffentlich auf Facebook geteilten Ansprache an seine Belegschaft von rund 300 Mitarbeitern einen unverhohlenen Psychoterror zelebrierte, der frösteln lässt. Stramm auf Regierungslinie, unkritisch und fest entschlossen, was die Schutzmaßnahmen betrifft, verlangte der Inhaber, der wie das Abziehbild eines Gutmenschen wirkt, die Teilnahme an einer Grippeimpfung, für die er eigens Ärzte in die Firma kommen lasse – inklusive der subtilen Drohung, er „schaue“ genau „hin, wer sich impfen lässt und der Empfehlung folgt“; und wer dies nicht tut, der „wird die Quittung erhalten“.

Der marxistischen Idee nach gäbe es eine Klassenteilung und es müsse der Wunsch bestehen nach einer klassenlosen Gesellschaft. Während Marx noch zwischen den Kapitalisten und Arbeitern unterschied, spalten die Sozialisten von heute weiter:

Schwarz gegen weiß, Frauen gegen Männer, jung gegen alt, Hetero- gegen Homosexuelle, Legale gegen Illegale, Vegetarier gegen Fleischfresser, Maskenfetischisten gegen Freiatmer.

¹⁵⁶ <https://mannschaft.com/2019/06/11/fahnenkunde-warum-eine-regenbogenfahne/>

¹⁵⁷ <https://www.journalistenwatch.com/2020/10/14/wie-hochkonjunktur-coronazis/> (14.10.2020)

¹⁵⁸ <https://www.facebook.com/100000674471899/posts/3670496272982819/?extid=o&d=n>

Der neue Sozialismus soll nicht mehr autoritär wie damals sein, sondern demokratisch anmuten. Sie wollen die gleiche Demokratie, wie wir sie in der Politik haben, auf die Wirtschaft ausdehnen. In „*The Trump Card*“ wird sehr eindrucksvoll gezeigt, dass Sozialismus – auch der demokratische – am Ende immer zu Elend und Tyrannei führt. Daher sprechen sich die Macher des Films dafür aus, was am Kapitalismus gerecht ist.

Was ist die Idee hinter dem Sozialismus?

Michael Moore erklärt: *„Sozialismus ist, wenn jeder am Tisch sitzen darf und ein Stück vom Kuchen bekommt.“* Aber hat sich jeder auch ein Stück verdient?

„Mehr als alles andere, was die sozialistische Linke definiert, ist das Versprechen von kostenlosen Sachen. Wenn die Sozialisten „kostenlos“ sagen, meinen sie damit, dass es jemand anderes bezahlen wird, bspw. die kostenlose Kita-Betreuung, kostenlose Nachhilfe etc.

Die Linke rechtfertigt es, Peter auszurauben, um Paul zu bezahlen mit dem Konzept der Mehrheitsregel. Aber genau die Idee, dass eine Mehrheit – selbst eine demokratische – unser Geld beschlagnahmen kann, ist ungerecht. Sollten 51% der Deutschen das Recht haben, dir deinen Besitz wegzunehmen? Ob ein sozialistischer Diktator ist, der die deine Sachen wegnimmt, oder eine sozialistische Mehrheit: In beiden Fällen wird du ausgeraubt.“¹⁵⁹

In dieses Programm passt auch die linksgrüne Klimahysterie. Während Führungspersonal in aller Welt den Klimawandel als existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellt, kaufen sie sich selbst strandnah Millionenvillen, wo doch das Meer schon bald so hoch steigen soll, dass bspw. komplett Holland ersaufen soll. Exemplarisch für diese Heuchelei stehen die Obamafamilie und die Bidenfamilie. Ähnlich wie beim Krieg gegen den Terror soll eine existenzielle Angst gegen eine unsichtbare Gefahr geschürt werden, um daraus Profit zu schlagen. Ich hätte mir nie erträumen lassen, dass sich die Menschheit die Luft, die sie atmet, besteuern ließe. Aber an diesem Punkt sind wir traurigerweise mit der CO₂-Steuer angelangt. Bei FFF (666; Fridays for Future) gingen die Leute sogar freiwillig dafür auf die Straße. Bei diesen Bildern hätte ich meinen Kopf stundenlang gegen die Wand hämmern können. Einfach so, ohne einen Nutzen für alle, wird alles aufgrund der Lüge des menschengemachten Klimawandels teurer. Wir stimmen Dingen zu, denen wir ohne die Angst nicht zustimmen würden – genau wie beim Coronavirus. Es gibt übrigens mittlerweile auch Pläne, die Pandemiemaßnahmen auch beim Verstoß gegen irgendwelche willkürliche Klima-Auflagen anzuwenden. (vgl. Kapitel zum Transhumanismus)

Die moralischen Befürchtungen vor dem bösen Kapitalismus sind zudem das, was der sozialistischen Agenda am meisten in die Karten spielt. Die schärfste Kritik kommt hier von Marx: Seiner Ansicht nach liefern Kapitalisten nur Kapital. Ansonsten täten sie nichts. Daher gehörten die Gewinne eines Unternehmens ausschließlich seinen Arbeitnehmern.

Hat er damit Recht?

¹⁵⁹ Sprecher in „*The Trump Card*“

Moralische Argumente für den Kapitalismus

Hier wird der Versuch gestartet, zu zeigen, dass Kapitalismus einen gerechten Lohn hervorbringt. Das Einzigartige am Kapitalismus ist, dass er auf Unternehmern basiert, die Risiken eingehen. Trump bspw. war die meiste Zeit seiner Karriere der Inbegriff des Kapitalisten. Die Psychologie des Unternehmers ist eine besondere, anders als bei den meisten Menschen. Dies ist bspw. an einer Begebenheit in den 90er Jahren erkennbar, als Trump hochverschuldet war. Ein Bettler sitzt auf der Straße und bittet nach Geld. Trump gibt ihm ein paar Dollar. Die Frau, die er im Arm hat, kommentiert: „Ist das nicht traurig?“ und Trump antwortet: „Er ist ein Bettler, aber er ist ungefähr 900 Millionen mehr wert als ich.“

Einer seiner ersten großen Deals zeigt, dass Kapitalisten mehr tun, als nur Kapital zur Verfügung zu stellen. Der Ausgangspunkt von Trumps Karriere war die Verwirklichung seines eigenen Ehrgeizes, so schreibt er in seinem bekanntesten Buch *The Art of the Deal*. Während sein Vater in Brooklyn und Queens Gebäude für Niedriglöhner errichtete, wollte Trump lieber in Manhattan Geschäfte machen und etwas Monumentales bauen. Sein Deal war in den 70ern, als in New York die Preise im Keller waren. Er sagte:

„Wo die Leute eine Krise sahen, sah ich eine Chance. Vier Hotels standen zum Verkauf. Das vierte steckte in großen Schwierigkeiten, es war das Commodore Hotel und hatte jahrelang Geld verloren. Niemand wollte es anfassen. Aber ich habe eine großartige Lage gesehen. Täglich kommen Millionen Menschen an diesem Ort vorbei. Das Problem war das Hotel, nicht die Lage. Weil das Hotel ein Verlierer war, konnte ich einen Preis von zehn Millionen verhandeln. Hatte ich damals 10 Millionen? Nein. Wusste ich, wie man ein Hotel führt? Nein. Aber ich hatte eine Vision. Mit meiner Option in der Hand, das Commodore zu kaufen, was mich keinen Cent gekostet hat, habe ich meine Vision an Hyatt verkauft. Ich würde es bauen, aber sie würden es führen. Jetzt hatte ich die Option und die Top-Hotelkette des Landes. Es wurde Zeit, das Geld für das Hotel und die Renovierungen aufzutreiben. Ich ging zu meinem Vater, der mir aber nicht glaubte, dass ich es ernst meinte. Also ging ich zu den Banken ... zu vielen Banken, bis eine einwilligte. Die Leute haben mich bei der Renovierung bekämpft und sagten: „Wir könnten Millionen sparen, indem wir einfach nur das alte Commodore renovieren.“ Aber das wäre ja, wie wenn man einem Schwein Lippenstift aufträgt. Danach stinkt es noch immer. Dieser Platz musste zu einem Event werden. Ich hatte auch Widerstand beim Ersetzen der historischen Ziegel mit starkreflektierendem Glas. Durch die Wahl dieses Glases habe ich vier Spiegelwände geschaffen. Wenn Sie an der 42. Straße entlang gehen und am Grand-Hyatt Hotel nach oben schauen, sehen Sie den Central Park, das Chrysler-Gebäude und all die anderen Sehenswürdigkeiten, die diese Stadt zu bieten hat. NYC, Hyatt, die Banken und ich haben alle von meinem Deal profitiert.“

Dies zeigt, dass Kapitalisten in der Regel mehr als nur Kapital zur Verfügung stellen, wie Marx sich das damals ausgemalt hat. Sie liefern eine Vision, handhaben die Organisation, übernehmen das Risiko und Marketing. All das hat Marx vollkommen ignoriert.

Die erfolgreichsten Unternehmer decken nicht nur den Bedarf der Menschen, sondern antizipieren, was die Menschen möchten. Niemand hat Steve Jobs einen Brief geschrieben und gesagt, er solle ihm ein Telefon bauen, das Emails versenden kann, Musik abspielen, Fotos machen und Filme zeigen. Er hat es erfunden und gebaut, bevor wir wussten, dass wir ohne es nicht leben könnten. Das ist der Trumpf des Kapitalismus.

Er fördert Kreativität und Einfühlungsvermögen und stellt es den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen zur Verfügung.



20 Von Jhw57 - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=68927032>

Die Ungleichheit, welche die sozialistische Linke verachtet, wird nicht von Unternehmern verursacht, sondern durch uns. Die stolze Prahlerei des demokratischen Sozialismus ist, dass er den Menschen zum Chef über Wirtschaft ernennt. Welche Kontrolle hast du über die Post oder die Kfz-Zulassungsstelle?

Wir wählen als Bürger alle 4 Jahre, aber als Verbraucher wählen wir jeden Tag mit unserem Geldbeutel und unseren Kaufentscheidungen. Der freie Markt spiegelt die Zustimmung der Bevölkerung weitaus besser wider als demokratischer Sozialismus. Wir greifen damit nämlich schon demokratisch in den Markt ein.

Passend dazu ist auch der Amerikanische Traum, der im Gegensatz zum Sozialismus besagt, dass man der Architekt seines eigenen Lebens ist. Zu jedem Moment ist man für sein persönliches Glück selbst verantwortlich. Das Anspruchsdenken, das einem was zusteht, Almosen von anderen, zu diesem Denken bildet der Amerikanische Traum einen Gegenpol. Wir sind keine Opfer, sondern Schöpferwesen. Damit man vom Opfer zum Schöpfer wird, braucht man nur ein „Sch“ und „ö“-Punkte. „You’re sitting in the driver seat of your own life“ sagen die Amis, d.h. du hast die volle Kontrolle über dein Leben und formst es nach deinen persönlichen Vorstellungen. Die deutsche Redewendung dazu ist wohl: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“

Rick Figueroa sagte so schön: *„Ich sagte meinem Sohn, er soll die Kühe füttern gehen und er hat sich immer beschwert: Dad, es ist zu kalt. Es ist zu heiß. Ich will die Kühe nicht füttern. Nachdem er seine eigene Kuh hatte, hörte ich ihn nie wieder, dass er sich beschwerte, weil es seine Kuh war. Wenn dir etwas gegeben wird, schätzt du es nicht.“*

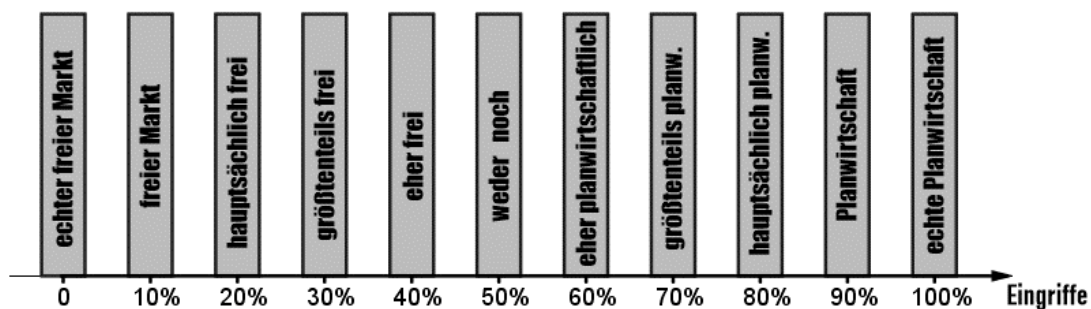
Die gegensätzlichen, konkurrierenden Marktmodelle, um die es geht, heißen:

Freie Marktwirtschaft (Kapitalismus) und Planwirtschaft (Kommunismus)

Im eigentlichen Sinne greift der Staat bei einer freien Marktwirtschaft nicht ein. Das Gegenstück dazu ist die zentralistische, kommunistische Planwirtschaft, in welcher der Staat die gesamte Wirtschaft lenkt und leitet.

Sofern nur minimale Eingriffe in die Marktwirtschaft erfolgen, macht es immer noch Sinn von freier Marktwirtschaft zu sprechen. Im Umkehrschluss müsste dafür aber auch eine Wirtschaftsordnung, in der zwar nicht alles, aber das allermeist planwirtschaftlich geregelt wird, auch Planwirtschaft genannt werden. Witzigerweise wird das aber nicht gemacht. Alles, was keine absolute Planwirtschaft ist wird zu den freien Marktwirtschaften gezählt. Verrückt, oder?

Schematische Darstellung zur Bezeichnung von Marktwirtschaften aufgrund der staatlichen Eingriffe



Fast jedes Land dieser Erde ist mittlerweile mehr an der Planwirtschaft orientiert anstelle des freien Marktes. Das gemeine Volk wird im Glauben gelassen, es lebe in einer freien Marktwirtschaft. Dementsprechend wird eifrig und fleißig sog. *Kapitalismuskritik* geübt, deren Schlussfolgerung immer ein und dieselbe ist: „Die Wirtschaft ist immer noch zu frei. Die Märkte laufen Amok. Der Wirtschaft müssen noch mehr Beschränkungen auferlegt werden.“

Selbstverständlich werden diese Beschränkungen nicht „der Wirtschaft“ auferlegt, sondern nur dem Mittelstand und Kleinunternehmen. Großkonzerne und Hochfinanz hingegen können weitestgehend uneingeschränkt weiter agieren, wodurch sie kleinere Unternehmen bequem an den Rand drängen, aufkaufen oder zerschlagen können. Auf diese Weise werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.

„Weil wir eine freie Marktwirtschaft haben, muss das dann wohl an zu viel Freiheit liegen, also brauchen wir noch mehr Einschränkungen.“

Dadurch zieht sich die Schlinge um den Hals des kleinen Mannes immer weiter zu. Die Hochfinanz und Großkonzerne hingegen bleiben unantastbar, weil sie sich die Politiker, die zur Wahl stehen, einfach kaufen. Folglich konzentriert sich der ganze Reichtum bei einer kleinen Oberklasse immer mehr. Auf der anderen Seite steht am Ende dieser Entwicklung die totale Verelendung der breiten Massen bevor.

Brandaktuell hierzu auch ein Artikel in der Zeitung „Wochenblick“ aus Österreich¹⁶⁰:

Start › Allgemein › Corona – mit strengen Hygienevorschriften zur sozialistischen Diktatur

23. November 2020

ALLGEMEIN CORONA MEINUNG WELT

SCHLEICHENDE BERUFSVERBOTE UND ENTEIGNUNGEN - WIE IN DER DDR

Corona – mit strengen Hygienevorschriften zur sozialistischen Diktatur



Angst geht in Europa um. Seit März 2020 hat sich die Welt verändert. Das liegt jedoch nicht daran, dass wir täglich über Leichenberge zu Notfallstationen klettern, um unsere Vorräte aufzufüllen. Wir sehen auch keine überfüllten Krankenhäuser, Arztpraxen oder sonstige Anzeichen für eine Veränderung und doch ist sie da. Sobald wir das Haus verlassen sind da Masken, Abstandsmarkierungen – und Menschen die Angst haben. Doch Hygienemaßnahmen die zu Massenpleiten führten sind nicht neu ...

Soziale Medien



NEWSLETTER-
ANMELDUNG

E-Mail Adresse:

Deine Email-Adresse ...

Anmelden

Werbung

Werbung

Vor allem die Alten haben Angst

Viele der Betagten gehen kaum noch zum Arzt, da sie Angst haben, sich dort anzustecken. Sie glauben den Regierungen, die ihnen erzählen, dass eine Gefahr für Leib und Leben droht. Und sie haben Angst – fürchterliche Angst. Dank der Medien und der Regierung vermuten sie an jeder Ecke Viren der Zombieseuche, die laut den öffentlich-rechtlichen Medien grassiert. Lauscht man dem Mainstream herrscht akute Gefahr, die so groß ist, dass Geschäfte, Hotels, Restaurants, Kinos und vieles mehr kurzerhand für einige Zeit schließen mussten und das wiederholt. Die Regierungen nennen das „Lockdown“, was ein nettes Wort für „Berufsverbot“ ist.

¹⁶⁰ Vollständiger Artikel hier: <https://www.wochenblick.at/corona-mit-strengen-hygienevorschriften-zur-sozialistischen-diktatur/>

Kontrolle durch Berufsverbote in der DDR

Berufsverbote gab es auch in der DDR. Sie waren ein wichtiges Instrument der SED, um die Ideologien und das Verhalten der Bürger zu kontrollieren und um das Volk in eine gewünschte Richtung zu lenken. § 53 des Strafgesetzbuches der DDR (1) sah zusätzlich zu einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe oder auf Bewährung ein Tätigkeitsverbot vor, „wenn der Täter die Straftat unter Ausnutzung oder im Zusammenhang mit einer Berufs- oder anderen Erwerbstätigkeit begangen hat und es im Interesse der Gesellschaft notwendig ist, ihm die Ausübung dieser Tätigkeit zeitweilig oder für dauernd zu untersagen“.

Wichtige Loyalitätsbekundungen

Das DDR-Regime griff nicht häufig auf diese strafrechtliche Möglichkeit zurück, doch wurde stets auf Loyalitätsbekundungen geachtet. Fehlten diese oder traten gar andere „Verfehlungen“ auf, kam es schnell zur Entlassung, einer Zwangsversetzung, man „sollte sich in der Produktion bewähren“. Zugänge zu bestimmten Einrichtungen wurden verwehrt, ebenso bestimmte Bildungs- und Ausbildungswege. Wer dem System nicht folgte, hatte Mühe seinen Beruf auszuüben.

Verfolgung aller Kritiker

Zigtausende waren in der DDR von Schikanen dieser Art betroffen. Reichten diese nicht aus, wurde der Geheimdienst eingesetzt und die Staatssicherheit kümmerte sich darum, dass man wieder in die sozialistische Spur zurückfand. Ein politischer Witz reichte damals aus, damit diese Methoden zum Einsatz kamen, ebenso wurden solche Maßnahmen gerne gegen Antragsteller auf Ausreise aus der DDR verwendet. Das DDR-Regime verfolgte seine Kritiker hartnäckig.

Schleichende Enteignungen

Die Corona-Lockdowns weisen erschreckende Parallelen zu den ersten Jahrzehnten der DDR auf. Schon 1949 kam niemand einfach so vorbei und erklärte, dass Inhaber eines Betriebs ab sofort enteignet werden. Das hätte einen Aufstand gegeben – auch in der DDR. Enteignungen wurden daher schleichend durchgeführt, um das sozialistische Konzept umzusetzen.

(1) Berufsverbote: § 53. Verbot bestimmter Tätigkeiten DDR StGB

<http://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch74.htm>

(2) Enteignungen in der DDR

<https://www.bpb.de/apuz/316454/eine-kurze-geschichte-der-enteignungen>

(3) Als die DDR die letzten Familienbetriebe verstaatlichte

<https://www.mdr.de/zeitreise/enteignungen-von-familienbetrieben-100.html>

Vorwand: „Hygienevorschriften“

Die Enteignungen begannen unter dem Vorwand angeblich notwendiger „Hygienevorschriften“. Der Staat führte bewusst unüberwindbare Hygienevorschriften ein, die kaum ein privater Betrieb einhalten konnte und wenn doch, wurden die Vorschriften und Regeln einfach weiter verschärft. Die herbeigeführte Unwirtschaftlichkeit zwang viele Gaststätten folglich zur Aufgabe des Unternehmens. Anfang der 60er Jahre begannen dann die Betriebsübernahmen, da viele finanziell am Ende waren. Wer nicht pleite gehen wollte, verkaufte an eine Genossenschaft, die staatlich gelenkt war (2). So war es der DDR-Regierung möglich, die Betriebe nach und nach zu verstaatlichen.

„Vater und ich wurden dann Leiter in zweiter Ebene, irgendwie haben wir unser Ding aber weiter gemacht und uns eingebracht. Im Innersten war es ja noch immer unsere Firma, deshalb haben wir sie nicht blockiert.“ (Rainer Kaps, SIKA-Werke Leipzig) (3)

Damals wie heute

Im Jahr 2020 sind wieder unzählige Geschäftsinhaber damit beschäftigt, ihre Betriebe den neuen Hygienevorschriften anzupassen. Sie versuchen alles, damit der Lockdown sie nicht trifft. Einige Branchen haben Glück und dürfen weiterhin verkaufen, andere nicht. Alle hoffen darauf, dass die Zeit des Lockdowns bald beendet sein wird und das normale Leben zurückkehrt. Doch was ist, wenn auf den zweiten, ein dritter, ein vierter und fünfter oder mehr Lockdowns folgen?

Es ist natürlich nur reine Spekulation, dass die Lockdowns der Regierungen weltweit einen sozialistischen Hintergedanken haben, schließlich hat niemand die Absicht, eine sozialistische Diktatur zu errichten, oder?

Links-Rechts-Geschwafel

Die Polizei, die Medien und der Staat haben bekannter Weise einen blinden Fleck, wenn es um linksradikale Gewalt geht, wie man bspw. in Stuttgart gesehen hat: Dort wurde ein LKW angezündet mit teurer Ausrüstung für eine der ersten größeren Querdenker-Demos. Bei einer Anzeige in Kiel gegen einen Spruch der Antifanten („Nazis gibt's in jedem Staat, bildet Banden, macht sie platt“) hieß es vor Gericht, das sei nur im übertragenden Sinne gemeint. Das dürfe man nicht wörtlich nehmen. Auf den Schildern der Antifa in Saarbrücken auf einer Demo hieß es: „Nieder mit Deutschland! Für mehr Sozialismus“ Dürfen wir das auch nicht so wörtlich nehmen? Heißt „Nieder mit Deutschland“, dass die derzeitige Regierung abgeschafft werden muss, oder dass hier Anarchie, Chaos und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen sollen, wie sie von ihren terroristischen Kollegen in den USA herbeigeführt wurden. Heißt „Nieder mit Deutschland“ auch Abschaffung der Menschenrechte, wie sie durch unser Grundgesetz garantiert werden sollten?

Wo bleibt der kritische Journalismus, der den Finger in die Wunde hält und nachfragt, wie sich die Antifaszene aus ganz Deutschland zu diesen extrem gewalttätigen Ausschreitungen positioniert? Immerhin tragen auch Politiker des Bundestages stolz Symbole der Antifa auf ihrer Kleidung. Jemand anderem die Fresse einzuschlagen, weil er Nazi sei, oder Mitglied in irgendeiner Partei sei oder sonst irgendetwas, kommt mir ähnlich dumm vor wie anderen Menschen die Fresse einzuschlagen, weil sie einen Judenstern tragen oder Fan von einem anderen Fußballclub sind oder weil sie aus einem anderen Ort kommen. Früher hieß das auf Veranstaltungen sicherlich auch: „Sie wissen schon, dass sich unter ihnen Juden befinden?“ Heute hat man das Wort „Jude“ durch „Nazi“ ersetzt und versucht so die Menschen zu spalten, die sich vereinigt haben. Genauso auch mit dem Begriff Verschwörungstheoretiker: Da gewinne ich immer den Eindruck, dass ihre Bewegung oder Organisation faschistische Tendenzen hat. Im Faschismus hatte man auch den Gegnern das Menschliche immer wieder aberkannt. Der SA, Hitlers privater Schlägertruppe, wurde auch immer gesagt, wen sie vermöbeln sollten und das wurde auch brav ohne Rückfragen erledigt. Die Antifa fällt in meinen Augen dadurch auf, dass sie sich weigert, mit anderen ins Gespräch zu kommen und dadurch ist Gewalt vorprogrammiert.

Auch die Farbenwahl ihrer Flagge finde ich sehr bedenklich. Außen rot, dann in der Mitte ein weißer Kreis mit schwarz, roten Flaggen. Das erinnert mich unweigerlich ans Hakenkreuz und vielleicht wäre es besser, wenn sie dieses Design mal abändern würden, vielleicht irgendwas mit Regenbogenfarben und Peacezeichen – da alle Antifanten angeblich so genderbetont leben wollen. Schwarz, weiß, rot empfinde ich nicht als angemessen.

Ich habe auch mal einen dämlichen Reim von der Gegenseite gehört: „Antifa ist dumm wie Brot, holt die Knüppel, schlägt sie tot.“ Das ist bestimmt auch nicht wörtlich zu verstehen, sondern nur im übertragenden Sinne. „Linksextremen Gruppen wie der Antifa sollte man kein Gehör schenken“ ist wahrscheinlich damit gemeint. Man müsste sie mal mundtot machen, so wie die Presse das auch bei Bürgerrechtlern gegen die Corona-Polizeistaatswillkür mit ihren Nazi- und Verschwörungstheoretikerkeulen gemacht hat.

Das ist nicht meine Meinung, das habe ich nur mal so gehört. Ich distanzieren mich also von der Aussage mit den Knüppeln. Was ist mit „Mehr Sozialismus“ gemeint, für den sie mit ihrer Flagge propagiert haben? Ich denke da jetzt mal nur laut nach. Sozialismus gab es ja auch schon vor 90 Jahren mit dem Zusatz „National“ sprich „Nationalsozialismus“. Und auch ab 1949 hatten wir Sozialismus im Osten Deutschlands, der sich als Diktatur herausstellte. Ist es das, was sie anstreben? Gleichgeschaltete Strukturen, eine gleiche Meinung, ein Führer, alle gleich? Im Gegensatz zum Nationalsozialismus möchte die Antifa einen Internationalen Sozialismus errichten. Somit müsste man bei Antifanten eigentlich von „Internazis“ oder länger „Internationalsozialisten“ sprechen, die die sog. rechtextremen Nazis bekämpfen.

Sozialismus hat als Ideologie die Grundwerte Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Da würde mich brennend interessieren, wie geht die Antifa mit Menschen um, die ungleich sind oder unsolidarisch in ihren Augen? Also Menschen, die nicht so denken wie sie. Wollen sie es machen wie Stalin oder Mao? Stalin hat zwischen 1936 und 1938 1,5 Millionen Menschen umgebracht. Mao tötete zwischen 70 und 100 Millionen Menschen. Wären die Antifanten da auch dabei? Unterstützen sie auch ein solches Vorgehen gegen Andersdenkende / Feinde des Sozialismus?

Warum haben sie den Eindruck, dass ihre Weltsicht die Richtige ist, dass ihre Meinung über den Meinungen anderer stünde und wie kommen sie auf die Idee, dass maßlose Gewalt ein probates Mittel gegen Andersdenkende sei? Ich habe den Eindruck, dass sich Links- und Rechtsextreme eigentlich nur sehr wenig voneinander unterscheiden. Beide Ideologien sind menschenverachtend und vermitteln ihren Anhängern, dass sie etwas Besseres als ihre anderen Mitmenschen wären. Auf staatlicher Ebene findet genau derselbe Bullshit statt. Seit nun fast 20 Jahren „kämpft die freiheitlich und demokratische Wertegemeinschaft gegen den Terror.“ Auch in diesem Fall wird der anderen Seiten die Menschlichkeit aberkannt. Leute, die sich für ihre Freiheit im besetzten Gebiet einsetzen und grundlos von Drohnen abgeschlachtet werden, nennt man in der Zeitung „Aufständige“ oder „Terroristen“. Aus „unbeteiligten Menschen“ werden in der Presse „Kollektoral-schäden“. Wie können Menschen mit ihren Herzen diese gelebte Gewalt vor sich selbst und anderen rechtfertigen?

„Der Tod eines einzelnen ist eine Tragödie, der Tod von Millionen Statistik“

Soll Stalin angeblich gesagt haben. Dieses Zitat hat nichts an seiner Aktualität verloren. Wenn der deutsche Michel in der Tageszeitung liest, dass der Irakkrieg in 10 Jahren mehr als 100.000 Menschen das Leben gekostet hat, dann blättert er munter weiter und liest im Sportteil wie Hertha gegen Bremen gespielt hat. Hört er aber, dass ein Schwarzer in den USA durch einen Polizisten brutal ermordet worden sein soll, dann organisiert er plötzlich aus Solidarität Anti-Rassismus-Demonstrationen in Deutschland. Das ist einfach nur heuchlerisch.

Mein letzter Punkt betrifft die Finanzierung der Antifa. Frau Künast von den Grünen hat öffentlich im Bundestag zugegeben, dass die Antifa von Bund und Ländern finanzielle Mittel erhält. Schaut man sich Dokus zum Linksstaat an, sieht man auch, dass Bund und Länder Vereine wie die Rote Hilfe mitfinanzieren, die juristischen Beistand leistet, wenn Mitglieder der Antifa gewalttätig werden. Oder z.B. dass Bund und Länder Gelder und Busse zur Verfügung stellen, dass sie bei friedlichen Demos als Gegendemonstranten ordentlich aufmischen können. Meine Frage hierzu lautet: Wie

sieht ihre Zukunft aus, wenn sie der Staat nicht mehr finanziert; wenn sie keine Befehle mehr erhalten und es keine Feindbilder mehr gibt – nachdem sie Deutschland völlig platt gemacht haben? Was machen sie, wenn sie es endlich geschafft haben, dass wir in Anarchie und Chaos oder in einer neuen Diktatur leben? Wie können sie sich vom Staat finanzieren lassen und gleichzeitig „Nieder mit Deutschland“, „Deutschland verrecke“ und „Wir ♥ Volkstod“ auf ihre Schilder schreiben? Das kommt mir schizophren und geisteskrank vor. Vielleicht ist aber auch der Begriff „Volksverhetzung“ treffender. Wer bei solchen Parolen mit hetzt, sollte mit gutem Beispiel vorangehen – in den Freitod. Wie distanziert sich die Antifa von diesen Vorwürfen?

Man muss es vielleicht etwas differenzierter sehen. Bei der Antifa gibt es auch gute Sachen; das will ich gar nicht bestreiten. Ich habe mich mal mit einem von ihnen unterhalten. Der hat mir erzählt, dass er noch essbare Lebensmittel aus den Supermarktcontainern fischt. Ich finde das auch eine Sauerei, dass man noch essbare Lebensmittel aus Profitgier wegwirft. Das Essen sollte gespendet werden an Suppenküchen etc. Früher hieß es „Reichtum verpflichtet.“ Hierzu würde mich interessieren, was nach Meinung der Antifa mit dem Geld der Superreichen passieren soll, damit diese Welt besser und gerechter wird. Ich hoffe, dass sie mehr drauf haben als nur hirnlose Parolen.

Wenn ich vielleicht einen falschen Eindruck von ihnen gewonnen haben sollte, dann möchte ich ihnen die Gelegenheit bieten, meine vielleicht fehlerhafte Wahrnehmung zu korrigieren und mich zu kontaktieren. Sofern sich die Antifa vom Staat finanzieren lässt, sollte sie sich in Staatsantifa umbenennen, mit der Abkürzung SA wie Sturmabteilung. Der Vergleich ist nicht überzogen, sondern passend!

„Die Sturmabteilung war die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP während der Weimarer Republik und spielte als Ordnertruppe eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der Nationalsozialisten, indem sie deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner mit Gewalt abschirmte oder gegnerische Veranstaltungen behinderte.“¹⁶¹



„Gleichzeitig trieb eine Terrorwelle der SA mit unzähligen Mord- und Bombenanschlägen die Republik an den Rand des Bürgerkriegs. Das Sprengen von Versammlungen politischer Gegner und die eingedrungene Kampftaktik der SA, der übergangslose Ausbruch aus einer disziplinierten Marschformation in hemmungslose Gewaltaktionen, gehörten Anfang der 1930er-Jahre beinahe zum alltäglichen Erscheinungsbild.“¹⁶²

Mein Schlusswort zu all dem: Unser „Staat“ muss sich unbedingt von der Verharmlosung linker Gewalt lösen und ebenfalls Stellung beziehen und sich rechtfertigen, warum er linksextreme Gruppen unterstützt, sowie rechtfertigen, warum er linksextremistische Gewalt in der Vergangenheit verharmlost hat. Gewalt ist Gewalt und da spielt es keine Rolle, welches Parteibuch der Gewalttätige und oder das Opfer führen oder geführt haben. Aber vielleicht ist es genauso gewollt. Nur eines steht fest: Eine Rechtfertigung mit Hilfe von Ideologie wäre fehl am Platze.

¹⁶¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Sturmabteilung>

¹⁶² <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/sa/>

War Adolf Hitler ein Linker?

Die Diskussion um den politischen Standort des deutschen Nationalsozialismus ist nie gründlich geführt worden. Klar ist jedenfalls: Zeit seines Bestehens hatte er mehr mit dem Totalitarismus Stalins gemein als mit dem Faschismus Mussolinis

Zu lernen ist, dass alle Ideologien ihre Versprechen nicht halten

Joachim Fest¹⁶³

Manche guten Gründe sprechen dafür, dass der Nationalsozialismus politisch eher auf die linke als auf die rechte Seite gehört. Jedenfalls hatte er Zeit seines Bestehens mit dem Totalitarismus Stalins mehr gemein als mit dem Faschismus Mussolinis. Im Italien der Zwanziger- und Dreißigerjahre gab es immer noch die herkömmlichen Klassenunterschiede, während Hitler, nicht anders als die Sozialisten aller Schattierungen, die soziale Gleichschaltung vorantrieb. Auch hat er nach der so genannten Machtergreifung, anders als manche Angehörigen der Oberklassen hofften, die 1918 verloren gegangenen Vorrechte nicht wiederhergestellt. Stattdessen hat er den von Marx herkommenden Begriff der klassenlosen Gesellschaft einfach durch die Vokabel der „Volksgemeinschaft“ ersetzt und den immer noch Furcht erregend sozialistisch klingenden Begriff als eine Art ständiger Verbrüderungsfeier verkauft. Eine wie tiefe und anhaltende Sehnsucht der Deutschen er damit ansprach, geht nicht zuletzt daraus hervor, dass die Öffentlichkeit des Landes sich noch immer im Konsens am besten aufgehoben fühlt. Der nach festen Spielregeln ausgetragene Konflikt, der zu den elementaren Voraussetzungen demokratischer Ordnungen zählt, steht bei uns in keinem hohen Ansehen. Stattdessen huldigt alle Welt einer Gleichheitsidee, zu deren Eigenart nicht nur gleiche Startbedingungen gehören. Hierzulande will man auch, dass alle gleichzeitig im Ziel einlaufen. Niemand soll den anderen übertreffen.

Bekanntlich hat Hitler keine Produktionsmittel verstaatlicht. Damit ist für marxistischen Ideologen die Frage, ob Hitler samt seinem Programm sozialistisch genannt werden könne, ein für alle Mal beantwortet. Tatsächlich hatte Hitler einen weit klügeren Einfall. Er sozialisierte, in eigenen Worten, „nicht die Betriebe, sondern den Menschen“. Auf diese Weise hat er politisch, wirtschaftlich und sozial viel bewunderte Erfolge erzielt. Ein Wortführer des Kapitalismus im hergebrachten Sinne war er jedenfalls nicht. Nicht ohne Grund sprach eines der populärsten Schlagworte der Epoche von der „antikapitalistischen Sehnsucht“, die die Zeit erfülle. Und nicht zufällig stammte diese Formel von einem der führenden Nationalsozialisten aus dem engsten Kreis um Hitler, Gregor Strasser. Zweifellos jedenfalls empfand sich keiner der SA-Leute, die unter der Hakenkreuzfahne durch Moabit oder Steglitz marschierten, als Parteigänger irgendeiner „Reaktion“. Wie die Kolonnen der Linken auch, sahen sie sich als Vorhut grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen – auch sie wollten die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Mit ihnen ziehe, wie sie glaubten und sangen, die neue Zeit. Als im Frühjahr 1933 ganze kommunistische Kampfformationen geschlossen in die SA übertraten, wurde das von den roten Parteisoldaten keineswegs als Bruch empfunden, und der Berliner Volkswitz, der diese Einheiten als „Bulettenstürme“ verhöhnnte („außen braun, innen rot“) deckt auf, wie nahe beieinander auch die Öffentlichkeit die einen und die anderen wahrnahm. Man wechselte sozusagen nur den Anführer und die Fahne, nicht einmal die Treffkneipe. Im Herzen blieb

¹⁶³ <https://taz.de/!703669/> vom 27.09.2003

man Sozialist, nur dass man von nun an auch noch national sein durfte, kein „Vaterlandsverräter“ der Komintern. Wer da nicht zum Mitmachen bereit gewesen wäre!

Noch viele weitere Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus lassen sich anführen, auch tiefer reichende. Wie häufig haben gerade die unversöhnlichsten Rivalen auf politischem Feld immer etwas von feindlichen Zwillingen. Auch in diesem Falle verhielt es sich so. Beide Epochenegner, die sich so erbittert bekämpften, träumten den Traum vom „Neuen Menschen“, der mit ihnen erst die Möglichkeit erlange, sich auf Erden zu verwirklichen; beide machten sich, wenn auch mit scheinbar gegensätzlichen Parolen, auf die Suche nach dem vor Zeiten verlorenen Paradies. Und beide hassten mehr als alles andere die bürgerliche Welt.

Wer sich die Jubelschreie in Erinnerung ruft, mit der führende Nationalsozialisten die Zerstörungen der deutschen Städte im Bombenkrieg begrüßten, erhält einen Begriff von der Radikalität ihres Hasses: Goebbels sprach von den „Gefängnismauern“ der bourgeoisen Welt, die jetzt endlich „in Klump geschlagen“ würden, und Robert Ley „atmete auf“: Endlich sei es „vorbei mit der Welt“, die sie verabscheuten. Ein Echo solcher komplexen Erfüllungsgefühle im Untergang des einen Regimes war auch im Aufstieg des anderen vernehmbar: In den frühen Jahren der DDR, als die Machthaber die Reste der bürgerlichen Welt systematisch bis auf die innersten Strukturen zerstörten.

Aufs Ganze gesehen ist die Diskussion über den politischen Standort des Nationalsozialismus nie gründlich geführt worden. Stattdessen hat man zahlreiche Versuche unternommen, jede Verwandtschaft von Hitlerbewegung und Sozialismus zu bestreiten. Um den Kommunismus denkbar weit vom Nationalsozialismus wegzurücken, ist sogar der totalitäre Charakter des Kommunismus geraume Zeit bestritten worden. Das ist inzwischen gescheitert. Die Verheißungs-szenarien, die von der einen wie der anderen Seite entworfen wurden, haben nicht allzu lange gedauert. Im Fall des Nationalsozialismus wurden sie nur etwas über zehn Jahre, im Sozialismus immerhin fast drei Generationen lang exekutiert. Beide haben die Menschheit unendlich viele Opfer gekostet – Abermillionen bei diesen wie bei jenen.

Der auffallendste Unterschied bleibt, dass der Nationalsozialismus sich schon im Programm unmenschlich ausnahm, während der Sozialismus in verschiedenen humanitären Maskeraden auftrat. Zu lernen ist aus dieser Erfahrung, dass alle Ideologien, was immer sie den Menschen weismachen, nie halten, was sie versprechen. Auf dem Papier wirken sie stellenweise verführerisch. Aber wer sich von der Zeit belehrt, weiß und vor allem genauer hinsieht, entdeckt im Hintergrund all der idyllisch-egalitären Kulissen stets das nackte Grauen.

WELT Abonnement Ticker Suche

HOME WELTPLUS LIVE-TV MEDIATHEK POLITIK WIRTSCHAFT SPORT PANORAMA WISSEN KULTUR MEHR > PRO

HOME » GESCHICHTE » ZWEITER WELTKRIEG » Nationalsozialismus: Die SPD verhinderte beizeiten Hitlers Ausweisung

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEG **ZWEITER WELTKRIEG** KALTER KRIEG MITTELALTER ARCHÄOLOGIE

ZWEITER WELTKRIEG NATIONALSOZIALISMUS

Die SPD verhinderte beizeiten Hitlers Ausweisung

Bayerns konservativer Innenminister wollte den NS-„Führer“ 1922 abschieben. Warum der SPD-Chef dies ablehnte und welche Konsequenzen Hitler später daraus zog, zeigt eine neue Studie.

Veröffentlicht am 27.11.2015 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Sven Felix Kellerhoff**
Leitender Redakteur Geschichte

Ein paar Goebbels-Zitate:

„Wir sind Antisemiten, weil wir Sozialisten sind“

„Wir werden den bürgerlichen Klassenstaat zertrümmern.“ („Der Nazi-Sozi“ von 1932)

„Die Inflation. Tolle Zeiten. Der Dollar klettert wie ein Jongleur. Bei mir heimliche Freude. Ja, das Chaos muss kommen, wenn es besser werden soll. Der Kommunismus. Judentum. Ich bin deutscher Kommunist“

„Sozialist sein: das heißt, das Ich dem Du unterordnen, die Persönlichkeit der Gesamtheit zum Opfer bringen. Sozialismus ist im tiefsten Sinne Dienst. Verzicht für den Einzelnen und Forderung für das Ganze.“

(Tagebucheinträge von 1924)

In seiner Rede zum 1. Mai 1934 verkündete Adolf Hitler:

„Der Hammer wird wieder zum Symbol des deutschen Arbeiters und die Sichel zum Zeichen des deutschen Bauern werden.“

Oder wie er mal laut dem Spiegel einmal gestanden haben soll¹⁶⁴:

„Ich habe vom Marxismus viel gelernt. Diese neuen Mittel des politischen Kampfes gehen ja im Wesentlichen auf die Marxisten zurück. Ich brauchte nur diese Mittel zu übernehmen und zu entwickeln und hatte im Wesentlichen, was uns Not tut.“

Wer einmal mit Wasserfarben gespielt hat, weiß: Wer Rot und Grün mischt, erhält braun!

¹⁶⁴ Ausgabe vom 29.10.1979, im Artikel „Die letzten wurden 1934 ermordet“
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-39867302.html>

Immer noch nicht überzeugt? Die größte Lüge des 20. Jahrhundert war es, die Menschen glauben zu machen, das Terrorregime von Hitler sei rechtsradikal gewesen. Es war genau umgekehrt: Sie waren linksradikal! Wir brauchen den Kampf gegen links! ¹⁶⁵:



Es sind viele zu viele Plakate als dass man noch von Zufall sprechen könnte. Was ist der Lieblingstag der Linken? Richtig: Hitlers Tag der Arbeit am 1.Mai. Die Banken haben immer beide Seiten eines Krieges gleichzeitig finanziert, damit sich die Menschen besser gegenseitig auslöschen konnten. Diese Perversion muss ein Ende finden. **Solange am Tod von Lebewesen mehr Geld verdient wird als an ihrem Leben, leben wir in einer kranken Welt!**

Fun Fact: Das Machtergreifungsgesetz Hitlers hieß „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“¹⁶⁶ Spahns Machtergreifungsgesetz hingegen heißt „Bevölkerungsschutzgesetz“ ;)

¹⁶⁵ Quelle: <https://www.rferl.org/a/24934238.html>

Noch mehr unter: <https://alsurdeunhorizonte.com/2016/05/09/9-de-mayo-fin-de-un-enfrentamiento-armado-entre-dos-regimenes-paralelos/>

<https://propagandahistory.ru/2335/Sovetskie-plakaty-k-1-sentyabrya/>

¹⁶⁶ Mit diesem Gesetz wurden die Freiheits- und Grundrechte der deutschen Bürger massiv eingeschränkt. Es lieferte zudem die Grundlage für die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Entstehung des „Dritten Reichs“ (<https://www.geschichte-abitur.de/quellenmaterial/quellen-drittes-reich/verordnung-zum-schutz-von-volk-und-staat-reichstagsbrandverordnung>)

Alles hat seinen Preis! Größe von IG Farben

Die Nazis forderten Spenden

Die Vertreter der Wirtschaft hatten in der Vergangenheit, abgesehen von wenigen prominenten Ausnahmen, auf eine autoritäre Lösung der Staatskrise gesetzt und auf eine Präsidialdiktatur gehofft. Nun spürten sie den neuen Wind und begannen sich verstärkt für den Mann zu interessieren, der nun die Richtlinien der Politik bestimmte. Am 20. Februar trafen Industrielle Hitler im Amtssitz von Reichsminister Göring. Hitler sagte wie immer sehr deutlich, was er wollte: den Marxismus zerschlagen, das untaugliche demokratische System abschaffen und Deutschland wieder zu nationaler Größe führen.

Sein Finanzberater Hjalmar Schacht forderte anschließend von den Anwesenden eine Wahlkampfspende von drei Millionen Reichsmark, denn Geld brauchte die finanziell ausgeblutete Partei ganz dringend. Die Vertreter der IG Farben sagten 400.000 Mark zu, die Deutsche Bank 200.000 und die Wirtschaftsgruppe Bergbau 400.000. Es war die Geburtsstunde der "Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft", die die Verbundenheit der Industriekapitäne mit dem kommenden Mann sinnfällig demonstrierte.

Eine Woche nach der Zusammenkunft in Görings Ministerium, am Abend des 27. Februar, gab es ein Großfeuer im Zentrum der Hauptstadt: das Parlament stand in Flammen. "Ein historischer Tag ersten Ranges", notierte der Kunstkritiker und Diplomat Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch: "Das geplante Attentat hat heute stattgefunden, aber nicht auf Hitler, sondern auf das Reichstagsgebäude."

21 Quelle: <https://www.spiegel.de/geschichte/75-jahre-machtergreifung-a-946616.html>

Hitler versprach den Großindustriellen das, was sie hören wollten. Im Sinne des Kommunismus wurden etliche Unternehmen und Menschen enteignet und verstaatlicht, das Kollektiv wurde das deutsche Volk, für das sich jeder Einzelne aufopfern sollte. Andersdenkende hat man wie bei Stalin oder Mao Tsetung beseitigt. Die IG Farben Industrie AG, eines der größten Kriegsverbrecherunternehmen hatte 1924 einen Wert von über 11 Milliarden Reichsmark. Um diese Zahl ins Verhältnis zu setzen: Goebbels verdiente als Redakteur der „Nationalsozialistischen Briefe“ monatlich 200 Reichsmark.

Dieses Unternehmen war ein multinationaler Konzern aus pharmazeutischen sowie chemischen Unternehmen wie BAYER, BASF, Hoechst und weiteren. Bei so viel Geld im Spiel muss davon ausgegangen werden, dass man dafür von Hitler eine Gegenleistung verlangte. Und er kam ihnen entgegen ... Dazu kommen wir gleich. Telford Taylor, der amerikanische Hauptankläger gegen IG Farben im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess soll gesagt haben:

„Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“

Was er definitiv gesagt hat, ist:

„Ohne IG Farben wäre der Zweite Weltkrieg nicht möglich gewesen.“

IG Farben hatte ein Werk in Auschwitz bauen lassen, in dem sie Menschen ermordeten, sie Zwangsarbeit verrichten ließen und Experimente an ihnen durchführten.

„Die Anklagepunkte:

Aufgrund der Anklageschrift vom 3. Mai 1947 wurde eine Anklage in den folgenden Punkten erhoben:

- 1. Verbrechen gegen den Frieden durch Planung, Vorbereitung, Einleitung und Führung von Angriffskriegen und Invasionen anderer Länder*
- 2. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Plünderung und Raub öffentlichen und privaten Eigentums in kriegerisch besetzten Ländern*
- 3. Versklavung der Zivilbevölkerung in von Deutschland besetzten oder kontrollierten Gebieten, Einziehung dieser Zivilisten zur Zwangsarbeit, Teilnahme an der Versklavung von Konzentrationslagerinsassen innerhalb Deutschlands, an der völkerrechtswidrigen Verwendung von Kriegsgefangenen bei Kriegshandlungen, Misshandlung, Einschüchterung, Folterung und Ermordung versklavter Menschen [Zyklon B, Vergasung]*
- 4. Mitgliedschaft von drei Vorstandsmitgliedern [...] in der SS, die vom Internationalen Militärtribunal im vorangegangenen Hauptprozess als verbrecherische Organisation eingestuft worden war*
- 5. Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden“¹⁶⁷*

IG Farben erhielt auch Unterstützung von U.S. Standard Oil, ein Unternehmen der Familie Rockefeller. Die Luftwaffe hätte ohne eine spezielle Komponente aus dem Öl dieses Unternehmens nicht fliegen können. Die Deutschen hatten nur eine Raffinerie, um Treibstoff für ihre Fahrzeuge herzustellen. Diese wurde bewusst bis kurz vor Ende des Krieges von den Amerikanern nicht weggebombt, um ein früheres Kriegsende herbeizuführen. (Nachzulesen auch in Thorsten Schultes Buch „Fremdbestimmt“) Amerikanische Unternehmen haben verschiedene Seiten des Krieges gleichzeitig finanziert. Das muss man sich mal reinziehen! IBM lieferte ein Lochkartensystem, mit dem man effizienter Menschen registrieren und vernichten konnte.

„Das mächtigste deutsche Wirtschaftsimperium in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts war die Interessengemeinschaft Farben oder kurz: IG Farben. [...] Einhundert Prozent aller Sprengstoffe und einhundert Prozent des gesamten synthetischen Benzins stammten aus den Fabriken von IG Farben. Wann immer die deutsche Wehrmacht ein weiteres Land erobert hatte, folgte IG Farben und übernahm systematisch die Industrien dieser Länder. Durch diese enge Zusammenarbeit mit Hitlers Wehrmacht war auch IG Farben

¹⁶⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/I._G.-Farben-Prozess

an der Ausplünderung von Österreich, Tschechoslowakien, Polen, Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich und all der anderen Länder, die von den Nazis erobert wurden, beteiligt. Die Geldgier von Unternehmen wie Bayer, BASF und Hoechst war der Motor für den Holocaust. [...]

In den Akten von Auschwitz wurde die Korrespondenz zwischen dem Lagerkommandanten und Bayer Leverkusen entdeckt. Es handelte sich um den Verkauf von 150 weiblichen Gefangenen für experimentelle Zwecke: „Mit Blick auf die geplanten Experimente mit einem neuen Schlafmittel würden wir es zu schätzen wissen, wenn Sie uns einige Gefangene zur Verfügung stellen könnten (...).“ – „Wir bestätigen Ihre Antwort, halten den Preis von 200 RM pro Frau allerdings für zu hoch. Wir schlagen einen Preis von maximal 170 RM pro Frau vor. [...] – „Die Experimente wurden durchgeführt. Alle Testpersonen starben. Wir werden uns in Kürze wegen einer neuen Lieferung mit Ihnen in Verbindung setzen (...).“¹⁶⁸

Die Strafen für die Verbrecher von IG Farben waren größtenteils lachhaft für das, was diese Bestien der Menschheit angetan haben. Der IG Farben Prozess war eigentlich einer der größten Skandale in der Nachkriegszeit. IG Farben hat übrigens auch in Helmut Kohl investiert ;) Als ihr Lobbyist unterstützte er die deutsche pharmazeutische und chemische Industrie zum weltweit führenden Exporteur für chemische Produkte zu werden. (Niederlassungen in mehr als 150 Ländern.) Die Dr. Rath Health Foundation findet sehr drastische Worte für diese Verbrecher: **„Mehrere Milliarden Menschen werden vorzeitig sterben, wenn die Pharmaindustrie ihren Willen durchsetzt.“** Deutschland sei das einzige Land, in dem ein Lobbyist eines Chemie- und Pharma-Kartells Staatsoberhaupt war. Seit fast 120 Jahren unterstützen deutsche Politiker die globalen Expansionspläne der deutschen Unternehmen der IG Farben, sodass man es schon eine Tradition nennen könnte.¹⁶⁹

„Vor diesem Hintergrund verstehen wir die Unterstützung von Bonn für die unethischen Pläne der **Codex Alimentarius**-Kommission.“ (Anm. der Dr. Rath Foundation)

Kriege bringen einigen wenigen Leuten sehr, sehr viel Geld. Der gleiche Dreck passiert auch heute und das ist der Grund, warum man Kriege in anderen Ländern führt. Einige Konzerne bereichern sich unverhältnismäßig am Leid der Anderen, sowie durch ihre menschenverachtenden Raubzüge. Warum wurde Krieg im Irak oder Afghanistan geführt? Wir alle wissen, es ging um Rohstoffe und nie um Freiheit oder Menschenrechte der Afghanen. Mit Drohnen, die aus Ramstein gesteuert wurden, hat man im Gegenteil wehrlose Menschen wahllos hingerichtet und durch das erzeugte Elend Hass gesät.

Wussten Sie, womit man während des Zweiten Weltkrieges in den Konzentrationslagern experimentierte? Mit Impfstoffen! In Auftrag gegeben von IG Farben! Auf Grundlage dieser Menschenexperimente vergiftet uns die Chemie- und Pharmaindustrie bis heute, sterilisiert tausende Frauen und Mädchen in Afrika mit ihren Giftspritzen, die sie Impfstoffe nennen. Impfungen können zu Narkolepsie (Impfung gegen Schweinegrippe), Autoimmunerkrankungen, Allergien, Autismus (bei MMR-Impfung), Krebs (bei HPV-Impfung) und vielen weiteren schweren Erkrankungen führen. Teilweise landeten kerngesunde Kinder nach einer Impfung im Rollstuhl,

¹⁶⁸<https://www.globalresearch.ca/ig-farben-history-business-disease/5701804>
<https://www.dr-rath-foundation.org/2003/06/ig-farben-and-the-history-of-the-business-with-disease/?lang=de>
¹⁶⁹ vgl. ebd.

bekamen Herzrhythmusstörungen und ein Junge war nach einer HPV-Impfung sogar am kompletten Körper außer am Kopf gelähmt, so dass er fortan ein Beatmungsgerät brauchte. Da er sein Leben in diesem Zustand nicht mehr ertrug, beging er Selbstmord. Unzählige Eltern haben ihr Baby durch Impfungen verloren und es zerreißt einem das Herz, wenn man sie darüber reden hört.

Impfungen enthalten Schwermetalle, die als Neurotoxine (Nervengifte) wirken. Halbwegs gefiltert durch den Darm sind die „Grenzwerte“ mit diesen Giften an dieses Szenario geknüpft. Bei einer Impfung gelangt aber alles ungefiltert ins Blut und ins Gehirn und übersteigt auf diese Weise die Grenzwerte um ein Vielfaches!

Schwermetalle können nicht auf natürliche Weise vom Körper abgebaut werden. Sie müssen durch spezielle Entgiftungskuren ausgeleitet werden. Ansonsten akkumulieren sich, wodurch es schwachsinnig ist, überhaupt von Grenzwerten zu sprechen. Es ist und bleibt Gift, egal wie geringfügig die Menge ist. Und insbesondere bei Kindern, bei denen sich das Hirn noch in der Entwicklung befindet, sind solche Impfungen besonders gefährlich.¹⁷⁰

Impfstoffe enthalten Aluminium, Quecksilber, Formaldehyd und Neomycin nach Angaben der amerikanischen Seuchenschutzbehrde CDC.¹⁷¹ Und auch das Robert Koch Institut gibt zu, dass sich solche Giftstoffe in unseren Impfungen befinden, Zitat:

„In einigen Impfstoffen sind Formaldehyd, Aluminium, Phenol oder Quecksilber enthalten – allerdings in äußerst geringen Konzentrationen“¹⁷²

„Neomycin ist relativ toxisch und darf nicht bei Neomycin-empfindlichen Patienten sowie bei größeren Wunden angewendet werden. Eine Kombination mit anderen Aminoglycosid- und neurotoxischen Antibiotika ist ebenfalls zu vermeiden.

Besonders hervorzuheben ist die [Ototoxizität](#) (Schädigung des Innenohres) lokal und topisch angewendeter Aminoglycosidantibiotika wie Neomycin [...] Schon sehr geringe Mengen, die zum Innenohr gelangen und in die Haarzellen der Hörschnecke übertreten, können zu einem irreparablen(!) Verlust von Sinneshrchen führen, mit der Folge von Hörverlust bis hin zur völligen Taubheit und massiven Gleichgewichtsproblemen. Da z. B. Neomycin in Ohrentropfen Verwendung findet, dürfen diese Tropfen keinesfalls im Gehörgang bei perforiertem Trommelfell angewendet werden. Bei oberflächlicher Anwendung können (selten) [allergische Reaktionen](#) auftreten.“¹⁷³

Formaldehyd ist die Flüssigkeit, mit der man Organe oder andere biologische Präparate in Gläsern für die Nachwelt konserviert. Es führt zu „Störungen des zentralen Nervensystems wie Kopfschmerzen, Mattigkeitsgefhle und Konzentrationsstörungen, aber auch zu Schwellungen der Schleimhäute, Bindehautreizungen und Übelkeit. Eine weitere **Auswirkung von Formaldehyd** auf den Körper ist eine Sensibilisierung für Allergien und die Verstärkung von asthmatischen Symptomen. [...] [Formaldehyd](#) wird in sehr vielen Produkten des Alltagsgebrauchs, aber auch in Einrichtungsgegenständen und Baumaterialien verarbeitet. Aus diesen kann mit der Zeit [Formaldehyd in die Raumluft](#) bergehen. Für erhöhte Konzentrationen können u.a. Lacke und Leime, Zigarettenrauch, Klebstoffe, Desinfektions-, Wasch- und Reinigungsmittel, aber auch

¹⁷⁰Siehe die Filme *Vaxxed1* und *Vaxxed2*,

https://www.youtube.com/watch?v=n3srQ_0iPGc

<https://www.bitchute.com/video/zp1MEuEXOwpP/> (Vaxxed 1 auf Deutsch)

<https://www.bitchute.com/video/CuP19keQTqAm/> (Vaxxed 2 auf Deutsch)

¹⁷¹ <https://web.archive.org/web/20200308004511/https://www.cdc.gov/vaccines/vac-gen/additives.htm>

¹⁷² https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Impfen/Bedeutung/Schutzimpfungen_20_Einwaende.html

¹⁷³ <https://www.impfkritik.de/zusatzstoffe/neomycin.html>

Teppichböden sorgen. Oftmals sind jedoch Spanplatten, die teilweise mithilfe von formaldehydhaltigen Klebern hergestellt werden für erhöhte Werte verantwortlich.“¹⁷⁴

Quecksilber oder Thiomersal als quecksilberhaltige organische Verbindung, welches Kindern in einer Studie im Jahr 1929 verabreicht wurde, sorgte dafür, dass 100% der Kinder an Meningitis starben. Die FDA (US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel) stellte insbesondere fest, dass Thiomersal für lebendes Gewebe deutlich giftiger war als für die Bakterien, die es abtöten sollte. Bestimmte negative Folgen sind so häufig, dass der Hersteller des Tripedia-Impfstoffs sie in einer öffentlichen Warnung auflisten musste (reichhaltig an Thiomersal) ¹⁷⁵:

- Plötzliches Kindstod-Syndrom
- Anaphylaktische Reaktion
- Zellulitis (eine bakterielle Hautinfektion)
- Autismus
- Konvulsion/Anfälle
- Gehirnfunktionsstörung
- Niedriger Muskeltonus und geringe Kraft
- Schädigung der Nerven
- Hyperventilation/Apnoe

"Aluminium kann über Luft, Nahrung und Wasser in den Körper gelangen. Da Aluminium, soweit bislang bekannt, im Körper keine Aufgabe erfüllt, könnte sich dieses giftige Metall physiologisch schädlich auswirken. Die dauerhafte Einwirkung von Aluminium auf Tiere wird mit neuropathologischen und neurochemischen Veränderungen sowie mit Verhaltensänderungen in Verbindung gebracht. Am deutlichsten zeigt sich dies in Lerndefiziten und Verhaltensstörungen. Einigen epidemiologischen Studien zufolge schneiden Arbeiter, die im beruflichen Kontext Aluminium ausgesetzt sind, in kognitiven Tests schlechter ab und zeigen vermehrt neurologische Symptome.“¹⁷⁶

Es befinden sich auch etliche Giftstoffe in sog. „Pflegeprodukten“ wie Handcremes, Shampoos und Desinfektionsmittel, die uns die nette Chemieindustrie bereitstellt. Ob Parabene, Triclosan oder Mikroplastik: All diese Stoffe sammeln sich im Körper mit der Zeit immer weiter an und führen zu heftigen Erkrankungen wie bspw. Krebs. Parabene und Plastik haben teilweise östrogenähnliche Wirkungen, sorgen damit für eine verfrühte Pubertät, einer erhöhten Anzahl an Brustkrebs und können die Fruchtbarkeit von Männern herabsetzen.¹⁷⁷

Fragt man Google, ob Impfungen gefährlich sind, erhält man folgende Antwort:

„13: Die Nebenwirkungen und Risiken von Impfungen sind unkalkulierbar. 14: Impfstoffe enthalten gefährliche Chemikalien, mit denen die Kinder wissentlich vergiftet werden. 15: Bei der Impfstoffherstellung kann es zu Verunreinigungen kommen, die für Erkrankungen wie BSE, AIDS oder Krebs verantwortlich sind.“¹⁷⁸

Zurück zu IG Farben selbst. Ist es nicht seltsam, dass dieses Konzernkonglomerat in einem BGBl von 1990 genannt wird, obwohl es nach dem Krieg zerschlagen wurde? Was die BRD dort genau mit IG Farben regelte, ist uns nicht bekannt. Wir vermuten nichts Positives.

¹⁷⁴ <https://www.luftanalyse-zentrum.de/auswirkungen-formaldehyd-gesundheit>

¹⁷⁵ <https://thepeopleschemist.com/what-is-thimerosal/>

¹⁷⁶ <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/19568732/>

¹⁷⁷ Hierzu kann ich das Buch "Giftcocktail Körperpflege" von Marion Schimmelpfennig wärmstens empfehlen.

¹⁷⁸ https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Impfen/Bedeutung/Schutzimpfungen_20_Einwaende.html
<https://t.me/FaktenFriedenFreiheit/6098>

Quelle:BGBl Jahrgang 1990 Teil II Seite 1388 Abs.4b

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist sich des Fortbestehens der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. unter dem ursprünglichen Namen bewußt; sie bemüht sich nach besten Kräften, eine zufriedenstellende Lösung entsprechend den in Artikel 11 des Ersten Teils zum Ausdruck gebrachten Zielen zu erreichen.

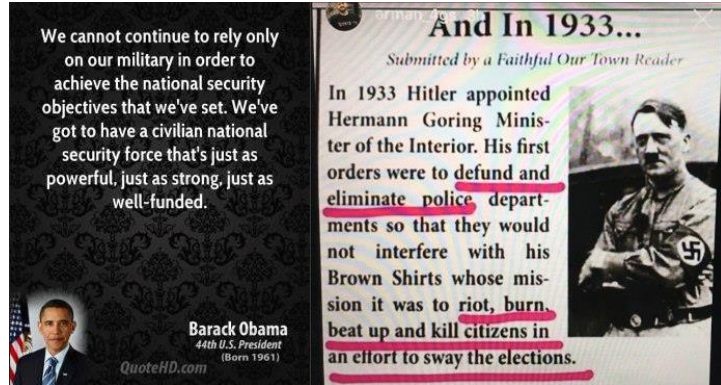


IG Farben hat diesen Krieg gewonnen! Die Chemie- und Pharmariesen konnten ihren Einfluss global ausbauen und sind mittlerweile in fast jedem Land der Erde vertreten. Dieses bösartige Krebsgeschwür hat die Erde seit mehr als 70 Jahren fest im Griff und vergiftet unsere Umwelt und unsere Körper mit ihren Produkten!

Was bedeutet „rechts“, wenn die Rechten eigentlich „links“ waren?

Die Gewalttaktiken, die dieses Jahr in den USA angewendet wurden, sowie die politischen Reaktionen erinnern schwer an die Zeit um 1933.

Obama: Wir können uns zukünftig nicht mehr nur auf unser Militär verlassen, um unsere selbstgesetzten Ziele zur nationalen Sicherheit zu erreichen. Wir brauchen eine zivile, National-sicherheitstruppe, die genauso mächtig, stark und gut finanziert wird wie das Militär.



1933 ernannte Hitler Hermann Göring zum Innenminister. Seine ersten Befehle nach sollte die Finanzierung der Polizeibehörden gestrichen werden und die Polizei eliminiert werden, sodass sie den Braunhemden (SA) nicht in die Quere kämen. Die Braunhemden hatten die Aufgabe zu randalieren, Brände zu legen, Leute zusammenzuschlagen und zu töten, um die Wahlen entsprechend zu beeinflussen.

Das klingt für mich wie das, was die Antifa derzeit in Amerika veranstalten. Etliche Demokraten bauen Stellen für die Polizei ab, und wollen ihre Finanzierung einschränken. Wir sehen hier klar und deutlich, dass sich die Geschichte wiederholen soll.

Goebbels selbst sagte in seiner Rede von 1931 in „Der Angriff“:

„Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke. [...] Nichts ist uns verhasster als der rechtsstehende nationale Bürgerblock.“

Auch Strasser erklärte:

„Wir sind Sozialisten, Erzfeinde des aktuellen kapitalistischen Systems [...] und wir haben uns zum Ziel gesetzt, dieses System unter allen Umständen abzuschaffen“ – Gregor Strasser, langjähriger Weggefährte von Hitler und hochrangiger NSDAP Politiker

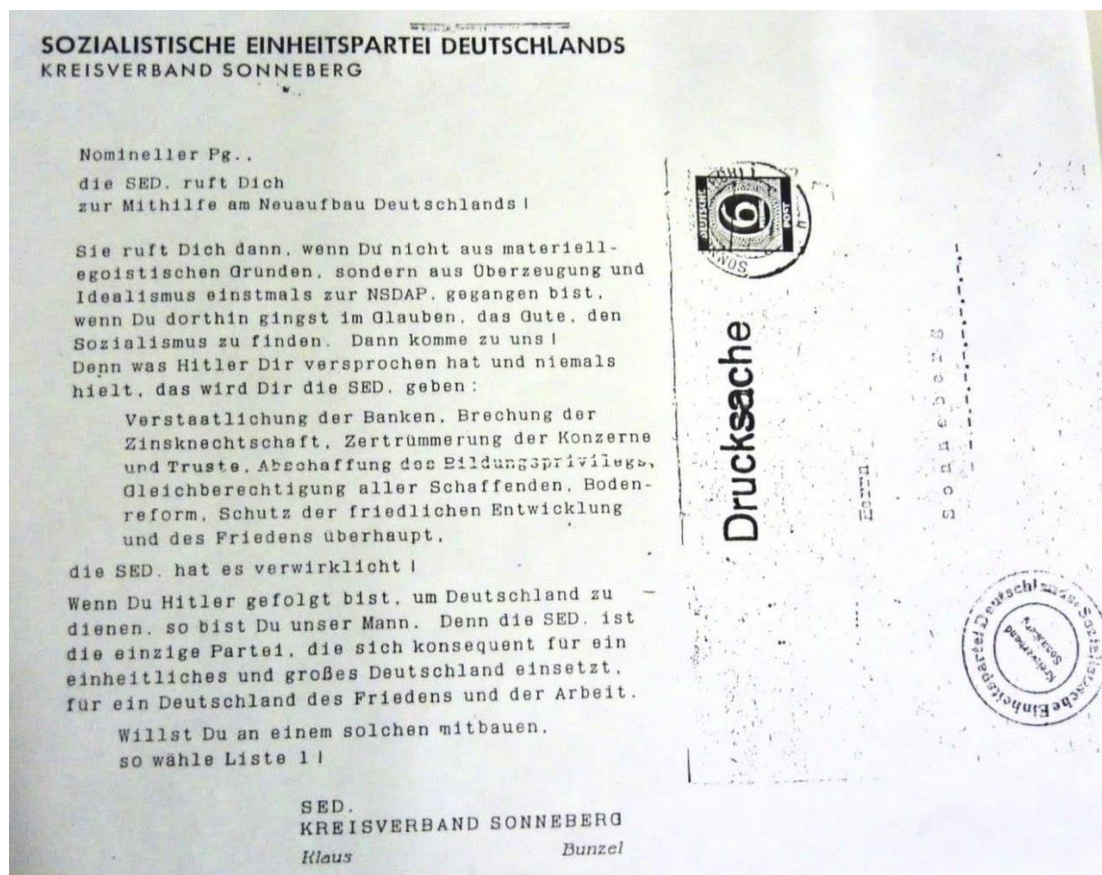
Übersetzt aus dem Englischen. Quelle: Gregor Strasser, „Thoughts about the Tasks of the Future,” June 15, 1926. One-page talking points memo sent to Nazi leaders.

Und Hitler selbst sagte:

„Wir wollen damit anfangen, Sozialismus in unserer Nation und unter unserem Volk einsetzen! Internationaler Sozialismus kann nicht eingeführt werden, bevor die individuellen Nationen nicht sozialistisch wurden.“

Übersetzt aus dem Englischen. Quelle: Otto Wagener in Hitler Memoirs of a Confidant, editor, Henry Ashby Turner, Jr., Yale University Press (1985) p. 288

Diese Auffassung bestätigt auch ein Dokument der SED, die dort weitermachten, wo Hitler aufhören musste. Lesen Sie selbst:



Das hört sich gut an auf dem Papier, der Abschnitt von *Verstaatlichung* bis *Friedens überhaupt...* Was daraus geworden ist, kennen wir zur Genüge aus den Geschichtsbüchern. Auch der Spiegel entdeckte 2012 die Nähe der SED zur NSDAP sowie weitere bekannte Zeitungen¹⁷⁹:

„Der SED hatten sich weit mehr ehemalige Nationalsozialisten angeschlossen als bisher bekannt. 1954 waren 27 Prozent aller Mitglieder der DDR-Regierungspartei zuvor in der NSDAP und deren Gliederungen. Das hat der Historiker Jan Foitzik herausgefunden. Bereits von 1946 an habe die SED demnach Ex-Nazis aufgenommen – als erste deutsche Partei nach dem Krieg. Ein Jahr später befanden die ostdeutschen Innenminister, frühere NSDAP-Mitglieder seien als „gleichberechtigte Bürger“ zu behandeln. Alt-Nazis hielten auch Einzug in den DDR-Verwaltungsapparat: Noch 1954 waren 32,2 Prozent aller Angestellten im Öffentlichen Dienst der DDR ehemalige Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen.“*

2015 schrieb der Focus:

„Doch es blieb nicht bei den kleinen Mitläufern. Bis 1989 waren acht Minister und zwei stellvertretende Ministerpräsidenten einst überzeugte Nationalsozialisten gewesen. Dazu gehörte beispielsweise Kurt Nier, von 1973 bis 1989 Vize-Außenminister, und Herbert Weisz, von 1967 bis 1989 Vize des Ministerrats. Noch beim Fall der Mauer saßen 14 ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei im SED-Zentralkomitee. Während die DDR-Propaganda westdeutsche Politiker wie Hans Globke und Theodor Oberländer wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit an den Pranger stellten, machten Ex-Nazis dort reihenweise Karriere.“

Bekannte Gesichter von heute waren laut der Expresszeitung vom Feb. 2019 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi in der DDR:

Joachim Gauck als IM Larve Hans Dietrich Genscher als IM Tulpe¹⁸⁰

Peter Steinbrück als IM Nelke Angela Merkel als IM Erika¹⁸¹

Anetta Kahane Gründerin der anrühigen Antonio Amadeus Stiftung als IM Victoria¹⁸²

¹⁷⁹ <https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/sed-viele-ehemalige-nsdap-mitglieder-a-857379.html>
vom 23.09.2012

https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-18178/sed-ex-nazis-an-fuehrenden-stellen_aid_505958.html vom 09.09.2015

<https://www.welt.de/kultur/article5558370/Wie-die-SED-ihre-Wurzeln-in-der-NSDAP-vertuschte.html> vom 17.12.2009

¹⁸⁰ <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689234.html>

¹⁸¹ Soll auf Michael Schildhelm zurückgehen, der [...] einen Roman namens „Roberts Reise“ schrieb. Er beschreibt das Umfeld an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin Adlershof. Schindhelm als enttarnter IM des MfS hat über Angela Merkel komischerweise nie geschrieben. Anders sei es in dem Roman „Roberts Reise“, wo eine Kollegin und Wissenschafts-assistentin genannt wird, die Schindhelm mit dem Namen „Erika“ ausstattet. Bei dieser „Erika“ handele es sich um seine Bürogenossin Angela Merkel. Wenn die Schilderungen von Kathrin Schmidt in der Wochenzeitung „Der Freitag“ vom 3. Juni 2005 stimmen, dann hat Angela Merkel nicht nur ihre eigenen Stasi-Akten verwahrt, sondern auch Stasi-Akten ihres Vaters Horst Kasner.“ vgl.
https://de.metapedia.org/wiki/IM_Erika

¹⁸² Zensiert fleißig für den Heiko Maas im Internet

Auch **HANS-DIETRICH GENSCHER**, von 1974 bis 1992 fast ununterbrochen BRD-Aussenminister und neben Helmut Kohl der vielleicht zweitwichtigste Protagonist der Wiedervereinigung, stand unter Stasi-Verdacht. Am 13. Juli 1992 veröffentlichte der Spiegel eine kurze Meldung:

«Unter dem Decknamen ‚Tulpe‘ hat das DDR-Ministerium für Staatssicherheit Ex-Minister Hans-Dietrich Genscher als ‚Inoffiziellen Mitarbeiter‘ in seinen Akten geführt.»

Die Schutzbehauptung schob der Spiegel gleich hinterher:

«Wie ehemalige Stasi-Angehörige gegenüber Geheimdienstexperten sagten, wurden dabei Angaben aus dem Lebenslauf eines DDR-Bürgers benutzt und auf den Liberalen übertragen. Zweck der Manipulation sei es gewesen, den FDP-Politiker unter Druck zu setzen oder bei Bedarf im Zuge



einer Desinformationskampagne als Mitarbeiter der Staatssicherheit zu diskreditieren.»

Diese Behauptung klingt aber absurd. Wenn jeder mit einer gefälschten Akte erpressbar gewesen wäre, hätte man überhaupt niemanden anwerben müssen. Und als Quelle wurden auch noch anonyme «Stasi-Angehörige» angegeben. Fakt ist: Genscher war nur drei Monate zuvor am 27.04.1992 ohne Anlass zurückgetreten, vermutlich weil ihm jemand gesteckt hatte, dass diese Akte gefunden worden war, möglicherweise dieselben ehemaligen Stasi-Angehörigen, die der Spiegel erwähnte. Die BBC und ein französischer Sender hatten z.B. gemeldet, dass er aufgrund von Spionagetätigkeit zurückgetreten war. (oj)

Quelle: spiegel.de, Genscher alias «Tulpe», 13.07.1992

Quelle: Expresszeitung Februar 2019

Es kommt noch besser. Bei der NSDAP war Genscher auch aktiv!¹⁸³ Angeblich hätte er aber „nie einen Aufnahmeantrag unterschrieben“. Es ist ein Fass ohne Boden!

Gott sei Dank haben wir ja noch eine bürgerliche, konservative CDU, die die Interessen des Volkes und keiner Großkonzerne vertritt ;) die EU genauso ;)

Könnte es sein, dass „rechts“ eigentlich nur „konservativ“, „bürgerlich“ und „rechtschaffen“ bedeutet? Menschen, die auf ihre christlichen Werte bestehen, die in einem Rechtsstaat leben wollen, die die Traditionen ihrer Kultur erhalten, pflegen und leben wollen? Menschen, die ihre Kultur in Gefahr sehen, durch die Überflutung mit Ausländern, die ihre Sicherheit gefährdet sehen, weil der Staat seine wesentlichen Aufgaben nicht mehr wahrnimmt, sein Volk vor äußeren Gefahren zu schützen und für ein geregeltes Zusammenleben zum Wohle der Menschen zu sorgen?



¹⁸³ https://www.nwzonline.de/politik/prominente-namen-in-nsdap-kartei_a_1.0.60524538.html
 „Dem „Stern“-Bericht zufolge [wurde er] unter der Nummer 10123636 als NSDAP-Mitglied geführt.“ vom 09.06.2011

Bezüglich der Auffassung von rechts ist auch der Wahlkampf von Franz Josef Strauß bemerkenswert: <https://youtu.be/qBn7Ydhv1s4>

„Wir haben hier eine ganz seltsame Entwicklung, die man auch an Strauß sehr gut nachvollziehen kann, dass rechts inzwischen als etwas gleichermaßen selbstverständlich rechtsradikal und rechtsextrem angesehen wird. Und in dieser Optik war jemand, der eindeutig nicht links war und auch nie links sein wollte, ein idealer Angriffspunkt.“

Arnulf Baring, Historiker zur Wahl 1980

Der Sprecher der entsprechenden Phoenix-Sendung kommentiert: *„Niemals hat ein Wahlkampf die Bundesrepublik so aufgepeitscht wie bei der Wahl 1980“*

Autonome haben damals Stahlhaken nach vorne geschossen, die Getroffene schwer verletzt oder getötet hätten. Monika Hohlmeier, die Tochter von Strauß, erinnerte sich auch gut an diese Ereignisse:

„Da wurde ein Feindbild aufgebaut und ich hab dann auch gemerkt, dass man Menschen manipulieren kann; dass man sie verführen kann; dass man ihnen diesen Strauß vorgestellt hat, in einer Klischeeform, den Gefährlichen, den Monströsen, den widerlichen Menschen, der zu allem bereit ist, der die Kriege beginnt – die haben das alles geglaubt.“

Strauß gab diesen „Demonstranten“ Kontra:

„Ihr seid ja nur das Produkt dieser Fehlerziehung, das Produkt dieser Hetze. Ihr könnt einem ja leidtun mit eurer erbärmlichen Dummheit Ihr wärt die besten, ihr wärt die besten Schüler von Dr. Joseph Goebbels gewesen. Ihr wärt die besten Anhänger Heinrich Himmlers gewesen. Ihr seid die besten Nazis, die es je gegeben hat.“



22 EU mit kommunistischem Vorbild UdSSR und China

Ich habe noch nie von einer Frau gehört, die gesagt hat: „Nachts habe ich Angst rauszugehen, weil mich da irgendwo aus dem Busch in einer dunklen Straßenecke ein Rechtspopulist anspringen könnte.“ Das ist hier nur einmal offen nachgedacht ...

Dann macht der „Kampf gegen Rechts“ nämlich auch Sinn: Bedingungslose Toleranz gegenüber allem Fremden, Werteverfall, Abschaffen von Traditionen, Maßregelung der Sprache, Vernichtung des Mittelstandes und, und, und ...

Der Begründer der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin, hat damals ausgesprochen, was hier jetzt live und in Farbe passiert:

„Die höchste Kunst des Krieges ist, militärische Auseinandersetzungen völlig zu vermeiden und stattdessen den Feind dadurch zu besiegen, dass man seine moralischen Prinzipien, seine Religion, seine Kultur und seine Traditionen zerstört. Wenn ein Land so demoralisiert ist, kann man es übernehmen, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern.“

Deutschland wird immer noch unter der „Feindstaat-Klausel“ der UN geführt, die sich früher Anti-Hitler-Koalition nannte. Die UN ist auch nicht der Nachfolger des Völkerbundes, auch wenn er so tut! Das kann man daran erkennen, dass die Neugründung der UN stattfand, als der Völkerbund noch existierte. Anstatt auf die Streichung dieser Klausel zu pochen, zahlt unsere Regierung lieber willfährig „Schutzgeld“, um die Deutschen, wo es nur geht, finanziell auszupressen. Beweis:

„Die Bundesrepublik ist drittgrößter Beitragszahler, entsendet Tausende Entwicklungshelfer, Soldaten und Polizisten unter der hellblauen Fahne in die ganze Welt, arbeitet emsig im Sicherheitsrat mit und gilt als verlässlicher Partner, der auch mal die eigenen Interessen zurückstellt. Feinde sehen anders aus. Und dennoch: An gleich drei Stellen der fast heiligen UN-Charta wird das Land als Feind bezeichnet.

Dabei findet sich in den betreffenden Artikeln 53, 77 und 107 das Wort "Germany" nicht einmal. Es geht um "alle Staaten, die mit einem der derzeitigen Unterzeichner dieser Charta während des Zweiten Weltkriegs im Kriegszustand waren" – das ist Deutschland, aber das sind natürlich auch Japan und andere Staaten. Es folgen starke Sätze: Jedes UN-Land hat das Recht, in den unter die Klausel fallenden Ländern militärisch einzugreifen – auch ohne weiteres UN-Mandat. Ein hellblauer Freibrief für eine Invasion Deutschlands?“

Hier wird jedoch sofort relativiert, um den deutschen Michel wieder zu beruhigen:

"Selbst wenn man aus der Charta die Rechtfertigung dazu rauslesen will, steht dem immer noch das allgemeine Gewaltverbot in derselben Charta entgegen." Ganz abgesehen vom Bündnisfall, der eingetreten wäre und das Friedensziel der UN ad absurdum geführt hätte: "Die Charta lässt den Einmarsch auch nur "bei der Wiederaufnahme der Angriffspolitik" zu."¹⁸⁴

Gesetze werden nicht einfach von heute auf morgen „obsolet“. Solange sie dort noch stehen, werden wir als Feind angesehen, denn der zweite Weltkrieg ist bekanntlich noch nicht zu Ende¹⁸⁵, da wir keinen Friedensvertrag haben und nur die Wehrmacht kapituliert hat. Damit werden wir „de jure“ und „de facto“ nach wie vor als „Feind“ betrachtet. Deswegen komme ich zu dem Schluss, dass die BRD hier „Schutzgeld“ zahlt. Denn wie wir wissen, hat das allgemeine Gewaltverbot die USA noch kein einziges Mal davon abgehalten, die letzten 60 Jahre illegal Kriege zu entfachen und zu führen.



INTERNET ARCHIVE <https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/neue-gesetze-soziales-entschaedigungsrecht.html> Go SEP OCT NOV
waybackmachine 3 captures 12 Oct 2020 - 13 Oct 2020 12 2019 2020 2021

Themen Schwerpunkte Ministerium Service [Presse](#) EU-Ratspräsidentscha

Neues SGB (2024) für KÜNFTIGE Opfer beider Weltkriege !!!

Es wird mit massiven Impfschäden und Toten (auch durch Terror) gerechnet.

Insgesamt wird im SGB XIV ab dem 1. Januar 2024 die Lebenssituation von

- Gewaltopfern einschließlich Terroropfern,
- derzeitigen und künftigen Opfern von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege,
- Geschädigten durch Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes und
- durch Schutzimpfungen Geschädigten

sowie ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen deutlich verbessert.

¹⁸⁴ <https://www.welt.de/geschichte/article160307764/Deutschland-fuer-UN-noch-Feindstaat.html>

¹⁸⁵ <https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/neue-gesetze-soziales-entschaedigungsrecht.html> vom 14. Januar 2020

Der echte und wirkliche Faschismus

<https://www.radio-utopie.de/2007/04/27/der-echte-und-wirkliche-faschismus/> ist die Quelle des folgenden Textes vom 27.04.2007:

Der Dokumentarfilm „Freedom to Fascism“ von Aaron Russo (1) beinhaltet ein grandioses Zitat von Benito Mussolini (2), welcher als faschistischer Diktator Italiens von 1922 bis 1943 herrschte. Ich bitte darum, dass man sich dieses Zitat im folgenden Kontext immer wieder vor Augen führt: **„Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.“** Jeder weiß, auch in der heutigen Wirtschaftswelt sind Kontakte das Wesentliche. Eine Hand wäscht die andere, sonst kommt man nicht zum Erfolg. Dieses soziale Vertrauenssystem hat sich über mehrere Jahrhunderte auch im Handel etabliert. Am Beispiel der Nationalsozialisten dürfte es in unserer Vergangenheit aber am besten erkannt werden.

Traurigerweise interpretieren es nämlich viele so, als ob Hitler alle Menschen mit seiner Ideologie hatte blenden können. Seitdem er Suizid begangen hat und alle seiner Kontakte in Schauprozessen verurteilt wurden, verschwinden neben Zeitzeugen und Büchern immer mehr Beweise für die Realität (12). Das Logentum verschwendet seitdem sehr viel Geld dafür, dass Deutschland und damit auch der geschichtlich ebenfalls betroffene Rest der Welt glaubt, Hitler und Goebbels hätten ihre Rassenideologie derart fein ausgearbeitet, sodass jeder bereit war, den nächsten Juden auf der Straße zu hängen. Es ist ein riesiger Irrsinn. Selbstverständlich gab es im Proletariat genug Anhänger für dieses dumme Geschwätz, aber wie hatten es Hitler und Goebbels denn geschafft, die gebildeten Menschen für ihre eigenen Zwecke zu benutzen?

In der Tat flohen diejenigen Leute zahlreich ins Ausland, welche die Machenschaften verstanden. Aber sehen Sie sich um und denken Sie genau darüber nach. **Die Vereinigten Staaten, wie auch die Länder Europas sind immer mehr auf dem Weg in totalitäre Staatsformen. Der Patriot Act (3) und die hierzulande ähnlich wurzelnden Anti-Terror-Gesetze (4) schaffen eine Basis dafür, Gesetze zu erlassen, wenn das Land einer möglichen Gefahr ausgesetzt ist. Konkret gesagt bedeutet es einfach, dass insofern man mit Terrorverdacht die Notwendigkeit bestimmter Gesetze ausreichend begründet, bekommt man sie auch durch.** Viele Menschen glauben nicht an ein solches Geschehen, ich erinnere [...] eindringlichst an die Notverordnung der Weimarer Verfassung und wozu sie missbraucht wurde (5). Mit der EU-Verfassung ist man indes auf demselben Weg. Zurück zur Geschichte. Als beispielsweise 1929 die NSDAP pleite war, beauftragte Thyssen den Großvater von George W. Bush – namentlich Prescott Bush – mit der finanziellen Unterstützung selbiger Partei. (6) Er war schließlich ein Geschäftsmann mit Erfahrung und guten Beziehungen. Entsprechend kam Hitlers Aufrüstung nach dessen Machtübernahme auch einigen anderen, finanzkräftigen US-Unternehmen gelegen. Während Coca-Cola offizieller Werbepartner der Olympischen Spiele 1936 in Berlin war, profitierten Standard Oil, Ford und General Motors von dem Verkauf von Sprit und Panzern an die Nationalsozialisten (7).

Sollte man also eine solche Symbiose zwischen Privatunternehmen und Regierung erkennen, müsste man also gewarnt sein. [...] Es fing ganz klein an. So fing auch der Faschismus gegen den Islam erst klein an. Am 11. September 2001 erhielten die Vereinigten Staaten von Amerika durch einen selbst inszenierten Angriff einen Freifahrtschein in den Mittleren Osten. Seitdem gibt es

keinen einzigen, wirklich fundierten Beweis, dass eine Phantom-Terrorgruppe namens Al-Qaida real existierte, Angriffe vorbereitete und durchführte, Saddam Hussein wie oft titulierte Massenvernichtungswaffen besaß und der Iran Atomwaffen auf uns richtet.

Während also Frau Merkel dem Verbrecher Bush, der gemeinsam mit seinen Schergen vor dem Kriegsverbrechertribunal stehen sollte, Händchen hält und Küsschen verteilt, stellen hierzulande gewisse Leute wieder den Ruf dieser Mörder her. Der Spiegel profiliert sich so mit Artikeln wie „Böse Amis, arme Mullahs“ (8) oder „Ami, don,t go home!“ (9), in denen uns die unterschwellige Botschaft erreichen soll, wie richtig doch die Amerikaner handeln. Dabei werden Aspekte wie der Völkerrechtsbruch durch die USA mal eben totgeschwiegen. Während die Botschaft der Angst mit Menschen wie Wolfgang Schäuble und dem Verfassungsschutz (17) die Menschen in Deutschland weichklopft und für Überwachungspolitik à la GeStaPo oder StaSi bereit macht, schließen sich ihr viele an. Nicht umsonst pocht Bayern immer noch auf seine Rechte am kommentierten Nachdruck von „Mein Kampf“ (10) und fordert auf, muslimische Mitmenschen zu bespitzeln. (11)

Heute haben die Meinungsmacher keine anderen Methoden als damals, um die Rüstungsindustrie und die Ölwirtschaft zu finanzieren. Sie benutzen einfach angesehene Menschen als ihre Marionetten im Feldzug.

Solche Dinge sollten auffallen, wenn Menschen wie Paul Wolfowitz vom Posten des Vize-Verteidigungsministers der Vereinigten Staaten zur Weltbank wechseln. Er zog vom Pentagon aus die Fäden zur Vorbereitung des Kriegs, wollte seine Geliebte an entsprechende Positionen mit hohen Gehältern setzen und möchte gleichzeitig andere Länder über Korruption aufklären (13). Aber er ist einer von den vielen Menschen, die trotz ihrer Doppelzüngigkeit oder Orwell'schem Zwiespach nicht brechen müssen. [...]

Auch Frau Merkel ist mehr mit Lächeln neben Bush beschäftigt, weil ihr das Rückgrat fehlt, um zu sagen, dass diese Politik einfach zum Himmel stinkt. Statt sich mit der Wahrheit zu beschäftigen, zählen eben nur Umfragewerte und die Maschine in ihrem Schädel hebt die Mundwinkel an, um uns zu besänftigen.

Leider halten durch die aktuelle Entwicklung von Prestige und Glamour immer mehr Familien und Eliten Einzug in wichtige politische Positionen. Das sieht man an Bush, Cheney, Wolfowitz, Merkel, Schäuble, Sarkozy, Gyurcsány. Wer über Kontakte und finanzielle Mittel verfügt, kann sich notfalls auch mit Wahlmaschinen in jede beliebige Position versetzen.

Wir sind auf dem Weg in eine Plutokratie. Selbige ist eine Unterform der Oligarchie. Sie bedeutet nach Platon die gesetzlose Herrschaft der Reichen, die nur an ihrem Eigennutz interessiert sind. Daraus folgt, dass die Plutokratie eine Staatsform ist, in der die Herrschaft durch Vermögen legitimiert wird, also die Herrschaft des Geldes. Politische Rechte werden anhand des Einkommens vergeben (15). Dass das Realität ist, dürfte nun klar werden.

Und wenn man das versteht, dann erklärt das auch, warum diese Welt so viel auf den Kapitalismus setzt. Er wird wie folgt definiert (16):

„Unter Kapitalismus wird eine Wirtschaftsordnung verstanden, die sich durch Privateigentum an Produktionsmitteln sowie durch Produktion für einen den Preis bestimmenden Markt auszeichnet.“ Nicht umsonst werden beim Spiegel auch dafür Menschen aus Agenturen eingesetzt, die solche, eigentlich unrechtmäßige Zusammenkünfte wie das G8-Gipfeltreffen schönreden dürfen. Wenn sich unsere gewählten Volksvertreter mit einem 11 Millionen Euro teuren Zaun vor uns schützen müssen, dann wird klar, dass wir in Wirklichkeit die Terroristen in ihren Augen sind. Schließlich werden wir noch nicht kontrolliert und permanent überwacht. Genau deshalb müssen nötige

Klischees zum richtigen Zeitpunkt verbreitet werden, um von diesem Geschehen abzulenken. Die Bevölkerung soll denken, in Heiligendamm würden nur Rechtsradikale und Linksextreme demonstrieren gehen (18). Selbige Gruppen wurden ja schon so gut wie mundtot gemacht. Wenn also der wirklich mündige und rechtschaffende Staatsbürger seinen Protest offen kundtun möchte, wird er von der öffentlichen Meinung sofort in dieses Vorurteil von Spinnern gepresst.

Ich hoffe inständig, dass jeder Leser meine Botschaft versteht, dass die Politik in die falsche Richtung läuft und dass es jetzt sofort etwas zu unternehmen gilt. Dem wirklichen Faschismus ist es egal, wer Sie sind, woher Sie kommen und wohin Sie gehen. Er nährt sich aus unseren Fehlern und wird nicht warten, deshalb an dieser Stelle nochmal Mussolini:

„Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.“

Quellen:

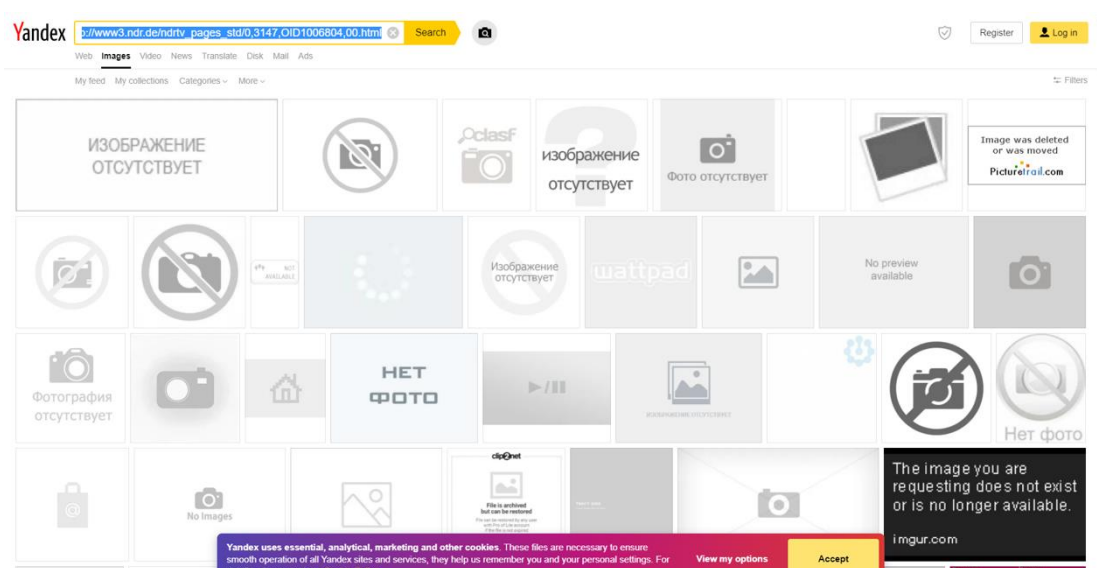
1 <http://www.freedomtofascism.com> [gelöscht ;)]
<https://www.youtube.com/watch?v=O6aybo2bwpo>
https://archive.org/details/freedom_to_fascism

(Prädikat sehenswert: Das Internet vergisst (fast) nie)

2 http://de.wikipedia.org/wiki/Benito_Mussolini
3 http://de.wikipedia.org/wiki/Patriot_Act
4 <http://de.wikipedia.org/wiki/Anti-Terror-Gesetz>
5 http://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_48_Weimarer_Verfassung
6 <http://www.guardian.co.uk/usa/story/0,12271,1312540,00.html>

„George Bush's grandfather, the late US senator Prescott Bush, was a director and shareholder of companies that profited from their involvement with the financial backers of Nazi Germany. The Guardian has obtained confirmation from newly discovered files in the US National Archives that a firm of which Prescott Bush was a director was involved with the financial architects of Nazism.“

7 http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_std/0,3147,OID1006804,00.html
[überall im Netz gelöscht ;)]



8 <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,474554,00.html>

„48 Prozent der Deutschen halten die USA für gefährlicher als Iran – nur 31 Prozent glauben das Gegenteil. Das Ergebnis entspricht der deutschen Grundverlogenheit. Höchste Zeit für eine Neuauflage von Re-Education.“

9 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/o,1518,479108,00.html>

10 http://www.bbv-net.de/public/article/aktuelles/kultur/mehr_kultur/buch/79092 [gelöscht ;)]

11 <http://www.wsws.org/de/2007/apr2007/lmu-a06.shtml>

„Muslimische Studenten unter Generalverdacht. Das Bayrische Landesamt für Verfassungsschutz, der bayerische Inlandsgeheimdienst fordert Hochschulen in Bayern auf, „auffällige“ muslimische Personen an den Universitäten den Sicherheitsbehörden zu melden.“

12 http://www.swg-hamburg.de/Deutschland_Journal/Ausgesondert_verboten_verbrannt.pdf

[gelöscht ;)]

13 <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/1564448.stm>

14 <http://www.pww.org/article/view/4043/1/180/> [gelöscht ;)]

15 <http://de.wikipedia.org/wiki/Plutokratie>

16 <http://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalismus>

17 <http://www.taz.de/dx/2007/04/24/a0130.1/textdruck>

„Schnüffeln in der Freizeit [...] Hamburgs Verfassungsschutz (VS) sucht Hobby-Spitzel. Unter einer Hotline nehmen die Schlapphüte ab sofort Hinweise aus der Bevölkerung entgegen, um diese mit „nachrichtendienstlichen Mitteln“ aufzuarbeiten.

„Das hat nichts mit Denunziantentum zu tun, wenn man eine Beobachtung macht und diese weitergibt“, verteidigte Innensenator Udo Nagel (parteilos) gestern die Maßnahme bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2006. „Wer nichts tut, macht mit“, sagt Nagel. Der Hamburger Geheimdienst sei ein „entscheidendes Instrument, um Gefahren zu erkennen“.

18 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/o,1518,478500,00.html>

„Wie Rechtsradikale in Heiligendamm punkten wollen. Arm gegen reich. Deutschland gegen den Rest der Welt. Die Rechtsextremisten haben den Kampf gegen die Globalisierung als Thema für sich entdeckt. Zum G-8-Gipfel in Heiligendamm planen sie zahlreiche Protestaktionen und propagieren den gemeinsamen Kampf mit den Linken.“

Die BRD als DDR Light oder DDR Plus?

Der stille Sozialismus der Angela Merkel¹⁸⁶

Ohne Zweifel, die Kanzlerin wurde im Osten groß. Die Frage ist berechtigt, ob ihre Herkunft etwas mit ihrer Politik zu tun hat. [...]

Man muss ja nicht so weit gehen wie manch einer im Blogger-Untergrund, der die Kanzlerin als „IM Erika“ führt. In Dichter- und Denkerkreisen sagt man es vornehmer: Als FDJ-Sekretärin lerne man nun mal „Opportunität und Anpassung“ (Günter Grass).

Werden wir also von der SED regiert? Für Verschwörungstheoretiker und Krimi-Autoren ist das ausbaufähiger Stoff: Angela Merkel eine Schläferin, der es gelungen ist, mithilfe einer Untergrundarmee ehemaliger Stasi-Leute und mit dem verschwundenen SED-Bimbos im Kreuz die Bundesrepublik Deutschland in eine DDR light zu verwandeln.

Ist die Bundesrepublik eine DDR light?

Steilvorlage für einen weltbestsellerverdächtigen Thriller. Altbundeskanzler Helmut Kohl könnte man dabei eine besonders pikante Rolle zuschreiben: War der Preis für die Wiedervereinigung (und für das Beschweigen der Parteispendenaffäre) womöglich – Angela Merkel? [...] Irgendwie ist der Gedanke faszinierend, sich Angela Merkel als realsozialistische Einflussagentin vorzustellen. [Anm. der Autoren „Honeckers Rache“, der Preis waren die EU und Einführung des Euros.]

Nicht die BRD, hieße das ja wohl dann, hat die DDR angeschlossen, sondern es war umgekehrt: Das kapitalistische Westdeutschland marschiert unter Führung einer Kanzlerin der sozialen Wärme peu à peu in Richtung Sozialismus, „mit menschlichem Antlitz“, natürlich.

Ihr „alternativlos“ hat etwas Totalitäres

Die Wirklichkeit dürfte [trockener] sein. Ja, in Merkels Regierungsstil findet sich einiges an alter DDR. Ihr „alternativlos“ hat etwas ausgesprochen Totalitäres, ihre Unterstützung „wissenschaftlicher“ Eliten, die Demokratie störend finden, wenn es um die wirklich großen Dinge der Menschheit geht, erinnert an „die Partei hat immer recht“.

Und ihr Faible für Gattungsfragen – vom Kampf gegen „Klimawandel“ über die „Energiewende“ bis zur „Euro(pa)-Rettung“ – könnte man als Erbe der Arbeiterbewegung sehen, die sich stets als Stellvertreterin der Gattung auf Erden gefühlt hat.

Merkel verbirgt ihr Faible für die großen Fragen gerne hinter Pragmatismus, und es ist sogar möglich, dass sie die großen Fragen weit weniger interessieren als die (Symbol-)Politik, die man damit betreiben kann. Aber wer in der DDR erzogen worden ist, kennt die Unterordnung der Einzelfragen und -interessen unter das große Ganze. Demokratiedefizit der EU?

Egal – Hauptsache, wir bringen das große Werk voran. Ähnlich in allen anderen Fragen. Energiewende auf Deubel komm raus, egal, ob die Rahmenbedingungen stimmen? So sieht echte Planwirtschaft aus. Von der DDR lernen heißt siegen lernen?

¹⁸⁶<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article118903576/Der-stille-Sozialismus-der-Angela-Merkel.html>

Sie sozialdemokratisierte die CDU, die Wähler mögen's

Angela Merkel besiegt Deutschland – das ist ohne Zweifel pikant. [...] Gleichheit und Gerechtigkeit sind höchste Werte, Planwirtschaft ist prima, solange sie dem Guten (wie einer Energie“wende“) dient.

Und damit der Staatssozialismus blüht, fordern auch diejenigen höhere Steuern, die noch nicht gemerkt haben, dass sie mit ihrem bescheidenen Wohlstand die „Reichen“ sind, die von den Blockparteien im Parlament ordentlich gemolken werden sollen.

Die Lehre von Klassenkampf und Umverteilung braucht hierzulande schon lange keine Einflussagenten mehr. Die haben ihren Job im Übrigen weit vor Angela Merkels langem Marsch an die Macht erledigt.

All die Lehrer, die in den 70er- und 80er-Jahren als GEW-Studenten in die DDR gereist sind, [...] sind mit jeder Menge ideologischer Botschaften im Gepäck nach Hause zurückgekehrt.

Intellektuelle und Lehrer sind Fans der DDR geblieben

[...] Es brauchte keine Angela Merkel, um Intellektuelle von den Vorzügen der DDR beziehungsweise eines ähnlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu überzeugen. Noch 1989 erklärten sie sich massenhaft gegen eine Wiedervereinigung, man hatte sich ja so an die DDR als das „bessere Deutschland“ gewöhnt.

Diejenigen, die vor triumphierendem Stolz auf das westliche System warnten, waren die gleichen, die den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik für fatal hielten. Die anderen wussten schon früh, wie nützlich es sein könnte, die Deutschen sich nicht allzu sehr freuen zu lassen, denn schlechtes Gewissen erzeugt Steuerbereitschaft.

Das Selbstbild der Deutschen ähnelt heute in vielem dem Zerrbild, das in der verflornten DDR von Westdeutschland entworfen worden war: Sie empfinden ihr Land als eines der sozialen Kälte, denken antikapitalistisch und antiamerikanisch und ziehen die Gleichheit der Freiheit vor.

Hätte Angela Merkel einen Auftrag der untergegangenen SED zu erfüllen gehabt, wäre sie gewiss des höchsten DDR-Ordens gewiss: Soll erfüllt. Aber das brauchte sie gar nicht. Sie hatte und sie hat jede Menge willige Vollstrecker.

Was Europa betrifft: Deutschland ist das einzige Land, dessen Bewohner sich wünschen, in einem vereinten Europa auf- und zur Not auch unterzugehen. [...]

In Deutschland ist man gleicher als gleich. Alle sollen nicht nur zum gleichen Zeitpunkt von der Startlinie loslaufen können, sie sollen auch alle gleichzeitig im Ziel ankommen. Hier gibt es auch keine Rassen mehr, wie man es von Tieren bspw. kennt. Im Tierreich gibt es verschiedene Hunderassen: Ein Labrador sieht anders aus als ein Dackel. In Deutschland aber gibt es keine Deutschen und Ausländer mit anderen Ethnien mehr; es gibt nur noch Menschen – egal ob schwarz oder weiß, slawisch, türkisch, südländisch, asiatisch – das ist hier alles das gleiche, denn wer etwas anderes behauptet und Unterschiede sieht und bemerkt, dass sich all diese Menschen kulturell unterscheiden, der ist ein Rassist. Der Spatz ist rassistisch, weil er sich nur mit anderen Spatzen paaren will und nicht mit Amseln oder Papageien.

Wenn alle Menschen sich miteinander bunt vermischen, wird das die Unterschiede zwischen den Völkern auflösen und danach werden alle Menschen wirklich gleich aussehen. Dann wird es nur noch eine gleiche Kultur geben und nur noch eine richtige Art und Weise wie man denken soll: Von der Vielfalt der Kulturen und Völker zur Einfalt. Dieses Land ist schizophran, zumindest in der Bildung: Alle Schüler sollen individuell gefördert werden und sich nach ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten voll entfalten können, dann aber schreibt jeder die gleiche Klassenarbeit, jeder muss das gleiche wissen, muss sich das gleiche reinziehen, ob es den Einzelnen interessiert oder nicht.

Individuelle Begabungen spielen bei der Bewerbung an der Uni keine Rolle, sondern nur der Numerus Clausus. Warum werden musikalisch Begabte oder sportlich Begabte mit Chemie oder Mathe gequält? Warum quält man Kinder mit Gedichtanalysen und lässt ihnen kaum Freiraum für eigene, kreative Gedanken? Warum müssen alle das gleiche wiederholen können, was eine Lehrkraft vorgibt? Das sind keine Bildungsanstalten sondern Werkzeuge, um die Jugend zu indoktrinieren.

Insbesondere der Schuld-Kult spielt hier eine wichtige Rolle: Die Erbschuld durch Geburt Nazi zu sein und durch jeden freien Atemzug oder jede Autofahrt den Planeten durch den angeblichen menschengemachten Klimawandel in den Abgrund zu stürzen. Das traumatisiert Kinder!

Die, die bspw. die Gefahren des Klimawandels propagieren und andere dazu drängen wollen, jetzt möglichst schnell zu handeln, kaufen sich selbst Millionenvillen an der Küste. Ich dachte, der Meeresspiegel soll doch angeblich so rasant steigen?!

Wenn man eine Sprudelflasche erhitzt, entweicht die Kohlensäure als CO₂ in der Luft: Ein Schelm, wer denkt, dass Politiker Ursache und Wirkung für den Klimawandel vertauschen. 70% der Erdoberfläche bestehen aus Wasser. Erwärmt sich das Wasser, steigt auch damit automatisch das CO₂. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass im gesamten geschichtlichen Verlauf immer zuerst die Temperatur anstieg und danach zeitversetzt das CO₂! Ist das nicht bemerkenswert?! Bald haben wir nur noch

Einfalt, Gleichschaltung und Rechtsbankrott zur totalen Unterwerfung

Mutti hat mehr als genug offen bekundet, dass es ihren Allerwertesten peripher tangiert, was das Volk von ihr denkt oder zu sagen hat. So geht Kommunismus heute. Das Beste aus Mussolinis Faschismus, Stalins und Chinas Kommunismus sowie Hitlers Nationalsozialismus. Das ist die Welt, in der wir heute leben. Prost Mahlzeit!

Eine Hochfinanz der Privatbanken, Interessenverbände der Wirtschaftselite und die von ihnen eingesetzten Marionetten in den Regierungen gängeln und unterdrücken in jedem Land die dortige Bevölkerung. Wann ist endlich Schluss damit?

Ich widerspreche dem Autor. Wir leben nicht in einer DDR light, sondern in einer DDR Plus oder Nachahmung Chinas – China made in Germany. Die heutigen Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten via Smartphones, über Heimwanzen wie Alexa durch die Antiterror-, Antihetz- und Zensurgesetze ist heute möglich, was sich keiner in DDR zu träumen gewagt hätte. Seit Corona ist auch wieder in Ordnung, andere zu melden (denunzieren klingt so böse), immerhin zeigt man sich damit solidarisch und hilft, die unsichtbare Gefahr einzudämmen und zu bekämpfen. Im Endeffekt ist es aber auch scheißegal, wie man die Regierungsform nennt.

Es ist überall das Gleiche: Die Reichsten der Reichen regieren und dominieren mit ihrem Geld den Rest der Weltbevölkerung und wir alle nehmen das einfach so achsel-zuckend als gottgegeben hin. Wenn sich an der tiefkomatösen Haltung der Massen nichts ändert, sind wir für alle Ewigkeit gefickt! Sofern die Entwicklung von K.I.s noch weiter voranschreitet, werden die Eliten das gesamte

Internet kontrollieren können und durch Löschung oder Umschreiben wie in Orwells Roman die Vergangenheit um-schreiben können, die Gegenwart und Zukunft beherrschen. Macht endlich euren Mund auf! Wenn ihr es nicht für euch tut, tut es wenigstens für eure Kinder.

Die Kontrolle von „Links“ und „Rechts“ durch Skull & Bones

Ich beziehe mich im Folgenden auf einen Ausschnitt aus dem Buch *America's Secret Establishment: An Introduction to the Order of Skull & Bones* von Antony C Sutton aus dem Jahre 1984:

Rechts und Links

Für Hegelianer (Hegel-Anhänger) ist der Staat als Instrument der Kontrolle allmächtig und wird als „der Marsch Gottes auf Erden“ angesehen. In der Tat, eine Staatsreligion. Der Fortschritt im hegelianischen Staat erfolgt durch einen erfundenen Konflikt: Das Aufeinandertreffen der Gegensätze führt zum Fortschritt. Wenn man die Gegensätze kontrollieren kann, beherrscht man auch, was als Ergebnis herauskommen soll. Wir gehen dem außergewöhnlichen Einfluss von Skull and Bones nach in einem großen Hegelschen Konflikt: Nazismus vs. Kommunismus. Die Mitglieder von Skull and Bones hatten die höchsten Stellen inne, die die Entscheidungen trafen – Bush, Harriman, Stimson, Lovett usw. – allesamt Bonesmen, die den Konflikt entscheidend lenkten durch den Gebrauch von „rechts“ und „links“. Sie finanzierten und förderten das Wachstum beider Philosophien und kontrollierten das Ergebnis in erheblichem Maße. Unterstützt wurde dies durch die „reduktionistische“ Spaltung in der Wissenschaft, das Gegenteil der historischen „Ganzheitlichen Sicht“. Durch die Aufspaltung der Wissenschaft und des Lernens in immer kleinere Segmente wurde es einfacher, das Ganze durch seine Teile zu kontrollieren. Im Bildungsbereich wurde das Dewey-System von Skull and Bones Mitgliedern eingeführt und geworben/vorangetrieben.

Dewey war ein glühender Verfechter eines politischen Systems, in dem der Staat eine wesentliche zentralisierte Kontrolle über soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten hat¹⁸⁷, sowie ein Anhänger der hegelianischen Idee, dass das Kind existiert, um dafür ausgebildet zu werden, dem Staat zu dienen. Dies erfordert die Unterdrückung individualistischer Tendenzen und eine sorgfältige, häppchenweise Fütterung mit bewährtem Wissen. Diese „Verdummung“ der amerikanischen Bildung ist nicht leicht zu erkennen, es sei denn, man hat sowohl an ausländischen als auch inländischen US-Universitäten studiert – dann wird der Kontrast kristallklar. Diese „Verdummung“ findet jetzt Beachtung. Zwei ausgezeichnete Bücher sind *The Deliberate Dumbing Down of America* von Charlotte Thomson Iserbyt [...] Beide Bücher führen diesen Prozess auf die Auswirkungen der Bildung zurück, und beide geben bemerkenswerte Details des Prozesses wieder. [...] Für Iserbyt beginnt das amerikanische Bildungssystem in „Die absichtliche Verdummung Amerikas“ mit Rockefeller und Gates. Tatsächlich aber ist dieses statistische System ein Spiegelbild der

¹⁸⁷ oder kurz: ein Statist

hegelianischen Ideen, die von der „Troika“ Skull and Bones von Gilman, White und Dwight in die Vereinigten Staaten gebracht und dann von Rockefeller finanziert wurden.

Eine der ersten Dinge, die aus allen Lehrplänen der Welt entfernt wurden, war die Heilkunde. Wissen über Heilpflanzen, mit denen man sich bei körperlichen und oder psychischen Beschwerden selbst medizinisch behandeln kann. Ein Grund ist sicherlich die milliardenschwere Ölindustrie, die hinter Rockefeller steckte. Natürliche Heilmittel können nicht patentiert werden, auf Ölbasis entwickelte Medikamente hingegen schon. Die Pharmaindustrie ist zur mächtigsten Lobby der Welt geworden und deswegen wird altes Wissen über Kräuter als Quacksalberei abgestempelt und von der Schulmedizin verteufelt. Rockefeller, der durch Öl reichgeworden war, ließ zu diesem Zweck weltweit alle Lehrpläne umschreiben. Und auch davor hat man Menschen, die umfangreiches Wissen über die Natur hatten, als Hexen bezeichnet und auf Scheiterhaufen elendig verbrannt. In unserem jetzigen System wird echtes Wissen mit allen Mitteln unterdrückt und zensiert. (Doch auch die Herrscher von heute haben nicht begriffen, dass es unmöglich ist, die Wahrheit und Wissen weltweit zu zensieren; das Internet vergisst nie und wird ihnen das Genick brechen!) Die Idee „von oben betrachtet“ ist es, einen Konflikt zu schüren bzw. ein Problem zu erschaffen, beide oder mehrere Seiten dieses Konflikts gegeneinander aufzuhetzen und zu unterstützen und am Ende die gewünschte Lösung anzubieten, die man sich vorher schon überlegt hatte. Unter dieser Sichtweise war der Völkerbund das erwünschte Ergebnis des Ersten Weltkriegs als Vorstufe zur UNO und diese wiederum das gewünschte Ergebnis bzw. die Lösung des Zweiten Weltkriegs.

Auch ein interessanter Artikel auf hierzu auf Englisch, lesenswert!

Der Zionismus der Rothschilds – die Götter des Geldes und des Krieges

<https://humansarefree.com/2016/02/rothschild-zionism-the-gods-of-money-and-war.html>

<https://web.archive.org/web/20200921072535/https://humansarefree.com/2016/02/rothschild-zionism-the-gods-of-money-and-war.html>

„Ich habe hier ein Problem mit Massenmördern wie der Familie Rothschild, deren Behauptung, jüdisch zu sein, eine Beleidigung für alle Juden ist. Wie können sie behaupten, sich um das jüdische Volk zu sorgen, wenn sie direkt für die Verfolgung der Juden in Nazideutschland verantwortlich waren?“

Ihre Familie verhalf Hitler durch ihre Gelder an die Macht, bewaffnete Deutschland und erlaubte dem Naziregime, Millionen von Juden auf abscheuliche Weise zu töten. [...]

Es waren die Rothschilds, die den Zionismus zu einer weltweiten politischen Bewegung machten, und um die Opposition zu unterdrücken, führten sie erfolgreich das ein, was sie als "Antisemitismus" kennzeichneten.

Sag irgendwas, was ihrer Meinung nach nicht über Israel gesagt werden darf, wie Israel mit den Palästinensern umgeht, oder sag etwas über den Zionismus und seine Verfälschung des Judentums, und peng, bist du antisemitisch.

Was wir weiterhin sehen werden, ist Propaganda in den Nachrichten und Zeitungen, die auf schärfere Gesetze gegen Antisemitismus drängen. Nochmal, ich dulde keinen echten Rassismus, aber es besteht ein Unterschied zwischen dem, was Antisemitismus ist, und dem, was sie mit Antisemitismus verwechseln, obwohl dies natürlich kein Zufall ist...

Mit der Politik eines anderen Landes nicht einverstanden zu sein, macht dich nicht antisemitisch.

Wenn du nicht einverstanden bist, wie die Israelis die Palästinenser behandeln, macht dich das nicht zu einem Antisemiten.

Wenn du nicht einverstanden bist mit den Hunderten von Millionen von Menschen, die im Namen des politischen Zionismus durch Völkermord, Kriege, finanzielle Manipulation und Korruption der Regierung ums Leben kamen, macht Sie das nicht zu einem Antisemiten.

Orthodoxe Juden behaupten, dass der Zionismus die Lehren der Thora missbraucht. Viele Nicht-Juden wie auch Juden unterstützen weder den Zionismus, seinen Missbrauch der jüdischen Religion noch die Behandlung des palästinensischen Volkes durch die Israelis. Aber auch hier erhalten diese Menschen kaum oder gar keine Medienberichterstattung (Rothschild/zionistisch kontrolliert), werden von der Polizei zum Schweigen gebracht (von Rothschild/Zionisten kontrolliert), und würdest du es glauben, dass sie auch von Organisationen wie der Anti-Defamation-Liga (ADL - von Rothschild/Zionisten gegründet und kontrolliert) als 'antisemitisch' gebrandmarkt werden, wenn sie im Namen ihrer eigenen Religion protestieren? [...]"



Der berühmte Nathan Mayer Rothschild sagte im gleichen Sentiment 1815:

"ES IST MIR EGAL, WELCHE MARIONETTE AUF DEN THRON ENGLANDS GESETZT WIRD, UM DAS IMPERIUM ZU REGIEREN, IN DEM DIE SONNE NIEMALS UNTERGEHT. DER MANN, DER DIE GELDVERSORGUNG GROßBRITANNIENS KONTROLLIERT, KONTROLLIERT DAS BRITISCHE EMPIRE, UND ICH KONTROLLIERE DIE BRITISCHE GELDVERSORGUNG."

Hegels Philosophie

Hegel hat versucht, Gegensätze in umfassenderen Zusammenhängen zu denken und sich nicht nur auf eine Seite zu beschränken. Diese Methode ist der Versuch, Gegensätze auf eine Art und Weise zusammen zu denken, dass Differenzierungen, die durch Gegensätze entstehen, aufrechterhalten bleiben.

„Hegels Schrift gilt als schwer zugänglich. Auch deshalb wird seine Theorie bis heute äußerst unterschiedlich interpretiert. Einig ist man sich aber darin, dass Hegel der erste Philosoph war, der die Dimension der Veränderung, des "Werdens", in seiner ganzen Tragweite erkannt und bearbeitet hat.

Hegel geht davon aus, dass einfach alles auf der Welt in ständiger Bewegung ist: das Leben jedes einzelnen, die Natur, die Geschichte, die Gesellschaft. Dabei unterliegt jede Epoche einem bestimmten "Zeitgeist": Eine historische Epoche reiht sich nicht willkürlich an die nächste, sondern folgt einem logischen Bewegungsprinzip.

Die Welt in ständiger Veränderung

Hegel verwendet dafür als Metapher das Wachsen einer Pflanze: Auch hier gehorchen die Reifephase einem inneren Prinzip. Für Hegel folgt die Geschichte einer vorgegebenen Logik, in der es immer wieder zu historischen Widersprüchen und Umwälzungen kommt. Es sind dialektische Veränderungsprozesse, die die Menschheit und damit die Geschichte jedes Mal ein Stück weiterbringen, davon war Hegel überzeugt.

Seine Theorie des Werdens wandte Hegel auch auf Gott an, was ihm vor allem in der katholischen Kirche wenig Sympathie einbrachte. Denn Hegel war der Auffassung, dass Gott als Entität nicht immer schon a priori einfach da gewesen sei, sondern erst im Laufe der Weltgeschichte zu dem wurde, was er nun ist: ein "Weltgeist", der die Summe aller Epochen in sich vereint. [...]

Von eher linksgerichteten Denkern wurde Hegels Philosophie später als Ausgangspunkt für den dialektischen Materialismus gesehen. Er übte maßgeblichen Einfluss auf Karl Marx und Friedrich Engels aus, die Hegels Geistphilosophie zu einer Theorie des Klassenkampfes weiterentwickelten. Für Hegel selbst war mit dem aufgeklärten Absolutismus seiner Zeit das krönende Ende der Veränderungen erreicht – er sah ein Höchstmaß an Freiheit im preußischen Staat verwirklicht. ¹⁸⁸

Der folgende gekürzte Text über Hegel gewährt uns ebenfalls einen besseren Einblick, was einen Geheimbund wie Skull and Bones an Hegel begeistert haben mag.

Von den großen Vertretern der klassischen Philosophie in Deutschland hatte keiner auch nur einen ähnlichen Einfluss auf die Zeitgenossen wie [Hegel]. [...] Seine Gedanken beeinflussten nicht nur die große Mehrheit der besten Köpfe Deutschlands, sie drangen auch weit über die deutschen Grenzen hinaus und fanden in Russland, Frankreich, England, Belgien, Dänemark und Italien einen deutlichen Widerhall. Es fällt uns heute nicht leicht, jene mächtige Ideenausstrahlung auch nur einigermaßen richtig einzuschätzen: Noch seltsamer mutet es an,

¹⁸⁸ <https://www.dw.com/de/hegel-weltgeist/a-54688328>

dass Hegels Einfluss sich auf Menschen aller politischen und sozialen Richtungen erstrecken konnte: Eingefleischte Reaktionäre und zukunfts Schwangere Revolutionäre, Konservative und Liberale, Absolutisten und Demokraten, Monarchisten und Republikaner [...]

Fast alle Pioniere des Sozialismus in Deutschland, Grün, Heß, Marx, Engels, Lassalle sind bei Hegel in die Schule gegangen [...] Bei den meisten lässt sich diese verblüffende Wirkung weniger auf den Inhalt der Ideen Hegels zurückführen; es war die seltsame dialektische Art seines Denkens, die sie gefangen nahm und faszinierte. Hegel setzte den starren Begriffen seiner Vorgänger Kant und Fichte die Idee eines ewigen Werdens entgegen, wobei es ihm weniger darauf ankam, die Dinge an sich zu erfassen, als vielmehr ihren Beziehungen zu anderen Erscheinungen nachzugehen. Er hatte die These des alten Weisen Heraklit vom ewigen Fluss der Dinge in seiner Weise gedeutet und einen inneren Zusammenhang der Erscheinungen angenommen, der sich dadurch kundgibt, dass jede von ihnen ihren Gegensatz in sich trägt, der sich mit innerer Notwendigkeit auswirken muss, um einer neuen Erscheinung Platz zu machen, die in ihrer Art vollkommener ist als die beiden ersten Formen dieses Werdens. Hegel nannte das die These, die Antithese und die Synthese. Aber da bei ihm jede Synthese wieder zur These eines neuen Vorgangs wird, so entsteht sowohl in der Natur als auch in der Geschichte eine ununterbrochene Kette, deren einzelne Glieder fest ineinandergreifen nach einem ewigen göttlichen Plan. „Gott regiert die Welt, der Inhalt seiner Regierung, die Vollführung seines Planes, ist die Weltgeschichte. Diesen will die Philosophie erfassen; denn nur was aus ihm vollführt ist, hat Wirklichkeit, was ihm nicht gemäß ist, ist faule Existenz. Vor dem reinen Licht dieser göttlichen Idee, die kein bloßes Ideal ist, verschwindet der Schein, als ob die Welt ein verrücktes, törichtes Geschehen sei. Die Philosophie will den Inhalt, die Wirklichkeit der göttlichen Idee erkennen und die schmähliche Wirklichkeit rechtfertigen. [...]

Kein ernsthafter Forscher aber ist bisher auf die tolle Idee verfallen, sich diesen Vorgang der Entwicklung in dem ausgeklügelten Sinne Hegels vorzustellen, das heißt als ewige Wiederholung desselben dreigliedrigen Schemas, demzufolge die erste Form mit unerbittlicher Notwendigkeit stets in ihr Gegenteil umschlagen muss, damit der allgemeine Prozess seinen Fortgang nehmen kann. Dieser ausgetüftelte Gedanke, der nur mit These und Antithese zu arbeiten weiß, hat nicht nur keinerlei Beziehungen mit den wirklichen Erscheinungen des Lebens, er steht auch im schreiendsten Widerspruch mit der eigentlichen Entwicklungsidee, die auf der Vorstellung eines organischen Werdens fußt und schon aus diesem Grunde die bloße Möglichkeit, dass eine Art in ihr Gegenteil umschlagen könnte, als müßige Spekulation einer verstiegenen Phantasie verwerfen muss. [...]

Hegel beglückte jedes Volk, das im Laufe des Geschehens eine weltgeschichtliche Rolle spielte, mit einem besonderen Geiste, dessen Aufgabe es war, den Plan Gottes zur Ausführung zu bringen. Jeder „Volksgeist“ aber ist selbst nur „ein Individuum im Gange der Weltgeschichte“, deren höherem Zweck es dienen muss. „Denn die Weltgeschichte ist die Darstellung des göttlichen absoluten Prozesses des Geistes in seinen höchsten Gestalten, dieses Stufenganges, wodurch er seine Wahrheit, das Selbstbewusstsein über sich erlangt. Die Gestaltungen dieser Stufen sind die welthistorischen Volksgeister, die Bestimmtheit ihres sittlichen Lebens, ihrer Verfassung, ihrer Kunst, Religion und Wissenschaft. [...] Für den Menschen bleibt in dieser Geisterwelt wenig Raum. Er besteht nur insofern, als er irgendeinem Kollektivgeist als Ausdrucksmittel dient. [...] Da nun Hegel die Ansicht vertrat, dass in jedem Volke, in dem der

„Weltgeist“ sich ein Werkzeug zur Ausführung seiner geheimnisvollen Pläne geschaffen hat, ein besonderer Geist lebe, der es für seine vorgedachte Aufgabe erst befähigt, so folgt daraus, dass jedes dieser Völker mit einer besonderen „historischen Mission“ betraut ist die jede Äußerung seiner geschichtlichen Betätigung im voraus bestimmt. Diese Mission ist sein Schicksal, seine Bestimmung, die nur ihm und keinem anderen Volke vorbehalten ist und die es aus eigener Kraft nicht zu ändern vermag. [...]

Damit wurde Hegel zum eigentlichen Schöpfer jener blinden Schicksalstheorie, deren Träger in jedem Vorgang der Geschichte eine „historische Notwendigkeit“, in jedem Ziel, das Menschen erdacht und erstrebt haben, eine „geschichtliche Mission“ erblicken. In dieser Hinsicht ist Hegel noch immer modern, spricht man doch heute [1931] noch mit vollem Ernst von der historischen Sendung einer Rasse, einer Nation oder einer Klasse, ohne dass die meisten auch nur ahnen, dass jede dieser fatalistischen Vorstellungen, die so lähmend auf das Tun der Menschen wirken, in Hegels Denkmethode wurzelt. Und doch ist es nur ein blinder Glaube, der hier zum Ausdruck kommt, der keinerlei Beziehung zu der Wirklichkeit des Lebens hat und dessen Folgerungen durch nichts zu beweisen sind.

Kant hatte die unbedingte Unterwerfung des Untertanen unter die Staatsgewalt zu einem Prinzip der gesellschaftlichen Moral erhoben und jede Auflehnung gegen die Regierung und ihre Vertreter als todeswürdiges Verbrechen verdammt. Fichte hatte alles Recht vom Staate abgeleitet, er wollte die ganze Jugend dem Staate ausliefern, auf dass es den Deutschen endlich vergönnt sei, „Deutsche im wahren Sinne, nämlich Staatsbürger zu sein“. Hegel aber hat den Staat als Selbstzweck gefeiert, als „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“, als „den Gott auf Erden“. Niemand hat mit dem Staat einen solchen Kultus getrieben, niemand den Geist der freiwilligen Knechtschaft so tief in den Vorstellungen der Menschen verankert wie er. Er hat die Staatsgesinnung zu einem religiösen Prinzip erhoben und die Offenbarungen des Neuen Testaments mit den in Paragraphen gebannten Rechtsbegriffen des Staates in eine Linie gestellt; „denn es wird nun gewusst dass das Sittliche und Rechte im Staate auch das Göttliche und das Gebot Gottes sind, und dass es dem Inhalt nach kein Höheres und Heiligeres gibt. [...]

Das Recht des Staates wird zur göttlichen Offenbarung, der Staat selbst zum Gott. – Hegel hatte die Bedeutung dieses Vorgangs bis ins Tiefste erfasst; doch er beklagte ihn nicht; sein Auge war blind für die Tragödie des Menschen, er sah nur den Triumph des neuen Gottes, der aus dem Blute des Volkes erstanden war. „Es ist der Gang Gottes in der Welt, dass der Staat ist, sein Grund ist die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft. Bei der Idee des Staates muss man nicht besondere Staaten vor Augen haben, nicht besondere Institutionen, man muss vielmehr die Idee, diesen wirklichen Gott, für sich betrachten.“ [...]

Der mittelalterliche Mensch hatte den Staat in seinem eigentlichen Sinne noch nicht kennen gelernt. Der Gedanke einer zentralen Macht, die jede soziale Lebensbetätigung in bestimmte Formen zwingt und den Menschen von der Wiege bis zum Grabe am Gängelbände einer hohen Obrigkeit lenkt und leitet, war ihm fremd, in seinem Leben spielte der Brauch und das natürliche Übereinkommen mit seinesgleichen die wichtigste Rolle. Seine Auffassung vom Recht stützte sich auf die Gewohnheit, die ihm durch die Überlieferung übermittelt wurde. Sein religiöses Gemüt erkannte die Unvollkommenheit aller menschlichen Satzungen; deshalb war er leichter geneigt, in allen Dingen selber Rat zu schaffen und die Beziehungen mit seinen Mitmenschen so zu gestalten, wie es seinen augenblicklichen Bedürfnissen und den alten Grundsätzen der Gegenseitigkeit entsprach.

[...] Jedes freiheitliche Empfinden war ihm vollständig fremd, denn es passte nicht in den engen Rahmen seiner fatalistischen Vorstellungsweise. Er war ein starrer Befürworter des Autoritätsprinzips, schlimmer noch als de Maistre und Bonald, denn er machte eine politische Maschine, die mit fühllosen Armen die Menschen zermalmt und sich von ihrem Schweiß und Blute nährt, zum Gefäß aller Sittlichkeit. Er ist es gewesen, der den Staat, mit dem man sich früher wie mit einem „notwendigen Übel“ abfinden zu müssen glaubte, auf das Piedestal einer Gottheit erhoben hat. Dies ist sein Werk vor der Geschichte.“

Aus: Rudolf Rocker, **Aufsatzsammlung**, Bd.1, 1919-1933, Verlag Freie Gesellschaft 1980.¹⁸⁹

Besonders bitter urteilte Schopenhauer über Hegel. In seinen *Parerga und Paralipomena* nennt er ihn einen „geist- und geschmacklosen Scharlatan“. – „Eine Kunst hat dieser Hegel wirklich verstanden, nämlich die, die Deutschen bei der Nase zu führen. Das ist aber keine große.“ Und an einer anderen Stelle: „Wenn man einen Jüngling absichtlich verdummen und zu allem Denken völlig unfähig machen will, so gibt es kein probateres Mittel als das fleißige Studium Hegel’scher Originalwerke.“¹⁹⁰

Bedenke, dass dieser lange Aufsatz von einem Anarchisten verfasst wurde, nachzulesen auf einer Webseite für Marxisten. Urteile am besten selbst und mache dir ein eigenes Bild von Hegel, indem du dir Originaltexte von ihm anschaust oder dich noch nach weiteren Einschätzungen umschaust.

In einem Beitrag des ZDF heißt es bspw. konträr über Hegel:

„Wer sich auf die Spuren des großen Philosophen Hegel begibt, den erwartet eine Welt, in der die Freiheit über allem steht. [...]

Nur wer sich selbst als Teil eines großen Ganzen erkennt, der kann wirklich frei sein. Hegel nennt das „bei sich selbst sein im anderen“ [...]

„Bei Freundschaft leuchtet das leicht ein. Bei größeren Gemeinschaften ist das so, dass der Einzelne sich dort anerkannt fühlt und in der Gemeinschaft auch seine individuelle Freiheit respektiert und garantiert wird.“

Individuelle Freiheit lässt sich ohne die Freiheit aller nicht denken. [...] Hegel sieht in ihr [der franz. Revolution] den Sonnenaufgang der Vernunft. Denn mit dem Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird aus der Freiheit einiger die Freiheit aller. Für Hegel bedeutet das, das Ende der Geschichte.

„Das ist für Hegel nicht überbietbar. Was will man noch mehr als die Freiheit aller Menschen? Insofern Ende, aber nicht Tod der Geschichte. Jetzt beginnt die Möglichkeit freier Existenz der Menschen. Was jetzt noch zu tun ist, ist den Gedanken der Freiheit, wie Hegel das so schön sagt, in die Köpfe hinein zu bilden und in die Welt hinaus zu bilden“

¹⁸⁹ <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/rocker/1931/xx/hegel.htm>

¹⁹⁰ vgl. ebd.

Freiheit ist für Hegel der wichtigste Motor der Weltgeschichte, die Dialektik ihr Treibstoff. Die Menschheit taumelt von einem Extrem ins Nächste. Zu Hegels Lebzeiten folgt auf die Französische Revolution das Schreckensregime von Robespierre, und daraufhin Kaiser Napoleon, der die Ideale der Revolution in ein Rechtssystem überführt. Der „Weltgeist der Vernunft“ setzt sich gerade durch Gegensätze langfristig durch. [...]

„Er ist kein blauäugiger Optimist. Er ist der Meinung, dass der Sachverhalt der Freiheit oder des Frei seins das innerste des Menschen ausmacht und dass damit eine Chance besteht, der Realisierung dieses freien, dieses menschlichen. Aber das ist kein Automatismus. Das ist kein Schicksal, was da eintritt. Gerade in der modernen Zeit liegt es in der Hand des Menschen, dies zu gestalten oder zu verfehlen.“¹⁹¹

Sozialismus schien er aber groß zu schreiben. Denn an einer Stelle des Beitrags heißt es:

„Hegel: Vordenker eines Rechtsstaats, der die soziale und ökologische Fürsorge in den Mittelpunkt rückt. Denn nur dadurch lässt sich die Freiheit für künftige Generationen garantieren. **So fordert Hegel, sämtliche Bereiche, die für das Allgemeinwohl Bedeutung haben, der privaten Hand zu entziehen** [hier werden Teufelshände im Video gezeigt], **egal ob Wasser oder Bildung.** Für Hegel ist die bürgerliche Gesellschaft alternativlos. Doch er weiß auch um deren Abgründe, denn die Möglichkeiten an Erwerbsarbeit und Vermögen teilzuhaben sind letztlich willkürlich verteilt. [Achtung: Subtile Propaganda!] Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hält er für das größte ungelöste Problem der modernen Welt.“

¹⁹¹<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/hegel-geburtstag-freiheit-100.html>
Der Philosoph Klaus Vieweg kommentierte in diesem Bericht.

Der Schuld kult - schon früh gesät

„MEINE LIEBEN LANDSLEUTE, WARUM GIBT ES HIER KEINEN MANN, KEINE FRAU – ICH WILL AUCH SAGEN, KEIN KIND, DAS NICHT WÜSSTE, DASS DER URSPRUNG DES KRIEGES IN DER MODERNEN WELT IM INDUSTRIELLEN UND WIRTSCHAFTLICHEN KONKURRENZKAMPF LIEGT? [...] DIESER KRIEG [DER ERSTE WELTKRIEG] WAR VON ANFANG AN EIN HANDELS- UND INDUSTRIEKRIEG. ES IST KEIN POLITISCHER KRIEG GEWESEN.“

Woodrow Wilson, US-Präsident 1919

Nach landläufiger Meinung der Medien hat die böse deutsche Seele die ewige Erbsünde für die 12 braunen Jahre der NS-Zeit, die „besondere Vergangenheit“. Ich möchte hier kurz erläutern, wie der damalige Feind des Deutschen Reiches dachte und wie er sich gegenüber unseren Ahnen verhielt. Wo ist die „Erinnerungskultur“ für Churchills Millionenmorde? Die Welt ist nicht schwarz-weiß und wie du sehen wirst, trägt der Deutsche keineswegs „die Alleinschuld“ für die beiden Weltkriege. Aus der Vergangenheit lernen ist nur möglich, wenn man die Wahrheit kennt oder zumindest sie etwas differenzierter betrachtet als sie uns präsentiert wird.

Georges Clemenceau überreichte am 7. Mai 1919 den deutschen Abgesandten die Friedensbedingungen des Ersten Weltkriegs mit den Worten:

„Die Stunde hat geschlagen, da ihr eure Rechnung vollständig begleichen müsst.“

Der Deutsche Reichsaußenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau erwiderte:

*„Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier gegenübertritt. [...] Es wird von uns verlangt, dass wir uns als die Alleinschuldigen am Krieg bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. [...] die öffentliche Meinung in den Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Krieg begangen habe [...] Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. **Die Hundertausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November [1918] an der [See] Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen [...]**“¹⁹²*

Selbst „Der Spiegel“ berichtete 2017, dass die „üblichen Schwarz-Weiß-Darstellungen“ über deutsche Massaker im Ersten Weltkrieg unhaltbar seien: *„Die Deutschen hätten keineswegs aus dem Nichts gewütet, sondern als Reaktion auf völkerrechtswidrige Aktionen der Belgier: Als Zivilisten verkleidete Soldaten und einfache Bürger hätten einen völkerrechtswidrigen Freischärlerkrieg geführt [...]“*, zitiert der Spiegel eine Studie von Prof. Ulrich Keller.¹⁹³

¹⁹² Ulrich von Brockdorff-Rantzau in: Georg Usadel, *Zeitgeschichte in Wort und Bild: Vom Alten zum Neuen Reich*, Bd. 1: 1918-1920, Oldenburg, S.159f

¹⁹³ <https://www.spiegel.de/kultur/belgien-massaker-im-ersten-weltkrieg-studie-entlastet-deutsche-teilweise-a-35c2ebd6-f289-45b8-87b5-f1012a3f6200>

England sah sich durch die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches in seiner Vormachtstellung bedroht und arbeitete daher seit 1906 daran, dem Deutschen Reich den Ersten Weltkrieg aufzuzwingen. Nähere und sehr gut recherchierte Quellen findet ihr in Thorsten Schultes Buch „Fremdbestimmt: 120 Jahre Lügen und Täuschung“.

Im Februar 1913 wusste Churchill schon, dass es einen Krieg geben wird:

„Marineminister Winston Churchill ließ die Cunard-Herren wissen, die Stunde der Bewährung nahe heran; der Krieg gegen Deutschland sei sicher, spätestens im September 1914 werde er ausbrechen.“¹⁹⁴

Im gleichen Spiegel-Artikel von 1972 heißt es auch:

„Ein Täuschungsmanöver brachte Amerika in den Ersten Weltkrieg: Der Untergang des britischen Passagierschiffes „Lusitania“ war von Winston Churchill vorgeplant“

Und weiter:

„Wie kein anderes Ereignis im Ersten Weltkrieg brachte der Untergang der "Lusitania" die damals noch neutralen USA gegen Deutschland auf: Unter den 1198 Menschen, die dabei umgekommen waren, befanden sich 124 Amerikaner.

Der deutsche Admiralstab rechtfertigte die Tat mit der Behauptung, die "Lusitania" sei kein ziviles Handelsschiff, sondern ein Kriegsschiff gewesen; sie habe Geschütze an Bord geführt und Munition nach England bringen sollen. "Lusitania"-Kapitän William Turner widersprach heftig: "Der Dampfer war absolut unbewaffnet. Er trug keine Kriegsmunition." [...]

Das Geheimpapier aber, das Wilson inzwischen zugegangen war, enthüllte ihm, dass die Deutschen zutreffend argumentiert hatten. Denn es enthielt die Ladeliste der "Lusitania", der zu entnehmen war, dass der Ozeanriese große Mengen Kriegsgut an Bord geführt hatte: 1248 Kästen mit 7,5-Zentimeter-Granaten, 4927 Kisten mit Gewehrpatronen, 2000 Kisten mit weiterer Munition für Handfeuerwaffen. [...]

Die Legende von der unprovokierten Versenkung eines harmlosen Passagierdampfers nistete sich in angelsächsischen Geschichtsbüchern ein. So behauptete etwa die "Encyclopedia Americana", die "Lusitania" habe "keine Geschütze Explosivstoffe oder Granaten" besessen.“

Wie Schulte sagt, warnte das Deutsche Reich über 50-Mal mit Anzeigen in der New York Times die Amerikaner davor, mit der britischen Lusitania zu reisen, da sie Kriegsgewässer überquere und bewaffnet gegen deutsche U-Boote vorgegangen sei.

Sie verwendete eine US-Flagge als Kriegsliste. Die Torpedierung hatte die Hungerblockade zur Folge als auch das Einstellen des U-Bootkrieges von deutscher Seite aus bis 1917!

Es ging den Amis nicht um das Schiff, sondern um lukrative Kriegsgeschäfte, weshalb sie in den Krieg miteinsteigen wollten. Das Schiff war nur ein Vorwand.

Am 8. Juni 1913 war in der New York Times ein großer Beitrag zu Kaiser Wilhelm dem II. zu lesen. Die Überschrift: *„Kaiser, 25 Jahre Herrscher, gefeiert als Friedensstifter“*. Darin hieß es: *„Wenn der deutsche Kaiser nicht als Monarch geboren wäre, so hätte ihn jedes moderne Volk durch Volksabstimmung zum Monarchen oder Regierungschef gewählt.“*

¹⁹⁴ <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42787456.html>

Dieser Kaiser schrieb auch an den russischen Zaren, kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs:

„Ich bin es nicht, der die Verantwortung für die Katastrophe trägt, die nun die gesamte Zivilisation bedroht. Selbst in diesem Augenblick liegt der Entscheid, sie zu vermeiden, bei Ihnen. Niemand bedroht die Ehre und Macht Russlands. Die Freundschaft zu Ihnen und zu Ihrem Reich, die ich vom Totenbett meines Großvaters weitergeführt habe, war für mich stets vollkommen heilig.“

Churchill hingegen hatte eine völlig andere Gesinnung. Er plauderte 1934 mit dem ehemaligen Reichskanzler Brüning über das Weltgeschehen. Seine Erinnerungen hielt Brüning in seinem Tagebuch fest, in dem er Folgendes zu Churchill zu sagen hatte:

„Deutschland muss wieder besiegt werden, und dieses Mal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.“, sagte Churchill. Die Überlegenheit Europas gegen Deutschland sei im Jahr 1934 11:2. Er sei der Auffassung, dass die Welt ausschließlich von dem Kampf um die Vorherrschaft beherrscht werde; die Welt sei noch immer ein Schlachtfeld. Die Existenz Englands beruhe darauf, dass keine andere Nation zu stark werde.“

Weitere Rosinen von Winston Churchill:

„Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht!!“

Winston Churchill und andere Führer Großbritanniens ignorierten nicht nur alle deutschen Friedensbemühungen, sondern begannen auch, einen Krieg von beispielloser Gewalt zu führen. Am 3. Juli 1940 griff eine britische Flotte bei Oran in Südwestalgerien einen Großteil der französischen Flotte an und zerstörte sie, um zu verhindern, dass sie in deutsche Hände fiel. Die französische Marine versank auf den Meeresgrund, und mit ihr 1.297 französische Seeleute. Churchill und die britische Regierung schien es nicht zu stören, dass 1.297 Seeleute ihres französischen Verbündeten bei dem Angriff getötet wurden. Dieser Angriff der französischen Flotte verdeutlicht Churchills Entschlossenheit, den Kampf gegen Hitler "koste es, was es wolle" fortzusetzen.¹⁹⁵

Über Aufstände gegen die britische Herrschaft im Irak schrieb er: „Ich begreife nicht, warum man vor dem Einsatz von Gas zurückschreckt ... Ich bin sehr dafür, giftiges Gas gegen unzivilisierte Stämme zu verwenden, um ihnen einen gehörigen Schrecken einzujagen.“¹⁹⁶

Ziel der Hungerblockade gegen das Deutsche Reich sei es „die ganze Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder –, ob alt oder jung, ob verwundet oder gesund, auszuhungern, bis sie sich unterwirft.“

Rund 750.000 Menschen mussten deswegen im Deutschen Reich ihr Leben lassen.

Um es klarzustellen: Die Hungerblockade war ein Druckmittel gegen das Deutsche Reich, damit es den hochgradig ungerechten Versailler Vertrag unterzeichnet und die Alleinschuld für den Krieg auf sich nimmt. Ansonsten hätte man auch Millionen Deutsche ohne Wimpernzucken elendig den Hungertod sterben lassen.

¹⁹⁵ Fischer, Klaus P., *Hitler and America*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2011, S. 122-123.

¹⁹⁶ Schulte, *Fremdbestimmt*, S.34

„Die Luft eröffnete Wege, auf denen Tod und Terror weit hinter die Linien der eigentlichen Armeen getragen werden konnten, für Frauen, Kinder, Alte und Kranke, die in früheren Kämpfen zwangsläufig verschont geblieben wären [...] Hätten die Deutschen die Moral behalten, ihren Rückzug an den Rhein wettzumachen, wären sie im Sommer 1919 mit Streitkräften und Methoden angegriffen worden, die weitaus gewalttätiger gewesen wären als alle bisher eingesetzten. Tausende von Flugzeugen hätten ihre Städte in Schutt und Asche gebombt.“¹⁹⁷

Dieser Psychopath kommt im Geschichtsunterricht und Zeitungsberichten viel zu gut weg. Dieser Mann ordnete auch das Höllenfeuer auf Dresden an, obwohl es keinen militärischen Nutzen hatte. Er wollte Leid erzeugen und uns vernichten. Stattdessen berichtet die deutsche Presse immer lüstern davon, dass Hitler und Kaiser Wilhelm die Alleinschuldigen gewesen seien. Und auch die ganzen Geschichtslehrer an den Schulen scheinen es nicht besser zu wissen oder besser wissen zu wollen.

Seit mehr als 70 Jahren wird unser Volk mit Lügen indoktriniert. Die Wahrheit ist hässlich und wirft ein völlig anderes Licht auf die Geschehnisse der Vergangenheit.

Es ist auch Fakt, dass Polen Deutsche ermordet hatte, bevor Hitler in Polen einfiel. Das Saarland wurde im Sitzkrieg zuerst von den Franzosen besetzt, bevor Hitler über Frankreich herfiel, ebenfalls unerwähnt.

Die Wirtschaftsmacht Deutschland hat man durch die beiden Weltkriege in die Knie zwingen wollen, durch die Hungerblockade und durch die große Depression von 1929, durch die auferlegte Verschuldung von Versailles, die 300% des BIPs betraf. Durch die Schulden wurde dieses Land in die absolute Abhängigkeit getrieben. Und jetzt haben sie uns endlich unter feindliche Kontrolle gebracht. 70 Jahre Verdummung, Umerziehung und Besatzung durch die Alliierten haben bewirkt, dass sich der heutige Deutsche selbst hasst, dass er sich immer rechtfertigen muss und auch nichts sagen darf, weil er „die historische Bürde“ trägt. Die Unterzeichnung des unerträglichen Versailler Vertrags für das Deutsch Volk wurde durch die britische Hungerblockade erzwungen. Zu Zeiten des ersten Weltkriegs sagte der damalige franz. Premier Georges Clemenceau: „Es gibt 20 Millionen Deutsche zu viel!“¹⁹⁸

Das 1. Weltkriegsende fällt auf den 28. Juni 1919. Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages herrscht in Deutschland offiziell Frieden; diesem war die Waffenstillstandsvereinbarung durch den Zentrumsolitiker Matthias Erzberger vom 11. November 1918 in Compiègne vorangegangen (08. Januar 1918, 14-Punkte-(Friedens-)Programm des Präsident Woodrow Wilson).

Sollte der Versailler Vertrag ein Friedensvertrag für kriegführende Länder gewesen sein, dann hätte auch die USA diesen unterschreiben müssen!

Hans Peter Thietz

Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2 „Dokument“ zur Vorgeschichte des Krieges“. Dok. Nr. 2. Dok. Nr. 13. Am 17. Mai 1919 schrieb William Bullitt in seinem Brief an seinen Präsidenten: „Die ungerechten Beschlüsse der Versailler Konferenz über Shantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarland und die Aufgabe des Prinzips der Freiheit der Meere machen neue Konflikte sicher. ... Daher halte ich es für meine Pflicht der eigenen Regierung und dem eigenen Volk gegenüber zu

¹⁹⁷ Shall we all commit suicide (dt. Sollten wir alle Selbstmord begehen)

¹⁹⁸ http://johndclare.net/peace_treaties3.htm

raten, diesen ungerechten Vertrag weder zu unterschreiben noch zu ratifizieren. " Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben deshalb den Versailler-Vertrag nicht unterschrieben und stattdessen 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen.

Wenn nun der Versailler (Friedens)Vertrag ein nichtiges Diktat ist, dann gilt nur die Waffenstillstandsvereinbarung vom 11. November 1918! Die folgenden Artikel der HLKO¹⁹⁹ sind der Grund, warum niemand einen Friedensvertrag schließen möchte!

HLKO Fünftes Kapitel: Waffenstillstand Artikel 36: Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien.

HLKO Artikel 43: Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist (5. Juni 1945), hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, ...

Der Artikel 48 > Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war. <

sowie der Artikel 53 >Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen ... Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.<

Alleine durch die *Operation Paperclip* wurden so viele Patente gestohlen und wirtschaftlich ausgeschlachtet, das dies kein Land der Welt kompensieren kann. Da es nur einen Waffenstillstand gibt, herrscht seit dem 01.08.1914 das Kriegsrecht!

¹⁹⁹ *Haager Landkriegsordnung*

Woran ist das Kriegsrecht zu erkennen?

An der Goldborde ihrer Landesflaggen, welche gerade bei Themen des "Außen- oder Kriegsministeriums" zu sehen sind und damit anzeigen, dass alle Erklärungen nach den Gesetzen und Bedingungen des Kriegsrechts erfolgen (auch im EU Parlament; siehe US Gerichtssäle, die US Flaggensymbole bei US Polizei und Militär, ...).

Daher bin ich sicher, dass hier alles unter Kriegsrecht abläuft und der Bund benötigt für seine Existenz zwingend dieses Kriegsrecht. Daher finden wir in der UNO nach wie vor die Feinstaatenklausel – sobald ein Friedensvertrag besteht, erlischt unmittelbar die Bundesrepublik!



Die BRiD hat es dieses Jahr aber auch selbst zugegeben durch Überarbeitung ihres SGBs!

INTERNET ARCHIVE Wayback Machine <https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/neue-gesetze-soziales-entschaedigungsrecht.html> Go SEP 2019 OCT 2020 NOV 2021 12 captures 12 Oct 2020 - 13 Oct 2020

Themen Schwerpunkte Ministerium Service [Presse](#) EU-Ratspräsidentscha

**Neues SGB (2024)
für KÜNFTIGE
Opfer beider
Weltkriege !!!**

**Es wird mit massiven
Impfschäden und Toten
(auch durch Terror)
gerechnet.**

Insgesamt wird im SGB XIV ab dem 1. Januar 2024 die Lebenssituation von

- Gewaltopfern einschließlich Terroropfern,
- derzeitigen und künftigen Opfern von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege,
- Geschädigten durch Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes und
- durch Schutzimpfungen Geschädigten

sowie ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen deutlich verbessert.

Und was passiert mit den Feinstaaten?

Es dürfte der HLKO Artikel 53 greifen und damit zu vielen Staatsbankrotten führen!

Und als letzte Gräueltat des Zweiten Weltkrieges möchte ich die **Rheinwieslager** anführen, für die sich die Alliierten bis heute noch nicht entschuldigt haben!

Die Leichen der Verhungerten wurden täglich auf Karren, weit außerhalb der Lager in vorbereitete, lange Gruppen gekippt und in 5 Lagen und langen Reihen aufgeschichtet. Nach Verfüllung²⁰⁰ mit dem ausgebaggerten Erdreich erfolgte die Planierung der Massengräber.²⁰¹ Augenzeugen konnten berichten von den Umgekommenen auf Lastwagen, die zum Galgenberg bei Kreuznach oder nach Stromberg davonbrausten. Diese Bilder assoziiert man direkt mit den KZs in Deutschland, allerdings wurden nach Schätzungen von mehreren Tausend bis zu ca. 1,5 Millionen Deutsche in diesen Gefangenenlagern von Alliierten systematisch vernichtet, nicht nur deutsche Soldaten, sondern auch ihre Angehörigen, Angehörige des deutschen Volkssturms, Angehörige der HJ, des Bundes Deutscher Mädel des Reichsarbeitsdienstes der NSDAP und alle anderen verdächtigen Personen, zu denen perfiderweise auch Amputierte und anderweitig Kriegsgeschädigte zählten. Diese Rheinwiesenlager wurden 1945 errichtet und bis 1948 betrieben! Solche Gräueltaten bedeuten eigentlich einen eklatanten Bruch des Völkerrechts, der Haager Landkriegsordnung (HLKO) und der Genfer Konventionen, welche alle von den alliierten Staaten verbindlich unterschrieben wurden. In Art. 4 und 7 der HLKO heißt es bspw.

„Die Kriegsgefangenen unterstehen der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen oder der Abteilungen, die sie gefangen genommen haben. Sie sollen mit Menschlichkeit behandelt werden. Alles, was ihnen persönlich gehört, verbleibt ihr Eigentum mit Ausnahme von Waffen, Pferden, Schriftstücken militärischen Inhalts.“

„Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen. In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.“²⁰²

In der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) wird zugegeben, dass die Zustände dort katastrophal waren. Auf der Startseite werden jedoch in keinem einzigen Satz die geschätzten Todeszahlen beziffert, die diese Lager zu verantworten hatten.

„In den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs – im März, April und Mai 1945 – gerieten Millionen deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft. Die alliierten Streitkräfte waren auf eine solch große Zahl von Kriegsgefangenen in einer so kurzen Zeitspanne nicht ausreichend vorbereitet. Daher wurden die Soldaten sowie uniformierte oder verdächtige Zivilisten zunächst in provisorischen Lagern am Rhein – den sogenannten Rheinwiesenlagern – interniert.

Während es an Unterkünften, Nahrung und Medizin für alle Menschen in Deutschland mangelte, war auch das Leben der Kriegsgefangenen gekennzeichnet von Hunger, Krankheiten und völlig unzureichenden hygienischen Verhältnissen.“²⁰³

²⁰⁰ Zuschütten, mit Abraum füllen und dadurch verschließen (Bergmannssprache)

²⁰¹ Verdichtung der Erdoberfläche durch eine Planierwalze.

²⁰² <https://youtu.be/IoG33t4lqXs>

²⁰³ <http://rheinwiesen-lager.de/>

Unter Lagerbedingungen heißt es dort "offiziell":

„Die ankommenden Gefangenen im Lager waren schockiert über die Zustände. [...] die meisten Kriegs-

gefangenen mussten der Witterung ausgesetzt unter freiem Himmel campieren. Sie versuchten, sich notdürftig gegen Regen, Sonne und nächtliche Kälte zu schützen: Sie teilten sich die wenigen Decken und Mäntel, nutzten Pappe oder Holzbretter, wenn sie diese organisieren konnten, als Unterlage und viele von ihnen gruben sich verbotenerweise

Erdlöcher. Doch die vorhandenen Decken reichten nicht für alle und waren zudem schnell vom Dreck und Regen durchweicht. In vielen Berichten von ehemaligen Kriegsgefangenen heißt es, dass der Regen die Lager in ‚Schlammwüsten‘ verwandelt habe. Diese Bedingungen und das Fehlen von Toiletten und Abwasserkanälen – man konnte in den ersten Monaten lediglich Fäkaliengruben im Freien ausheben – förderten die Verbreitung von Krankheiten und im regnerisch-kühlen April 1945 auch von Erfrierungen. Besonders Infektionskrankheiten wie die Ruhr mit den typischen Durchfällen wurden für die Kranken zur Qual, weil es keine oder nur völlig unzureichende hygienische Einrichtungen und Waschmöglichkeiten gab. Häufig kam es zu Lungenentzündungen, Hungerödemen, Gliederschwellungen und extremen Schwächeanfällen. Gleichzeitig konnte keine umfassende medizinische Versorgung der durch den Krieg körperlich und seelisch geschwächten Soldaten gewährleistet werden, obgleich es in den Lagern notdürftig eingerichtete Lazarette gab. [...] Sie litten wegen der Enge unter Ängsten, Depressionen und Lagerkollern, verfielen Wahnvorstellungen, verzweifelten, wurden apathisch oder aggressiv. [...] Um der bedrückenden Situation zu entkommen, kam es vereinzelt zu Fluchtversuchen. Diese endeten zumeist tödlich, da die US-Armee den Befehl hatte, Flüchtige zu erschießen. Einige Gefangene begingen auch Selbstmord.“



Dem internationalen Roten Kreuz wurde dorthin der Zutritt verwehrt, mit der Bemerkung, dass es sich nicht um Kriegsgefangene handele, sondern um D.E.F. disarmed enemy forces, zu Deutsch „entwaffnete feindliche Streitkräfte“ handele. Durch diese neue Einteilung konnte man die dort internierten wie rechtloses Vieh behandeln.

Die Amerikaner seien „überrascht“ gewesen, wie viele Deutsche sich dort ansammelten. Mit einer solch einfachen Erklärung lässt sich das abartige, menschenverachtende Verhalten der Alliierten nicht entschuldigen!



Diese Handlung der Alliierten war ein Kriegsverbrechen und lässt sich auch nicht damit entschuldigen, dass sich die Wehrmacht in anderen Ländern auch danebenbenommen hätte.

Die Frage nach der genauen Anzahl an Todesopfern ist von unseren Behörden nicht

gewollt! Dieser Teil der Geschichte wird im Unterricht und in den Medien gerade **nicht** thematisiert. Da diese Orte unter Denkmalschutz stehen, dürfen dort auch keine Grabungen stattfinden und so lässt sich die genaue Todeszahl nicht ermitteln. Das ist die andere Seite der Medaille. Wir können vergeben, aber wir werden nicht vergessen! Wir erwarten eine Entschuldigung und sollten diese Entschuldigung einfordern. Wir haben jetzt lange genug ausgesüht und dieser geistesranke Selbsthass auf das eigene Volk muss ein Ende finden!



Wissen Sie eigentlich wie viele Deutsche insgesamt NACH DEM KRIEG zu Tode kamen?

Die Zahl, die Adenauer in seinen Memoiren nennt, ist hochbrisant. Da die gleiche Anzahl an ermordeten Juden uns immer angelastet wird, aber sich keiner für die ermordeten Deutschen schuldig fühlt. Noch schlimmer: Ihre Tode werden verschwiegen.

***Zitat Adenauers:** „Sechs Millionen Deutsche sind nach Kriegsende verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.“*

Lass uns noch tiefer graben!

Das Grauen nimmt immer schärfere Konturen an, wenn man sich noch tiefer mit dem Grundgesetz und der Wiedervereinigung beschäftigt: Zum Beispiel das Urteil, dass der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR vom Bundesverfassungsgericht schon 1991 für null und nichtig erklärt wurde.²⁰⁴

²⁰⁴https://web.archive.org/web/20141021212426/http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?start=//%5b@attr_id=%27bgbl191s1215b.pdf%27%5d

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 1991 – 1 BvR 1341/90 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

Das Gesetz vom 23. September 1990 zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18. September 1990 (Bundesgesetzbl. II Seite 885) ist insoweit mit Artikel 12 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 4 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig, als durch Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Absatz 2 Satz 2 und 5 sowie Absatz 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990 (Bundesgesetzbl. II Seite 889 [1140]) die Kündigungsvorschriften des Mutterschutzrechts durchbrochen werden.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Absatz 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 10. Mai 1991

Der Bundesminister der Justiz
Kinkel

²⁰⁵Bundesgesetzblatt Teil I

Was bedeutet dies?

Dem Volk wurde seit 1990 vorgegaukelt, dass es zwischen der BRD und der DDR eine Vereinigung gab. **Der Art. 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (a.F – alte Fassung) wurde lt. Einigungsvertrag am 23. 09. 1990 aufgehoben. Somit konnte auch keine DDR dem Grundgesetz der BRD gem. Artikel 23 zum 03. Oktober 1990 beitreten. Die in der Präambel aufgeführten neuen Länder sind erst am 14. Oktober 1990 gegründet worden.** Somit war auch ein Beitritt dieser Länder gemäß Art. 23 Grundgesetz (a.F.) nicht möglich.

Ein rechtswirksamer Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes hat daher bis zum heutigen Zeitpunkt nicht stattgefunden. Mehr noch: Das GG hat seinen Geltungsbereich vollständig verloren.

Somit erstrecken sich kein Grundgesetz und keine Gesetze einer Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der DDR/Mitteldeutschland und auch nicht mehr auf die vermeintliche BRD selbst. Daher sind Behörden einer vorgespielten BRD nicht befugt, Vorfälle, Ereignisse oder Gegebenheiten, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes stattfinden oder stattgefunden haben, zum Anlass und zum Gegenstand juristischen Handelns zu machen. Dies bedeutet eine Überschreitung der örtlichen Zuständigkeit und damit einen eklatanten Verstoß gegen Art 20 Abs. 3 des GG FÜR die BRiD.

²⁰⁵ Bundesgesetzblatt Teil I 1991 Nr. 34 vom 11.06.1991 - S. 1215 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 2 Abs. 1, 2, § 28 Abs. 1, 3, 4 des rheinlandpfälzischen Krankenhausreformgesetzes

Die Bürger der ehemaligen DDR und sogar alle Bürger der BRD sind somit nur noch vermeintliche Bundesbürger!

- Nur im Geltungsbereich darf das Recht der Bundesrepublik Deutschland angewendet werden, dies ergibt sich aus Artikel 20 Abs.3 GG (Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden)

- Allen vermeintlichen BRD-Behörden in Deutschland fehlt jegliche rechtsstaatliche Grundlage zum Handeln! Deswegen werden auch richterliche Befugnisse nicht mehr von Richtern unterschrieben, weil sie sich damit strafbar machen würden.

Somit kann vom Deutschen Volk auch keine Bundesregierung mehr gewählt werden!

Oder wie Colani so schön sagte: „**Der große Beschiss ist am Laufen!**“

Vor 10 Jahren hat sich der Staatsrechtler und ehemalige Bundesverteidigungsminister Prof. Rupert Scholz am 23.04.2010 öffentlich zum Zitiergebot wie folgt geäußert:

»Verstöße gegen das im Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG unverbrüchlich verankerte die Grundrechte garantierende Zitiergebot sind zwar nur ein Formfehler, aber mit gravierenden Folgen. Durch diesen wird jedes Gesetz ungültig. Der Gesetzgeber kann diesen Schaden nur durch eine neue Rechtsnorm heilen.«

Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Heintzen hat sich öffentlich zu diesem Thema wie folgt geäußert:

»Verletzt ein Gesetz ein Freiheitsgrundrecht, so folgt daraus die Nichtigkeit des Gesetzes, weil nur so der Grundrechtseingriff zu beheben ist. Die Rechtsfolge ist hier eindeutig.«

Bzgl. des sog. 2+4 Vertrags liegt hier eine Selbstermächtigung der Bundesrepublik vor - Selbstermächtigung, dass sie meint, für ein Deutschland Verträge zeichnen zu können (dürfen).

Nur das vereinte Deutschland kann einen 2+4 Vertrag ratifizieren! Im 2+4 Vertrag heißt es dort unter Artikel 7:

(1) Die Französische Republik, [...] und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und **Deutschland als Ganzes**. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Also nur das vereinte Deutschland verfügt über volle Souveränität.

Hierzu eine klare Aussage des Gesetzblattes der DDR vom 22.7.1990, publiziert 14.8.1990:

„**mit Wirkung vom 14.10.1990 werden die Länder gebildet**“, welche aber am 03.10.1990 der BRD beigetreten sind – nun die Gretchenfrage:

Wie kann am 3.10.1990 etwas beitreten was erst am 14.10.1990 beginnt zu existieren?

Das Ausmaß der Verarsche wird noch besser!

Gemäß UN Charta:

KAPITEL XII
Das internationale Treuhandsystem
Artikel 77

(1) Das Treuhandsystem findet auf die zu den folgenden Gruppen gehörenden Hoheitsgebiete Anwendung, soweit sie auf Grund von Treuhandabkommen in dieses System einbezogen werden:

a) ..

b) Hoheitsgebiete, die infolge des Zweiten Weltkriegs von Feindstaaten abgetrennt werden;

Artikel 75

Die Vereinten Nationen errichten unter ihrer Autorität ein internationales Treuhandsystem für die Verwaltung und Beaufsichtigung der Hoheitsgebiete, die auf Grund späterer Einzelabkommen in dieses System einbezogen werden. Diese Hoheitsgebiete werden im folgenden als Treuhandgebiete bezeichnet.²⁰⁶

KAPITEL XI
Erklärung über Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung
Artikel 73

Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, ...

Die Bundesrepublik kann man in diesem Sinne als abgetrenntes Gebiet des Feindstaates Deutsches Reich bezeichnen.

Die Bundesrepublik ist damit klar Teil des UN-Treuhandsystems!

Zitat aus dem Buch Völkerrecht (Uni-T) von Theodor Schweisfurth:

§ 5. Nicht-souveräne Staaten. Beschränkt souveräne Staaten. Scheinstaaten
V. Scheinstaaten

Scheinstaaten - im politischen Sprachgebrauch auch „Puppenstaaten“ oder "Marionettenstaaten" genannt, sind solche Gebilde, die ihre Entstehung einem anderen Staat verdanken, von dessen Macht auch ihre Fortexistenz abhängt.

Gemäß Artikel 7 des 2+4 Vertrags heißt es „(1) [Die Siegermächte] beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes.“

Dies kann nur bedeuten, daß damit der Scheinstaat Bundesrepublik in (oder im vereinten) Deutschland (oder in Deutschland als Ganzes) aufgelöst wurde, denn die Fortexistenz der Scheinstaaten hängt von der Macht ab, die sie geschaffen hat! Weiter heißt es dort:

„Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.“

²⁰⁶ Jeder, der den Vereinten Nationen beitrifft, verliert dadurch seine Souveränität!

„Die Einrichtungen der Vier Mächte werden aufgelöst“ – damit kann nur die Fremdverwaltung „Bundesrepublik“ gemeint sein, welche jedoch freiwillig den Löffel nicht abgeben will. Daher war es notwendig, Artikel 23 des GG zu löschen, um damit die Gebiets-"Körperschaft" des Scheinstaates BRD zu beenden (mit Wechsel in einen Personalverband²⁰⁷).

Informiert daher alle diejenigen, welche im guten Glauben, „Beamte“ zu sein, leichtfertig Dienst-anweisungen der BR in D ausführen und damit in eine ungeahnte Haftungsfalle tappen.

Interessant ist der Art 3 Verordnungsermächtigung:

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, ... von Artikel 12 des Einigungsvertrages erfassten völkerrechtlichen Verträge der Deutschen Demokratischen Republik im Bereich der sozialen Sicherheit ... zu regeln, bis das vereinte Deutschland seine Haltung zum Übergang dieser Verträge festgelegt hat.

Dies ist synonym zur Staatsinkorporation²⁰⁸ zu sehen, denn die völkerrechtlichen Verträge sind ein Rechtstatbestand für den Rechtsstatus eines jeden Staates. **Wiederum wird auf das ominöse vereinte Deutschland verwiesen, wobei eben nicht klar erkennbar ist, wann und durch welchen Rechtsakt dieses entstanden sein soll. (Durch den nichtigen Einigungsvertrag?!)**

Nochmal zurück zu Art. 7 des 2+4-Vertrags: *(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.*

Gehen wir davon aus, dass das vereinte Deutschland durch den nichtigen Einigungsvertrag entstanden sein soll – kann dann ein nichtiger Vertrag zur Erfüllung von Art. 7 (2) führen? – Sicher nicht! Damit existiert kein vereintes Deutschland welches irgendeine Souveränität besitzt!

Und durch das Beenden Ihrer Verantwortlichkeiten der vier Mächte endeten auch alle scheinstaatlichen Befugnisse der BRD! Im Vertrag fehlte dort sowohl die Definition dieses Deutschland als Ganzes (ebenso wie die des vereinten Deutschlands) inkl. seiner Ausdehnung (Grenzen). Das GG wurde auch ungültig, weil Art. 1 verändert wurde.

²⁰⁷ Bewohner des Bundesgebietes geben sich durch den Personalausweis als Teil dieses Personalverbandes zu erkennen

²⁰⁸ die Übernahme der Rechte und Pflichten eines Staates durch einen anderen Staat. Dieser Tatbestand ist gegeben, wenn ein Staat durch Aufteilung in mehrere Staaten oder durch Aufnahme in einen anderen oder einen neu entstehenden Staat (Fusion) untergeht.

**Nichtigkeit des aktuellen Grundgesetzes
da die Änderung des Grundgesetz Artikel 1 (3)
gegen Grundgesetz Artikel 79 (3) verstößt**

I. Die Grundrechte

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.



Web dejure.org/gesetze/GG/1.html

dejure.org Gesetzesstand: 14. November 2013

Grundgesetz
I. Die Grundrechte (Art. 1 - 19)

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 79

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Warum ist es für den Bund bzw. die Beschäftigten der BR Treuhand so wichtig, dass ein Friedensvertrag 1990 endgültig ad acta gelegt wurde?

Ganz einfach: die Bundesrepublik ist 1945 ebenso wie das Weimarer Reich und das NS Reich 1918 eine Folge des Waffenstillstands, also ein Kind des unbeendeten Krieges vom 01.08.1914 in der Nachfolge der Fremdverwaltung >Weimarer Reich< mit seiner speziellen Ausprägung ab 1933.

Damit fallen alle Verträge des WRs, Bundes bzw. der BR unter BGB §181: es liegt Selbstkontrahierung²⁰⁹ vor, da es immer Verträge mit der >von den Alliierten selbst eingesetzten< Fremdverwaltungen waren und diese waren immer unselbstständig und nie unabhängig – **nichtige Verträge wegen arglistiger Täuschung.**

Deutschland ist spätestens seit 1648 das Reichsgebilde gemäß dem Staatsrechtler Samuel Pufendorf. Diesem wurde u.a. Elsaß-Lothringen entzogen (obschon es ca. 750 Jahre zum Deutschen Reich gehörte; von Frankreich annektiert und 1870/1871 wieder zurück ins Reich geholt), indem man Kriegshandlungen trotz jahrelangen Friedensverhandlungen fortsetzte und damit die Verhandlungsposition Deutschlands immer weiter verschlechterte.

Ich selbst gehe davon aus, dass Deutschland als Ganzes das Deutschland vom 31.7.1914 bedeutet (evtl. wären auch die Grenzen vom April 1849 wegen der Paulskirchenverfassung zu diskutieren – u.U. auch das Deutschland aus dem dreißigjährigen Krieg 1618/1648) mit der Staatsangehörigkeit RuStaG in der Fassung vom Juli 1913.

Fakt sind die 3 Genozidversuche am Deutschen Volk:

- Der dreißigjährige Krieg 1618/1648
- 1. Teil des unbeendeten Weltkrieges 1914 – November 1918
- 2. Teil des unbeendeten Weltkrieges 1939 – November 1945

oder wie Magarete Thatcher vor einigen Jahren gesagt haben soll, dass England mit Deutschland seit über 130 Jahren im Krieg steht (dies deutet auf 1870 hin).

Wenn wir davon ausgehen können/dürfen, dass keine Verfassung in Kriegszeiten verabschiedet werden kann, dann ist schon allein aus diesem Grunde die WRV Weimarer Reichsverfassung nur eine arglistige Täuschung (im Rechtsverkehr) aber eben keine Verfassung – wie auch die 1871 kaiserliche Reichsverfassung keine Verfassung sondern nur das kaiserliche Gesetz Nr. 628 war, dem der Name "Verfassung" gegeben wurde – also bleibt auch aus diesem Grunde nur eine **einzig gültige Verfassung übrig: Die Paulskirchenverfassung von 1849 !!**

Die volle Dröhnung könnt ihr euch unter dem folgenden Link gönnen:

http://freiheitistsselbstbestimmtesleben.de/deutschland_als_ganzes.htm

²⁰⁹ Das sogenannte Selbstkontrahierungsverbot, welches allgemein in § 181 BGB geregelt ist, untersagt einem Vertreter einer anderen Person in dieser Eigenschaft mit sich selbst Geschäfte abzuschließen.

Heute wie damals – das Deutsche Reich, Weimarer Republik, BRD und EU als Geißel der Deutschen und anderer Europäer

Warum kann der Weg zurück ins Deutsche Reich, wie es 1871 konzipiert wurde, nicht der richtige Weg sein? Warum sollte es sogar aufgelöst werden? Das Deutsche Reich war völkerrechtlich kein Staat, weil die drei Säulen eines Staates nicht erfüllt waren.

Es hatte erstens kein eigenes Volk und griff auf die (Bundes)Staaten zurück, die zum Deutschen Reich zusammengefasst worden. Ähnlich wird uns auch die EU als ein Bund von Nationalstaaten verkauft. Es wurde zurückgegriffen auf die Staatsbürgerschaften der 26 germanischen souveränen Staaten und der Norddeutsche Bund mit einer Lüge gestartet.

Man erfand die Staatsangehörigkeit „Norddeutscher“ und 1871 dann „Deutscher“. Den Beweis liefert die Verfassung des Deutschen Reiches bereits in §1: Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit einer der Bundesstaaten hat oder wie es im Original etwas vornehmer heißt:

§ 1. Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.²¹⁰

Das Deutsche Reich hatte zweitens kein eigenes Staatsgebiet. Man hat zurückgegriffen auf Staatsgebiete der souveränen Staaten und drittens keine eigene Staatsgewalt und auch hier der gleiche Trick. Die 26 germanischen Staaten wurden von einem Mantel überdeckt. Dadurch hatte man sich ein „Gebiet“ gesichert, aber es war ja kein Staatsgebiet, weil das Staatsgebiet den Staaten gehörte und dann bastelte man sich zeitgleich eine „Verfassung“. Vergleiche nun, was in der EU gemacht wurde.

Die EU hat die Gebiete ihrer Mitgliedsstaaten genommen und dieses Gebiet dann EU genannt. Auch hier wurde ein Mantel darüber gezogen und versucht jetzt einen neuen Staatsangehörigen zu basteln, der EU-Bürger heißen soll. Man wollte eine Verfassung etablieren, aber dies scheiterte, weil nicht jeder Staat – Gott sei Dank – zustimmte, ABER: Diese Verfassung haben sie in Lissabon-Vertrag umbenannt und dann wurde alles durchgewunken.

Wenn dann in 10 Jahren die Massenverblödung weiter fortgeschritten ist, kann man dann diesen Vertrag einfach in EU-Verfassung umbenennen. Dieses Vorgehen ist also absolut deckungsgleich zur Entstehung des Deutschen Reiches und bei den Vereinigten Staaten hat man es ganz genauso gemacht: Mantel über souveräne Staaten gelegt und dann den US-Bürger geschaffen.

Man könnte dieses Vorgehen als großen Raubzug bezeichnen. Eine Firma kann einen völkerrechtlich souveränen Staat nicht auflösen, aber sie kann große Verwirrung schaffen und durch das See- und Handelsrecht überlagern. Das Deutsche Reich als Konstrukt war somit rechtlich gesehen der kleine Vorreiter der EU, eine EU-light.



²¹⁰ Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juli 1870

Nochmal kurz zusammengefasst: **Das Deutsche Reich war ein Bund ohne eigenes Volk, ohne eigenes Staatsgebiet und ohne eigene Staatsgewalt.**

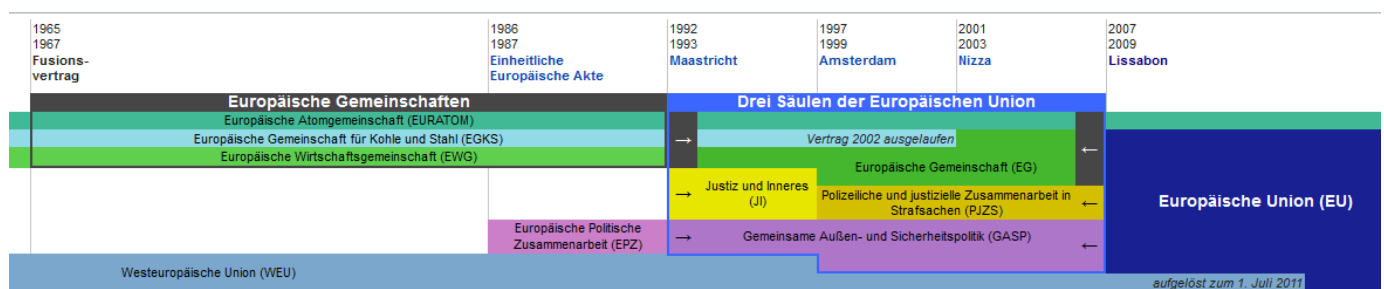
Volksverarsche war auch schon zu Zeiten des Deutschen Reiches in Mode...

Nicht anders als heute waren sie Meister der Umbenennung: „Als Bismarcksche Reichsverfassung wird die **Verfassung des Deutschen Kaiserreichs vom 16. April 1871** bezeichnet. Sie ging ursprünglich als **Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871** in revidierter Fassung aus der 1867 ausgearbeiteten Norddeutschen Bundesverfassung hervor.“²¹¹

Drei Monate und fünfzehn Tage gingen ins Land, bevor man den „Deutschen Bund“ von heute auf morgen als „Deutsches Reich“ bezeichnete.

Vergleiche nun die Geschichte der EU²¹²; Stück für Stück zum bürokratischen Monster:

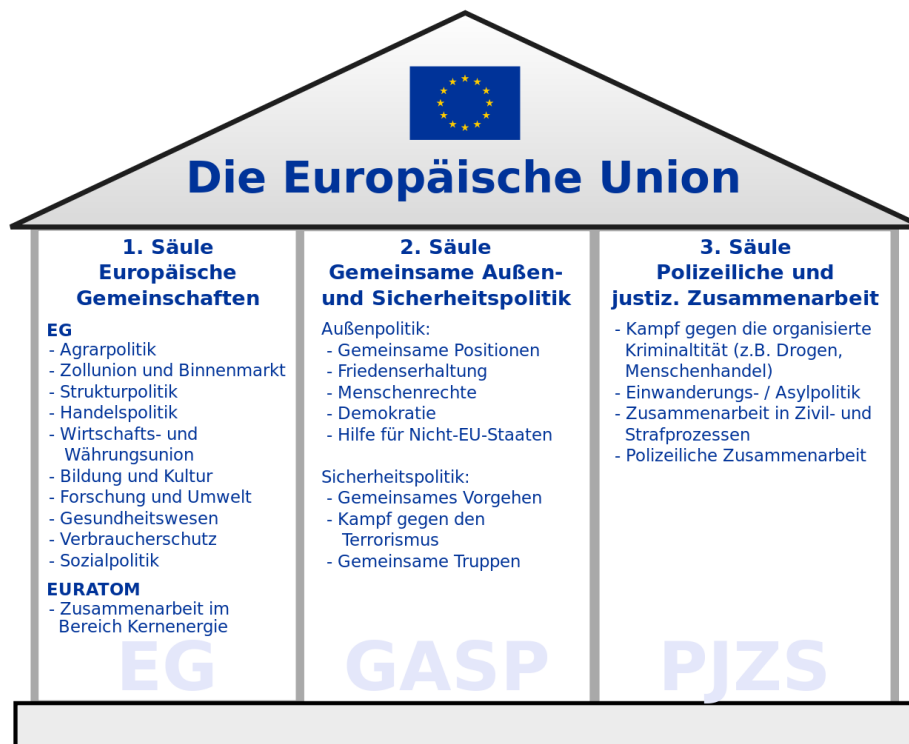
Wirtschaftlich		Politisch	
1948-1954	Westunion (WU)	1986-1993	Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)
1954-2011	Westeuropäische Union (WEU)		
1951-2002	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	1993-2009	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
1957-1992	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	1993-1997	Zusammenarbeit im Bereich <i>Justiz und Inneres (JI)</i>
1958-heute	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)	1997-2009	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)
1967-2003	EG-Fusionsvertrag zu „Europäische Gemeinschaften“ aus EGKS, EWG & EURATOM		
1992-2009	Aus der EWG wird die Europäische Gemeinschaft (EG)		
Seit 2009 offiziell: „Europäische Union“			
Ab 2021/22? „Vereinte Staaten von Europa (USE)“?			



23 Quelle: Von Kaneiderdaniel, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15918924>

²¹¹ [Michael Kotulla](#): Deutsches Verfassungsrecht 1806–1918. Eine Dokumentensammlung nebst Ein-führungen. *Band 1: Gesamtdeutschland, Anhaltische Staaten und Baden*. Springer, Berlin [u. a.] 2006, ISBN 3-540-26013-7, 1. Teil, § 7, S. 247–249; vgl. [Daniel-Erasmus Khan](#): Die deutschen Staatsgrenzen. Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen (= Jus Publicum. Bd. 114). Mohr Siebeck, Tübingen 2004, ISBN 3-16-148403-7, S. 55; [https://de.wikipedia.org/wiki/Bismarcksche Reichsverfassung](https://de.wikipedia.org/wiki/Bismarcksche_Reichsverfassung)

²¹² [https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte der Europ%C3%A4ischen Union](https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Europ%C3%A4ischen_Union)



24 Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Schematische_%C3%9Cbersicht



Quelle: Expresszeitung September 2019



Walther Funk, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident der NSDAP, plante die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft», so hiess auch der EU-Vorgänger.

1 Die Grundzüge zu einer Europäischen Union der Nazis wurden bereits vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geplant. Zusammengefasst wurden die Pläne in einer Aufsatzsammlung, die Reichswirtschaftsminister Walther Funk 1942 herausgegeben hat, Titel: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. ⁽¹⁾ Dort heisst es:

«Auf dem Europa-Kongress in Rom vom 14. bis 20. November 1932 entwickelte Alfred Rosenberg zum ersten Male vor einem internationalen Forum in einer grossartigen Schau die Gedanken, die uns seither bewegen.» ⁽²⁾

In verschiedenen Aufsätzen legten Nationalsozialisten in der Aufsatzsammlung dar, wie sie sich diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (199) vorstellten: Eine Zollunion, ein gemeinsames Währungssystem («Währungsblock»), in dem eine Angleichung der Wechselkurse angestrebt wird, also wie im «Europäischen Währungssystem» (EWS), das dem Euro vorausging, und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Der ehemalige Berater von Margaret Thatcher, Christopher Story, fasst die Zielrichtung der Aufsätze in seinem Buch «The European Collective» so zusammen:




«Eine Rückkehr zu nationalen Einzelwährungen würde fatale politische und wirtschaftliche Verluste nach sich ziehen. Anstatt ein global player mit einer Weltreservewährung zu sein, fallen wir dann in die **Kleinstaaterei** zurück - begleitet von einem weltpolitischen Bedeutungsverlust.»

Martin Schulz (SPD), EU-Parlamentspräsident von 2014 bis 2017

Quelle: europa.eu, Rede zum Europatag von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, 09.05.2012



Joseph Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP, wollte den europäischen Kontinent ebenso in einer Art Grossreich vereinen.



«Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Aufhebung der **Kleinstaaterei** und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung.»

Wladimir Lenin, Gründer der Sowjetunion

Foto: Bundesarchiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-71043-0003...Wladimir_Iljitsch_Lenin.jpg?uselang=de) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de>



Als die Macht der Nazis 1945 ein Ende fand, baute sich die Macht ihrer Komplizen, des IG-Farben-Kartells mit seinen Nachfolgern BAYER, BASF und HOECHST, gerade erst richtig auf. Als strategischen Schachzug für den dritten Europa-Eroberungsversuch platzierten sie, ein knappes Jahrzehnt nachdem ihr letzter Versuch fehlgeschlagen war, einen ihrer Vertreter im neuen Kartell-„Politbüro“ in Brüssel: Walter Hallstein.

Dieses Kapitel dokumentiert, dass das in jeder Hinsicht undemokratische Konstrukt der heutigen Brüsseler EU kein Zufallsprodukt ist. Hallstein, prominenter Nazi-Anwalt und Experte des IG-Farben-Konzerns, wurde von diesen unternehmerischen Interessengruppen ausgewählt, als Erster das Amt des Präsidenten der EU-Kommission einzunehmen. Sein spezieller Auftrag sollte hierbei die Formung der Brüsseler EU nach Originalplänen der Nazi-/IG-Farben-Koalition sein, um Europa über ein „Zentrales Kartellbüro“ zu regieren.

Das Ziel der Öl- und Pharma-Interessen war damals wie heute die Erschaffung eines „Europäischen Kartellbüros“ (d. h. die Brüsseler EU) mit einem Heer ungewählter Kartell-Bürokraten (EU-Kommission), die über die Menschen Europas zugunsten von Unternehmensinteressen des Chemie-, Öl- und Pharma-Kartells herrschen.

<http://docplayer.org/7843824-Prominenter-nazi-rechtsanwalt-und-wichtigster-begruender-der-bruesseler-eu-kapitel-2-walter-hallstein.html>



Die Stadt Rom spielte eine besondere Rolle in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Im Juni 1938 wurde dort eine Konferenz der rechtlichen und politischen Akteure des Kartells gehalten. Unter dem Deckmantel einer „juristischen Arbeitsgemeinschaft“ legten sie den diktatorischen Grundstein für ein Europa unter der Kontrolle des Kartells. Die wahre Bedeutung dieser „Arbeitsgemeinschaft“ wurde durch die dort gefällten Beschlüsse sowie deren Teilnehmer unterstrichen. Hallsteins Gruppe der Kartell-Technokraten wurde von einigen der damals höchsten deutschen Staatsbeamten flankiert, einschließlich Nazi-Minister Hans Frank (1947 für seine Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt), und ermutigt durch Grüße von Hitler und Mussolini.

Im Jahr 1945 musste das Kartell erkennen, dass seine Planungen, Europa zu erobern, fehlgeschlagen waren, da seine nationalsozialistischen und faschistischen Marionetten den Krieg verloren hatten. Jedoch war diese Niederlage für das Kartell kaum mehr als ein kleiner Betriebsunfall. In den Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunalen wurden diese militärischen Marionetten der Welt als Alleinschuldige vorgestellt. Im Gegensatz dazu wurden Hallstein und andere juristische und politische Fachkräfte für die Eroberungspläne des Kartells vor einer unwissenden Öffentlichkeit schon bald als Gründungsväter eines neuen, demokratischen Europas mit ihrem Hauptsitz in Brüssel vorgestellt.

Als Hallstein zum Ende der „Eroberungskonferenz“ am 25. Juni 1938 Rom verließ, konnte er noch nicht wissen, dass er nur 19 Jahre später mit derselben Mission in diese Stadt zurückkehren würde. Am 25. Mai 1957 unterzeichnete er die „Römischen Verträge“, zu deren Gestaltung er als Jurist maßgeblich beigetragen hatte. Mit seiner Unterschrift unter diese „Verträge“ erledigte er nun endlich seine Mission, mit der er 1938 beauftragt wurde: die Unterwerfung Europas durch das Öl- und Pharmakartell, jedoch nun über die Brüsseler EU.

aus: **Masterplan der Nazi-/Kartell-Koalition – Vorlage für die Brüsseler EU**

WALTER HALLSTEIN: Prominenter Nazi-Rechtsanwalt – und wichtigster Begründer der Brüsseler EU

Wie kann es sein, dass ein überzeugter, hochrangiger Nazi die Gründungsdokumente und den Grundstein für die Europäische Union legen konnte? IG Farben verhalf Hallstein dazu!

Die Nazis haben zwar den Krieg verloren, aber auf politischer Ebene gewonnen durch die Verwirklichung ihres imperialistischen Monsters. Ihre Parole damals: „Europa siegt“ Überleg nochmal, wer am meisten Kohle in die EU steckt...

Wie wir hier sehen, waren die USE (United States of Europe) eine Idee der Nazis, eine linke Idee, die genauer genommen schon von der SPD 1925 gefordert wurde. (im Heidelberger Programm)²¹³ Was dort gesagt wurde, passt auch gut in unsere Gegenwart:

„Hilferding beschreibt zunächst, sich auf Marx und Kautsky berufend, die Phänomene der Konzentration des Industriekapitals, das damit zusammenhängende Wachstum des Bankensektors und beklagt die wachsende Macht der sich bildenden Großkonzerne gegenüber demokratischen Institutionen. Als Beispiel zieht er die damals aktuelle Krise des Energiekonzerns Stinnes heran und führt aus, dass dieser mit Krediten der Reichsbank gerettet werden sollte „und zwar ausschließlich unter Benutzung von Mitteln, die im Grunde genommen der Verfügung der Öffentlichkeit gehören mussten. [...] Entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Bedürfnisse, unter die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit.“²¹⁴

Der Begriff „Vereinte Staaten von Europa“ (ein europäischer Bundesstaat) taucht zudem auch 1951 im Kalergi-Plan auf, nur um die Zeiträume zu verstehen, in denen die Elite denkt und plant. Dort ist die Rede von einer „Atlantischen Union“ (USA+USE?), einer Staatengruppe, die das föderalistische Prinzip einer übernationalen Autorität anerkennt. (Das klingt nach „Eine-Welt-Regierung“, insbesondere wenn er vom Reich Karls des Großen schwärmt.) Er nennt in dem uns vorliegenden Schreiben das Saarland mehrfach separat als eigenen Staat.²¹⁵

Kalergi, das ist auch der Psychopath, der Folgendes gesagt hat: **„Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.**

Denn nach den Vererbungsgesetzen wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen. In Inzuchtfamilien gleicht ein Kind dem anderen: denn alle repräsentieren den einen gemeinsamen Familientypus. In Mischlingsfamilien unterscheiden sich die Kinder stärker voneinander: jedes bildet eine neuartige Variation der divergierenden elterlichen und vorelterlichen Elemente.

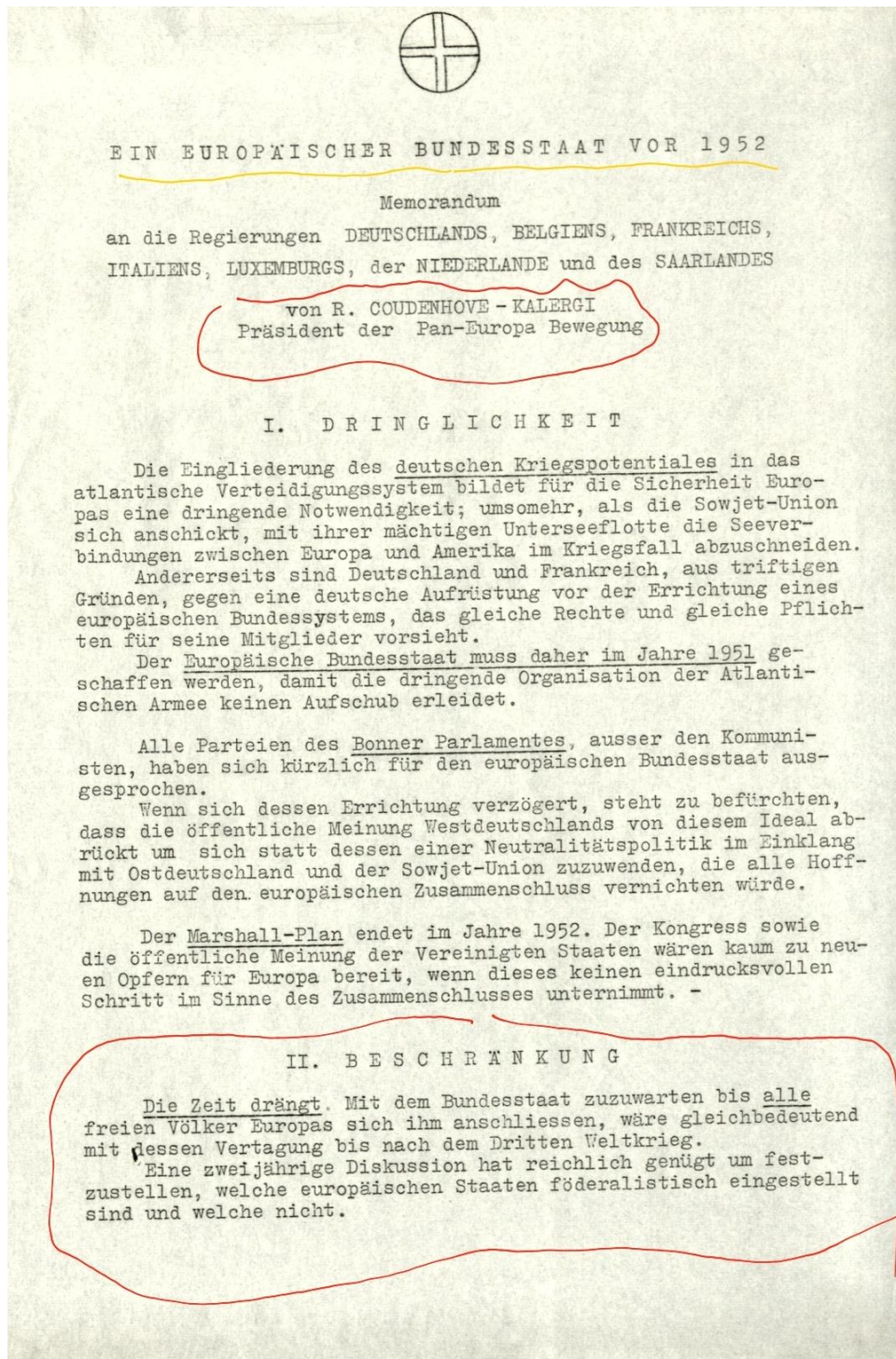
Inzucht schafft charakteristische Typen - Kreuzung schafft originelle Persönlichkeiten. Vorläufer des planetaren Menschen der Zukunft ist im modernen Europa der Russe als slawisch-tatarisch-finnischer Mischling; weil er, unter allen europäischen Völkern, am wenigsten Rasse hat, ist er der typische Mehrseelenmensch mit der weiten, reichen, allumfassenden Seele. Sein stärkster Antipode ist der insulare Brite, der hochgezüchtete Einseelenmensch, dessen Kraft im Charakter, im Willen, im Einseitigen, Typischen liegt. Ihm verdankt das moderne Europa den geschlossensten, vollendetsten Typus: den Gentleman [...]

²¹³ <https://www.fes.de/e/die-vision-von-den-vereinigten-staaten-von-europa>

²¹⁴ ebd.

²¹⁵ Zu finden im Landesarchiv des Saarlandes, Bestand AA Auswärtiges Amt, Akte AA1616 Internationale Verträge.

Was die Juden von den Durchschnitts-Städtern hauptsächlich scheidet, ist, dass sie Inzuchtmenschen sind. Charakterstärke verbunden mit Geistesschärfe prädestiniert den Juden in seinen hervorragendsten Exemplaren zum Führer urbaner Menschheit, zum falschen wie zum echten Geistesaristokraten zum Protagonisten des Kapitalismus wie der Revolution.²¹⁶



²¹⁶ <https://archive.org/details/Coudenhove-Kalergi-Praktischer-Idealismus/page/n21/mode/2up>
S.22 u S.28

Der einzige Weg zu einer raschen Verwirklichung des europäischen Zusammenschlusses besteht in einer Föderation der föderalistisch eingestellten Staaten: DEUTSCHLAND - FRANKREICH - ITALIEN - BELGIEN - NIEDERLANDE - LUXEMBURG - SAARLAND.

Diese zusammenhängende Staatengruppe, einst vereinigt im Reiche Karls des Grossen, hat soeben im Schuman-Plan das föderalistische Prinzip einer übernationalen Autorität anerkannt.

Dieses "Europa Karls des Grossen" übertrifft mit einer europäischen Bevölkerung von 156 Millionen die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten, während sein eurafrikanisches Gebiet von 15 Millionen Quadratkilometern eines der grössten Reiche aller Zeiten umfasst.

Durchdrungen von den Idealen der Freiheit und der Menschenwürde, mit gemeinsamer Aussenpolitik, Militärpolitik, Wirtschaft und Währung, wäre dieser unauflösbare Bund in der Lage, seiner Bevölkerung einen unvergleichlichen Wohlstand zu sichern und der Welt einen dauernden Frieden.

Durch den Europarat eng verbunden mit den übrigen Völkern Europas, wäre dieser Bundesstaat ein fester Tragpfeiler der Atlantischen Union.

III. DURCHFÜHRUNG

Um diesen Bund noch vor 1952 zu errichten, könnten sich die sieben Regierungen von folgendem Aktionsprogramm leiten lassen:

1. Unverzüglich eine Vor-Konstituante einzuberufen, aus den 144 Delegierten und Ersatzmännern der sieben Staaten an der Beratenden Versammlung des Europa-Rates, mit dem Auftrag, binnen vier Monaten einen Entwurf für eine Bundesverfassung auszuarbeiten.
2. Während dieser Monate die gesetzlichen und verfassungsmässigen Voraussetzungen zu schaffen für die Uebergangszeit.
3. Den Verfassungsentwurf einem Plebiszit zu unterbreiten; falls das deutsche, französische und italienische Volk diese Verfassung annimmt, tritt sie in Kraft, ohne die Völker zu binden, die sie abgelehnt haben.
4. Falls das Plebiszit negativ ausfällt, eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Konstituante zur Ausarbeitung einer definitiven Bundesverfassung einzuberufen.
5. Sobald der Bundesstaat errichtet ist, alle Staaten Europas einzuladen, sich entweder durch Parlamentsbeschlüsse oder durch Volksabstimmungen anzuschliessen, um schrittweise die Einigung ganz Europas zu verwirklichen.

Gstaad, 8. Nov. 1950.

R. Coudenhove-Kalery

Abschrift

Entwurf einer Europäischen Bundesverfassung
ausgearbeitet vom Verfassungskomitee für die Vereinigten
Staaten von Europa

Strasbourg, den 6. Mai 1951

P R Ä A M B E L

Wir, die Völker.....
im Bewusstsein unserer Kultur-Gemeinschaft,
bestrebt die soziale Gerechtigkeit zu fördern,
besorgt um die Hebung des allgemeinen Wohlstandes,
entschlossen die menschliche Freiheit zu retten,
gewillt den Frieden zu sichern,
haben beschlossen, unsere Staaten unter den Namen VEREINIGTE
STAATEN VON EUROPA zu einem Bunde zusammenzuschließen, dessen
Befugnisse in der vorliegenden Verfassung niedergelegt sind.

I. KAPITEL

Grundsätze

Art. 1.- Alle Mitgliedstaaten des Bundes haben gleiche Rechte
und gemeinsame Pflichten.

Art. 2.- Der Bund ist eine Gemeinschaft souveräner Staaten,
entschlossen, gemeinsame verfassungsmäßige Institutionen zu
schaffen und zu erhalten.

Die Mitgliedstaaten üben ihre souveränen Rechte weiter direkt
aus, soweit sie diese nicht auf gemeinsame, in der vorliegen-
den Verfassung vorgesehene Organe übertragen haben.

Der Beitritt zum Bunde erfolgt freiwillig.

Art. 3.- Sobald die verfassungsmäßig zuständigen Organe von
mindestens fünf europäischen Staaten mit einer Gesamtbevölke-
rung von über hundert Millionen die vorliegende Verfassung
ratifiziert haben, tritt sie für diese Staaten in Kraft.

Alle übrigen europäischen Staaten, soweit sie die "menschen-
rechte im Sinne ihrer Formulierung durch den Europa-Rat ach-
ten, können in der Folge durch eine solche Ratifizierung dem
Bunde beitreten. Ihr Beitritt muß dann durch die Europäische
Bundesversammlung angenommen werden.

Art. 4.- Der Bund setzt ein gemeinsames Statut für alle Ange-
hörigen der Mitgliedstaaten fest, die als Bürger der Vereinig-
ten Staaten von Europa zu betrachten sind.

./.

II. K A P I T E L

Befugnisse

Art. 5.- Der Bund ist verpflichtet, alle Maßnahmen zur Sicherung der Ordnung und des Friedens zu ergreifen.

Art. 6.- Der Bund unterhält diplomatische und konsularische Beziehungen mit den Mächten, die ihm nicht angehören. Er kann internationale Vereinbarungen treffen.

Die Mitgliedstaaten können untereinander sowie mit ausländischen Mächten diplomatische Vertreter austauschen.

Art. 7.- Der Bund ist befugt, alle Maßnahmen zur Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft zu ergreifen.

Art. 8.- Der Bund respektiert die demokratischen Verfassungen seiner Mitgliedstaaten.

Bei Widersprüchen zwischen der Gesetzgebung eines Mitgliedstaates und einem Bundesgesetz gilt das Bundesgesetz.

III. K A P I T E L

Die Bundesbehörden

I) Das Bundes-Parlament

Art. 9.- Das Bundes-Parlament, bestehend aus einem Abgeordneten-Haus und einem Senat, übt die gesetzgebende Gewalt des Bundes aus.

Das Parlament tagt mindestens einmal im Jahr.

Die Völker, die dem Bunde angehören, sind im Abgeordneten-Haus im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl vertreten mit je einem Abgeordneten für jede Million oder für den Bruchteil einer Million.

Die Abgeordneten werden in direkten Wahlen auf vier Jahre gewählt, auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes, entsprechend den nationalen Gesetzen jedes Mitgliedstaates.

Der Senat besteht aus Vertretern der nationalen Parlamente.

Jeder Staat stellt zwölf Delegierte, Staaten unter einer Million nur sechs.

./.

Es wird also nicht nur ein Krieg gegen Deutschland, sondern generell gegen die Weißen geführt und alle Maßnahmen sind den Herrschenden, dem Bösen, dazu Recht.

Dieser Krieg wird durch Füllfederhalter gewonnen!

Es gibt Licht am Ende des Tunnels durch die Bereinigungsgesetze der Alliierten, auf die ich mich in meinem Brief gegen das Finanzamt bezog. Die Bereinigungsgesetze wurden durch die Alliierten 2006 – 2010 beschlossen und verordnet und im Bundestag ohne Zustimmung nur zur Kenntnis genommen! Also direkt durch die Alliierten für deren Besatzungsverwaltung Bundesrepublik verordnet! Die Alliierten haben mit dieser Entscheidung in der BRD viele Gesetze durch die Streichung u.a. der Einführungsgesetze oder einzelner Artikel, den räumlichen Geltungsbereich oder wesentliche Artikel der in den Bereinigungsgesetzen genannten Gesetze wahrscheinlich aus Haftungsgründen aufgehoben. Die Folgen: Rechtsbankrott

Art. 3 Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (103-1)

Was bedeutet das?

Alle Gesetze, die von der Bundesrepublik Deutschland erlassen worden sind, basieren auf dem Selbstermächtigungsgesetz vom März 1933 Adolf Hitler.

Auch das Dritte Reich hatte niemals das Recht zum Erlass von Gesetzen, deshalb hat es sich selbst dazu ermächtigt. Als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches hat die BRD dieses selbstgebastelte Ermächtigungsgesetz natürlich freudig übernommen und zur Anwendung gebracht. Das besagt aber schon, das auch die BRD niemals irgendein Recht zur Gesetzgebung hatte, was auch völlig logisch ist, der Staat, das Deutsche Kaiserreich ist immer noch existent und steht unter aktivem Kriegsrecht. Das bedeutet, es kann kein neuer Staat gegründet werden, niemand kann beamtet werden, es können keine rechtsgültigen Gesetze erlassen werden, ein Besatzer hat kein Recht über das Volk, das Volkseigentum oder sonst irgendetwas zu verfügen. Mit dem 2. Bundesbereinigungsgesetz haben die Alliierten diese Art von Selbstermächtigung verboten.

Die Alliierten ließen Einführungsgesetze aufheben, in denen der Geltungsbereich der Gesetze geregelt wurde, sodass nahezu alle Gesetze ihre Gültigkeit verloren haben. Das Gesetz zur Aufhebung von Besatzungsrecht wurde aufgehoben, sodass hier wieder das Besatzungsrecht greift! Damit bekannten sich die Alliierten wieder ihren Rechten und Pflichten. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte 2006 festgestellt, dass die BRD kein effektiver Rechtsstaat mehr ist.²¹⁷

Als Mitverantwortliche an diesem Unrechtskonstrukt wurden der BRD alle Verwaltungsbefugnisse mittels der Bereinigungsgesetze entzogen. Mit dem 1. Bundesbereinigungsgesetz v. 19.04.2006 wurde dem GVG, der ZPO und der StPO der Geltungsbereich genommen. Am 23.11.2007 wurde mit dem 2. Bundesbereinigungsgesetz schließlich alles, was nicht Art. 73, 74 und 75 GG zuzuordnen und Bundesgesetz ist, aufgehoben. Damit hat man dem gesamten Justizwesen (Art. 92-104 GG) die gesetzliche Befugnis entzogen. Ausdrücklich davon ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr.35 (Schiedsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten), BMJBBG Art.4 §1 (2). 1982 wurde das Staatshaftungsgesetz gelöscht und mit Aufhebung von Art. 34 GG durch das 2. BMJBBG v. 23.11.2007 mit Art.4 §1 (1) auch die Staatshaftung und damit die „öffentlich-rechtlichen“ Regelungen.

²¹⁷<https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016804a222f>
<https://institutfuerrechtsicherheit.wordpress.com/2016/04/13/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-egmr-urteil-7552901-vom-08-06-2006-menschenrechtsverletzungen-in-der-brd/>



Bundesministerium
der Justiz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

HAUPTANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Herrn Arne Habel
REFERAT IV A 3
TEL (030) 18580-0
FAX (030) 18580-9525
E-MAIL poststelle@bmi.jbund.de
AKTENZICHELN IV A 3 - AR - RB 571/2010
DATUM Berlin, 10. März 2011

BETREFF: Ihre Anfrage zu Rechtsbereinigungsgesetzen vom 24. Februar 2011

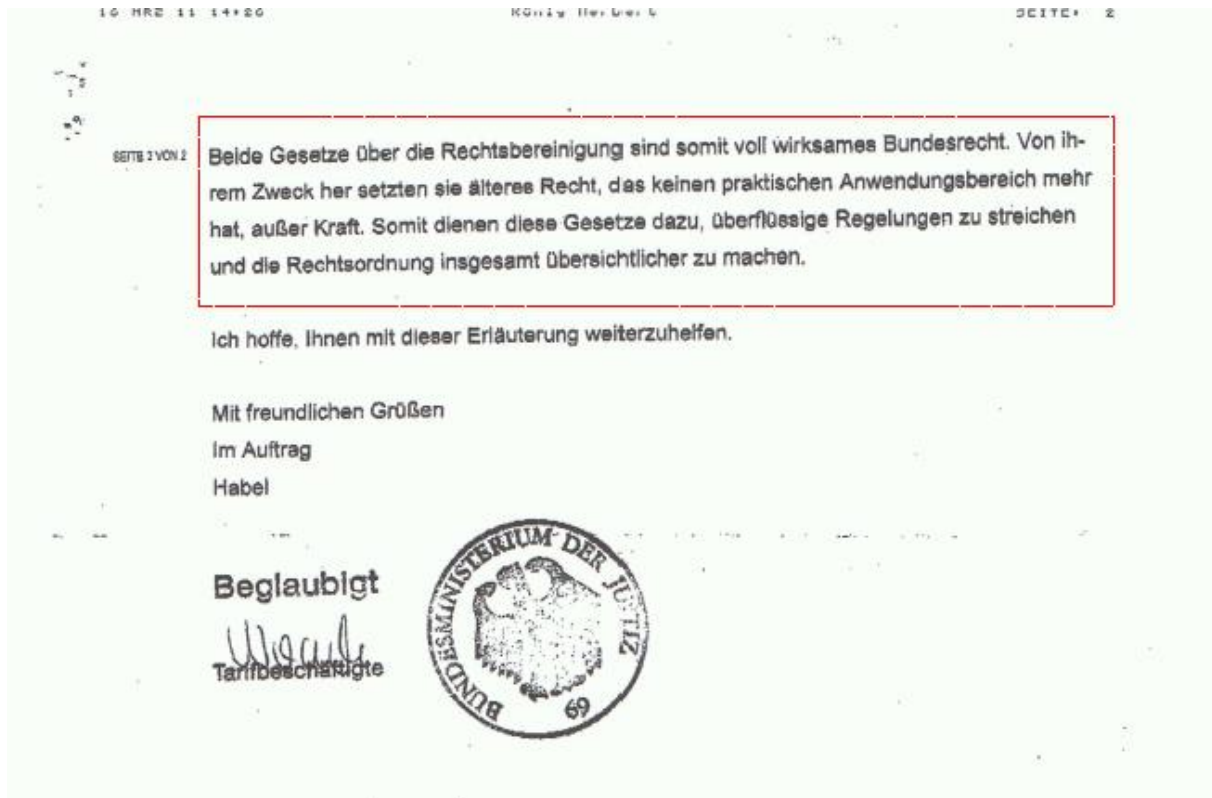
Sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 24. Februar bezüglich der Rechtsbereinigungsgesetze. Zu der Rechtskraft der Gesetze kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Das erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19. April 2006 (BGBl. I, S. 866) ist nach seinem Artikel 210 Absatz 1 in wesentlichen Teilen am Tage nach seiner Verkündung in Kraft getreten. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt fand am 24. April 2006, dem Ausgabedatum des Bundesgesetzblatts Nr. 18 aus dem Jahre 2006, statt. Dementsprechend trat das Gesetz am 25. April 2006 in Kraft. Auch diejenigen Artikel, die nach Artikel 210 Absatz 2 besonders Inkrafttrittsdaten haben, traten mittlerweile in Kraft.

Das zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 23. November 2007 (BGBl. I, S. 2614) hat eine ähnliche Inkrafttrittsregelung in seinem Artikel 80, sodass ein Großteil der Regelungen am 30. November 2007, also einen Tag nach der Verkündung in Kraft trat. Die letzten Teilregelungen traten nach Artikel 80 Absatz 2 dieses Gesetzes am 1. Dezember 2010 in Kraft.

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin
VERKEHRSBINDUNG U-Bahnhof Hauptvogelplatz (U2)



Hier noch ein paar Jura-Vokabeln für den kleinen Mann:

Rechtsbankrott

ist das Unvermögen einer Rechtsordnung, den Rechtsunterworfenen Recht zu verschaffen. Eine Einrichtung, insbesondere eine Rechtseinrichtung offenbart bspw. Rechtsbankrott, wenn sie Lügner an die Spitze gelangen lässt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu Kassierern, Fälsche zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser zur Rechtsaufsicht. Eine Besserung verspricht unter solchen Umständen allein die vollständige Rückkehr zu allgemein anerkannten Werten (z.B. Wahrheit, Freiheit) und Rechtsgrundsätzen (z.B. pacta sunt servanda, Willkürverbot, Wettbewerb usw.)

Kommentar: Es ist nicht schwer zu erkennen, wie viele Lügen uns allein dieses Jahr aufgetischt wurden, wie man aus reiner Willkür Dinge beschlossen hat, die einem Großteil der Bevölkerung enormen Schaden anrichten. Es liegt also offensichtlich in Deutschland ein Rechtsbankrott vor.

Wahrheit

ist der mit Gründen einlösbare und insofern haltbare Geltungsanspruch über einen Sachverhalt. Die Wahrheit ist die Grundlage der Freiheit. Sie wird verletzt vor allem vom Lügner, Fälscher, Hochstapler und Betrüger. →Beweis →Verfahren

Freiheit

ist allgemein die Möglichkeit der uneingeschränkten Entfaltung. Ihre geistige Voraussetzung ist die (vom Lügner unredlicherweise verlassene) Wahrheit.

Wenn man alles berücksichtigt, was JoHo von sich gab, kann man und muss man davon ausgehen, dass seine Vision zum Saarland und Europa von der Vision der Pan Europa Bewegung abwich. Johannes Hoffmann wollte zum Beispiel den Europarat stärker in die Europäische Gesetzgebung einbinden.

Die Europäische Gesetzgebung wäre zum Beispiel eine einheitliche und gemeinsame Gesetzgebung in den Grundrechten gewesen, in Arbeits- und Wohlfahrtsrecht usw. Also alles, was für die Menschen der Länder gut gewesen wäre und nicht so stark die Handlungsfähigkeit des Staates eingeschränkt hätte.

Die Pan Europa Bewegung jedoch wollte ein zentrales Organ errichten und den Nationalstaat an sich abschaffen, sodass jegliche Souveränität verloren ginge. Wer keine Souveränität mehr hat, kann auch keine Entscheidungen mehr treffen. Johannes Hoffmann wusste, dass das Saarland durch seine Volkssouveränität zusammengehalten wird, weshalb auch das Staatsvolk die oberste Gewalt hat(te) in den wichtigsten Artikel der Verfassung und dort als Saarloch auch offen bezeichnet wird, nicht nur einfach Volk. Viele andere Länder hatten zu der Zeit schon ihre Souveränität verloren. Entweder waren sie bereits in den Vereinten Nationen, pleite oder das Volk wäre gegen die Pan Europa Bewegung Vision gewesen.

Deshalb wurde JoHo zwar von diesem Irren angeschrieben, aber der nahm sein Schreiben nicht besonders ernst. Ich glaube, JoHo fand an dem Schreiben nur gut, dass das Saarland als Staat anerkannt und angesehen wurde. Wir vergleichen zum Schluss noch einmal, was einen echten Staat von einer Staatssimulation unterscheidet.



Das Volk an der Saar gab sich 1947 selbst eine Verfassung **NACH** der **Besatzung**.

Im Saarland waren Beamte staatlich, wurden bestellt und waren staatlich voll abgesichert. Damit waren sie richtige Amtsmänner mit **Amtsausweisen**.

Mit dem Saarvolk hat das Saarland ein eigenes Staatsvolk, es hat ein Staatsgebiet und eine gültige, legitime Verfassung im Landrecht.

Ausweise und Anträge mit Familiennamen. Zwei Sorten Ausweise: Für saarländische Staatsangehörige und die Zuwanderer.

Das Saarland hatte ihre Volksvertreter aus der Mitte, die zu Ihrem Volk standen. Sie wollten aber auch ein freies Deutschland und freies Europa.

Polizisten und Wachmänner durften in keiner Partei oder Gewerkschaft sein, um als Freund und Helfer ganz neutral zu sein.

Menschen, die eingebürgert wurden, mussten auch einen EID auf die Verfassung ablegen.

Bürgermeister, die zudem Geschäftsführer von öffentlichen Einrichtungen waren, gab es nicht.

Die Republik Saarland **WARNT** ihre Bürger vor dem UN-Beitritt wegen Verlust der Souveränität der Staaten durch Treuhänderverwaltung.

Telesaar war der erste deutschsprachige, freie Privatfernsehsender in ganz Europa.

Menschen hatten noch Hoffnung und den Willen, das Bestmögliche für Menschen zu tun mit ihrem staatlichen Konstrukt als Partner und Freund.

Das Saarland hatte drei Jahre nach Krieg schon ein Plus im Staatshaushalt zu verzeichnen und besaß Staatseigentum.

Die Saarländer hatten 1955 eine **Volksbefragung** zum Saarstatut in der Westeuropäischen Union.
www.t.me/Saarparadies



WIRTSCHAFTS- GEBIET mit Corona

BRD hat ein Grundgesetz, das bis zur nächsten Verfassung gilt, mit Art. 120, der die Besatzungskosten regelt. (bis heute noch in Kraft)

Die BRD hat „Bedienstete mit der Eigenschaft eines Beamten“. Sie sind im öffentlichen Dienst mit privater Diensthaftpflicht und Dienstausweis.

BRD verwaltet treuhänderisch das Wirtschaftsgebiet für den Bund. Saarlandverfassung im Landrecht wurde degradiert zum Landesrecht. Kein BRD Volk.

Perso und Reisepass mit NAME und DEUTSCH. Kein Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit.

BRD hat Politiker, die Spendengelder vergessen, ihre Doktorarbeiten kopieren oder die Deutschen auch gerne als Pack betiteln. Scheindemokratie

Bedienstete dürfen in Parteien sein, bis auf bestimmte, die politisch unerwünscht sind.

Kein EID möglich auf Grundgesetz; als PERSON nur Eidesstatt möglich. Ungeschütztes Eigentum

Geschäftsführer von sogar mehreren Konzernen dürfen Bürgermeister werden. (Genug Zeit für das Amt?)

BRD liebt die Feindstaatenklausel der UN, erzählt was von „2+4 Vertrag“ und „voller Souveränität“.














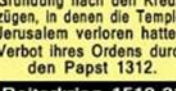



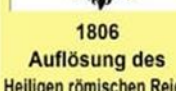



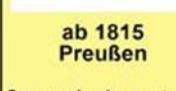
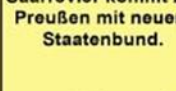


Telesaar wurde geschlossen und angepasst an BRD. In der BRD ist Privatfernsehen strengstens verboten!

Menschen haben Angst vor Armut & Maßnahmen weiterer Entrechtungen und Bestrafungen, Willkür der Staatsgewalt im Auftrag ohne Unterschrift.

BRD hat alles privatisiert (deswegen exorbitant hohe Staatsschulden) und erzählt den Menschen was von der schwarzen Null im Bundshaushalt.

Die BRD erzählt was von einer **Abstimmung** für die Rückgliederung in die BRD. Sollte man mal überdenken!
<https://t.me/SaarStaatsRecht> die Exil Saarländer

Ein einzigartiger, exklusiver Überblick zur Geschichte Deutschlands und der Geschichte des Saarlandes

geozentrisches Weltbild	ptolemäisches Weltbild	Kopernikanische Wende	heliocentrisches Modell		
<p>275 v. Chr. Keltisch</p>  <p>Heidnisch</p> <p>Gallien vor 58 v. Chr. Saveri - Saverus</p>  <p>Heidnisch</p> <p>Gallien nach 58 v. Chr. römisch besetzt Saravem - Sarens</p>  <p>Heidn. Stämme</p> <p>Merowinger 481-814 Sarene - Saarene - Sara</p>  <p>Urchristentum</p> <p>Karolinger 751 ab 843 3 Geteilt Sarachuaa - Saarraum - Saaregend</p>  <p>Frühes Christentum</p> <p>699 Saargau Gaugrafschaften comitaturs Sarachuaa subterior (Oberer Saargau) comitaturs Sarachuaa inferior (Unterer Saargau) 713 - 1050 oberer Saargau (um Sarrebourg) Grafschaft Saarbrücken</p>  <p>925 mit Lotharingen zum Ostreich aus dem sich später das Heilige R.R. Deutscher Nationen entwickelte.</p>	<p>Teutsches Reich 800 / 962</p>  <p>1200 bis 1350</p> <p>Teutsches Reich als multilaterales und supranationales Gebilde: kann Rechtsakte erlassen mit unmittelbaren Rechtswirkungen für natürliche und juristische Personen in den Mitgliedstaaten im Heiligen Bund (Heilig = heilend in göttl. Ordnung) Die Reichsidee: Die Völker des Erdkreises von der röm. Unterwerfung befreien</p> <p>Erstes Deutsches Reich als Staatenbund</p>  <p>962 1034 1548 1806</p> <p>Heiliges Römisches Reich Deutscher Nationen Gründung im Jahr 800 u. 962 Völkerbund/Nationenbund Auflösung am 6. August 1806</p>  <p>Reichskrieg 1779 - 1793</p> <p>Die Grafschaft Saarbrücken war ein reichsunmittelbares Territorium des Heiligen Römischen Reiches das vom Hochmittelalter bis zum Jahr 1801 bestand</p> <p>Grafschaft Saarbrücken Ab 1381 Nassau SB</p> <p>1125 Grafschaft Saarwerden kommt nach(*) 1556 zu Nassau Saarbrücken</p>  <p>1322 Freiheitsbrief St. Johann an der Saar</p>  <p>(*)1542 Vertrag von Nürnberg Lothringen bekommt staatsrechtliche Sonderstellung als freies unabhängiges Herzogtum</p>	<p>Deutschordensstaat 1230-1561</p> <p>1139 Bulle für Templer 1234 Bulle von Rieti Gründung nach den Kreuzzügen, in denen die Templer Jerusalem verloren hatten. Verbot ihres Ordens durch den Papst 1312.</p> <p>Reiterkrieg 1519-21</p> <p>Gründungsbulle des Jesuitenordens 1540</p> <p>Erster Rheinbund, auch Rheinische Allianz genannt 14. August 1658</p>   	<p>1701 Gründung Preußen</p> <p>Nur ein Teil Preußens ist im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen</p>  	<p>1806 Auflösung des Heiligen römischen Reich Deutscher Nationen durch Niederlegung der Reichskrone.</p>  <p>1806 - 1813 Rheinbund offiziell Rheinische Bundesstaaten</p>  <p>Rheinbund ohne Saarrevier/Saardepartement von Frankreich errichtet</p>  <p>1790 also vor 1806 Gründung Sarre-Union Neu-Saarwerden wurde 1794 zur Stadt Sarre-Union</p> <p>1792-1815 Koalitionskriege</p> <p>1798-1814 Saardepartement</p>  <p>1801 Frieden von Lunéville gesamtes linksrheinisches Gebiet geht an Frankr. Aus Gallikanischen Art. wird 1804 der Code Civil</p> <p>16 - 19. 10. 1813 brach die franz. Herrschaft im Saardepartement zusammen</p>	<p>ab 1815 Preußen</p> <p>Saarrevier kommt zu Preußen mit neuem Staatenbund.</p>   <p>1815 Gründung Deutscher Bund</p>  <p>ab 1815 Deutscher Bund Rechtsnachfolger vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen bis 13. Juni 1866</p>  <p>Saarrevier ab 1815 in Preußen eingegliedert ohne bayerischen Teil vom Saartal</p>  <p>1815 Wiener Kongress reichsunmittelbar untersteht direkt dem Kaiser (mit Code Civil) 1861 erste konstitutionelle Volkspartei im Saarrevier</p>

	<p>Süddeutscher Bund im Jahr 1870 wurde auch Süddeutscher Staatenbund oder Süddeutsche Staaten genannt</p>	
<p>ab 1867 Norddeutscher Bund</p>		<p>2. Deutsches Reich 1871</p>
		
<p>Aus 18 souveränen Staaten im Staatenbund wurde ein Bundesstaat als Staatenbund</p>	 <p>Königreich Bayern</p>  <p>Königreich Württemberg</p>  <p>Großherzogtum Baden</p>	<p>ab 1888 den alten Adler vom DR</p> 
<p>Nach dem "Frieden von Prag" kamen 4 weitere Staaten dazu</p>		<p>1899 & 1907 Haager Friedenskonferenzen</p> <p>Welt-Rassen- Kongress 1911</p> <p>1914-1918 Erster Weltkrieg</p>
<p>14.6 bis 23.8.1866 Deutscher Krieg Deutscher Bund gegen Preußen Ab 14.6.1866 gab es keinen wahren Bund mehr bis zum Völkerbund Augustbündnis vom 18. August 1866</p>	<p>Kaiserkrönung in Versailles 18.01.1871</p> <p>Aus 3-Staatenbund wird ein neuer Staatenbund unter einem Dachverband.</p> <p>Norddeutscher Bund Südd. Staatenbund Elsass-Lothringen (Vertrag von Nürnberg 1542)(*) incl. Saarrevier/Saar (Frieden von Nimwegen 1679)(*)</p> <p>Vorfrieden von Versailles 26.02.1871 Friede von Frankfurt 10.5.1871</p>	
<p>Das auf österreichischer Seite kämpfende Königr. Hannover wurde wie das Kurfürstentum Hessen, das Herzogt. Nassau und die Freie Stadt Frankfurt 1866 von Preußen annektiert.</p>	<p>Teil des Saarthals im Süddeutschen Bund ohne Elsass-Lothringen mit Code Civil</p> 	<p>1871 - 1920: das "Saarrevier" als Teil von "Elsass-Lothringen" wird als Saartal im Deutschen Reich definiert</p> <p>Code Civil bleibt bis 1900 dann Bürgerliches Gesetzbuch</p> 
<p>Saarrevier 1868 - 1871: Teil des Norddeutschen Bundes und Deutscher Bund bis 1866</p>	<p>1870-1871 Deutsch- Französischer Krieg(e) Spichern & Sedan</p> 	<p>1871 Saarrevier mit Elsass/Lothringen Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit dem Deutschen Reich</p> 

 Weimarer Republik 1918 - 1933 Deutschland verzichtet zugunsten des Völkerbundes auf das Saarbecken 1926 Weimarer Republik Mitglied im Völkerbund 1899 & 1907 Haager Friedenskonferenzen Welt-Rassen-Kongress 1911 1914-1918 Erster Weltkrieg	 3. Deutsches Reich 1933 - 1945 1933 Austritt aus dem Völkerbund und Verzicht auf Elsass-Lothringen. Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 Staatskirchenvertrag ohne das Saargebiet zwischen Deutschem Reich und dem Heiligen Stuhl	 Deutschland 1946 - 1950 Kriegsverbrechen & Demontage Es werden Länder errichtet NATO Gründung 1949	 Deutsche Demokratische Republik DDR 1949 - 1990 Bundessrepublik Deutschland 1949 - 1990	 Bundessrepublik Deutschland 1990 - als GERMANY bei UNO angemeldet 1992	 Bunte Republik of GENDERY GENDER REPUBLIK 26 Bundesstaaten/ Völker/Nationen mit ihrem Landrecht im Handeskonstrukt als Deutscher im Landesrecht im Bund. Die deutschen Nationen bräuchten wieder einen neuen hellenden Bund für Menschen
 Sons of Liberty Flag von 1765 wurde zur Anti Hitler Coalition Flag 1.Okt.1941 20 Jahre Abkommen	 United Nations Honour Flag From Wikipedia, the free encyclopedia ab 2. Jan 1942	 Vereinte Nationen UN-Beitritt der BRD 1973	 Europäische Union EU in Kraft 1993		

Besatzungsgebiet - Wirtschaftsgebiet - Bundesgebiet - Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
Treuhandgesellschaften -> NWO
 Keine Souveränität bis NGO = Nicht Regierungs Organisation

So trifft man sich wieder in Versailles, nur diesmal wurde das Saarrevier ausgeliedert und bekam wieder die neue Chance nach 15 J. eigenstaatlich zu werden wie 1679 und 1685	10.1.1920 Völkerbund bis 18.4.1946 Durch die zeitweise parallele Existenz des Völkerbunds zur UNO sollte dokumentiert werden, dass letztere keine Nachfolgeorganisation ist. LEAGUE OF NATIONS SOCIETE DES NATIONS Der Nebensitz des Völkerbundes war im Saargebiet!	Westeuropäische Union (WEU) durch Pariser Verträge, am 5.5.1955 in Kraft Gründung 23. Oktober 1954 glaubhafte Auflösung 30. Juni 2011 EU ist Kein Nachfolger
---	---	--

 Franz. Besatzungszeit 1918-1920 Administration Supérieure de la Sarre	 Saargebiet 1920-1935 Das Saarbeckengebiet wurde im Auftrag des Völkerbundes verwaltet. Die Regier.kommission übernahm am 27.2.1920 die Regierungsgewalt im Saargebiet und löste damit die vorherige französische Militärverwaltung ab.	 Saargebiet als Saarland 1935-1945 Die Verwaltungshoheit wurde durch die Saarabstimmung an das Deutsche Reich am 1.3.1935 übertragen. Kriegsschuld vom 1. WK war nach 16 Jahren beglichen. Das Deutsche Saarvolk geht mit der Deutschen Neben einen ewigen Bund ein reichsunmittelbar untersteht direkt dem Führer	 Besatzungszeit 1946-1947 Neue Chance für einen Saarstaat, für ein freies Europa. weniger Kriegsverbrechen durch den Völkerbund	 Republik Saarland 1946-47 Saarstaat 1950-1953 Teilsouverän Amtsblatt des Saarlandes Jahrg. 1951 Nr.2 Seite 3-53 Ausgegeben SB 5.1.1950 (Saar-Konvention) vom 20.5.1953 Souverän 1953 - 1955	 als Bundesland 1957 - 2007 Das Saarland als freiheitliche Demokratie und sozialer Rechtsstaat wird in die Bundesrepublik Deutschland politisch eingegliedert und ist für die Beteiligung eigenständiger Regionen an der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaften und des Vereinten Europa eingetreten	 2007- HEUTE G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614 Nr. 59 Art.1 Aufhebung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes Artikel 2 Aufhebung des Gesetzes zur Einführung von Bundesrecht im Saarland	 2020 alle Optionen wären offen als Deutsches Saarvolk Es gilt die Stimmenmehrheit. 5000 Saarländer mit dem Willen. Ein bisschen Frieden können an die Versammlung appellieren und im Landtag Gehör bekommen. ganz demokratisch sogar per Post
 1918 Republik Elsass-Lothringen bestand nur wenige Tage Saarbeckengebiet besteht aus: (1. Kerngebiet Bundesstaat Saarland) (2. Kerngebiet Bundesstaat Reichsland Elsass-Lothringen)	 15 Jahre Verwaltung bis Volksabstimmung Bayer/Preuße mit der Eigenschaft als Saareinwohner	 Saarland weiter im Völkerbund und Bund mit D.Reich Deutscher mit der Eigenschaft als Saareinwohner	 Völkerbund endet 1946 Elsass-Lothringen wird als 2. Kerngebiet Bundesstaat französisch föderal verwaltet.	 SPD ILLEGAL AKTIV im Saarl. Saarländisches Staatsangehörigkeits Gesetz Saarl StAG von 1947 bis 1956	 Keine föderale Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland	 LETZTER RECHTSSTAND 23.Okt 1955 ? Keine VOLKSABSTIMMUNG für einen Beitritt zur BRD Nur Volksbefragung zum Europäischen Saarstatut. (Täuschung?) angenommen durch Teilnahme an der Landtagswahl?	 Rechtsbereinigung für MFG Menschenfreundliche Gesetze

1918 Republik Elsass-Lothringen bestand nur wenige Tage

Bayer/Preuße mit der Eigenschaft als Saareinwohner

Deutscher mit der Eigenschaft als Saareinwohner

Saarl. Staatsangehörigkeits Gesetz von 1947 - 1956

Rechtsbereinigung für menschenfreundliche Gesetze?